



Landtag von Baden-Württemberg

60. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 29. Januar 2004 • Haus des Landtags

Beginn: 9:33 Uhr

Schluss: 18:33 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	4229	Minister Dr. Frankenberg	4243
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Drautz	4229, 4230	Abg. Dr. Vetter CDU	4249
Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 (Staatshaushaltsgesetz 2004 – StHG 2004)		Abg. Inge Utzt SPD	4251
a) Einzelplan 01: Landtag		Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	4252
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus- schusses – Drucksache 13/2801	4229	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	4253
Abg. Hauk CDU	4229	Staatssekretär Sieber	4254
Abg. Fischer SPD	4230	Beschluss	4256
Abg. Kleinmann FDP/DVP	4232		
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	4232	c) Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	
Beschluss	4234	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus- schusses – Drucksache 13/2804	4259
b) Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst		Abg. Wacker CDU	4259
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus- schusses – Drucksache 13/2814	4234	Abg. Zeller SPD	4261
Abg. Pfisterer CDU	4234	Abg. Kleinmann FDP/DVP	4265
Abg. Carla Bregenzer SPD	4235	Abg. Renate Rastätter GRÜNE	4268
Abg. Pfister FDP/DVP	4238	Abg. Elke Brunnemer CDU	4271
Abg. Theresia Bauer GRÜNE	4240	Abg. Christine Rudolf SPD	4272
		Abg. Drexler SPD	4273
		Ministerin Dr. Annette Schavan	4274
		Beschluss	4278
		d) Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium	
		Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus- schusses – Drucksache 13/2807	4281
		Abg. Dr. Birk CDU	4282
		Abg. Schmiedel SPD	4284, 4301
		Abg. Hofer FDP/DVP	4287, 4299

Abg. Dr. Witzel GRÜNE	4289, 4300	Abg. Dr. Reinhart CDU	4303
Abg. Veronika Netzhammer CDU	4292	Abg. Stickelberger SPD	4305
Minister Dr. Döring	4293	Abg. Theurer FDP/DVP	4308
Abg. Gaßmann SPD	4298	Abg. Oelmayer GRÜNE	4311
Beschluss	4301	Ministerin Corinna Werwig-Hertneck	4313
e) Einzelplan 05: Justizministerium		Beschluss	4316
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2805	4302	Nächste Sitzung	4317

Protokoll

über die 60. Sitzung vom 29. Januar 2004

Beginn: 9:33 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 60. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Rust erteilt.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Alfred Haas, Nagel und Kretschmann.

Dienstlich verhindert sind Herr Minister Stratthaus, Herr Minister Köberle und – nachmittags – Herr Minister Professor Dr. Frankenber.

Meine Damen und Herren, heute hat unser Kollege Richard Drautz Geburtstag. In Abwesenheit gratulieren wir ihm herzlich und wünschen ihm alles Gute.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 (Staatshaushaltsgesetz 2004 – StHG 2004)

a) Einzelplan 01: Landtag

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2801

Berichterstatter: Abg. Moser

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 01 – Landtag – eine Gesamtrededzeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

Ich erteile das Wort Herrn Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute über den Einzelplan des Landtags und damit, meine Damen und Herren, über 40 Millionen €, die der Landtag von Baden-Württemberg die Bürger kostet. Erlauben Sie deshalb den Vergleich mit Parlamenten in anderen Ländern. Wieder einmal mehr kann man feststellen: Wir sind in der Summe der kostengünstigsten, der preiswertesten Landtag in Deutschland. Bei einer Kostenbelastung von 3,87 € pro Einwohner liegen wir ganz weit unten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hat mehrere Ursachen. Ich glaube, bei der Beratung dieses Einzelplans muss man diese auch einmal nennen.

Erstens: Die Zahl der Mitarbeiter in der Landtagsverwaltung ist verhältnismäßig bescheiden. 134 Mitarbeiter sind in der originären Landtagsverwaltung – ohne Parlamentarischen Beratungsdienst – beschäftigt. In Bayern sind es 217, in Nordrhein-Westfalen 325, in Niedersachsen 168 und in Hessen 137. Wir haben 134. Ich glaube, insofern ist das ein sehr vernünftiges und relativ sparsames Maß.

Zweitens: Auch im Bereich der Fraktionen ist die Ausstattung sowohl mit Sachmitteln als auch mit Personalmitteln sehr bescheiden. Gestatten Sie mir auch hier einige Vergleiche. Die CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg beschäftigt 13 wissenschaftliche Mitarbeiter, der Gesamtpersonalkörper einschließlich der Sekretariate umfasst 21 Mitarbeiter. Die Grünen im Landtag von Nordrhein-Westfalen beschäftigen 9 wissenschaftliche Mitarbeiter, die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag – Oppositionsfraktion mit 33 Abgeordneten – 24 Mitarbeiter.

(Abg. Drexler SPD: Ja eben! Die sind gut ausgestattet! Als Opposition!)

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag mit 41 Abgeordneten – Projekt 18 nahezu erreicht – hat immerhin 40 Mitarbeiter

(Abg. Drexler SPD: Das muss man sich mal vorstellen, wie die ausgestattet sind!)

und die CSU-Fraktion 44. Ich will deshalb nur feststellen, dass wir uns auch in diesem Bereich, nämlich bei der Personalausstattung der Fraktionen, am unteren Level befinden

(Zuruf des Abg. Drexler SPD – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Wir doch genauso!)

und dass wir uns mittelfristig vornehmen müssen, dann, wenn es die finanzielle Situation unseres Landes erlaubt, unsere Manpower im Personalbereich zu erhöhen, wenn wir unseren Aufgaben der Gesetzgebung und insbesondere der Regierungskontrolle in Zukunft effizient nachkommen wollen.

Eine weitere Feststellung sei auch gestattet: Der Baukörper unseres Landtags ist jetzt starke 40 Jahre alt. Der in den letzten 40 Jahren vollzogene Übergang zu einer Mediendemokratie hat sich auf die Investitionen in diesem Haus, aber auch auf unser Verhalten und unsere Art, Politik zu machen

(Hauk)

– vor allem auch, Politik öffentlich zu machen –, kaum ausgewirkt. Auch da besteht Nachholbedarf.

Ein dritter Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Frage der Alimentierung der Abgeordneten. Ich bin nach wie vor der Auffassung, ja, ich bin der festen Überzeugung, dass das Teilzeitparlament nicht nur keine Fiktion ist, sondern dass sich das Teilzeitparlament bewährt hat. Unsere Verfassungsväter haben 1952 zu Recht dieses Instrument eingeführt, zum einen deshalb, weil sie zu Recht davon ausgingen, dass der Teilzeitparlamentarier als Abgeordneter über ein hohes Maß an Unabhängigkeit verfügt, weil er eben auch in seinem Beruf fest verhaftet ist,

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

und zum anderen deshalb, weil er – und das halte ich in der heutigen Zeit für noch viel notwendiger – mitten im Leben und nicht nur in der Politik steht. Die Gefahr des Abhebens ist für ihn in weitaus geringerem Umfang gegeben, und er hat das erforderliche Maß an Bürgernähe, weil er auch mit den Dingen des alltäglichen beruflichen Lebens beschäftigt ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein weiterer Punkt ist die Frage der Größe des Landtags, die immer wieder einmal angesprochen wird.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oje, oje!)

– Kollege Kleinmann, was sollen diese Zwischenrufe?

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – Abg. Stickelberger SPD: Das ist Majestätsbeleidigung!)

Ich komme schon noch zur FDP/DVP.

(Heiterkeit – Beifall der Abg. Kübler und Dr. Lassotta CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Also, Herr Kollege Kleinmann: Die FDP/DVP-Fraktion, die ich sonst kollegial und freundschaftlich sehr schätze, sollte natürlich schon einmal Überlegungen anstellen, ob die Repräsentanz ihrer Repräsentanten nach außen immer so glücklich ist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Wenn ich an manche Äußerungen der Vizepräsidentin aus Ihrer Fraktion in den letzten Tagen denke,

(Beifall bei der CDU und der SPD)

dann muss ich allerdings auch feststellen, Herr Kollege Pfister, dass sich unsere Kolleginnen und Kollegen, jedenfalls in der CDU-Fraktion, davon nicht repräsentiert fühlen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Größe des Landtags: Es schwirren ja immer wieder Gedankenspiele durch den Raum, und es gibt auch namhafte Vertreter der Landesregierung – sie gehören nicht unserer Fraktion an –, die immer wieder sagen, der Landtag könne verkleinert werden. Die magische Zahl von 100 Abgeordneten wird dabei immer wieder genannt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Jahre 1952 hatte das Land Baden-Württemberg 6,5 Millionen Einwoh-

ner und eine Regelgröße von 120 Abgeordneten im Landtag. Heute haben wir 10,5 Millionen Einwohner und immer noch eine Regelgröße von 120. Ein Abgeordneter repräsentiert zwischenzeitlich 82 000 Einwohner, 82 000 Bürger. Die Wahlkreise sind im Schnitt zwischen 140 000 und 150 000 Einwohner stark. Wenn wir bürgernah bleiben wollen, wenn wir eine ordentliche Repräsentanz behalten wollen, können wir es uns nicht leisten, bezüglich der Größe des Landtages dem schieren Populismus nachzugeben und die Regelgröße weiter herunterzufahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kommt ein Weiteres dazu

(Abg. Pfister FDP/DVP und Abg. Brigitte Lösch GRÜNE unterhalten sich miteinander.)

– Herr Kollege Pfister und Frau Kollegin Lösch –, das weniger die größeren Fraktionen als vielmehr die kleineren betrifft. Machen wir uns doch nichts vor: Wenn mehr als ein Mitglied der Fraktion der FDP/DVP in der Regierung wäre, wäre die Arbeitsfähigkeit der Fraktion gefährdet.

(Heiterkeit bei der CDU)

– Das ist doch ganz logisch. – Bei einem Anteil von 6, 7, 8, 9 % Wählerstimmen und einer geringeren Größe des Landtags schrumpfen die Fraktionsstärken der kleinen Fraktionen auf eine Größenordnung von 5 bis 7. Nimmt man dann noch ein oder zwei Abgeordnete heraus, die gleichzeitig Regierungsmitglieder sind, dann frage ich mich, wie eine Fraktion dann noch wirkungsvoll arbeiten soll.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Machen Sie sich mal um uns keine Sorgen, Herr Kollege! Kümmern Sie sich um Ihre eigenen Probleme!)

Ich kann deshalb, sehr geehrter Kollege Pfister und sehr geehrte Frau Kollegin Lösch, nur an Sie appellieren, auch im Interesse Ihrer eigenen Arbeitsfähigkeit diese Vorschläge zu überdenken.

Wir stimmen dem Einzelplan 01 zu.

(Beifall bei der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Kümmern Sie sich um Ihren eigenen Verein, nicht um uns!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt die Gelegenheit wahrnehmen, unserem Kollegen Drautz ganz herzlich zum Geburtstag zu gratulieren. Alles Gute!

(Beifall im ganzen Haus)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Fischer.

Abg. Fischer SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

(Mehrere Abgeordnete begeben sich zu Abg. Drautz FDP/DVP und gratulieren ihm. – Unruhe)

– Auch wir gratulieren Ihnen, Kollege Drautz, ganz herzlich zum Geburtstag, möchten jetzt aber mit der Tagesordnung fortfahren.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Haus)

(Fischer)

Zum Einzelplan 01 – Landtag – darf ich nach den intensiven Beratungen im Finanzausschuss und nach der Feststellung, dass mit den vorliegenden Anträgen, die von allen mitgetragen werden, dieser Tagesordnungspunkt an sich einvernehmlich abgeschlossen wird, doch noch einige Ausführungen machen. Dabei werde ich natürlich einiges, was Kollege Hauk angesprochen hat, wiederholen. Besonders möchte ich die Zahlen in den Mittelpunkt stellen.

Die ausgewiesenen Gesamtausgaben belaufen sich im Jahr 2004 auf 40,7 Millionen €. Das ist an sich die gleiche Summe wie im Jahr 2001. Sie ist gegenüber dem Vorjahr nur leicht erhöht; dieser Anstieg liegt aber überwiegend in den Personalkosten und Versorgungsbezügen begründet. Nicht unerwähnt sollte aber bleiben, dass auch die Fraktionen im Hinblick auf die finanzielle Situation des Landeshaushalts insgesamt in diesem Jahr die vorgesehenen globalen Minderausgaben von ursprünglich 75 000 € auf 150 000 € erhöht und die Fraktionszuschüsse um 20 000 € vermindert haben. Damit haben, glaube ich, auch die Fraktionen versucht, einen eigenen Einsparbeitrag zum Haushalt zu leisten.

Eine weitere Anmerkung sei mir gestattet. Der Landtag von Baden-Württemberg ist in der Tat im Vergleich zu den Parlamenten anderer Bundesländer weiter unverändert das kostengünstigste Parlament. Kein anderes Landesparlament gibt gemessen an den Einwohnerzahlen des Landes so wenig Geld aus wie der Landtag von Baden-Württemberg. Die Zahlen im Ländervergleich: Baden-Württemberg gibt 3,62 € pro Einwohner für seine Abgeordneten aus; in Bayern sind es 6,33 €, und eines der kleinsten Bundesländer in Deutschland, nämlich das Saarland, gibt 13 € pro Einwohner für seine Abgeordneten aus.

Auch liegt die Landtagsverwaltung, gemessen an der Zahl der Abgeordneten, bei der Summe ihrer Mitarbeiter – das hat Herr Kollege Hauk ausgeführt – auf dem zweitbesten Platz. Baden-Württemberg hat in der Landtagsverwaltung 134 Mitarbeiter, Bayern liegt mit 217 Mitarbeitern wieder ganz oben. In Relation zur Zahl der Einwohner hat Baden-Württemberg die kleinste Parlamentsverwaltung. Dies sollte nach meiner Einschätzung in der Öffentlichkeit, auch gegenüber der Presse, immer wieder betont werden, und es wäre schön, wenn diese Tatsache auch von dieser Seite gewürdigt würde.

(Beifall bei allen Fraktionen – Zuruf von der CDU:
Sehr gut!)

Als Oppositionsfraktionen – und das muss ich ansprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen – haben wir es natürlich erheblich schwerer als die Regierungsfaktionen. Denn wir haben keinen so direkten Zugang zu den Ministerien und zu den Ministern. Deshalb wäre es natürlich schon angebracht, die Oppositionsfraktionen gerade im Hinblick auf das Personal etwas großzügiger auszustatten. Denn wir haben es in der Tat wesentlich schwerer, hier zu gewissen Informationen zu kommen. Ich darf hinzufügen, dass wir ja im Jahr 2000 einvernehmlich mit allen Fraktionen gerade im parlamentarischen Beratungsdienst drei Stellen abgebaut haben.

Die Landtagsverwaltung insgesamt hat die Zahl ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konstant gehalten. Umso unverständlicher ist es für uns, dass das Staatsministerium in ge-

nau diesen vier Jahren, nämlich vom Jahr 2000 bis heute, 31 zusätzliche Stellen aufgebaut hat.

(Abg. Drexler SPD zur CDU: Ja, so ist es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können nicht verstehen, warum, nachdem in der gesamten Ministerialverwaltung Einsparungen vorgenommen wurden, ein Zweig in dieser Höhe ausgenommen wurde und ein Plus von 31 Stellen hat.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch
GRÜNE)

Ich darf dabei auch anführen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir als Oppositionsfraktionen natürlich gerade zum Beispiel bei Untersuchungsausschüssen wie im Untersuchungsausschuss Atomaufsicht und im Untersuchungsausschuss FlowTex oder bei der großen Problematik NSI und der jetzt anstehenden Verwaltungsreform mehr Arbeit zu leisten haben. Das gilt nicht unbedingt für Sie als einzelne Abgeordnete, aber in Bezug auf die Nähe zur Verwaltung. Deshalb darf ich herzlich darum bitten, dass man in Zukunft auch hierauf Rücksicht nimmt.

Nun erlauben Sie mir – auch Herr Kollege Hauk hat dies angesprochen – einen Hinweis bzw. eine Feststellung – gestern haben wir ja alle den Pressespiegel gelesen –: Frau Kollegin Fauser ist nach unserer Meinung wieder unrühmlich in Aktion getreten.

(Zuruf von der CDU: Allerdings!)

Wenn deshalb heute über den Haushalt des Landtags verhandelt wird, dann kann dies nicht geschehen, ohne dass auf Frau Vizepräsidentin Fauser eingegangen wird.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Die Einschätzung, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Wirksamkeit und der Zuverlässigkeit von Politik, die sie auf einem Neujahrsempfang in ihrem Wahlkreis von sich gegeben hat, ist nicht zu akzeptieren.

Ich zitiere in diesem Zusammenhang ihre Ausführungen:

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist mein Thema!)

„Verlassen Sie sich nicht auf die Politik, sonst sind Sie verlassen.“

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Drexler SPD: Das ist ungeheuerlich! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Skandal!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich stelle fest, dass eine solch zynische öffentlich geäußerte Bemerkung von einer Vizepräsidentin, die selbstverständlich Abgeordnete ist, die ihr Abgeordnetenmandat jedoch nicht vom Amt der Vizepräsidentin trennen kann, nicht zu akzeptieren ist.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Sie könnte eigentlich diesen Zwiespalt, in den sie sich immer wieder begibt, beheben, indem sie als Vizepräsidentin zurücktritt.

(Fischer)

(Beifall bei der SPD – Abg. Birzele SPD: Da hätte jetzt der Peter Hauk auch gerne geklatscht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stimmen dem Einzelplan 01 – Landtag – natürlich zu.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Zimmermann CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten den Haushalt des Landtags, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Auch der Landtag hat am Sparen teilgenommen; mein Kollege Fischer hat das bereits erwähnt. So bekommen die Fraktionen einen um 20 000 € verringerten Zuteilungsbetrag. Wir finden, das ist so okay.

Es gibt zweitens leichte Stellenanhebungen bei den Schreibkräften. Auch dies war, wie ich meine, notwendig und geboten.

Drittens: Auch der Leiter des Technischen Dienstes bekommt eine leichte Anhebung seiner Bezüge. Nachdem im Verwaltungsbereich solche Anhebungen vorgenommen wurden, war das aus meiner Sicht, Kollege Hauk, jetzt auch im technischen Bereich sinnvoll und richtig.

Die Struktur in der Verwaltung stimmt, aber die Struktur im parlamentarischen Beratungsdienst hat noch einige Mängel, meine Damen und Herren. An deren Beseitigung müssen wir in Zukunft noch weiter arbeiten. Auch wenn es bei einem Sparhaushalt nicht in die Landschaft passt, dass der Strukturplan im parlamentarischen Beratungsdienst entsprechend nachvollzogen wird, steht doch eines fest: Wenn man einen Strukturplan für den Landtag fertigt, ist es wichtig, dass dem Strukturplan nicht nur in der Verwaltung, sondern auch im parlamentarischen Beratungsdienst entsprochen wird, weil auch der parlamentarische Beratungsdienst der Fürsorge des Präsidenten des Landtags untersteht.

Eine hundertprozentige Sicherheit unseres Landtags kann nicht gewährleistet werden. Auch wenn nun neue Einrichtungen installiert worden sind, bleibt immer noch ein Restrisiko bestehen. Dennoch tragen wir die Entscheidungen für diese Umbaumaßnahmen so, wie sie gefallen sind, mit.

Wir freuen uns, dass es gelungen ist, einen neuen Pächter für unsere Gaststätte zu finden. Auch dies ist ein wichtiger Beitrag für unseren Landtag.

Meine Damen und Herren, es gilt, auch den Mitarbeitern zu danken. Sie haben es nicht immer ganz leicht mit uns Abgeordneten. Ich denke an die vielen Berge von Papier, die durch unsere Arbeit produziert werden und die oft nach den Ausschusssitzungen liegen bleiben und dann weggeräumt werden müssen. Die Mitarbeiter der Landtagsverwaltung sind emsig, und ohne Murren unterstützen sie uns in unserer Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, das ist einmal einen Beifall wert.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dass alle Fraktionen diesen Haushalt mit Gesamtausgaben von rund 40,7 Millionen € fraktionsübergreifend unterstützen und Schwerpunkte herausgehoben haben, zeigt, welche Einigkeit hier interfraktionell besteht. Auch die FDP/DVP-Landtagsfraktion wird diesem Haushalt zustimmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Haushaltsplanberatungen zum Anlass nehmen, auf zwei Punkte einzugehen: zum einen noch einmal auf die Bedeutung des Landtags im Zusammenhang mit der europäischen Ebene und der Bundesebene und zum anderen auf den Stellenwert, den der Landtag sich selbst gibt, und das Selbstverständnis, mit dem dieses Parlament hier agiert.

Wir setzen uns in der Föderalismuskommission gemeinsam für eine Stärkung der Landesparlamente ein. Der Bund hat substanziell in unsere Gesetzgebungsrechte eingegriffen, indem er die konkurrierende Gesetzgebung fast ausschließlich an sich gezogen hat. Viel zu viel wird verfahrensrechtlich zu detailliert geregelt. Dadurch wird die Eigenständigkeit der Länder eingeschränkt und das Subsidiaritätsprinzip verletzt. Diese Unübersichtlichkeit der Gesetzgebung sowie die Verflechtungen im Bereich der Zuständigkeiten und der Finanzierung sind auch Ursachen dafür, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger politikverdrossen sind, weil sie die Entscheidungen häufig keiner Ebene mehr zuordnen können.

Es ist nun Aufgabe der Föderalismuskommission, das zu ändern und den Landesparlamenten ihre Kernkompetenzen wieder zurückzugeben. Wir setzen große Hoffnungen auf die drei Delegierten aus Baden-Württemberg – auf Ministerpräsident Teufel, auf den Kollegen Drexler

(Abg. Fischer SPD: Das sowieso! Auf den können wir Hoffnung setzen!)

und auf unseren Fraktionschef Kretschmann –, dass sie mit geballter Schwaben-Power oder baden-württembergischer Power etwas daran ändern.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Ministers Dr. Repnik – Abg. Drexler SPD: Aber den MP können wir zu Baden rechnen!)

– Okay: baden-württembergische Power. – Es muss aber auch unser aller Anliegen sein, über die Bedeutung der Föderalismuskommission breiter zu diskutieren, häufiger hier im Landtag darüber zu diskutieren und auch innerhalb unserer Parteien darüber zu diskutieren. Dies betrifft zunächst die Stärkung der Landesparlamente durch mehr Kernkompetenzen.

Zum anderen muss das Parlament natürlich die eigenen Gestaltungsspielräume auch besser wahrnehmen. In der Tat

(Brigitte Lösch)

wird im Bundestag kein Gesetz so verabschiedet, wie es eingebracht worden ist. Bei uns im Landtag gilt genau das Gegenteil:

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Jedes Gesetz wird so verabschiedet, wie es eingebracht worden ist.

(Abg. Drexler SPD: Das ist nicht in Ordnung! – Gegenruf des Abg. Hauk CDU: Das ist gutes Handwerk! – Weitere Zurufe von der SPD und der CDU)

Das Gleiche gilt auch für den Haushalt. Die Finanzausschusssitzungen kann man sich als Opposition doch eigentlich schenken.

(Abg. Pfisterer CDU: Da muss man Nachrichten nach Berlin senden!)

Die Regierungsfractionen sind nicht bereit oder vielleicht auch nicht in der Lage, sich auf wirkliche Diskussionen einzulassen.

(Oh-Rufe von der CDU)

Da wird konsequent alles, was von der Opposition kommt, abgelehnt, während alles, was von der Regierung kommt, konsequent abgenickt wird.

(Zurufe von der CDU – Minister Dr. Repnik: Das stimmt doch nicht!)

Vergegenwärtigen Sie sich einmal die Finanzausschusssitzungen. Wir als Grüne haben den Anspruch,

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

differenzierter zu entscheiden, die Anträge danach zu beurteilen, ob sie vernünftig sind. Das heißt, wir können auch einmal einen Antrag von der Regierungskoalition akzeptieren, wenn wir ihn für vernünftig halten; ihm können wir dann auch zustimmen.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Es würde eine viel bessere Diskussions- und Beratungskultur entstehen, es würde interessantere Diskussionen und letztlich auch einmal eine wirkliche Debatte über den künftigen Weg der Menschen in Baden-Württemberg geben, wenn Sie nicht reflexhaft jeden Antrag, der von der Opposition kommt, ablehnen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ein weiterer Punkt, der die politische Schwäche der Regierungsfractionen darstellt, ist die Tatsache,

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

dass die globalen Minderausgaben eine Höhe von fast 400 Millionen € erreicht haben. Das schränkt das Gestaltungsrecht des Parlaments ebenfalls ein. Das heißt, die Regierungsfractionen sind nicht nur zahm geworden, wie eine

Stuttgarter Zeitung geschrieben hat, sondern sie zeichnen sich auch noch durch Gestaltungsarmut aus.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oi, oi, oi!)

Jetzt noch ein Wort zum Stellenwert, den sich das Parlament selbst gibt. Im November fanden parallel zu Landtagsitzungen Koalitionsverhandlungen statt, um die „größte Justizreform aller Zeiten“ zu verabschieden. Im Präsidium wurde das kritisiert und erklärt, dass parallel zu Plenarsitzungen keine Kongresse, keine Veranstaltungen, keine Pressekonferenzen von Regierungsmitgliedern stattfinden sollen. Gestern Nachmittag hat die Kultusministerin eine Pressekonferenz durchgeführt mit der Konsequenz, dass die gesamte Preshtribüne im Plenarsaal leer war und die Diskussion hier im Landtag unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden hat.

(Abg. Braun SPD: Wo ist denn die Ministerin?)

Das ist eine deutliche Missachtung des Parlaments und sagt viel über das Verständnis aus, das manche Regierungsmitglieder vom Parlament haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zum Schluss noch eine Bemerkung zu den Einsparungen im Einzelplan 01; meine Kollegen Fischer und Hauk haben diesen Punkt vorhin ja auch schon angesprochen.

Selbstverständlich kann man auch im Landtag sparen. Das haben wir in den letzten Jahren durch Einsparungen in der Verwaltung und in den Fraktionen praktiziert. Das tun wir auch in diesem Jahr wieder: 135 000 € in der Verwaltung und 20 000 € in den Fraktionen. Für die Oppositionsfractionen sind diese Einsparungen – auf uns Grüne entfällt davon ein Anteil von 2 500 € – ein großer Einschnitt. Denn unser Auftrag ist es, die Regierung zu kontrollieren, eine Regierung, die es sich leistet, Doppelstrukturen zu finanzieren – durch Abteilungen, die sich im Staatsministerium spiegeln – zu den anderen Ministerien finden, wodurch seit dem Jahr 2000 31 Stellen zugewachsen sind. Dagegen sind bei den Fraktionen Stellen weggefallen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Meiner Meinung nach besteht beim Landtag noch Einsparungspotenzial, sei es durch die Verkleinerung der Fahrzeugflotte oder durch die Reduzierung der Zahl der Vizepräsidentinnen. Vielleicht hat Frau Vizepräsidentin Fauser ja tatsächlich keine Ambitionen mehr,

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

nachdem sie in der Presse kundgetan hat, dass man verlassen sei, wenn man sich auf die Politik verlasse.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Frau Fauser, damit tragen Sie nicht nur nicht zu einem positiven Selbstverständnis des Landtags bei, sondern Sie fördern nebenbei auch noch die Politikverdrossenheit der Leute.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

(Brigitte Lösch)

Wir müssen über parlamentarische Gestaltungsfragen, über die Frage der Abhaltung öffentlicher Ausschusssitzungen, über die Frage der Einrichtung eines Europaausschusses diskutieren. Ich denke, wir haben genügend Zündstoff für interessante, spannende und hoffentlich auch leidenschaftliche Diskussionen in diesem Landtag.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Herrmann CDU)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 01 – Landtag. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2801.

Ich rufe auf

Kapitel 0101

Landtag

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0101 und damit dem Einzelplan 01 wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 01 abgeschlossen und Buchstabe a der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Buchstabe b** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2814

Berichterstatter für den Hochschul- und Forschungsbereich: Abg. Theurer

Berichterstatter für den Kunstbereich: Abg. Reichardt

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 14 eine Gesamtrededauer von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfisterer.

Abg. Pfisterer CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es trifft sich heute sehr gut, dass ich vor dem Hintergrund der aktuellen Innovations- und Eliteuniversitätskampagne Stellung nehmen kann. Angesichts dessen, dass der Begriff Elite früher in den Reihen der SPD und der Grünen sehr stark verpönt und geächtet war, ist es interessant, dass jetzt der Bundeskanzler dieses Thema entdeckt hat.

Ich habe hierzu ein Zitat des deutschen Schriftstellers und Philosophen Ludwig Marcuse gefunden. Der sagt ganz klar und deutlich: „Es ist immer die Leistung, die bestimmt, wer zur Elite zählt.“ Diese Ansicht, meine Damen und Herren, teile ich durchaus. Die Leistung bestimmt, wer zur Elite zählt und wer nicht. Da helfen keine Gesetze, keine Verordnungen und insbesondere keine Dekrete der Bundesminis-

terin, und da hilft auch kein Wettbewerb à la „Deutschland sucht den Superstar oder die Super-Uni“. Einzig und allein die Leistung zählt. Dies gilt für alle Bereiche des Lebens, nicht nur in der Politik, sondern genauso in der Wissenschaft und der Gesellschaft.

Meine Damen und Herren der SPD und der Grünen, um in Ihrem eigenen Sprachgebrauch zu bleiben: Ob Sie heute wirklich Eliteanträge stellen, darüber soll sich jeder selbst ein eigenes Urteil bilden.

Zum Haushalt: Das eklatante wirtschaftspolitische Versagen von Rot-Grün in der Bundesrepublik hat zu einem nie gekannten Ausmaß an Steuereintrüben geführt. Wir in Baden-Württemberg sind davon logischerweise erheblich betroffen.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Viele Menschen haben mittlerweile den Eindruck, dass in Berlin entweder gar nichts gedacht wird oder, wenn einmal gedacht wird, nicht zu Ende gedacht wird.

(Abg. Pfisterer FDP/DVP: Keine Beleidigung der Politiker! – Abg. Rüeck CDU: Die können es halt nicht besser!)

– Ich sprach von Berlin und von bestimmten Gruppierungen. Dies war mittlerweile klar.

Wir in Baden-Württemberg mussten die größte Einsparaktion, die je gedacht war, verkraften. 770 Millionen € mussten wir im Nachtragshaushalt 2003 einsparen und 1 Milliarde € im Jahr 2004. Wir alle, die wir hier in Baden-Württemberg Verantwortung tragen, wissen, dass dies schmerzliche Eingriffe sind, die natürlich den Betroffenen erheblich wehtun. Dennoch gibt es keine Alternative. Eine noch höhere Verschuldung wäre keine Alternative, wäre inakzeptabel und vor allem gegenüber der kommenden Generation verantwortungslos.

Meine Damen und Herren, Norbert Blüm sagte einmal: „Alle wollen den Gürtel enger schnallen, aber jeder fummelt am Gürtel des Nachbarn herum.“ Dies, meine Damen und Herren, haben wir nicht gemacht. Über den Einzelplan 14 haben wir ausführlich diskutiert und die Einsparauflagen, die wir erbringen mussten, komplett erfüllt. Dank dafür gilt Wissenschaftsminister Dr. Frankenberg, Staatssekretär Sieber, aber auch allen Kolleginnen und Kollegen der FDP/DVP- und der CDU-Fraktion sowie allen Mitarbeitern des MWK, die dabei mitgeholfen haben. Wir haben gespart, aber wir haben dabei im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten klare politische Schwerpunkte gesetzt. Wir mussten hier die finanziellen Grenzen einhalten.

Ich weiß, dass das logischerweise Auswirkungen hat. Gerade die Hochschulmedizin musste einen hohen Einsparbetrag hinnehmen. Andererseits wurde aber dafür bis zum Jahr 2006 der Solidaripakt geschlossen und Planungssicherheit gewährleistet. Im Übrigen – darauf legt die CDU-Fraktion besonderen Wert – läuft der Solidaripakt mit den Universitäten und den anderen Einrichtungen wie PHs und Fachhochschulen weiter. Hier gibt es keinerlei Änderungen. Dies bedeutet ganz klar, dass ein Einspareffekt dem Land zugute kommt, dass aber andererseits eben ganz klar und

(Pfisterer)

deutlich die PHs, die Universitäten und die Fachhochschulen Planungssicherheit haben. Meine Damen und Herren der Oppositionsparteien, der Solidarpakt gilt ganz klar und deutlich wie bisher fort. Da gibt es keinerlei Änderungen und Eingriffe.

Meine Damen und Herren, es war schmerzlich, diese Eingriffe vorzunehmen. Wir hätten uns Besseres vorstellen können. Aber wir hatten keine andere Chance. Die Rahmenbedingungen waren, wie sie waren. Dennoch gibt es keinen Grund, die Flinte ins Korn zu werfen. Anders gesagt: Lassen Sie doch die Kuh im Dorf. Sie von den Oppositionsfraktionen wissen doch ganz genau, dass wir hier in Baden-Württemberg im Forschungsbereich Spitze sind und Spitze bleiben werden. Da gibt es überhaupt keine Frage. Dies, meine Damen und Herren, haben die CDU- und die FDP/DVP-Fraktion hier immer gewährleistet. Sie wissen, dass wir hier in Baden-Württemberg im Wissenschafts- und Forschungsbereich auf einem sehr hohen Niveau wirklich hervorragend aufgestellt sind.

Jetzt einmal folgende Fakten: Mehrere Hochschul- und Forschungsrankings haben bewiesen, dass die süddeutschen und insbesondere die baden-württembergischen Universitäten ganz vorne liegen. Diese Stellung Baden-Württembergs ist aber nicht nur dem Geld zu verdanken, sondern auch der guten Hochschul- und Forschungspolitik, die hier in Baden-Württemberg betrieben wird. In der „Zeit“ vom 15. Januar 2004 werden ganz klar die Universitäten Tübingen, Heidelberg und Konstanz als Kandidaten für Eliteuniversitäten gehandelt, und zwar ganz eindeutig deshalb, weil hier in Baden-Württemberg eine innovative Hochschulpolitik betrieben wird. Kaum ein anderes Bundesland hat eine so reichhaltige Hochschullandschaft wie Baden-Württemberg mit 78 privaten und staatlichen Hochschulen.

Es ist und bleibt Tatsache, dass wir in Baden-Württemberg mit einem Haushaltsanteil von 4 % für die Forschung an der Spitze stehen. Wenn der Bund seinen Haushaltsanteil für die Forschung von 2,5 auf 3 % erhöhen will, dann liegt er – wenn er es überhaupt schafft – immer noch um einen Prozentpunkt unter dem Niveau, auf dem wir uns heute schon befinden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Hören Sie daher auf, meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, mit der Miesmacherei in Ihren Presseerklärungen, und richten Sie Ihre Miesmacherei lieber nach Berlin, wo die erheblichen Kürzungen ausgelöst worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Auch wenn Sie es nicht hören wollen: Tatsache ist, dass in Berlin erhebliche Einsparungen im Forschungsbereich gemacht worden sind.

Das Thema, das Sie hier gebracht haben, nämlich die Kampagne für Eliteuniversitäten, ist eine Ablenkung von dem, was Sie wirklich machen, nämlich Kürzungen vorzunehmen. Sie machen eine Luftnummer, betreiben Schaumschlägerei, führen eine reine PR-Kampagne in einem Bereich, für den Sie im Bund gar keine Zuständigkeit haben. Aber

Sie haben erhebliche Mittelkürzungen beim Hochschulbau vorgenommen; das sind die Tatsachen.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie in Berlin einmal Unterricht brauchen, dann nehmen Sie die 17 Thesen zur Hochschulpolitik, die Herr Minister Frankenberg hier gebracht hat, und schauen Sie anschließend nach Berlin! Dann kann man dort entsprechende Bildungspolitik betreiben.

Ich fasse zusammen:

(Zurufe von der SPD: Was?)

Die Politik von Minister Frankenberg in Baden-Württemberg ist klar, deutlich, fortschrittlich und damit zukunftssichernd. Wir haben ein modernes Hochschulgesetz, welches wir derzeit durch die Novellierung weiterentwickeln und damit zukunftssicher machen.

Die Fraktionen von CDU und FDP/DVP haben wichtige Korrekturen in diesem Haushalt vorgenommen. Wir haben 2 Millionen € mehr für die Forschung und 500 000 € mehr für die staatlichen Fachhochschulen bereitgestellt, und statt um 10 % kürzen wir nun bei den Fachhochschulen nur um 5 %.

Den Kunstbereich wird nachher in der zweiten Runde mein Kollege Erwin Vetter darstellen.

Meine Damen und Herren, was wir brauchen, ist nicht ein Reden über Elite, dem keine Taten folgen, sondern wir brauchen in Berlin Taten und Handeln im Hochschulbau. Wir brauchen vor allem mehr Freiheit bei den Hochschulen, und wir brauchen Studiengebühren. Wir in Baden-Württemberg handeln. Handeln Sie genauso entschlossen in Berlin und in Stuttgart, und stimmen Sie heute dem Wissenschaftshaushalt zu!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Abg. Pfister FDP/DVP zu Abg. Pfisterer CDU: Nimm das Wasserglas doch mit! Sonst gibt es wieder ein Problem!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bregenzer.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Wir diskutieren heute den Wissenschaftshaushalt des Landes Baden-Württemberg, und ich will nicht wie mein Vorredner ausweichen und von den Problemen in unserer Wissenschaftspolitik ablenken.

(Abg. Pfisterer CDU: Kann ich verstehen! – Abg. Hauk CDU: Würde ich an Ihrer Stelle auch machen!)

Es geht um die Zukunft der Hochschulen in unserem Land, und damit wollen wir uns beschäftigen. Meine Kollegin Utz wird nachher zum Kulturhaushalt sprechen.

Zunächst möchte ich festhalten, dass wir in Baden-Württemberg eine Hochschullandschaft haben, auf die wir mit Fug und Recht stolz sein können.

(Carla Bregenzer)

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Ein Satz wie in Stein gemeißelt!)

– Wie in Stein gemeißelt. – Das ist aber weniger das Verdienst der Politik, sondern das Verdienst derer, die in den Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Musik- und Kunsthochschulen

(Abg. Pfisterer CDU: Wer gibt das Geld dafür? Das geben doch wir! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

und Berufsakademien in der Mehrzahl engagiert und umsichtig, motiviert und überdurchschnittlich ihre Arbeit tun. Dafür möchte ich mich im Namen der SPD-Landtagsfraktion bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen uns bedanken bei den Professorinnen und Professoren, beim akademischen Mittelbau, bei den Lehrbeauftragten, bei den Verwaltungsangestellten und bei den Studierenden. Dass die baden-württembergischen Hochschulen in den nationalen Rankings jeweils hervorragend vertreten sind, liegt am Engagement ebenjener.

Weil das so ist, Herr Pfisterer, haben wir keine Angst vor der Elitedebatte. Denn wir haben in unserem Land bereits außergewöhnliche Lehr- und Forschungsleistungen zu bieten. Wenn in Fachbereichen, in denen wir Spitze sind, noch Geld vom Bund fließt, dann sind wir sicher die Letzten, die dieses Geld verweigern würden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb sollten wir jetzt auch nicht polemisieren, sondern unseren politischen Beitrag dazu leisten, dass die Exzellenz bleibt und nicht abwandert. Sonst geht es Ihnen und Herrn Frankenberg so wie der Kultusministerin, die zunächst über das Sonderprogramm des Bundes zu Ganztagschulen gelästert hat und jetzt in überdurchschnittlichem Maße davon profitiert, und die Eltern und Kinder in unserem Lande auch.

(Abg. Hauk CDU: Es war aber trotzdem falsch!)

Unruhe herrscht in unseren Hochschulen nicht nur wegen der heftigen Rotstiftpolitik dieser Landesregierung, sondern auch wegen der Debatte um das neue Hochschulgesetz, dessen diverse Entwürfe vertraulich, halboffiziell, inoffiziell, offiziell kursieren – überall, nur nicht bei den Fraktionen. Was alle, die die diversen Entwürfe kennen, eint, ist die schmerzliche Erkenntnis, dass es ein weiterer Schritt in die Entdemokratisierung unserer Hochschulen sein wird, und die Einschätzung, dass die viel beschworene Autonomie wohl weiter auf der Strecke bleiben wird.

Sie wehren sich gegen die Gängelung aus Berlin, seit Sie dort nicht mehr regieren. Sie wollen seit Jahren aus der ZVS aussteigen, kriegen aber nichts hin, vielleicht jetzt mit Bundeshilfe.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist beschlossen! – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Hier im Land ist das Ministerium nach wie vor nicht bereit, sich wirklich zurückzunehmen. Abzulesen ist das an dem minimal vorgenommenen Personalabbau im Ministerium in diesem Haushalt.

Ich will mich schwerpunktmäßig mit dem gravierenden Sparbeitrag, den die Fachhochschulen zu erbringen haben, beschäftigen. Ich zitiere dazu den Wissenschaftsminister aus dem Bericht zum Staatshaushaltsplan für 2004, Seite 52:

Die vorgegebene Einsparauflage für die staatlichen Fachhochschulen in Höhe von rund 17,3 Millionen € und die zuzüglich vorgenommene 20-prozentige Investitionsmittelkürzung gegenüber dem Haushaltsansatz 2003 schränken die dargestellten Voraussetzungen und die ordnungsgemäße Abwicklung des Lehr- und Forschungsbetriebs erheblich ein.

Eigentlich ist dem nichts hinzuzufügen. Ausgerechnet die Fachhochschulen, die anerkannt gute Arbeit leisten und jungen Menschen in kurzen Studienzeiten hervorragendes theoretisches und praktisches Wissen mit auf den Lebensweg geben, ausgerechnet die Fachhochschulen, die gerade für die jungen Menschen attraktiv sind, die über den zweiten Bildungsweg und/oder aus Nichtakademikerhäusern kommen, ausgerechnet die Fachhochschulen, die das preisgünstigste Studienangebot mit den geringsten Verwaltungskosten haben, ausgerechnet die Fachhochschulen, die jetzt wegen der Umstellung der Studiengänge an den Universitäten auf Bachelor und Master und der Überlegungen zur Zukunftssicherung der Berufsakademien unter Druck kommen, ausgerechnet die Fachhochschulen, die mit der anstehenden Besoldungsreform erhebliche Probleme haben, ausgerechnet die sollen massiv bluten. Da ist kein Spielraum für 17 Millionen € Kürzungen. Und wie zusätzlich noch 50 Stellen eingespart werden sollen, das bleibt das Geheimnis des Wissenschaftsministers. Wir werden dies jedoch nicht mitmachen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt andere Bereiche im Landeshaushalt, die ohne Substanzgefährdung kürzer treten könnten, in denen Personal gespart werden könnte, ohne dass dadurch wichtige Einrichtungen gefährdet wären. Wir wollen den Ausbau der Fachhochschulen, und das auf dem bisherigen guten Niveau. Wir brauchen dort mehr Studienplätze und gute Studienbedingungen.

(Beifall bei der SPD)

Dass angesichts der berechtigten lauten Proteste der Fachhochschulen die Regierungsfractionen in den Haushaltsberatungen von über 17 Millionen € Kürzungen weniger als 1 Million € zurückgenommen haben, ist ein Affront, keine Verbesserung.

(Beifall bei der SPD)

Es kam der Quadratur des Kreises gleich, dass die Fachhochschulen in den letzten Jahren ihre Studierendenzahlen stetig steigerten, aber gleichzeitig mit immer weniger Mitteln auskommen mussten. Die Fähigkeit, mit extrem niedrigem Finanzmitteleinsatz extrem gute Leistungen zu erbrin-

(Carla Bregenzer)

gen, sollte die Regierung nicht dazu verleiten, die Fachhochschulen dafür zu bestrafen.

Meine Damen und Herren, der überdurchschnittlich hohe Sparbeitrag des Wissenschaftshaushalts ist ein völlig falsches Signal. Um mehr als 91 Millionen € soll abgespeckt werden, obwohl nach der Sparaktion im letzten Jahr gar kein Speck mehr da ist. Dies gibt selbst der Minister zu Protokoll und verfällt bei der Umsetzung der Sparaktion auf so ungewisse Projekte wie die Heraufsetzung der Altersgrenze für C-4-Professoren auf 68 Jahre und die Erhöhung der Lehrverpflichtung.

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Ob das Geld wirklich erwirtschaftet werden kann, ist unsicher. Sicher ist aber, dass damit die Verjüngung der Professorenschaft nicht geleistet wird und der dringend benötigte wissenschaftliche Nachwuchs keine Chance bekommt.

(Beifall bei der SPD)

Motivationssenkend ist die Mehrarbeitsverordnung allemal, und für die Pädagogischen Hochschulen, die aufgrund dieser Aktion auf das Überlastsonderprogramm verzichten müssen, ist es ein herber Schlag. Wie soll mit Rechenspielen wie: eine Stunde Mehrarbeit pro Professor geben soundso viele Stunden mehr Deputat, ergeben soundso viele zusätzliche Stellen, die nicht gebraucht werden, eine gute Lehrerausbildung auf hohem Niveau gewährleistet werden?

Einsparvorschläge, wie sie das Ministerium vorgelegt hat und die von den Regierungsfractionen nur kosmetisch korrigiert wurden, geben den Studierenden das Gefühl, sie hätten bisher eine Luxusbildung genossen, und vermitteln der Professorenschaft das Gefühl, ihr außergewöhnliches Engagement werde bestraft.

Das Gefühl, bestraft zu werden – das will ich mit einem Exkurs an dieser Stelle erwähnen –, gilt vor allem für die Universitätskliniken, die mit über 22 Millionen € einen großen Teil der von ihnen selbst erwirtschafteten Mittel an den Finanzminister abtreten müssen.

Darüber hinaus wird mit dem Haushaltsstrukturgesetz den Beschäftigten mit auf den Weg gegeben: Sie werden in Zukunft die gleiche oder noch mehr Arbeit leisten, aber zu niedrigerem Lohn. Die Landesregierung eröffnet den Universitätskliniken, aus Spargründen aus dem Tarifvertrag der Länder auszusteigen, und bricht damit ein gegebenes Wort. Das mehrt nicht nur den Drang zur inneren Emigration, sondern das schürt auch die Politikverdrossenheit. Wir werden dieses Gesetz deshalb ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Ein völlig falsches Signal setzen Sie mit der Streichung der Gelder für die Betreuung ausländischer Gaststudenten. Mit den 200 000 €, die Sie einsparen, richten Sie einen verheerenden Flurschaden an. Bisher war unser gemeinsames Ziel, die Hochschulen in unserem Land so attraktiv zu machen, dass sie über Baden-Württemberg hinaus einladend wirken.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Passiert laufend, jeden Tag, wie Sie wissen!)

Wir sind beim Import von Landeskindern aus anderen Bundesländern bisher nicht gerade Spitze.

(Abg. Pfister FDP/DVP: 4 % mehr als im letzten Jahr!)

– Ja, aber wir liegen auch auf einem niedrigen Niveau.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Bei einem niedrigen Niveau sind 4 % natürlich nicht besonders viel. Aber richtig gut sind die Hochschulen in unserem Land bisher bei der Gewinnung ausländischer Studierender.

(Abg. Hauk CDU: Das ist entscheidend!)

Da waren wir bisher Spitze. Die sind Gradmesser für die Qualität und den internationalen Ruf unserer Hochschulen. Jetzt streichen Sie die Gelder für die dringend notwendige Betreuung.

Die Hochschulen erhöhen in ihrer Finanznot die Gebühren für Kurse. Über kurz oder lang wird auch die Betreuung reduziert werden, und im Verein mit fehlenden Unterbringungsmöglichkeiten wegen der immer noch herrschenden Wohnraumnot für Studierende werden die ausländischen Studierenden wegbleiben oder wieder weggehen, wie das in den letzten Semestern immer wieder passiert ist. Ist das die Internationalisierung, die Sie anstreben? Wir streben so etwas nicht an.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Forschung, zu den Kürzungen der Forschungsmittel und zu dem, was andererseits die Bundesregierung tut, hat gestern unser Fraktionsvorsitzender bereits das Nötige gesagt. Wir lassen uns da auch nicht mit den Mitteln trösten, die Sie aus der Landesstiftung für die Forschung einsetzen. Das ist kein Ersatz für ordentliche Mittel aus dem Landeshaushalt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wir sind froh, dass wir sie haben! – Abg. Pfisterer CDU: Das ist viel Geld!)

Werter Kollege Pfisterer – und ich denke, ich werde das heute auch von den anderen Kollegen noch hören –, Sie behaupten, wir hätten weitaus weniger Schwierigkeiten, wenn uns die Bundesregierung erlauben würde, Studiengebühren zu erheben, und Sie hoffen auf das Bundesverfassungsgericht.

(Abg. Hauk CDU: Das Hochschulrahmengesetz muss weg!)

Ich sage Ihnen voraus: Selbst wenn Sie Studiengebühren einführen, werden die Hochschulen nicht lange ihre Freude daran haben, aber der Finanzminister. Die Erfahrungen anderer Länder zeigen doch: Sobald eine neue Finanzierungsquelle – hier Gebühren – aufgeht, reduziert der Finanzminister eine bestehende Quelle aus seinem Hause.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die Frau Bulmahn macht das! Die SPD braucht mehr Geld als wir!)

Dass wir das entscheiden würden, ist ein Ammenmärchen. Selbst der Präsident der Eliteuniversität Cambridge sagt: „Wir haben in den letzten Jahren ein fließendes Ausschlei-

(Carla Bregenzer)

chen der Förderung des Staates erlebt.“ Das ist gewiss kein Sozialdemokrat.

Sie machen doch dasselbe schon heute, indem Sie Finanzierungsquellen, die sich die Hochschulen selbst erarbeiten, abschöpfen. Jedes Jahr erwirtschaften Einrichtungen Eigenmittel. In Globalhaushalten gehen sie sparsam mit dem Geld um, um etwas für größere Anschaffungen oder außergewöhnliche Aktionen auf der Seite zu haben. Sie müssen jedes Jahr mit dem Finanzminister darum kämpfen, ob sie etwas von dem selbst erwirtschafteten Geld behalten dürfen und wie viel. Sie selbst nehmen den Universitätskliniken heute 22 Millionen € weg. Und da glauben Sie, Sie selbst würden dem Druck standhalten, dass man sich, wenn Studiengebühren in die Hochschulen fließen, darauf auch dann verlassen kann, wenn der Finanzminister Geld braucht? Das glauben Sie doch selber nicht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Wer wie die Regierung und die die Regierung tragenden Fraktionen freiwillig und ohne Not

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich setze auf Drexler bei Studiengebühren!)

auf 10 Millionen € Mehreinnahmen durch mehr Personal in der Finanzverwaltung verzichtet – diese 10 Millionen € Mehreinnahmen, die uns die zusätzlichen Finanzbeamten brächten, entsprächen einem Anteil von 500 € pro Studierenden in unserem Land –, hat jedes Argument verspielt, Eltern und Studierende zur Kasse zu bitten.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Geld, das die Finanzbeamten erwirtschaften würden, hätten Sie schnell und sicher. Die Studiengebühren haben Sie weder sicher noch, wenn Sie sie nachlaufend machen, schnell.

Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit von Akademikern, die die Statistik vorgestern eindrucksvoll belegte, angesichts der Vielzahl von Akademikern in Weiterbildungen und Niedriglohnjobs, ist der Glaube an hohe Rückflüsse ein offensichtlich unausrottbarer Irrglaube.

Es ist schon eigenartig: In den USA steigen die Gebühren jährlich in drastischem Umfang. In Kalifornien sind sie zuletzt um 40 % gestiegen. In Großbritannien werden die Gebühren jetzt zwar nachträglich erhoben, dafür aber verdreifacht.

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

43 % der Studierenden werden dort von den Gebühren befreit.

(Zuruf von der CDU)

Selbst das viel gerühmte australische Modell liefert für diesen Irrglauben ständig neue Belege.

Unser Schwerpunkt liegt auf der Bildungspolitik. Diese fängt bei der Kinderbetreuung an und hört bei den Hochschulen nicht auf. Für diese Aufgaben brauchen wir im

Landeshaushalt Geld. Deshalb beantragen wir die Rücknahme der Kürzungen im Forschungsbereich und bei den Fachhochschulen. Ich fordere Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen auf, unseren Anträgen zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Attraktivität des Hochschulstandorts Baden-Württemberg ist ungebrochen. Sie sehen das daran, dass wir in diesem Wintersemester einen Rekordstand der Studierenden haben; ihre Zahl ist so groß wie nie zuvor. Sie sehen das daran, dass die Zahlen der Studierenden, die aus anderen Bundesländern zu uns kommen, im Wachsen begriffen sind. Sie sehen das daran, dass wir einen Höchststand an ausländischen Studierenden an den Hochschulen in Baden-Württemberg haben. Allein gegenüber dem letzten Wintersemester gibt es ein Plus von 12 %. Wenn Sie die letzten zehn Jahre in Betracht ziehen, dann stellen Sie fest, dass der Anteil der ausländischen Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen um sage und schreibe 85 % gestiegen ist. Deutlicher kann man die Attraktivität dieses Hochschulstandorts eigentlich nicht begründen.

Dieser Hochschulstandort ist auch dadurch gekennzeichnet, dass wir im Kampf gegen zu lange Studienzeiten erfolgreich sind. Die Studienzeiten sind in Baden-Württemberg gegenüber anderen Bundesländern deutlich zurückgegangen. Das hängt natürlich auch mit den Langzeitstudiengebühren zusammen. Im Jahr 1997/1998 hatten wir noch mehr als 30 000 Studierende, die 14 und mehr Semester auf dem Buckel hatten. Diese Zahl von 30 000 ist jetzt auf 15 000 halbiert worden. Natürlich wird durch das Setzen von Anreizen bei der Mittelvergabe diese Entwicklung zu kürzeren Studienzeiten noch einmal intensiviert. Sie wird auch dadurch intensiviert, dass wir studienzeitverkürzende Wirkungen bei der geplanten Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen haben.

Meine Damen und Herren, schließlich – darauf wurde schon hingewiesen, aber man kann das ruhig noch einmal sagen; auch Frau Bregenzer ist zu Recht stolz darauf – gibt es überproportional viele baden-württembergische Hochschulen, die in den Rankings – egal, von wem veranstaltet – die vorderen Plätze einnehmen. Dies ist bekannt.

Nicht so sehr bekannt aber ist die Erklärung der Experten für diese Entwicklung. Die Erklärung der Experten für diese Entwicklung lautet, dass Baden-Württemberg in Sachen Autonomie und liberale Hochschulgesetzgebung wesentlich weiter ist als andere Bundesländer. Dies ist das Erfolgsrezept für diesen erfolgreichen Hochschulstandort Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU)

Genau diese Politik werden wir mit einem neuen Hochschulgesetz, das zum 1. Januar 2005 umgesetzt werden soll, intensiviert fortsetzen. Es wird demnächst in den Landtag eingebracht werden. Darin werden wir zwei Schwerpunkte

(Pfister)

setzen, nämlich weitere Leistungsanreize für die Hochschulen und gleichzeitig zusätzliche Freiräume für eigenverantwortliches Handeln.

Genau dieses eigenverantwortliche Handeln der Hochschulen, die Bereitschaft, die Hochschulen nicht länger am Nasenring der Politik durch die Arena zu treiben, genau diese Leistungsanreize, die geschaffen werden müssen, und der Wettbewerb, der zwischen den Bildungseinrichtungen endlich stattfinden muss, sind der Stoff, aus dem Elitehochschulen entstehen können, meine Damen und Herren.

Elitehochschulen entstehen nicht auf der grünen Wiese. Sie werden nicht einfach irgendwo hochgezogen und mit Milliarden hochgepäpelt – einmal ganz abgesehen davon, dass niemand das Geld dazu hat. Elitehochschulen und Spitzeninstitutionen entstehen dadurch, dass Fesseln und Wettbewerbshemmnisse abgebaut werden.

(Beifall des Abg. Rech CDU)

Niemand, Frau Kollegin Bregenzer, verlangt von Ihnen oder von uns, dass wir bei einer Änderung oder Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes überall flächendeckend Studiengebühren einführen müssen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Einführen können!)

Das verlangt doch überhaupt niemand. Uns geht es darum, dass Sie den Ländern oder besser gesagt den Hochschulen die Entscheidung darüber belassen, ob Studiengebühren eingeführt werden sollen oder nicht.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Was Sie mit Ihrem Hochschulrahmengesetz machen, ist eine Gängelung der Länder. Die möchte ich in der Zukunft nicht mehr haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Zum Selbstauswahlrecht der Hochschulen: Wie Sie wissen, geschieht das in Baden-Württemberg – gegen Ihren Widerstand.

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

90 % der Studierenden können sich in der Zwischenzeit ihre Hochschule auswählen, bzw. 90 % der Studierenden werden von den Hochschulen ausgewählt. Wir machen das in der Zwischenzeit. Bleibt noch ein letzter Rest bei den Numerus-clausus-Fächern. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Ich bin froh, dass diese Landesregierung im Kabinett beschlossen hat, aus der ZVS auszutreten. Ich halte diese ZVS für ein bürokratisches Monstrum, das so schnell wie möglich im Papierkorb verschwinden sollte.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfisterer CDU: Und die SPD hinkt nach, wie immer! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Da gibt es noch andere Fesseln: unsinnige Kapazitätsverordnungen und vieles andere mehr. Diese Fesseln müssen

abgeschafft werden. Dann können auch Spitzenuniversitäten und Spitzenfachhochschulen entstehen.

(Abg. Pfisterer CDU: So ist es!)

Aber das alles wollen Sie ja nicht machen. Deshalb sind Ihre Bekenntnisse zur Eliteuniversität im Grunde Lippenbekenntnisse.

(Abg. Pfisterer CDU: Floskeln! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Ich sage es Ihnen deutlich: Bevor Sie, Frau Bregenzer, ein wirklich ehrliches Ja zu Spitzenuniversitäten sagen, wird König Herodes Vorsitzender des Kinderschutzbundes.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Oi! Ist der Herodes bei der FDP?)

Es geht bei solchen Spitzeneinrichtungen natürlich auch um die finanzielle Ausstattung; das will ich gerne zugeben. Ich habe darauf hingewiesen: Das Schädlichste, was wir hinsichtlich der Finanzierung machen könnten, wäre, gewissermaßen ein Strohfeuer zu entfachen, ein finanzielles Strohfeuer, das irgendwo beginnt und dann auch wieder endet.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist wie bei den Ganztagschulen! Genau das Gleiche!)

So dürfen wir das nicht machen. Auch mit 50 Millionen € ist jedenfalls kein Harvard zu machen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Da kommt ja noch Geld hinzu!)

Wenn der Bund Geld in die Hand nehmen will – wogegen ich nicht grundsätzlich bin; wir nehmen alles –, dann sollte er es tun, um Einrichtungen zu stärken, die in Deutschland Spitzenforschung an den Universitäten zielgenau fördern und selbst betreiben.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das macht er doch jetzt schon!)

Wenn der Bund Geld in die Hand nehmen will, dann schlage ich vor, eine Stiftung zu gründen; ich nenne sie einmal „Stiftung Spitzenforschung in Deutschland“.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Diese Stiftung für Spitzenforschung könnte durch Privatisierungserlöse von Beteiligungen des Bundes an wirtschaftlichen Unternehmen gespeist werden. Das Allerwichtigste ist allerdings, dass die Vergabe dieser Mittel nicht durch den Bund erfolgt, sondern durch die anerkannten Wissenschaftsorganisationen wie zum Beispiel die Deutsche Forschungsgemeinschaft oder das Max-Planck-Institut. Wenn Sie denen die Vergabe der Mittel aus dieser Stiftung überlassen, haben Sie eine Garantie dafür, dass die Vergabe dieser Mittel objektiv, verlässlich und nachhaltig erfolgt und die Mittel an genau die Stelle kommen, wohin sie gelangen müssen, nämlich zu den besten Forschern dieses Landes. Diese Forscher müssen in der Tat unterstützt werden, meine Damen und Herren.

(Pfister)

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Pfisterer und Wieser CDU – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Der Einzelplan 14 leidet in der Tat an beträchtlichen Einsparungen. Die tun weh; die sind schmerzlich. Trotzdem bleibt unter dem Strich, dass das Volumen dieses Einzelplans, gemessen am Gesamthaushalt, trotz aller Kürzungen in diesem Jahr im Steigen begriffen ist. Das ist schon ein Hinweis darauf, dass die Prioritätensetzung für Bildung, Wissenschaft und Forschung auch in einer Sparsituation erfolgt ist.

Die Zahlen sind bekannt. Kollege Pfisterer hat darauf hingewiesen. Im Bundesdurchschnitt werden 2,5 % des Bruttoinlandsprodukts für Forschung ausgegeben. Im Land Baden-Württemberg sind das 4 %. Damit sind wir allein auf weiter Flur. An dieser Spitzenstellung wird sich auch in der Zukunft nichts ändern.

Es trifft zu, dass die Fachhochschulen bluten müssen. Das tut mir auch weh. Wir als Fraktion haben mit Erfolg versucht, noch einmal nachzubessern: 1,2 Millionen €! Die Fachhochschulen werden auch in der Größenordnung von 2 Millionen € an den zusätzlichen Forschungsmitteln partizipieren. Aber wahr ist, dass unter dem Strich immer noch rund 16 Millionen € übrig bleiben, die eingespart werden müssen. Der Minister hat völlig Recht. Ich teile seine Meinung und rufe die Koalition auf, entsprechend zu verfahren. Eine solche Operation gegenüber den Fachhochschulen darf sich im nächsten Jahr nicht wiederholen. Das ist völlig ausgeschlossen. Die Fachhochschulen würden das in der Tat nicht verkraften.

Für dieses Jahr ist es allerdings so, dass von den Koalitionsfraktionen nachgebessert worden ist. Ich bin mir auch sicher, dass der Minister über zentrale Mittel oder auch über Mittel, die sich aus Langzeitstudiengebühren ergeben, in dem einen oder anderen Fall noch einmal nachbessern kann.

Ansonsten kann ich Ihnen nur empfehlen, meine Damen und Herren: Seien Sie froh, dass es die Landesstiftung in Baden-Württemberg gibt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

75 % aller Mittel, die die Landesstiftung vergibt, gehen in den Bereich von Bildung, Wissenschaft und Forschung. Zumindest die Bildungspolitiker unter Ihnen sollten froh sein, dass es diese Landesstiftung gibt; denn sie bietet eine Gewähr und eine Garantie dafür, dass umfangreiche Mittel dorthin gehen, wo sie besonders notwendig sind, nämlich in den Bereich von Bildung, Wissenschaft und Forschung. Noch einmal: Seien Sie froh, dass es diese Landesstiftung gibt, meine Damen und Herren.

(Abg. Pfisterer CDU: Froh sind sie, sie sagen es bloß nicht!)

Wir brauchen – das muss das neue Hochschulgesetz leisten – eine neue Finanzierungsgrundlage für die Hochschullandschaft insgesamt. Diese neue Finanzierungsgrundlage wird so aussehen, dass höchstens 70 % der staatlichen Mittel in Form von Pauschalzuweisungen als Basisfinanzierung an die Hochschulen gehen. Mindestens 20 % sollen leistungs-

orientiert vergeben werden. Dafür werden gegenwärtig zwischen den Hochschulen, dem Wissenschaftsministerium und dem Landtag die Kriterien zusammengestellt. 10 % sollen für so genannte Zielvereinbarungen vorgesehen werden. So ist die Zusammensetzung der 100 % festgelegt.

Ich möchte, dass zu diesen 100 % in der Zukunft noch Studiengebühren hinzukommen können. Ich möchte, dass dies in Baden-Württemberg ermöglicht wird. Wir müssen dann entscheiden, ob wir das machen und nach welchen Kriterien Gebühren erhoben werden sollen. Sie kennen meine Meinung. Ich fordere nachgelagerte, nachlaufende Studiengebühren. Voraussetzung sollte sein, dass die Studiengebühren, die an einer Fakultät, an einer Universität oder an einer Fachhochschule erhoben werden, auch bei der Fakultät oder bei der Hochschule zur Qualitätsverbesserung verbleiben müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Alles andere ist Quatsch!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jeder Bürger in Baden-Württemberg gibt für Forschung, Technologie und Hochschulwesen jährlich 205 € aus. Das ist mehr als in jedem anderen Bundesland. In Baden-Württemberg wird pro Student ein Betrag von etwa 8 600 € ausgegeben. Im Bundesdurchschnitt sind es 7 200 €. Also auch hier ist Baden-Württemberg absoluter Spitzenreiter. Auch dieser Sparhaushalt wird nichts daran ändern, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir in Sachen Hochschule, Forschung, neue Technologien nach wie vor vor allen anderen Bundesländern liegen. Daran wird sich nichts ändern.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei all denen, die das bewerkstelligt haben: bei den Koalitionsfraktionen, bei den Vertretern des Ministeriums, also beim Minister, beim Staatssekretär, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber natürlich auch bei all denen, die an den Hochschulen jeden Tag das operative Geschäft betreiben.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen und will abschließend festhalten: Dieser Wissenschaftshaushalt hält auch in schwieriger Zeit Kurs. Diesen Kurs wollen wir auch in der Zukunft beibehalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Selten klaffen Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander.“ So hat gestern die „Stuttgarter Zeitung“ die Haushaltslage sehr treffend kommentiert. Wenn man die heutigen Reden der Kollegen Pfisterer und Pfisterer anhört, fühlt man sich in diesem Urteil sehr bestätigt.

Sie reden gerne ausführlich über eine bessere Finanzausstattung der Hochschulen und weisen dabei immer mit dem Finger in Richtung Berlin. Es ist Ihnen sicher bekannt: Wer mit dem Finger auf andere zeigt, zeigt immer gleichzeitig mit drei Fingern auf sich selbst.

(Abg. Röhm CDU: Der zeigt ganz woanders hin!)

(Theresia Bauer)

Das Land Baden-Württemberg spart in diesem Jahr in einer beispiellosen Weise in den Bereichen Hochschule und Wissenschaft. Lassen Sie uns darüber reden, und nicht über die Zustände in Berlin.

(Abg. Pfisterer CDU: Die Steuerreform kam von Berlin!)

Hier haben wir genügend Hausaufgaben zu machen.

Die Landesregierung redet gerne über die Hochschulautonomie, so auch heute Vormittag. In der Tat kassieren Sie mit dem, was Sie jetzt vorhaben, die kleinen Spielräume bei der Finanzautonomie gerade wieder ein. Die Landesregierung klopft sich auch gerne auf die Schulter in Bezug auf die Qualität des Hochschulstandorts. Das stimmt angesichts der hohen Bedeutung für Wirtschaft und Arbeitsplätze. Aber Sie schnallen den Gürtel für die Hochschulen, insbesondere für die Fachhochschulen, so eng, dass ihnen schier die Luft ausgeht. Deshalb, meine Damen und Herren, kann man nur sagen: Die Devise, nach der die Landesregierung zurzeit verfährt, lautet: „Die Stärken schwächen.“ Ich weiß nicht, wer diese Strategie verstehen soll. Ich halte sie für grottenfalsch.

(Beifall bei den Grünen)

Ich bin mir sicher, Ihnen selbst ist auch nicht sehr wohl bei diesem Vorhaben. Deshalb haben Sie versucht, den Haushalt so gut wie möglich zu kaschieren

(Abg. Pfisterer CDU: Zu korrigieren!)

und schönzurechnen.

Herr Pfister hat es eben noch einmal erwähnt und auch in den Erläuterungen zum Einzelplan 14 steht, der Anteil dieses Einzelplans an den Gesamtausgaben des Staatshaushaltsplans sei sogar gestiegen, nämlich von 9,3 % auf 10,6 %. Das klingt ja schön – es ist nur nichts dahinter. Im Wesentlichen handelt es sich bei diesen Etatsteigerungen darum, dass die Versorgungsausgaben für die Beamten umbucht wurden. Das ist der größte Batzen. Für die Professoren im Ruhestand kommt da ja einiges zusammen. Auch für die nächsten Jahre ist uns da ein stetiges Wachstum des Einzelplans 14 garantiert. Verkaufen Sie uns das in Zukunft aber bitte nicht als frohe Botschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Heiterkeit der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Was versteckt sich sonst noch hinter diesen Etaterhöhungen? Es ist die Tariferhöhung, und es sind zusätzliche Mittel vom Bund, nämlich für das BAföG und für den Hochschulbau. Fazit: Diese Etatsteigerung ist nichts anderes als eine Frankenberg'sche Luftblase.

Fakt ist: Wissenschaft, Forschung und Kunst werden in vollem Umfang an der Sparpolitik mit dem Rasenmäher beteiligt. Wenn man die Einsparauflagen aus dem Jahr 2003, die ja fortgeführt werden, und die Einsparauflagen für das neue Jahr zusammennimmt, kommt man auf eine Kürzungssumme von 174 Millionen €. Die Universitäten allein müssen dabei 31 Millionen € schultern, ohne die zusätzlichen Kürzungen im Forschungsbereich und ohne die Kürzungen im Bereich der Hochschulmedizin. Auf die Fachhochschulen

kommen Kürzungen in Höhe von 17 Millionen € und auf die Pädagogischen Hochschulen Kürzungen in Höhe von 6 Millionen € zu – und das alles in einer Situation, in der mehr Studierende als je zuvor eingeschrieben sind.

Sie behaupten, Sie investieren in Köpfe. Tatsache ist doch: Wir haben mehr Köpfe, aber immer weniger Geld. Diese Rechnung, meine Damen und Herren, kann nicht aufgehen.

(Beifall bei den Grünen)

Wirklich völlig unverständlich ist mir der Kurs der Landesregierung noch aus einem ganz anderen Grund. Sie reden gerne von Studiengebühren. Sie machen sich doch gleichzeitig vollkommen unglaublich, wenn Sie dieses Vorhaben propagieren, aber schon im Vorhinein bei den Hochschulen mehr kürzen, als Sie, selbst bei Ihrer optimistischsten Berechnung künftiger Einnahmen, dabei wieder hereinholen können.

Ich war vor ein paar Tagen bei einer Podiumsdiskussion in Freiburg, bei der ich mit einem Vertreter des RCDS diskutieren durfte. Der Kerl hat wacker seine Modelle vorgestellt und für allgemeine Studiengebühren geworben – das Modell, das mit Herrn Frankenberg abgesprochen ist. Und dann hat er seine Bedingungen sine qua non genannt. Diese lauteten: Das Geld muss zusätzlich an die Hochschulen kommen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das sage ich auch!)

und das Land darf sich nicht aus der Finanzierung zurückziehen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das sage ich auch!)

Kein Stopfen von Haushaltslöchern durch Studiengebühren!

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das sage ich auch!)

Aber angesichts der Zahlen, die jetzt im Haushalt stehen, fiel dem Vertreter des RCDS doch nichts mehr ein. Die armen Kerle, die vor Ort diese Studiengebührenmodelle vertreten müssen, stehen völlig ohne Hosen da.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Pfisterer CDU: Wenn kein Geld da ist, kann man nichts ausgeben!)

– Genau. – Sie haben schon vorher die Bedingungen kaputtgemacht, unter denen Sie ein Gebührenmodell einführen wollen. Im Ernst: Wir als Grüne haben ja auch ein Modell vorgelegt – die Studien-Credits –, mit dem wir staatliches Geld in die Hochschulen umsteuern wollen. Wir wollen dafür sorgen, dass Lehre wichtiger und Studieren besser wird. Wir treten in diesem Zusammenhang auch für eine begrenzte Eigenbeteiligung von Studierenden ein.

Aber eines ist doch klar: Der nötige Qualitätssprung für bessere Hochschulen wird nur dann möglich, wenn alle Teile ihren Part dazu beitragen. Das bedeutet: Die Hochschulen kümmern sich besser um gute Lehre, die Studierenden übernehmen ihren Teil an Verantwortung, und der Staat zieht sich nicht aus seiner Finanzverantwortung zurück. Deshalb ist das, was Sie hier vorhaben, das völlig falsche Signal. Wer jetzt in dieser Situation bei den Hochschulen spart, entzieht allen Überlegungen für eine vernünftige Reform der Hochschulfinanzierung den Boden.

(Theresia Bauer)

Ein weiteres Stichwort ist der Solidarpakt. Herr Pfisterer hat eben gesagt, es gebe keine Änderung, alles bleibe wie bisher. Das Gegenteil ist der Fall. Dabei war der Solidarpakt tatsächlich ein kluges Instrument und hat sich für die Hochschulen bewährt. Die Grünen haben den Hochschulpakt übrigens schon zu einem Zeitpunkt verteidigt, als ihn noch lange nicht alle sexy fanden.

Die Hochschulen erklärten sich in diesem Solidarpakt dazu bereit, 10 % ihrer Stellen einzusparen. Im Gegenzug dafür bekamen sie mehr Freiheit und Verlässlichkeit vom Staat, Gestaltungsfreiheit bei den Finanzen, Übertragbarkeit und gegenseitige Deckungsfähigkeit von Mitteln und neue Möglichkeiten, Schwerpunkte zu setzen. Allen anderen Beteuerungen zum Trotz muss man sagen: Mit diesem Haushaltsplan wird der Solidarpakt jetzt gebrochen, und zwar von Ihnen, meine Damen und Herren der Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Skandalös! Pacta sunt servanda! – Abg. Pfisterer CDU: Immer diese falsche Aussagen!)

Herr Pfisterer, Sie waren vor ein paar Tagen wie auch Herr Frankenberg bei einer Veranstaltung in Heidelberg dabei, als der Sprecher der Universitätskanzler selbst davon redete, dass der Solidarpakt ausgefranst werde. Die Universitäten betonen auch: Bei den Kürzungen, die jetzt verabredet wurden, haben sie keinesfalls freiwillig mitgemacht. Außer, Sie wollten sagen, dass jemand, dem man die Pistole auf die Brust setzt, seine Zugeständnisse noch freiwillig mache.

Mit nur drei Beispielen will ich Ihnen zeigen, an welchen Stellen der Solidarpakt unterlaufen wird:

Erstens: 44,5 Stellen nebst Sachmitteln werden eingespart, die von den Universitäten selbst aufgebracht wurden, damit sie in den Hochschulen umgeschichtet werden können. Deren Finanzvolumen beträgt 4,5 Millionen €.

Zweitens: Im so genannten Strukturfonds werden 4 Millionen € gestrichen. Das sind Mittel, die die Universitäten eingespart haben, damit sie sie für Umstrukturierungsmaßnahmen an ihren Hochschulen einsetzen können.

Außerdem erhalten die Universitäten bei der leistungsorientierten Mittelvergabe weitere 4 Millionen € weniger.

Dazu kommt noch ein weiterer ungedeckter Scheck für die Universitäten: Sie haben ja die Arbeitszeiterhöhung für Beamte bei den Professoren auf eine ganz pfiffige Weise umgesetzt. Weil Sie Schwierigkeiten mit der Kapazitätsverordnung befürchtet haben, haben Sie die Lebensarbeitszeit auf 68 Jahre erhöht. Professoren sollen also noch mit 68 Jahren Vorlesungen halten.

(Abg. Pfisterer CDU: Dürfen!)

– Genau das. – Leider können Sie die Professoren nicht dazu zwingen. Der Clou ist jetzt: Spielt ein Professor nicht mit, muss die Universität zahlen. Dieser Trick kann die Universitäten in diesem Jahr 1,5 Millionen € kosten. Im nächsten Jahr sind es schon 4 Millionen €.

Es ist schon gesagt worden: Am härtesten trifft diese Sparpolitik die Fachhochschulen im Land. Kürzungen von über

17 Millionen € gehen an die Substanz der Fachhochschulen. Ich will das nicht weiter ausführen. Es ist schon ausführlich von Kollegin Bregenzer beschrieben worden. Nur noch eine Bemerkung dazu: Brüten Sie sich doch bitte nicht damit, dass Sie bei den Beratungen im Finanzausschuss für die Fachhochschulen noch einmal 1 Million € herausgeholt hätten

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Keine! 500 000 €! Eine halbe Million!)

– oder 500 000 €. Sie haben ein bisschen herausgeholt, und gleichzeitig – mit dem gleichen Antrag – erhöhten Sie die globale Minderausgabe um 2,9 Millionen €.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Mehr weg!)

Sie haben ihnen das also gleich wieder weggenommen bzw. sogar mehr weggenommen, als Sie ihnen gegeben haben. Verkaufen Sie uns diese Geschichte doch nicht unter falschem Vorzeichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die grüne Landtagsfraktion verlangt eine klare Prioritätensetzung zugunsten von Bildung und Wissenschaft. Wir verlangen, von den vorgesehenen Kürzungen 50 Millionen € zurückzunehmen – in erster Linie bei den Fachhochschulen und beim Solidarpakt.

Wir wollen ferner, dass endlich strukturelle Maßnahmen angegangen werden, die die öffentlichen Ressourcen schonen und die Qualität der Hochschulausbildung stärken. Dazu in aller Kürze nur zwei Vorschläge:

Erstens: Die verwaltungsinternen Fachhochschulen müssen geöffnet werden. Es besteht ja die absurde Situation, dass wir heute einer kleinen Gruppe von Studierenden 30 Millionen € dafür zahlen, dass sie studieren. Dieses Geld ließe sich in der Tat besser für eine gute Hochschulausbildung verwenden.

Zweiter Vorschlag: Die Bauherreneigenschaft muss auf die Hochschulen übertragen werden. Es muss ja nicht sein, dass auch noch in Zukunft jeder überdachte Fahrradstellplatz ministeriell beaufsichtigt wird. Auch mit der Realisierung dieses Vorschlags wären garantiert erhebliche Effizienzrenditen zu erwirtschaften.

(Beifall bei den Grünen)

Gestern hat Ministerpräsident Teufel davon gesprochen, die Landesregierung mache Politik „von der Hand ins Hirn“. Ich sage Ihnen: Wenn Sie so weitermachen, bleibt für das Hirn nicht mehr viel übrig.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Heiterkeit der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Herrn Professor Dr. Frankenberg.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Landeshaushalt 2004 ist – das wissen wir alle – ein Sparhaushalt. Wenn wir uns einmal die mittelfristige Finanzplanung zu der Zeit ansehen, als diese Regierung die Verantwortung übernommen hat, so müssen wir feststellen, dass unsere derzeitigen Einnahmen um insgesamt etwa 10 % unter den damaligen Schätzungen liegen. An Einsparungen führt überhaupt kein Weg vorbei.

Wenn wir an Zukunftsvorsorge denken, so müssen wir sagen, dass die Investition in Wissenschaft und Forschung, in die Köpfe, in das Erzielen von Forschungsergebnissen eine unserer wichtigsten Zukunftsinvestitionen ist. Andererseits dürfen wir den zukünftigen Generationen aber auch nur einen möglichst geringen Schuldenberg hinterlassen. Denn wenn wir die Haushaltslücken, die sich auftun, durch die Aufnahme von Schulden schließen würden, würden wir den zukünftigen Generationen jeglichen Spielraum für die Gestaltung gerade auch der Hochschul-, Forschungs- und Wissenschaftspolitik nehmen.

Trotz der notwendigen Einsparmaßnahmen gibt das Land Baden-Württemberg pro Einwohner und pro Studierenden für Hochschulen, für Wissenschaft und Forschung mehr aus als jedes andere Bundesland.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Bauer?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Bitte sehr, Frau Bauer. Ihre Zwischenfrage kommt zwar früh – ich habe noch viel zu sagen –, aber bitte, wenn Sie mich schon jetzt unterbrechen wollen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ich hoffe, Sie geben mir noch viel Gelegenheit zu weiteren Zwischenfragen.

Sie haben Ihren Beitrag gerade mit dem Hinweis begonnen, Sie seien bei Ihren Berechnungen von einem um 10 % höheren Steueraufkommen ausgegangen. Ist Ihnen bekannt, dass das Steueraufkommen um 3,3 % gestiegen ist und das dritthöchste in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg darstellt? Kann es sein, dass es sich um einen Rechenfehler der Landesregierung handelt, wenn sie mit einem solch hohen Steueraufkommen kalkuliert?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Frau Bauer, Steuerschätzungen sind keine Sache der Landesregierung, sondern sie sind eine bundesweite Angelegenheit. Sie wissen auch, dass die gesamten Einnahmeschätzungen auf einer bundesweiten Schätzung beruhen.

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Es handelt sich um volkswirtschaftliche Berechnungen. Sie müssen natürlich neben die Einnahmeschätzungen auch die Ausgabenschätzungen stellen.

(Abg. Pfisterer CDU: Falsche Frage! – Gegenruf des Abg. Blenke CDU: Aber die richtige Antwort!)

Ein Haushalt besteht immer aus Einnahmen und Ausgaben. Dazwischen klafft eben eine entsprechende Lücke. Die Ausgaben sind in einem Landeshaushalt, der zu über 50 % aus Personalausgaben besteht, zum großen Teil zwangsläufiger Art mit entsprechenden Tarifsteigerungen, die getragen werden müssen. Die Steuereinnahmen liegen eben so deutlich unter den damals geschätzten Steuereinnahmen. Das ist eine etwas kompliziertere Rechnung.

(Abg. Blenke CDU: Die richtige Antwort auf eine falsche Frage!)

Sie wissen auch, dass kein Bundesland, kein Flächenland einen so hohen Anteil an Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttosozialprodukt hat wie Baden-Württemberg. Die Konsequenz kennen wir auch: Baden-Württemberg ist das Land mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit und der höchsten Innovationskraft, mit der höchsten Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Forschung und Entwicklung.

Die Einsparungen, die wir im Einzelplan 14 für das Haushaltsjahr 2004 erbringen müssen, liegen in der Tat, wenn man auch alle Stelleneinsparungen bilanziert, bei ca. 100 Millionen €. Das sind 3,5 % unseres Gesamthaushalts. Dies ist für alle Einrichtungen schmerzlich. Wenn die Kürzungen nicht zu solchen Schmerzen führten, würde das ja bedeuten, dass wir in der Vergangenheit im Überfluss gelebt hätten und einfach auf 3,5 % unserer Ausgaben hätten verzichten können. Aber es ist eine Kürzung, die, wenn Sie sie mit den Kürzungen in anderen Bundesländern oder mit vergleichbaren finanziellen Rahmenbedingungen vergleichen, relativ gering ist.

Unsere Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen haben im vergangenen Jahr, das ja auch schon ein Jahr mit einem Sparhaushalt war, bewiesen, dass sie mit den Mitteln hoch effizient umgehen können. Ich glaube, es wäre auch einmal Zeit, den Wissenschaftseinrichtungen, den Hochschulen des Landes für ihre Leistungen, gerade auch vor dem Hintergrund der knappen öffentlichen Finanzen, zu danken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfisterer FDP/DVP: Sehr gut!)

Es bleibt uns bei der Gesamtbetrachtung schließlich nur die Logik, die Rommel einmal so geäußert hat: Wenn ich 300 € in einer Kasse habe und 400 € ausbebe, muss ich 100 € wieder hineinlegen, damit nichts drin ist. An dieser Logik kommen wir auch beim Haushalt schlichtweg nicht vorbei.

Die Deckungsvorschläge, die zum Teil gemacht werden – auch die Vorschläge zur Landesstiftung –, helfen uns bei realistischer Betrachtung der Haushaltssituation überhaupt nicht. Uns hilft auch nicht die Diskussion über Eliteuniversitäten. Sie hilft uns höchstens politisch, weil es erstaunlich ist, dass eine Seite, die über 50 Jahre eigentlich nur die Politik der Gleichmacherei im Hochschulsystem gepredigt hat, nun plötzlich das Wort „Elite“ entdeckt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das war ein tiefer Griff in die Vorurteilstiste, ein Beitrag zur Büttenrede!)

(Minister Dr. Frankenberg)

– Frau Bregenzer, man kann auch sagen: Es ist ein langer Weg von der Gesamthochschule zur Eliteuniversität gewesen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Immerhin war es die rot-grüne Bundesregierung, die den Wissenschaftshaushalt zu einem solchen Haushalt gemacht hat, wie er jetzt ist! 13 % mehr Forschungsmittel!)

– Dazu werde ich noch kommen, weil auch einige Luftblasen der UMTS-Kreationen inzwischen geplatzt sind. Aber dazu komme ich noch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber nicht im Haushalt! Das sind nicht die im Haushalt! Ihre eigene Fraktion hat in Berlin keine Anträge gestellt!)

Wenn wir die Leistungen unserer Hochschulen betrachten, wenn wir die Rankings der Deutschen Forschungsgemeinschaft vergleichen, sehen wir, dass eigentlich alle neun Universitäten Baden-Württembergs in Deutschland, aber auch in Europa Spitzenleistungen erbringen. Und wenn wir die Rankings in der Lehre, zum Teil aber auch in der Forschung betrachten – gestern hat der Ministerpräsident Furtwangen erwähnt –, sehen wir, dass unsere Fachhochschulen im Vergleich mit den Fachhochschulen in den übrigen Bundesländern ebenfalls herausragende Leistungen erbringen. Deshalb sollten wir auch immer von Elitehochschulen und nicht nur von Eliteuniversitäten sprechen. Ich verstehe ohnehin nicht, warum ausgerechnet Frau Bulmahn offenbar Fachhochschulen überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt.

Die eingeworbenen Drittmittel unserer Hochschulen sind auch im internationalen Vergleich, selbst im Vergleich mit Drittmiteleinahmen so genannter Ivy-League-Universitäten in den USA oder auch mit Drittmiteleinahmen der ETH Zürich, durchaus vergleichbar, wenn nicht höher. Betrachten Sie die Leibniz-Preise, betrachten Sie die Humboldt-Stipendien: Bei all den dafür wichtigen Kriterien liegen die Hochschulen Baden-Württembergs an der Spitze. Ich sage gar nicht, dass das ausschließlich durch die Landespolitik oder die gegenwärtige Landespolitik geschaffen worden ist, sondern dahinter steht eine sehr lange kontinuierliche Entwicklung von Hochschulpolitik und Hochschulen im Land, die Gott sei Dank viele Irrungen und Wirrungen, die in anderen Bundesländern mitgemacht werden mussten, nicht mitgemacht haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn ich nun aus voller Überzeugung sage, auch das Wissenschaftsressort, das Ressort für Kunst und Kultur, trägt die notwendigen Einsparungen im Gesamthaushalt solidarisch mit, so muss ich Ihnen auch sagen, dass ich mich nicht nur als Lobbyist meiner eigenen Hochschulen und Kunst- und Kultureinrichtungen verstehe, sondern eine Gesamtverantwortung in der Landesregierung zu tragen habe. Aus dieser Gesamtverantwortung heraus habe ich meinen Beitrag zu den notwendigen Einsparungen zu leisten.

(Abg. Zeller SPD: Schwacher Trost! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Wer sonst, wenn nicht Sie?)

Diese Einsparungen sind in allen Ressorts schmerzlich. Aber man muss auch den Gesamtkontext und den Gesamthaushalt sehen, wenn man den einzelnen Haushalt beurteilen will.

Ich danke den Regierungsfractionen, dass sie mit ihren Initiativen einige notwendige Einsparungen im Hochschulbereich und im Kunst- und Kulturbereich abgemildert haben. Aber ich sage allen Mitgliedern des Landtags gleich: Wir stehen nicht vor einem Aufschwung, der uns höhere Steuereinnahmen bringt. Die Durststrecke der öffentlichen Haushalte ist nicht zeitlich begrenzt. Wir stehen also nicht vor rosigen Zeiten, von denen wir sagen könnten: Es wird alles besser. Wir werden vielmehr weitere Sparhaushalte haben. Deshalb werden wir an nachhaltigen Strukturentscheidungen nicht vorbeikommen, auch nicht an nachhaltigen Entscheidungen zur Beteiligung von Begünstigten unserer Ausbildungssysteme an den Ausbildungskosten. Wir haben deshalb als eine Strukturmaßnahme die Akademie für Technikfolgenabschätzung geschlossen – ein schmerzlicher Prozess, der aber notwendig war –, wir haben Fusionen von Fachhochschulen beschlossen, und es wird weitere notwendige Strukturentscheidungen geben.

Was die Universitäten betrifft, hat der Solidarpakt eine nachhaltige positive Auswirkung auf ihre Entwicklung gehabt. Das sehen inzwischen auch die größten Kritiker ein. Solidarpakt heißt aber, dass es ein Vertrag ist: ein solidarischer Vertrag auf Wechselseitigkeit. Die Rektoren tragen übrigens die Verantwortung für die Universitäten. Sie vertreten die Universitäten nach außen. Wenn ein Kanzler dies nicht gern sieht, sage ich: Wir haben deshalb vor, das Landeshochschulgesetz in der Weise zu ändern, dass die Kompetenzen klar werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja! Gut so!)

Wir haben mit den Rektoren vereinbart, dass die Universitäten 5,1 Millionen € einsparen. Die Universitäten haben dies mit uns vor dem Hintergrund vereinbart, dass auch sie angesichts der dramatischen Haushaltslage des Landes an einem solidarischen Einsparbeitrag nicht vorbeikommen. Ich denke, das sollte man nicht kritisieren, sondern man sollte die Solidarität der Rektoren mit uns und mit den übrigen Hochschulen anerkennen und positiv bewerten. Es bedeutet nicht den Bruch eines Vertrags, wenn beide Seiten eine Änderung des Vertrags vereinbaren und beschließen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Diese Art von Freiwilligkeit kann man sich vorstellen!)

– Diese Freiwilligkeit – Sie waren nicht dabei, Herr Palmer; ich war dabei; das glauben Sie kaum – war eine wirkliche Freiwilligkeit.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Freiwillig dabei! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Es ist ja immer schön, wenn die, die nicht dabei waren, glauben, es besser zu wissen als die, die dabei waren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Carla Bregenzer und Schmid SPD sowie des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

(Minister Dr. Frankenberg)

Es gibt einen zweiten Punkt, der die Universitäten betrifft. Das ist die Erhöhung der Lehrverpflichtung, die wir übrigens sehr flexibel umgesetzt haben, nämlich durch die Festlegung einer Lehrverpflichtung von sechs bis zwölf Stunden statt neun Stunden, um auch zwischen mehr Lehrenden und mehr Forschenden differenzieren zu können. Dies ist ein neuer Tatbestand, der im Solidarpakt natürlich nicht berücksichtigt werden konnte. Solche neuen Tatbestände, die das Parlament schafft, sind kein Bruch eines Vertrags. Rein juristisch ist das völlig unmöglich.

Nun muss man wissen, dass wir diese Erhöhung der Lehrverpflichtung ohne Stelleneinsparung umsetzen. Die Hochschulen sind die einzigen Institutionen im Land, bei denen die Mehrarbeit der Beamten nicht zu Stellenkürzungen führt. Übrigens hat bis jetzt niemand erwähnt, dass wir dadurch ein höheres Angebot an Lehrdeputaten für die Studierenden erbringen. Das wird immer nur negativ gesehen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die Pädagogischen Hochschulen hätten mehr gebraucht!)

Weil aber keine Stellen abgebaut werden, gibt es einen Abgeltungsbetrag von 2,5 Millionen €. Ich sehe das wesentlich positiver, als wenn wir im Gegenzug zur Deputatserhöhung Stellen abgebaut hätten.

(Vereinzelte Beifall – Abg. Kleinmann FDP/DVP:
Das sehen wir auch so! – Abg. Pfister FDP/DVP:
So ist es!)

Ein weiterer Punkt sind Ausgabereste für die Erstaussstattung von Gebäuden in Höhe von 3,7 Millionen €, die durch Streckung im Haushaltsjahr 2004 eingespart werden. Es wird also keine Ausstattung eingespart, sondern es wird gestreckt ausgestattet und gestreckt gebaut.

Die weiteren 5,1 Millionen €, die Sie, Frau Bauer, erwähnt haben, sind eine Einsparauflage, die wir uns selber in Kapitel 1423 als einem Zentralkapitel auferlegt haben. Das heißt, wir haben in allen Bereichen gekürzt – überproportional bei uns im Zentralhaushalt, unterproportional bei den einzelnen Einrichtungen –, weil das unserem Weg der Reduzierung der zentralen Zuständigkeit und der Delegierung von Zuständigkeiten auf die Einrichtungen entspricht.

Der Solidarpakt steht. Die Rektoren haben das auch so ausgedrückt. Sie sind froh, dass dieser Solidarpakt in einer finanziell unvorstellbar schwierigen Situation hält. Wir kennen uns dazu, die Hochschulen bekennen sich dazu. Wir sind froh, dass wir den Solidarpakt in diesen Zeiten halten können. Es gibt übrigens keine Landeseinrichtung, die in einer ähnlich privilegierten Lage ist wie die Universitäten, mit denen wir den Solidarpakt geschlossen haben.

Wenn Sie, Frau Bauer, sagen, wir hätten den Universitäten Mittel genommen, die Ausgleichsmittel bei der leistungsbezogenen Mittelzuweisung waren, dann stimmt das. Aber dies waren Mittel, die wir über den Solidarpakt hinaus zusätzlich an die Universitäten gegeben haben, die von vornherein zeitlich befristet waren und die wir schon ein Jahr länger gegeben haben, als wir uns verpflichtet hatten. Wir haben also nicht etwas weggenommen, sondern wir haben etwas länger gegeben als vereinbart und etwas zusätzlich länger gegeben als vereinbart. Man sollte uns das bitte nicht

negativ anrechnen und es schon gar nicht auf den Solidarpakt anrechnen. Sie müssen immer wissen, wenn Sie das mit mir diskutieren: Ich kenne den Solidarpakt schon länger als alle anderen, weil ich ihn schon kannte, bevor ihn irgendjemand anders kannte.

Ich danke den Hochschulen, gerade den Universitäten, für ihr Verständnis, einen Sparbeitrag erbringen zu müssen. Ich sehe auch die anschließend geschlossene Rahmenzielvereinbarung mit der Hochschulmedizin positiv. Diese Rahmenzielvereinbarung war ein Anliegen der Hochschulmedizin. Wir wollten ihr weitere drei Jahre Planungssicherheit geben, und in diesen Zeiten des Sparhaushalts heißt das auch verlässliche, vorhergesehene und eingehaltene Einsparbeiträge.

Sie wissen, dass der Wissenschaftsrat alle unsere großen Kliniken und medizinischen Fakultäten als hervorragend einstuft und sagt, dass es in Deutschland nichts Vergleichbares gebe, und dass er die Verlässlichkeit der Finanzierung lobt. Wir werden durch die Einsparungen, die wir jetzt in der Rahmenzielvereinbarung vorgesehen haben, das Niveau unserer medizinischen Fakultäten und der Kliniken nicht schmälern. Wenn irgendetwas die Kliniken tangiert, so ist es die überzogene und zu rasche Einführung der DRGs. Aber dafür tragen wir nicht die Verantwortung. Sie haben gesagt, wir sollten nicht immer auf Berlin schimpfen. Aber das fällt manchmal schwer, weil von dort so viel Negatives kommt, dass man kaum vermeiden kann, darauf einzugehen.

(Abg. Pfisterer CDU: So ist es! Was muss, das muss! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Depressionen!)

Wir werden im Rahmen der Hochschulgesetzgebung die Autonomie der Hochschulen gerade auch im Budgetbereich stärken, denn das ist für einen möglichst effizienten Mittlereinsatz notwendig.

Die Einsparnotwendigkeit bei den Fachhochschulen ist in der Tat schwierig zu bewältigen; das muss man sagen. Ich habe eingangs gesagt, man könne nicht einsparen, ohne dass es irgendwo schmerze. Es geht um insgesamt 17,3 Millionen €. Diese Einsparungen zu erreichen ist wegen der hohen Personalquote, die die Fachhochschulen haben, schwierig. Wir wissen, was wir an den Fachhochschulen haben und welche großartigen Leistungen sie gerade in der hervorragenden Ausbildung junger Menschen erbringen.

Deshalb habe ich auch bei den Haushaltsberatungen von Anfang an gesagt: Dies kann bei der Höhe dieser Einsparungen nur ein einmaliger Akt im Jahr 2004 sein, weil noch Rücklagen existieren, die ein Abfedern dieser Einsparnotwendigkeiten gestatten. Allerdings kommen Erleichterungen hinzu, die man auch sehen muss: Erleichterungen durch die Beschlüsse der Regierungsfractionen und Erleichterungen dadurch, dass wir 4 Millionen € dieser Einsparungen aus den zentralen Mitteln des Ministeriums erbringen. Das sind zusätzliche Mittel aus den Langzeitstudiengebühren, die wir den Fachhochschulen zur Verfügung stellen. Der Herr Ministerpräsident hat gestern das 5-Millionen-€-Forschungsprogramm für die Fachhochschulen erwähnt.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Bauer?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Aber bitte, ja.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Minister, ich verstehe einfach nicht – und möchte deshalb nachfragen –, wie das denn funktionieren soll, wenn Sie etwa 1,2 Millionen € Kürzungen zurücknehmen, gleichzeitig aber die globale Minderausgabe um 2,9 Millionen € erhöhen. Wie werden denn die Universitäten und Fachhochschulen dadurch verschont? Wollen Sie bei sich selbst kürzen? Oder sind die Fachhochschulen und Universitäten davon ausgenommen?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Wir werden diese 2,9 Millionen € erbringen, ohne den Fachhochschulen zusätzliche Einnahmeverminderungen aufzuerlegen und auch ohne die Solidarpakteinsparungen der Universitäten zu erhöhen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Haben Sie eine schwarze Kasse?)

– Schwarze Kassen sind immer voller als rote Kassen, Frau Bregenzer.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Pfisterer CDU: Gut gekontert!)

Man muss auch sehen – –

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Tragen Sie das dann mit dem Koffer in die Fachhochschulen, oder wie? – Weitere Zurufe)

– Wir haben ja überall schon eine solche EDV-Vernetzung, Frau Bregenzer, dass das – Sie werden es nicht glauben – ohne Bargeldtransfers geht.

(Heiterkeit der Abg. Carla Bregenzer SPD und Boris Palmer GRÜNE – Abg. Carla Bregenzer SPD: Trotz NSI oder dank NSI?)

– Dank NSI.

Meine Damen und Herren, man muss auch die Gegenleistung sehen. Bei den Einsparungen für die Fachhochschulen handelt es sich um einen Abgeltungsbetrag für eine Verlängerung der solidaripaktähnlichen Verträge mit den Fachhochschulen, ohne dass diese wie die Universitäten Stelleinsparungen erbringen müssten. Das heißt, die Fachhochschulen sind von weiteren Kürzungen, von weiteren globalen Minderausgaben und auch von allen Haushaltssperren, wie sie etwa Ende des Jahres verhängt werden mussten, ausgenommen. Man darf, wenn man die Einsparungen richtig bewerten will, nicht nur die Einsparungen sehen, sondern muss auch die anderen Verpflichtungen berücksichtigen, die wir im Zuge der Einsparungen für die Fachhochschulen erbracht haben. Ich bin froh, dass die Regierungsfaktionen sowohl für die staatlichen als auch für die privaten Fachhochschulen mit ihrer Initiative eine Abmilderung der Einsparungen haben erwirken können.

Nun zu den Forschungsmitteln, weil der Vorsitzende der SPD-Fraktion gestern den Eindruck erweckt hat, wir würden bei Komplementärmitteln einsparen. Das stimmt nicht. Die für die Einwerbung von Drittmitteln notwendigen Komplementärmittel erbringen wir voll. Wir sparen bei zusätzlichen Mitteln für Anschubfinanzierungen ein. Allerdings muss man sagen, dass wir die Universitäten in den Verhandlungen mit ihnen auch gefragt haben, ob dies zu einer Verminderung der Drittmittelfähigkeit führen würde. Wir haben erfahren, dass die Universitäten noch Rücklagen haben, um in diesen Jahren Anschubfinanzierungen – von Universität zu Universität unterschiedlich – selbst zu finanzieren. Außerdem haben die Regierungsfaktionen zusätzlich 2 Millionen € gerade für diesen Zweck bereitgestellt. Damit wird vermieden, dass Drittmittel, die eingeworben werden könnten und für die wir einen Anschub brauchen, nicht eingeworben werden können.

Der Herr Ministerpräsident hat ja gestern auch darauf hingewiesen, dass der Bund die Max-Planck-Einrichtungen inzwischen so wenig fördert, dass es um die Frage geht, ob wir ein neues Max-Planck-Institut vollständig mit Landesmitteln finanzieren sollten oder ob es in ein anderes Land kommt.

Dazu muss man sagen, dass die Landesstiftung die Forschung im Land höchst positiv fördert. Derzeit laufen für ca. 170 Millionen € von der Landesstiftung geförderte Projekte in Wissenschaft und Forschung. Wenn wir diese Förderung der Landesstiftung mit UMTS vergleichen, zeigt sich Folgendes: Die UMTS-Milliarden haben dazu geführt, dass daraus etwa in gleich großer Höhe Steuermindereinnahmen der Länder und der Kommunen sowie Wertverluste der beteiligten Unternehmen resultierten. Das war also im Grunde genommen ein Nullsummenspiel. Dann hat man das Geld, das man eigentlich nicht hatte, in einer großen Luftblase ausgegeben. Jetzt steht man davor, dass man diese Programme nicht weiterführen kann. Man hätte die UMTS-Milliarden sehr viel besser in eine Stiftung geben sollen und mit dieser Stiftung nachhaltig Wissenschaft und Forschung – auch Spitzenforschung und Spitzenlehre – fördern können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Insofern bin und bleibe ich ein Befürworter der Landesstiftung, allerdings auch als jemand mit einem permanent begünstigten Ressort.

Wir können also sagen, dass gerade in innovativen Feldern wie zum Beispiel Biotechnologie, Energietechnologie und Nanotechnologie die Förderungen durch die Landesstiftung dazu führen, dass das Land weiterhin an der vordersten Front von Forschung und Entwicklung steht. Die Kürzungen, die wir im Forschungsbereich vornehmen mussten, werden nicht dazu führen, dass Baden-Württemberg zurückfällt.

(Abg. Zeller SPD: Das sehen die Fachhochschulen anders!)

Die Pädagogischen Hochschulen, die angesprochen worden sind, leiden in der Tat unter einer Überlast. Wir haben durch die Deputatserhöhung de jure zwangsläufig das Sonderprogramm für die Pädagogischen Hochschulen im Haus-

(Minister Dr. Frankenberg)

halt streichen müssen. Wir haben ihnen allerdings die Professorenstellen, die im Sonderprogramm vorgesehen waren, belassen. Diese Stellen stehen ihnen derzeit zur Mittelschöpfung zur Verfügung. Es ist also nicht so, dass dieses Programm in seiner Haushaltswirksamkeit völlig gestrichen worden wäre.

Meine Damen und Herren, nicht nur der Bereich Wissenschaft, sondern auch der Bereich von Kunst und Kultur musste in einem solchen Haushalt in seinen Ausgaben reduziert werden. Wir haben allerdings, wenn wir die Proportionalität sehen, im Bereich von Kunst und Kultur weniger Einsparungen vorgenommen als im Bereich von Wissenschaft und Forschung, weil wir wissen, dass wir hier viele kleine Einrichtungen fördern. Häufig fördern wir komplementär, das heißt, Einsparungen von uns verdoppeln sich, wenn die andere Seite auch einspart. Wir wollen dabei bleiben, eine möglichst vielgestaltige Kunst- und Kulturlandschaft zu haben.

Für beide Bereiche, für Wissenschaft und für Kunst und Kultur, gilt allerdings für die Zukunft, dass wir uns auf Dauer auf knappere Haushalte einstellen müssen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Das heißt, wir müssen bei der Frage der Finanzierung mehr wirtschaftliche und unternehmensstrukturierte Finanzierungssysteme für die Einrichtungen schaffen, wie wir sie etwa für das Landesmuseum in Karlsruhe geschaffen haben. Auch alle Hochschulen nehmen das inzwischen vor.

Wir werden – Herr Kollege Pfister hat darauf hingewiesen – die Hochschulhaushalte nach den Solidarpakten in neue, verlässliche Dimensionen fassen müssen. Wir müssen sie in Hochschulverträge fassen, die dann übrigens auch die Parlamentsbeteiligung wieder vorsehen. Frau Bauer, in früheren Debatten haben Sie immer kritisiert, dass das Parlament über den Solidarpakt ausgeschaltet worden sei.

(Widerspruch der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Diese grüne Basisauffassung haben Sie heute völlig weggelassen.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Den Solidarpakt habe ich noch nie kritisiert!)

– Aber Sie haben es gedacht.

(Heiterkeit – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das ist ja interessant, dass Sie wissen, was Frau Bauer denkt! – Abg. Pfisterer CDU: Hellseherisches Denken! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das war zu einer Zeit, als Frau Bauer noch nicht im Parlament war!)

– Ich kann manchmal grün mitdenken. – Das heißt, wir brauchen eine solide Absicherung der Hochschulhaushalte, denn Wissenschaft und Forschung kann man nur mit Planungssicherheit betreiben. Das kann man nicht betreiben, wenn es durch globale Minderausgaben gestört wird und die Finanzierung von Monat zu Monat unsicher ist. Deshalb sieht das neue Hochschulgesetz Hochschulverträge zur Absicherung der Hochschulhaushalte über eine Legislaturperi-

ode mit weiteren leistungsbezogenen und anderen Finanzierungsinstrumenten vor.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Wir alle wissen aber, dass eine Finanzierung der Hochschulen, und zwar eine Finanzierung aller Hochschulen, auf einem Niveau, das international konkurrenzfähig wäre, auf Dauer nur möglich ist, wenn wir auch die gleichen Finanzierungsinstrumente nutzen, die international gegeben sind.

(Abg. Pfisterer CDU: So ist es!)

Wir alle wissen, dass sowohl bei den Sozialsystemen als auch bei den Rentensystemen, im Kindergarten und bei den Hochschulen eine Eigenbeteiligung derer, die sich dort ausbilden lassen, die studieren und gebildet werden, unumgänglich ist. Eine wirkliche Verbesserung der Finanzierung der Hochschulen, die wir brauchen, ist nur durch eine Einführung von Studiengebühren möglich – nach der Absicherung des öffentlichen Teils des Haushalts durch Hochschulverträge. Insofern ist das eine Kombination. Dass dies sozialverträgliche Studiengebühren sein müssen – in einem nachlaufenden System –, die niemanden vom Studieren abhalten,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist klar!)

darüber sind wir uns alle einig, und darüber haben wir bereits eine Landtagsdebatte geführt.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Bitte sehr.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister, werden die von Ihnen mehrfach angesprochenen Finanzierungsverträge mit den Hochschulen auch die Möglichkeit umfassen, dass die Hochschulen in Zukunft – wie beim Solidarpakt – „freiwillig“ auf Anteile der Finanzierung verzichten?

(Heiterkeit der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Pfisterer CDU: Das ist ja unglaublich! – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD zur CDU: Darauf ist eure Politik doch angelegt!)

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Diese Freiwilligkeit, die Sie ansprechen, betraf wirklich eine freiwillige Vorgehensweise.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Ja, ja!)

Natürlich – das müssten Sie als Abgeordnete wissen – stehen alle Verträge, die eine Regierung schließen kann, auch unter einem Haushaltsvorbehalt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Aber ich bin der Hoffnung, dass 2006, wenn wir in der Bundesrepublik vielleicht zu solideren Verhältnissen zurückkehren, solche Veränderungen von Verträgen nicht notwendig werden.

(Minister Dr. Frankenberg)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Pfisterer CDU: Sehr gute Antwort! –
Zuruf von der SPD: Träumen Sie weiter!)

Wenn wir von Elitehochschulen sprechen, so heißt das, dass wir zunächst einmal darauf achten müssen, dass die solide Finanzierung aller Hochschulen gesichert sein muss. Elitehochschulen auf Kosten des Restes kann und darf es nicht geben, denn der „Rest“ lebt nicht im Überfluss, sondern zugegebenermaßen in der Notwendigkeit zusätzlicher Mittel. Wenn also die Bundesregierung Elitehochschulen fördern will, dann wäre ihre erste Aufgabe, die Kürzung der Hochschulbauförderungsmittel zurückzunehmen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das hat ja nicht einmal Ihre eigene Fraktion in Berlin beantragt!)

Wir leiden in der Tat unter der massiven Kürzung der HBFMG-Mittel.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Es sind 5 Millionen € mehr als früher!)

175 Millionen € sind gestrichen worden. Ich fordere Frau Bulmahn auf: Nehmen Sie Ihre 50 Millionen € für die Spitzenhochschulen, und stecken Sie sie in die HBFMG-Mittel, damit wir wenigstens die Hälfte oder ein Drittel der dortigen Kürzungen zurücknehmen können,

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

denn bei uns regnet es herein, während die gute Bundesbildungsministerin Leuchttürme schaffen will.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf von der CDU: Jawohl! – Zuruf des
Abg. Fischer SPD)

– Herr Fischer, das ist richtig: Es hat schon vorher hereingeregnet, weil die Mittel auch vorher schon zu knapp waren. Aber die Ministerin knappt noch bei schon viel zu knappen Mitteln. Sie alle wissen: Bislang konnten 50 % der notwendigen Bauvorhaben realisiert werden, jetzt sind es nur noch 25 %.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD – Glocke des
Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Bregenzer?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Bitte sehr, Frau Bregenzer.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass das Volumen der Hochschulbaufördermittel des Bundes selbst nach dieser Kürzung noch um 5 Millionen € größer ist als zu der Zeit, in der CDU/CSU und FDP regiert haben?

(Oh-Rufe von der CDU)

Zweitens: Ist Ihnen bekannt, dass die anderen Bundesländer diese Mittel gar nicht in diesem Maße abrufen und dass Baden-Württemberg deshalb in besonderer Weise davon profitiert, weshalb es für Sie dann auch schmerzlich ist, wenn dort Kürzungen vorgenommen werden?

(Abg. Pfisterer CDU: Das ist doch eine Schande für die SPD-regierten Länder!)

Drittens: Ist Ihnen bekannt, dass die CDU-Bundestagsfraktion bei den Haushaltsberatungen keinen Antrag auf Erhöhung dieser Mittel gestellt hat?

(Abg. Zeller SPD: Jetzt! – Abg. Pfisterer FDP/DVP: Das hat eh keinen Wert! – Abg. Pfisterer CDU: Das ist doch alles Ablenkung! Ihr habt doch gekürzt! Wir rufen die Mittel doch ab! Wir sind doch die Guten hier! – Unruhe)

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Frau Bregenzer, zunächst einmal danke ich Ihnen dafür, dass Sie anerkennen, dass das Land Baden-Württemberg für den Hochschulbau immer mehr ausgegeben hat, als es gemäß HBFMG hätte ausgeben dürfen.

(Abg. Pfisterer CDU: Das ist eine Schande für die SPD-regierten Länder!)

Zweitens: Sie müssen sich fragen, welche Länder ihre Mittel nicht ausgegeben haben, weil sie sie nicht haben.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die neuen Bundesländer!)

Sachsen steht dabei anders da als Länder, bei denen die gleiche Farbe regiert – oder etwas noch Rötteres – wie in Berlin.

(Abg. Zeller SPD: Trotzdem hat der Bund mehr ausgegeben! – Zuruf von der SPD: Einfach bestätigen!)

Zum Weiteren müssen Sie ja sehen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie einfach: „Frau Bregenzer hat Recht“!)

dass Sie inzwischen schon so lange Verantwortung in Berlin tragen, dass Sie die Baukostensteigerungen bitte mit einberechnen müssen, wenn sie Etats vergleichen.

(Abg. Pfisterer CDU: Jawohl! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sagen Sie doch einfach Ja! – Unruhe)

– Frau Bregenzer, ich würde Ihre Fragen ja gerne bejahen, aber das will meine Logik nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Wenn einem die Wahrheit nicht gefällt, muss die Logik herhalten!)

– Frau Bregenzer, für mich liegen Wahrheit und Logik auf einer Linie.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ein zweiter Punkt ist mir wichtig, der die Elitehochschulen betrifft. Wenn wir wirklich Hochschulen haben wollen, die vergleichbare Chancen wie Spitzenhochschulen in anderen Ländern haben, dann müssen wir zunächst den Hochschulzugang anders regeln. Es gibt nirgendwo Spitzenhochschulen, für die eine ZVS Studierende auswählt.

(Minister Dr. Frankenberg)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister
FDP/DVP: Weg mit dem Ding!)

Wir müssen zweitens die Kapazitätsverordnung ändern. Denn was passiert jetzt, wenn wir beispielsweise für die Universität Heidelberg 50 Millionen € zusätzlich einnehmen?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Dann müssen Sie mehr
Professoren einstellen!)

– Dann stellen wir mehr Professoren ein, müssen aber auch genauso viele Studenten zusätzlich aufnehmen. Das heißt, die Betreuungsrelationen können sich nicht ändern, weil im HRG die Betreuungsrelationen über die Kapazitätsverordnung festgeschrieben sind.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ein Unsinn!)

Wir dürfen in diesem Land keine Niveaupflege betreiben. Das ist die zentrale Politik, die im HRG festgeschrieben wird. Insofern muss sich Frau Bulmahn auch sagen lassen: Diese 50 Millionen € führen nicht zu Spitzenhochschulen, sondern zur weiteren Überfüllung von Hörsälen, für die sie die Mittel kürzt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Natürlich muss das Studiengebührenverbot fallen, denn sonst sind auch Spitzenhochschulen nicht zu finanzieren. Aber ich weiß auch, Frau Bauer, dass die Grünen den Plänen von Frau Bulmahn sehr skeptisch gegenüberstehen. Heute war in der „Süddeutschen Zeitung“ zu lesen, nachdem Herr Matschie, der Staatssekretär, gefordert hat, die ZVS abzuschaffen und die volle Hochschulauswahl zuzulassen – –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wer hat das gefordert?)

– Herr Matschie, der Staatssekretär. – Heute steht in der „Süddeutschen Zeitung“: „Bulmahn bremst Matschie.“ Man kann auch sagen: „Bulmahn bremst Spitzenhochschulen aus.“

(Abg. Hauk CDU: Alle Tage neue Spielregeln!)

Wir werden also, wenn wir in die Zukunft schauen, feststellen müssen: Der Staat, der Steuerzahler kann die notwendigen Leistungen, die zur Verbesserung des Hochschulsystems erbracht werden müssen, nicht allein erbringen. Wir müssen diese zusätzlichen Leistungen auf anderen Wegen erbringen, und zwar auch dadurch, dass die Hochschulen unternehmerischer werden,

(Vereinzelt Beifall – Abg. Kleinmann FDP/DVP:
Ja!)

dass sie in der Weiterbildung mehr Mittel einwerben, dass sie durch Gründung von Weiterbildungsunternehmen aktiver werden und dass sie in der Patent- und Lizenzvermarktung zusätzliche Mittel einwerben. Unser einheitliches Hochschulgesetz, das wir schaffen wollen, wird auch dazu dienen, unternehmerische Hochschulen zu schaffen – nicht Hochschulen als kommerzielle Unternehmen, aber in ihrer Struktur unternehmerische Hochschulen mit modernen Betriebsformen, die wir sowohl für die Kunst- und Kultureinrichtungen als auch für die Hochschulen vorsehen.

Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, dass die Innovationskraft des Landes von guten Hochschulen abhängt und dass wir für die guten Hochschulen auch eine solide Finanzierung benötigen. Aber dies ist immer nur im Rahmen dessen möglich, was uns zukommt, im Rahmen des Haushalts. Haushalt heißt, dass wir mit diesem Geld haushalten müssen. Schulden wären die schlechteste Zukunftsvorsorge, die wir treffen könnten. Insofern führt an Einsparungen kein Weg vorbei.

Dass Einsparungen Schmerzen bereiten, das ist eben so. Das kann und muss man beklagen, aber wenn wir wieder eine positive Perspektive für dieses Land haben wollen, müssen alle in diesen Zeiten Schmerzen ertragen können. Wer meint, wir könnten dieses Land wieder aufrichten, ohne dass es jemandem wehtut, der ist auf einem Irrweg und wird sich in dem tiefsten Tal der Konjunktur und der Entwicklung dieses Landes wiederfinden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Vetter.

Abg. Dr. Vetter CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Wort „Kunsthauhalt“, um das es jetzt geht, sagt ja schon aus, worum es geht: Es geht um das Haushalten. Die Regierungsfractionen haben versucht, in diesem Kunsthauhalt die Strukturen Baden-Württembergs festzuhalten. Die Oppositionsfractionen versuchen, den Kunsthauhalt aus allen Sparfractionen herauszuhalten – sehr lieb, sehr visionär, sehr wünschenswert!

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Man möchte in einer schwachen Stunde beinahe zustimmen.

(Zuruf von der SPD: Das können Sie doch! Daran
hindert Sie doch keiner!)

Aber die Regierungsfractionen tragen Verantwortung für das Gemeinwohl; die Regierungsfractionen müssen einen verfassungsgemäßen Haushalt garantieren.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Deswegen bekenne ich mich auch als Sprecher meiner Fraktion für Kunst und Kultur dazu, dass der Kunsthauhalt bei den Sparfractionen mitmachen muss.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/
DVP)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion ist entschlossen, die einmalig gute, vielfältige und dezentrale Struktur der Kultur in Baden-Württemberg zu erhalten. Dabei sehen wir deutlich die Erfolge der Künstlerinnen und Künstler Baden-Württembergs auf der nationalen und auf der internationalen Ebene. Sie rechtfertigen unsere Anstrengungen. Ich denke dabei nicht nur an unsere Spitzeneinrichtungen – die Staatstheater, die Kommunaltheater, die kleinen Theater, die Museen, das ZKM, die Orchester –, sondern ich denke auch an die freischaffenden Künstlerinnen und Künstler in

(Dr. Vetter)

Baden-Württemberg, die in Deutschland und international eine herausragende Rolle spielen.

(Abg. Inge Utzt SPD: Aber davon können sie nicht leben!)

Die Erfolge sind klar und eindeutig, und wir brauchen uns vor niemandem zu verstecken, auch nicht vor Berlin und vor München.

(Beifall bei der CDU)

Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg und unsere Kunstmetropolen

(Abg. Blenke CDU: Bad Wildbad!)

sind stark.

Mit Mitteln, deren Höhe rund 1 % des Landeshaushalts ausmacht, stellt unser Land auch in Sparzeiten immer noch viel Geld für den Kunstbereich zur Verfügung. Ähnlich viel Geld stellen die Kommunen zur Verfügung. Aber Geld allein ist es nicht, meine Damen und Herren. Die Formel „Mehr Geld – mehr Kultur“ stimmt einfach nicht.

(Zuruf der Abg. Inge Utzt SPD)

Es ist die Kreativität, es ist der Wettbewerb, es ist der Mut, und es sind die persönlichen Leistungen der Künstlerinnen und Künstler, denen wir ein großes Kompliment machen müssen. Dies erfordert Anerkennung. Und deswegen hat die CDU-Fraktion mit der FDP/DVP-Fraktion durchgesetzt, dass die Kunst in Baden-Württemberg nicht überproportional, sondern unterproportional an den notwendigen Einsparungen beteiligt wird, nämlich mit rund 3 Millionen € weniger, als es der Proportion entsprechen würde. Dafür muss Herr Minister Frankenberg und Herr Staatssekretär Sieber und Ihnen allen, liebe Kollegen von den Regierungsfractionen, herzlich gedankt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Da können wir nicht klatschen! Wir können uns nicht selbst zujubeln, das geht nicht!)

– Aber gut ist es trotzdem.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wir können uns doch nicht selber zujubeln, das geht nicht! – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

– Danke.

Meine Damen und Herren, der zweite Einwand der Opposition ist der Verweis auf die so genannte Rasenmähermethode. Dieser Einwand trifft überhaupt nicht zu. In diesem Kunsthaushalt sind eindeutige Akzentsetzungen erfolgt, nämlich im Bereich der Staats- und Kommunaltheater, die eben nur an der Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe teilnehmen. Bei den kommunalen Theatern erfolgt keine zehnprozentige, sondern nur eine fünfprozentige Zuschusskürzung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das reicht bei kleinen Theatern!)

Bei den Landesbühnen erfolgt keine zehnprozentige, sondern nur eine einprozentige Kürzung.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine Damen und Herren, in der folgenden Runde ist durchgesetzt worden, dass die freien Theater 55 000 € mehr als bisher bekommen, die kleinen Bühnen 110 000 €, die Soziokultur 125 000 €. Damit werden die Sparaktionen erträglich. Dies war das Ergebnis der vielen Gespräche, die wir auch mit den Kunstschaaffenden hatten. Die Kunstschaaffenden haben ihre Probleme und Nöte dargestellt, aber auch – und das möchte ich sagen – Verständnis für das Sparen geäußert.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Meine Damen und Herren, das kann man mit Sicherheit nicht „Rasenmäher“ nennen. Das sind deutliche Akzentsetzungen. Und die Absenkung der Zuschüsse bei den sonstigen Zuwendungsempfängern um 10 % wurde zwar grundsätzlich mit Bedenken begleitet – wie es sich gehört –, aber dafür ist auch Verständnis geäußert worden. Sie haben sogar gesagt, die Rasenmähermethode habe auch etwas Gerechtes an sich.

Meine Damen und Herren, die Alternative zur Rasenmähermethode wären Individualkürzungen gewesen.

(Zuruf der Abg. Inge Utzt SPD)

Sie hätten jede einzelne Einrichtung untersuchen müssen. Dabei hätte ich viel Vergnügen gewünscht.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie drücken sich davor!)

Meine Damen und Herren, mit diesem Konzept ist eine Zusage eingelöst worden, die ich in der letzten Plenardebatte zur Kultur im Oktober 2003 gegeben habe, nämlich die, Existenzgefährdungen abzuwehren und besonders im Bereich der kleinen Kultureinrichtungen zu helfen, wo zu helfen ist. Deswegen danke ich noch einmal meiner Fraktion, den Kolleginnen und Kollegen in meinem Arbeitskreis, den Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen, und ich danke Frau Berroth von der FDP/DVP-Fraktion herzlich für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall des Abg. Dr. Lasotta CDU – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie haben die Opposition vergessen!)

Meine Damen und Herren, die Mittel für die Kultur, deren Anteil am Landeshaushalt rund 1 % ausmacht, sind gut angelegt. Die Kultur ist, nebenbei gesagt, auch ein großer Arbeitgeber; das darf man nicht vergessen. Hier geht es auch um Arbeitsplätze, hier geht es um Strukturen, auch um Wirtschaftsstrukturen. Die Kultur ist auch ein Faktor für Existenzgründungen und für junge Menschen. Hier geht es um Selbstständigkeit, um Wettbewerb, um Risiko. Hier sind wenige Beamtenstellen vorhanden. Hier entstehen viele Ich-AGs, von denen so viel geredet wird. Wir erkennen dies an und helfen, wo wir können.

Meine Damen und Herren, die Rollenaufteilung in diesem Haus ist leider unauflösbar. Deswegen erkläre ich fast alle Anträge der Opposition für wünschenswert. So einfach ist das. Aber auch mehr Geld und mehr Planungssicherheit könnte ich nur begrüßen, wenn wir das selbst hätten. Wir haben nicht mehr Geld, und auch das Land insgesamt hat nicht mehr Planungssicherheit.

(Dr. Vetter)

Die Anträge der Grünen enthalten vernünftige Ansätze. Da lese ich ab und zu, dass man auch am Sparen beteiligt sein kann. Aber ich lese auch, dass man Härten mildern will. Damit bin ich völlig einverstanden. Unsere eigenen Konzeptionen entsprechen ja in einigen Punkten auch Ihren Vorstellungen.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Nicht akzeptabel ist der Antrag auf Streichung des Erweiterungsbaus der Musikhochschule Trossingen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was? – Gegenruf der Abg. Inge Utzt SPD: Haben Sie das nicht gesehen? Die Grünen haben das gefordert!)

hinter dem natürlich gewisse Strukturüberlegungen stehen.

(Abg. Pfister FDP/DVP zu den Grünen: Ziehen Sie das zurück!)

Das, Herr Kollege Pfister, machen wir nicht mit.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, das ist gut so!)

Die SPD fordert leicht, klar und einfach, aber verletzend die Rücknahme der Kürzungen. Dazu bedarf es keiner Erklärungen mehr. Wenn ich die Situation in den anderen Bundesländern ansehe, angeführt von den rot-grün und den rot-rot regierten Bundesländern, kann ich nur sagen: Schweigt lieber und seid bescheiden! Wir müssen eine vernünftige, sachgemäße und verfassungsgemäße Entscheidung treffen. Daran müssen alle beteiligt werden.

(Beifall des Abg. Fleischer CDU)

Baden-Württemberg ist keine Insel der Glückseligen, aber solide, weil wir sparsam sind.

Meine Damen und Herren, Kürzungen und ihre Milderungen ändern nichts daran, dass wir nach Jahren der Erosion am Ende der Fahnenstange angelangt sind. Auch das muss gesagt werden. Weitere Kürzungen würden wertvolle Substanz zerstören. Daher müssen, wenn die Finanzsituation nicht besser wird, auch Strukturüberlegungen angegangen werden, und zwar auch im Bereich der Kunst. Dies ist im Übrigen auch von den Kulturverbänden selbst geäußert worden.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Es ist höchste Zeit!)

In unseren Gesprächen sagten sie, sie wollten keine weiteren Kürzungen mehr, sondern lieber Überlegungen anstellen, um in einigen Bereichen Strukturen zu verändern und damit Freiräume zu schaffen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: So ist es!)

Das ist eine klare Äußerung auch von dieser Seite gewesen. Dies ist auch meine Meinung. Aber, meine Damen und Herren, Strukturüberlegungen sind nicht nur bei der Kunst, sondern überall, in allen Bereichen erforderlich.

Eine zweite Bemerkung zum Schluss. Kulturfinanzierung setzt auf eine Partnerschaft zwischen Land und Kommunen.

Das Prinzip der Kofinanzierung durch Land und Kommunen ist ganz elementar und wichtig. Das dürfen wir nicht zusammenbrechen lassen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das haben Sie aber!)

Kürzungen wirken sich doppelt aus: Wenn der eine kürzt, kürzt der andere meist auch. Deswegen sollten wir sorgfältig darauf achten, dass keiner der Partner – weder Land noch Kommunen – aus dem gemeinsamen Boot aussteigt. Diese Verantwortungspartnerschaft muss bleiben.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Drittens: Nicht nur die Finanzprobleme der öffentlichen Haushalte, sondern auch eine andere, weltweite Entwicklung machen es notwendig, mehr Mitverantwortung der privaten Seite und der Wirtschaft einzufordern. Die Kunst und die Kultur sind erstrangige Standortfaktoren. Ansiedlungen finden dort statt, wo Kultur ist. Die Manager gehen dorthin, wo die Theater, die Orchester und die Kultur sind. Deswegen glaube ich, dass es nicht ungerecht ist, wenn ich einfordere, dass auch die Wirtschaft und die private Seite mehr einsteigen müssen. Das bedeutet auch,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dass wir ihr Luft dazu lassen!)

dass wir im Bereich der Kultur eine Struktur für Sponsoring und für Privatspenden einrichten müssen und dass wir von unserer Förderseite her Anreize geben müssen, um dieses Sponsoring herzuholen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: So ist es! Genau!)

Wir müssen Anreize geben, indem wir sagen: Wir geben einen gewissen Anteil an öffentlichen Geldern, wenn es euch gelingt, private Gelder einzuholen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das geht aber nicht, wenn man die durch Kürzungen einfach kaputt macht!)

Dieses System, das wir bei der Kunststiftung haben, ist hochinteressant. Darüber müssen wir nachdenken.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion stellt sich der Verantwortung, Kunst und Kultur auf bestem Niveau zu halten. Wir werden den Dialog mit den Künstlerinnen und Künstlern fortsetzen. Mit diesem Haushalt erreichen wir Verbesserungen. Der Verfassungsauftrag zur Kulturförderung ist bei der Landesregierung, bei Minister Frankenberg und Staatssekretär Sieber, in den besten Händen. Die Regierungsfractionen arbeiten konstruktiv an diesem Ziel.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da war einstens ein wissenschaftlich interessiertes Bäuerlein. Das wollte seine Kuh so weit bringen, dass sie ohne Nahrung auskommen könne. Das Bäuerlein hat das Experiment natürlich

(Inge Utz)

langfristig angelegt und das Tier langsam an das Ziel herangeführt, und die Kuh konnte von immer weniger Nahrung leben. Als das Experiment fast geglückt war, ist das dumme Vieh doch einfach gestorben.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Unerhört!)

So geht die Landesregierung mit den kulturellen Einrichtungen dieses Landes um,

(Beifall bei der SPD)

indem sie sie dazu zwingt, mit immer weniger Mitteln auszukommen. Wenn die Kürzungen so beschlossen werden, wie die Regierung sie vorschlägt, besteht die große Gefahr, dass kulturelle Einrichtungen unseres Landes ihren Betrieb einstellen müssen und die jetzt noch reiche kulturelle Landschaft irreversibel beschädigt wird. In diesem Zusammenhang erhebt sich übrigens die Frage, ob damit nicht gegen Artikel 3 c unserer Landesverfassung verstoßen wird.

Die SPD-Fraktion hat beantragt, die globalen Einsparauflagen im Kunstbereich zurückzunehmen. Diesen Antrag stellen wir heute wieder und bitten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, ihm zuzustimmen. Es geht um Einrichtungen in Ihren Wahlkreisen, deren kulturelle Infrastruktur bei weiteren Einsparungen gefährdet ist.

Zum Beispiel das Theater der Stadt Aalen: Es ist das einzige Theater zwischen Stuttgart und Ulm und ein wichtiger Teil der kulturellen Grundversorgung der Ostalb. Mit großem Engagement wird dort Theater gemacht, werden innovative Projekte gestartet und wird Theaterpädagogik „at its best“ gemacht. Dieses Haus hat bereits Kürzungen der städtischen Zuschüsse verkraften müssen. Jetzt droht eine fünfprozentige Kürzung der Landeszuschüsse, und auch der Landkreis will 2 000 € weniger überweisen. Das alles sind eigentlich relativ kleine Beträge, die in der Summe aber für ein Haus mit einem Gesamtetat von ca. 1,2 Millionen € nicht mehr zu verkraften sind. Da ein Großteil der Mittel zur Deckung von Fixkosten benötigt wird – unter anderem Mieten für die Spielstätten –, sind Kürzungen beim Personal angesagt. Was ein Theater ohne Personal noch leisten kann, das kann sich jeder hier sicher vorstellen.

Zum Beispiel das Stuttgarter Kammerorchester: Für diese Einrichtung sind seit 1993 nicht nur die Zuschüsse des Landes nicht nennenswert gestiegen, sondern es wurden auch immer wieder geringfügige Kürzungen vorgenommen. Tarifierhöhungen für die Musiker des Orchesters mussten durch Eigeneinnahmen aufgefangen werden. Die jetzt in Aussicht gestellten Kürzungen der Landesmittel liegen bei knapp 13 %. Theoretisch könnte man natürlich bei den Musikern sparen. Der Erfolg wäre dann allerdings ein sehr zweifelhafter. Ob der gute Ruf des Orchesters und die bisherige Höhe der Eigeneinnahmen dann noch bestehen bleiben, darf hinterfragt werden.

Zum Beispiel die philharmonischen Orchester: Bei diesen Einrichtungen besinnt man sich auf die Empfehlungen der Kulturstrukturkommission, die übrigens bei anderen Punkten gern vergessen werden, und besteht auf einer Einspielquote von 25 %, obwohl inzwischen jedem klar sein sollte, dass dies unmöglich ist.

Zum Beispiel das Nationaltheater Mannheim: Es steht bei einer fünfprozentigen Kürzung nach eigenem Bekunden vor dem Aus. In diesem Zusammenhang frage ich mich übrigens, ob die Kollegen Oettinger und Reichardt gegenüber dem „Mannheimer Morgen“ aus Unwissenheit erklärt haben, bei den Haushaltsberatungen habe keine Fraktion einen Antrag eingebracht, in dem gefordert werde, die Kürzung auszusetzen. Die SPD-Fraktion hat beantragt, die globale Minderausgabe, die bei den Stadttheatern – das Nationaltheater Mannheim ist ein Stadttheater – 5 % ausmacht, auszusetzen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Da hat der CDU-Abgeordnete im Finanzausschuss geschlafen!)

– Ja. – Dem haben Sie nicht zugestimmt, und jetzt wollen Sie sich vor Ort als die großen Retter aufspielen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist typisch!)

Diese Beispiele stehen für die vielen Einrichtungen in Baden-Württemberg, die mehr für das Renommee des Landes leisten als eine zweifelhafte Imagewerbung.

(Beifall bei der SPD)

Bitte gestatten Sie mir, dass ich kurz erläutere, warum wir bei Kapitel 1492 heute anders abstimmen werden als im Finanzausschuss. Dort hatten wir Fragen zum Haus der Geschichte gestellt. Sowohl die dort gegebenen als auch die nachgereichten Antworten haben eher für Verwirrung als für Klarheit gesorgt. Deshalb werden wir uns heute bei der Abstimmung über dieses Kapitel der Stimme enthalten.

Der Haushaltsvorschlag der Regierung für die Kultur bedeutet für viele kulturelle Einrichtungen eine Exekution auf stillem Weg. Herr Dr. Vetter, Sie haben vorhin erklärt, die Einrichtungen seien durchaus mit den Kürzungen einverstanden. Ich fürchte, dass Sie damit eine Art Kannibalismus unter den Einrichtungen bewirken,

(Abg. Seimetz CDU: Oh! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Er ist der Oberkannibale!)

weil natürlich jeder versuchen wird, seine Einrichtung zu retten. Die Anträge der Regierungsfractionen, unter anderem für die soziokulturellen Zentren und die freien Theater höhere Zuschüsse zu gewähren, sind begrüßenswert, aber letztlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Auch die Kürzungen um relativ kleine Beträge können etliche Institutionen nicht mehr verkraften. Denken Sie bitte an die gesamte Kulturlandschaft dieses Landes, und stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu. Kultur ist ein Gipfel, zu dem viele Schritte hinaufführen, aber schon ein einziger herunter. Das hat Johann Peter Hebel gesagt. Vermeiden wir diesen Schritt und schützen das, was in diesem Land schützenswert ist, nämlich unsere Kultur.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Keine weiteren Wortmeldungen? – Frau Abg. Berroth, bitte schön.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Grünen wollen jetzt also auch einen Solidarpakt mit den Kultureinrichtungen. Das klingt

(Heiderose Berroth)

gut. Ich sage Ihnen allerdings: Planungssicherheit wäre in vielen Bereichen nötig, vom Sozialen über die mittelständische Wirtschaft und den Sport bis hin zum Umweltbereich und zu Verkehrsinvestitionen. Alle diese Bereiche hätten gern Planungssicherheit. Das hätte auch den Vorteil, dass wir hier im Landtag gar nicht so oft tagen müssten; da könnte man Geld sparen.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das ist eine tolle Einstellung der FDP/DVP zum Parlament, was Sie gerade sagen!)

Das Riesenproblem ist nur, dass es der rot-grünen Bundesregierung bisher nicht gelungen ist, eine Politik zu machen, die uns auch eine solide, stabile Einnahme beschert. Die Höhe der Gelder, die wir hier zu verteilen haben, wird grobenteils von der Bundespolitik beeinflusst. Deswegen muss man darauf hinweisen.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Wieder diese Leier!)

Natürlich wäre es auch uns recht, wenn wir wenigstens die Haushaltsansätze der letzten Jahre beibehalten könnten. Ich gebe zu: Während der Haushaltsberatungen gibt es ab und zu Momente, in denen ich mir wünsche, zur Opposition zu gehören und dann frei von der Leber weg Gutes verteilen zu können.

(Abg. Fischer SPD: Das machen Sie aber vor Ort!)

Diese Phase hält allerdings immer nur sehr kurz an, denn schließlich ist mir das Mitgestalten in der Politik doch lieber.

Wir haben im Herbst des letzten Jahres in diesem Haus eine Debatte zur Kultur geführt, und schon dort haben wir versprochen – Herr Dr. Vetter und auch ich –, Hilfestellung zu leisten, wo es an das Existenzielle geht. Mein Dank geht jetzt insbesondere an unseren früheren Kollegen Friedrich-Wilhelm Kiel, der als Kulturbeauftragter unserer Fraktion in intensiven Gesprächen im Vorfeld mit den Betroffenen, aber auch innerhalb der Koalitionsfraktionen dafür gesorgt hat, dass es uns gelungen ist, für die soziokulturellen Zentren und für die Kleintheater die Kürzungen etwas zu entschärfen und für die freien Theater sogar eine Erhöhung des Haushaltsansatzes zu erreichen. Und mein Dank an Sie, Herr Kollege Vetter, stand auch schon vorher in meinem Redemanuskript. Deswegen soll er auch ausgesprochen werden. Es ist wirklich wichtig, dass wir gut zusammenarbeiten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Kunst und Kultur sind nicht nur als persönlichkeitsbildende und gesellschaftstragende Werte wichtig, sondern sind auch ein Wirtschaftsfaktor. Nicht umsonst wurde am Montag dieser Woche beim Jahresempfang des Hotel- und Gaststättengewerbes der Stadt Stuttgart ganz bewusst Bezug darauf genommen, dass wir in Stuttgart eben nicht nur Musicals haben, sondern auch ein hervorragendes Staatstheater, eine tolle Staatsgalerie, ein Haus der Geschichte und ähnliche Kultureinrichtungen, die ebenso Tourismus anziehen. Kunst und Kultur schaffen Arbeitsplätze, nicht nur im eigenen Be-

reich, sondern auch darum herum, und sie helfen, exzellente Mitarbeiter nach Baden-Württemberg zu holen. Deshalb gilt ein Zitat, das ich diese Woche gefunden habe:

Die Kunst in all ihrer Farbenfülle und ihrer Vielfalt ist die Blüte einer gesunden Gesellschaft.

Zitiert aus einem Buch von Cyril Northcote Parkinson, in dem er sich mit dem Steuermoloch und der Staatsbürokratie beschäftigt – wohlgemerkt schon im Jahre 1961. Er macht deutlich, dass Geld für Kunst und Kultur nicht unbedingt durch die Staatsumverteilungsmaschinerie laufen muss.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Sehr gut!)

„Der Verfall der Kunst“ sei vielmehr – noch einmal ein Zitat – „ein letztes Symptom“ für diese – ich füge an – fatalen Auswirkungen falscher Steuerpolitik.

Und ein weiteres Zitat:

Es entbehrt nicht der Bedeutung, dass gerade jene Kunstzweige im Ausstieg begriffen sind, die zu Tode besteuert werden.

Parkinson weist darauf hin, dass zum Beispiel die Baukunst im Niedergang ist, weil die Architekten kaum noch Privatkunden haben, dass die Bildhauerei verfällt, weil es kaum noch ein Haus gibt, das Platz für Skulpturen hat.

Er fasst zusammen:

Es hat zweifellos alle möglichen Gründe, dass in unserer Zeit keine Werke von bleibender Bedeutung geschaffen werden. Aber einer dieser Gründe steht fest: Dem Künstler fehlen verständige Gönner. Unsere Steuerpolitik zielt darauf ab, dem echten Mäzenatentum mehr und mehr das Wasser abzugraben. Deshalb werfen viele Leute das Geld lieber

– für Steuersparmodelle –

zum Fenster hinaus, als dass sie es sich wegnehmen lassen.

Deshalb mein Fazit, das in gewisser Weise auch mit dem, was der Kollege Vetter gefordert hat, übereinstimmt: Wir brauchen gerade auch für die Kunst eine grundlegende Neuordnung unseres Steuersystems, das klar und einfach sein muss und bei dem vor allem der Neidfaktor beseitigt werden sollte.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

13 Jahre nach einer wegweisenden kulturpolitischen Konzeption ist in Baden-Württemberg Ernüchterung eingeleitet. Einen Platz für kulturpolitischen Optimismus im Zusammenhang mit dem Förderverhalten des Landes gibt es jedenfalls nicht mehr.

(Edith Sitzmann)

Das stand geschrieben in den „Kulturpolitischen Mitteilungen“ vom Dezember letzten Jahres. Es geht weiter:

Die vorgesehenen Kürzungen für 2004 werden zu markanten Einschnitten im Kulturleben Baden-Württembergs führen.

Diese Einschätzung teilen wir. Allein im Einzelplan 14 werden mindestens 12,6 Millionen € eingespart. Dazu kommen noch einige Einsparungen im Kultusbereich; darauf kommen wir ja noch in der nächsten Runde. Vor allem wird ohne jegliche Konzeption eingespart.

(Beifall bei den Grünen)

Es gibt keine moderne kulturpolitische Konzeption in Baden-Württemberg, weder was die Ziele, die Inhalte, die Adressaten, die Strukturen noch was die Finanzen angeht. Das setzt sich bei den Kürzungen fort. Sie werden mit dem Rasenmäher vorgenommen, auch wenn der Rasenmäher unterschiedlich hoch eingestellt ist, was ich Ihnen gerne zugestehen will.

Wenn es so ist, wie Sie gesagt haben, Herr Minister Frankeberg, dass die Mittel auf Dauer knapp sind, dann wird es allerdings höchste Zeit, dass Sie endlich die Auseinandersetzung führen, wie sich denn die Kulturlandschaft hier in Baden-Württemberg nicht nur aufgrund der finanziellen Entwicklungen, sondern auch aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen weiterentwickeln soll. Kürzungen mit dem Rasenmäher, wie sie gegenwärtig erfolgen, führen dazu, dass mehr oder weniger alle Einrichtungen in ihrem Bestand gefährdet sind. Daran ändern auch die Anträge der Regierungsfractionen, die Sie hier aufgelistet haben, nichts. Sie umfassen gerade einmal 2,3 % des Kürzungsvolumens, um das es geht; und das ist noch positiv gerechnet.

Wir haben die Einsparvorschläge nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern wir haben einige strukturelle und konzeptionelle Probleme aufgegriffen und unseren Anträgen auch Kriterien zugrunde gelegt. Diese Kriterien will ich Ihnen einmal kurz vorstellen.

Erstens: Wir brauchen nicht nur Hülle, also Gebäude, sondern wir brauchen auch Fülle, dass nämlich in diesen Gebäuden tatsächlich noch etwas stattfinden kann. Daran wird jetzt nach dem Rasenmäherprinzip gespart.

(Beifall bei den Grünen)

Zweitens: Wir müssen die kulturelle Grundversorgung in den Regionen sichern.

Drittens: Kinder und Jugendliche gehören ins Zentrum einer nachhaltigen Kulturpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Viertens: Die Einrichtungen brauchen mehr Eigenverantwortung, auch in finanzieller Hinsicht, und mehr Anreize, die Mittel effizient zu verwenden.

(Beifall bei den Grünen)

Zum ersten Punkt: Hülle ohne Fülle. Sie investieren weiterhin in Gebäude. Das wird Folgekosten nach sich ziehen. Es

gibt Sachzwänge, die daraus entstehen, und die Gestaltungsspielräume für morgen werden immer geringer. Die Mittel für das, was in den Gebäuden stattfinden kann, werden gekürzt. Ein Beispiel sind die Musikhochschulen des Landes. Seit Jahren wird bei Personal und Sachmitteln gekürzt, aber Sie errichten jetzt ein neues Gebäude für die Musikhochschule Trossingen. Es gibt einen Beschluss des Kabinetts auf Empfehlung der Kulturstrukturkommission, die Studierendenzahlen an den Musikhochschulen um 20 % zu verringern. Es ist angesagt, erst einmal zu evaluieren, ob dieses Ziel erreicht ist, bevor Sie ein neues Gebäude errichten.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Zweitens: kulturelle Grundversorgung, kommunale Theater. Sie kürzen die Zuschüsse an die kommunalen Theater – das haben wir schon gehört – um 5 %. Verbunden ist diese fünfprozentige Kürzung aber mit einem Paradigmenwechsel: Die Landesregierung gibt die mehrjährige Zuschussfestschreibung auf. Bisher waren Kürzungen über einen bestimmten Zeitraum für die Kommunen und für die Theater planbar. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Deswegen ist die Verantwortungspartnerschaft, von der Sie auch gesprochen haben, von Ihnen schon längst aufgekündigt worden.

Außerdem trifft diese Kürzung die Angebote für Kinder und Jugendliche. Sie wissen, dass diese oft als vierte Sparte an den kommunalen Theatern angesiedelt sind. Es gibt auch Kürzungen beim „Jungen Ensemble Stuttgart“, und zwar bevor es überhaupt in die neuen Räume eingezogen ist. Es wird schon jetzt bei den Mitteln für das gekürzt, was in den Räumen stattfinden soll.

Und schließlich fehlt die Planungssicherheit und mangelt es an Anreizen, die finanziellen Mittel sparsam einzusetzen und Eigenmittel zu akquirieren. Deshalb ist es völlig unverständlich, warum Sie unserem Entschließungsantrag zu Strukturreformen im Kulturbereich nicht zustimmen wollen, obwohl Sie doch selbst gerade dargestellt haben, dass wir diese unbedingt brauchen. Deshalb noch einmal der Appell an Sie, zumindest hierzu Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Sieber.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Hoffentlich hat Herr Sieber die Anträge gelesen! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Sieber liest sie! – Minister Dr. Christoph Palmer: Michael, jetzt sagst du mal die Realitäten!)

Staatssekretär Sieber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Ausgangslage des Haushalts ist, glaube ich, genug gesagt worden. Im Ergebnis muss die Kunst einen Einsparanteil von 6,6 Millionen € erbringen. Hinzu kommen Einsparverpflichtungen aus dem Vorjahr in Höhe von 6 Millionen €. Das ist wahrlich viel Geld. Ich weiß ziemlich gut, wie schwierig es für manche Einrichtungen sein wird, mit den Kürzungen zurechtzukommen. Auf der anderen Seite wird es Sie nicht überraschen, wenn auch ich mich zu so etwas wie einer politischen Gesamtverantwortung

(Staatssekretär Sieber)

wortung und zu dem Prinzip der Solidarität bekenne. Wenn alle sparen müssen, dann muss auch die Kunst ihren Beitrag leisten.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das haben wir ja auch gesagt! – Beifall des Ministers Dr. Christoph Palmer und des Abg. Kurz CDU)

Im Übrigen ist mein Eindruck – da möchte ich die Ausführungen von Herrn Kollegen Dr. Vetter bestätigen –: So schwer es immer fällt, dieser Ansatz wird von den meisten Einrichtungen akzeptiert.

(Zuruf von der SPD)

Das Prinzip der Solidarität, meine Damen und Herren, gilt natürlich auch innerhalb der Kunst. Das bedeutet, dass wir allen Sparten zumuten – ich sage: zumuten müssen –, ihren Beitrag zu leisten. Wir verfolgen damit auch das Ziel, die Kulturförderung in ihrer gesamten Breite und damit die Vielfalt an Kunst und Kultur in Baden-Württemberg zu erhalten. Das, Frau Sitzmann, ist unsere Konzeption. Das Bild vom Rasenmäher, das Sie zeichnen, ist zum einen nicht originell und zum anderen in der Sache verfehlt.

Schauen wir doch einmal etwas genauer hin: Das Spektrum unserer Maßnahmen reicht von der globalen Minderausgabe über einen Stellenabbau bis hin zu Kürzungen oder Mittelabsenkungen. Bei den Kommunaltheatern beispielsweise kürzen wir die Zuschüsse nur um 5 %, bei der Soziokultur im Ergebnis um etwa 4,4 % und bei den Kleintheatern um 6,8 %, während die freien Theater sogar einen Zuschlag gegenüber 2003 erhalten. Ich möchte den Regierungsfractionen ausdrücklich dafür danken, dass sie für diese Brennpunkte zusätzliche Mittel gewährt haben.

Ich möchte an dieser Stelle einen kurzen Hinweis zu den Kürzungen bei den Zuschüssen für die Kommunaltheater geben, weil Frau Sitzmann sozusagen das Ende der Kommunaltheater an die Wand gemalt hat. Ich möchte einmal zwei Beispiele nennen. Erstens gibt die große, berühmte San Francisco Opera, eines der führenden Institute der USA, derzeit jährlich noch 60 Vorstellungen. Jährlich 60 Vorstellungen! Zweitens halte ich es durchaus für berechtigt, auch in Baden-Württemberg in diesen schwierigen Zeiten einmal darüber nachzudenken, ob wir diese schwierigen Zeiten nicht mit weniger Produktionen überwinden können, und ich halte beispielsweise den Vorschlag aus dem Badischen Staatstheater Karlsruhe, die Händel-Festspiele künftig auf absehbare Zeit nur noch in zweijährigem Rhythmus stattfinden zu lassen, für bemerkenswert und für einen durchaus pragmatischen Weg. Zu anderen Punkten werden wir gleich noch kommen.

Ich möchte mich kurz den Vorschlägen der Opposition zuwenden. Natürlich überrascht es nicht, dass die Opposition fast alles, was wir tun, für falsch hält. Was verlangt die Opposition? So verlangen zum Beispiel die Grünen, die Kürzungen bei den Theatern komplett zurückzunehmen. Die SPD verlangt sogar, die komplette Einsparauflage im Kunstbereich auf null zu setzen. Zugegeben, das sind alles wunderschöne Vorschläge, und ich würde ihnen auch gern nachkommen. Allein, Sie sagen an keiner Stelle, wie dies finanziert werden soll.

(Abg. Inge Utzt SPD: Wir haben Gegenvorschläge gemacht, Herr Staatssekretär!)

Meine Damen und Herren, ich bin zu allem bereit, was der Kunst in Baden-Württemberg hilft – zu allem! –, aber ich bitte um Verständnis, dass ich nichts von Ihrem Vorschlag halte, Geld auszugeben, das wir nicht haben.

(Beifall bei der CDU – Minister Dr. Christoph Palmer: Sehr gut!)

Die Grünen stellen weiter fest, dass die Theater Planungssicherheit bräuchten. Damit bin ich einverstanden. Sie wissen genau, dass wir das in den vergangenen vier Jahren geschafft haben. Das gab es übrigens nur für vier Jahre; das war einmalig und erstmalig in ganz Deutschland. Aber es führt kein Weg daran vorbei, dass wir den Theatern nicht mehr Planungssicherheit geben können, als wir selbst im gesamten Landesetat haben. Ich kann der Opposition an dieser Stelle, meine Damen und Herren, den Hinweis nicht ersparen, dass uns eine Rückkehr zu wirtschaftlichem Wachstum – mehr sage ich nicht – in diesem Punkt ganz erheblich weiterhelfen könnte.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Utzt?

Staatssekretär Sieber: Aber gerne.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Staatssekretär, sind Sie sich darüber im Klaren, wie lang der Vorlauf ist, den Spielpläne an Theatern brauchen?

Staatssekretär Sieber: Frau Utzt, ich bin mir, wie Sie wissen, sehr wohl darüber im Klaren, und aus diesem Grund haben wir uns – Rügen von der Opposition einfangend – darauf verständigt, die Theater frühzeitig, nämlich schon vor einem halben oder einem drei viertel Jahr, darüber zu informieren,

(Abg. Inge Utzt SPD: Die sind doch bei den Spielplänen schon bei 2006!)

was auf sie an Sparauflagen zukommt.

Ein Zweites: Jeder vernünftige Verwaltungsdirektor eines Kommunaltheaters – von denen reden Sie jetzt – musste damit rechnen, dass er in den Jahren 2004 und 2005 nicht mehr Geld bekommen kann als in den Vorjahren. Deswegen halte ich diesen Einwand für wenig zielführend.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen, meine Damen und Herren – und das übersehen wir ja recht gut –, ist Baden-Württemberg nicht das einzige Bundesland, in dem es auch die Kultur trifft.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Bayern! Nordrhein-Westfalen!)

Baden-Württemberg ist schon gar nicht das Land mit den größten Kürzungen.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Nordrhein-Westfalen!)

(Staatssekretär Sieber)

Im Vergleich zu den allermeisten Bundesländern erscheint die Finanzsituation der Kultureinrichtungen in Baden-Württemberg – und das meine ich überhaupt nicht zynisch – erheblich weniger dramatisch. Doch muss es uns auch gelingen, künftig mit weniger Geld auszukommen. Ich denke, dass dies den Kulturbetrieben dieses Landes auch gelingen wird.

Denken Sie etwa an die Kommunaltheater in Freiburg und Heidelberg, die gemeinsam mit dem Theater in Heilbronn durch ein innovatives Kooperationsmodell ihre wegen Kommunalentscheidungen sehr gefährdete Ballettsparte gesichert haben.

Beispiele wie diese zeigen, dass es an unseren Kulturbetrieben Einfallsreichtum und Kreativität nicht nur im künstlerischen Bereich, sondern auch im Management gibt. Als Beispiel hierfür sei das Badische Landesmuseum genannt, bei dem wir als Pilotprojekt die Umwandlung in einen Landesbetrieb versuchen.

Meine Damen und Herren, damit keine Missverständnisse aufkommen: Wir sollten uns davor hüten, in diesen Pilotprojekten und Strukturüberlegungen ein Wundermittel zu sehen. So notwendig die Verbesserung der inneren Strukturen der Kultureinrichtungen ist, so illusorisch wäre die Annahme, damit alle Finanzprobleme lösen zu können. Denn Effizienzgewinne werden nicht in unendlichem Umfang zu erzielen sein. Sie werden zudem nicht dafür ausreichen, wachsende Fehlbeträge zu decken.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Aber sie schaffen Spielraum und Eigenverantwortung!)

Diese Fehlbeträge – dieser Hinweis ist mir ganz wichtig – ergeben sich aus der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen zurückgehenden öffentlichen Mitteln und steigenden Kosten. Wir sehen das immer wieder an Tarifabschlüssen für den öffentlichen Dienst, die besonders den personalintensiven Theatern große Probleme bereiten. Mit dieser Entwicklung können wir nur zurechtkommen, wenn wir versuchen, die Kunstförderung auf eine breitere Finanzierungsbasis zu stellen.

Das heißt vor allem zweierlei. Erstens: Wir brauchen mehr privates Engagement für die Kultur. Wir brauchen die Partnerschaft mit der Wirtschaft und mit den Bürgern. Erwin Vetter hat hierzu vorhin einen hochinteressanten Hinweis gegeben.

Zweitens: Meine Damen und Herren, die Rahmenbedingungen dafür müssen verbessert werden. Wichtige Elemente sind die Modernisierung des Stiftungsrechts und eine kulturfreundliche Ausgestaltung des Steuerrechts. Dies alles verfolgt das Ziel, ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen staatlicher und privater Verantwortung zu finden.

Aber lassen Sie uns zur Gegenwart und zum Haushalt 2004 zurückkehren und feststellen, dass dieser Haushalt für Grabgesänge überhaupt keinen Anlass bietet. Hier geht es nicht um einen Raubbau an der Substanz von Kunst und Kultur. Verehrte Frau Utz, auch nach Verabschiedung dieses Haushalts bleibt Baden-Württemberg ein Land mit großem kulturellem Reichtum.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung weiß um die Bedeutung von Kunst und Kultur. Sie weiß auch: Die Kulturausgaben der öffentlichen Hand sind Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft. Die Landesregierung wird diejenigen, die Kunst schaffen oder organisieren, auch in schwierigen Zeiten nicht im Stich lassen, jetzt nicht und auch in Zukunft nicht.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2814. Die vorliegenden Änderungs- und Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln bzw. am Schluss aufrufen und zur Abstimmung bringen.

Ich rufe auf

Kapitel 1401
Ministerium

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1402
Allgemeine Bewilligungen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2854-4.

Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1402 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse nun über Kapitel 1405 bis 1407 abstimmen.

(Abg. Fischer SPD: Nein! 1405 bitte getrennt!)

Dann rufe ich auf

Kapitel 1405
Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1405 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Präsident Straub)

Ich rufe auf

Kapitel 1406 und 1407

Wer diesen beiden Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beiden Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Dann rufe ich auf

Kapitel 1408
Ausbildungsförderung

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe jetzt auf

Kapitel 1409 bis 1421

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Dann rufe ich auf

Kapitel 1423
Allgemeine Aufwendungen für die Universitäten

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2854-1 Ziffer 1.

Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 1423 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1423 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1424 bis 1433

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diesen Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Dann rufe ich auf

Kapitel 1435
Allgemeine Aufwendungen für die Pädagogischen Hochschulen

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist bei einigen Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt.

Dann rufe ich auf

Kapitel 1440 bis 1462

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1463

Fachhochschule Kehl – Hochschule für öffentliche Verwaltung

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mit großer Mehrheit zugestimmt.

Dann rufe ich auf

Kapitel 1464
Fachhochschule Ludwigsburg – Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mit großer Mehrheit zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1465
Allgemeine Aufwendungen für die Fachhochschulen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2854-2 Ziffer 1.

Wer diesem Antrag der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1465 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

(Zuruf: Es gibt noch zwei Anträge!)

– Entschuldigung, ich rufe hierzu noch die weiteren Änderungsanträge auf. Es handelt sich um den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2854-6, und den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2854-2 Ziffer 2 bis 6.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 13/2854-6 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist abgelehnt.

Dann lasse ich noch über die Ziffern 2 bis 6 des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2854-2, abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Ziffern 2 bis 6 des Antrags Drucksache 13/2854-2 sind mehrheitlich abgelehnt.

Bezüglich des Kapitels 1465 bleibt es bei der Entscheidung, die wir vorhin getroffen haben.

Dann rufe ich auf

Kapitel 1466 bis 1469

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diesen Kapiteln ist mehrheitlich zugestimmt.

(Präsident Straub)

Können wir die nächsten Kapitel zusammenfassen?

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Bis Kapitel 1473, bitte!)

Dann rufe ich auf

Kapitel 1470 bis 1473

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln ist bei einigen Enthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1474

Staatliche Hochschule für Musik Trossingen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2854-7.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 13/2854-7 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1474 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit zugestimmt.

Dann lasse ich jetzt abstimmen über die

Kapitel 1475 bis 1477

Wer ihnen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1478

Allgemeine Aufwendungen für Kunst, Literatur sowie die Kunsthochschulen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2854-3, und den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2854-8.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2854-3, abstimmen, der weitergehend ist. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2854-8, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich über das Kapitel 1478 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1478 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1479 und 1480

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmige Zustimmung.

Ich rufe auf

Kapitel 1481

Aufwendungen für nichtstaatliche Bühnen, Festspiele und Orchester

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Dann lasse ich abstimmen über die

Kapitel 1482 bis 1491

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1492

Haus der Geschichte Baden-Württemberg

Wer dem Kapitel 1492 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei zahlreichen Enthaltungen ist Kapitel 1492 zugestimmt.

Ich lasse abstimmen über die

Kapitel 1493 bis 1497

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diesen Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1499

Sonstige wissenschaftliche Forschungsinstitute und allgemeine Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2854-1 Ziffer 2.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag Drucksache 13/2854-1 Ziffer 2. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 1499 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1499 ist mehrheitlich zugestimmt.

Dann lasse ich abstimmen über zwei Entschließungsanträge, und zwar zunächst über den Entschließungsantrag der

(Präsident Straub)

Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2854-5. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich abstimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2854-9. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, die Zweite Beratung des Einzelplans 14 ist damit abgeschlossen.

Wir treten nun in die Mittagspause ein und setzen die Sitzung um 13:30 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:14 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:31 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Buchstabe c** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2804

Berichterstatteerin: Abg. Margot Queitsch

Frau Queitsch, wünschen Sie als Berichterstatterin das Wort? –

(Abg. Schmid SPD: Wir beantragen Absetzung!)

Das ist nicht der Fall.

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 04 eine Gesamtrededauer von 15 Minuten je Fraktion festgelegt,

(Abg. Schmid SPD: Absetzen! Wir wollen noch eine Pressekonferenz machen!)

wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wer wünscht von der CDU-Fraktion das Wort? –

(Abg. Schmid SPD: Absetzen?)

Herr Abg. Wacker,

(Abg. Schmid SPD: Das hätten wir machen müssen: absetzen!)

Sie erhalten das Wort.

Abg. Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Fast könnte man sagen: „Liebe Protokollantin, lieber Protokollant!“ Ich darf aber sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die anwesend sind!

(Abg. Schmid SPD: Wer hat die Mehrheit? – Zuruf von der SPD: Die Opposition! – Weiterer Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, die Bildungspolitik hat auch in diesem Haushaltsplan eine hohe Priorität. Man erkennt das daran,

(Zuruf des Abg. Zeller SPD – Heiterkeit – Beifall bei der SPD und den Grünen)

dass die Investitionen im Bildungsbereich gegenüber dem Haushaltsjahr 2003 gestiegen sind. Wenn wir die Entwicklung der Personalausgaben mit den Ausgaben im vergangenen Jahr vergleichen, wenn man die Vorsorgeaufwendungen und die tariflichen Anpassungen abzieht, stellen wir fest, dass wir gegenüber dem Vorjahr 200 Millionen € mehr für diesen Bereich ausgeben. Dies unterstreicht den Schwerpunkt im Bildungsbereich, zumal ja der Einzelplan 04 im Besonderen Personalstellen, nämlich Lehrerstellen, ausweist.

Die CDU-Landtagsfraktion unterstreicht die Präambel der Koalitionsaussage, in der wir ganz klar festgeschrieben haben, bis zum Ende dieser Legislaturperiode 5 500 neue zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen. Wir haben mit Ablauf des Jahres 2003 davon bereits 3 020 Stellen geschaffen, und in diesem Haushaltsjahr sind abzüglich der Deputate, die durch den Versorgungsgewinn mit der 25. Stunde entstehen, 500 neue zusätzliche Lehrerstellen vorgesehen. Das heißt: Wenn wir mit Ablauf dieses Haushaltsjahrs ca. 3 500 neue zusätzliche Lehrerstellen geschaffen haben werden, dann unterstreicht das, dass wir uns zur Erfüllung dieser Koalitionsaussage auf einem guten Weg befinden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich darf auch gleich aufgreifen, dass in diesen Tagen in einer Pressemitteilung unseres Fraktionsvorsitzenden zum Ausdruck gekommen ist, dass wir in der nächsten Legislaturperiode ab dem Jahr 2008 sukzessive mit einer Reduzierung der Zahl der Lehrerstellen beginnen. Dies ist ja bereits im vorliegenden Haushaltsplanentwurf durch die so genannten k.w.-Stellen vorgesehen. Für uns bedeutet verlässliche Bildungspolitik aber auch, zum einen mit einer moderaten Reduzierung zusätzlicher Stellen auf den Schülerrückgang zu reagieren, gleichzeitig aber einen ausreichenden zusätzlichen Einstellungskorridor für neue Lehramtsbewerberinnen und Lehramtsbewerber vorzusehen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Das bedeutet: Die Lehramtsbewerber, die heute mit dem Studium beginnen, haben auch nach dem Jahr 2006 gute Einstellungschancen und gute Perspektiven, in den Schuldienst eingestellt zu werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Jahr viele politische Innovationen im Bereich der Bildungspolitik, die dieses Haushaltsjahr begleiten werden. Ich darf im Stakkato beispielsweise Folgende aufzählen: Ich nenne die Einfüh-

(Wacker)

rung des achtjährigen Gymnasiums mit Beginn des Schuljahrs 2004/2005. Ich darf die konsequente Fortsetzung der Einführung der Fremdsprache in der Grundschule ab dem Schuljahr 2003, also seit dem vergangenen Jahr, erwähnen. Die Einführung der Bildungsstandards steht ab diesem Jahr an, heraufwachsend ab Klasse 5 aller Schularten. Außerdem werden wir in nächster Zeit in kleinen Schritten mit dem Aufbau von Evaluationssystemen beginnen.

Dies bedeutet eine große Herausforderung für uns und unsere Schulen. Es bedeutet, dass unsere Schulen bei diesem Prozess nicht allein gelassen werden dürfen. Sie benötigen Unterstützungssysteme. Sie benötigen Beratung und Begleitung. Deswegen kommt in diesem Prozess einer modernen Schulverwaltung, die wir in unserem Land haben, eine besondere Bedeutung zu. Das heißt, wir können auf die moderne Schulverwaltung nicht verzichten.

Wenn ich in diesem Zusammenhang auch darauf anspielen darf, dass wir verschiedene Anträge der Opposition bezüglich einer Reduzierung der Schulverwaltung vorliegen haben, darf ich ein Zitat aus dem Kienbaum-Gutachten anführen, das 1995 veröffentlicht wurde. Ich zitiere:

Insgesamt ist die Schulaufsicht bereits heute eine schlanke und effiziente Verwaltung.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Eine grundsätzliche strukturelle Veränderung in diesem Bereich erscheint für eine weitere Optimierung weder nötig noch zielführend.

Wenn wir vor diesem Hintergrund feststellen, dass wir zwischen 1993 und 2003, also in den vergangenen zehn Jahren, Frau Kollegin Rastätter, bereits 394 Stellen in der Schulverwaltung abgebaut haben, und wenn wir heute sehen, dass wir beim pädagogischen Personal 450 Stellen haben – darüber hinaus natürlich dann noch die Verwaltungsstellen –, die auch der Effizienzrendite zugeführt werden, dann muss man sagen: Die Landesregierung hat bereits deutliche Schritte unternommen, um die Schulverwaltung zu entschlacken. Mehr ist darüber hinaus nicht verantwortlich. Wir brauchen diese Unterstützungssysteme, um die Schulen auf dem Weg zu mehr Selbstständigkeit und Eigenständigkeit zu begleiten. Deswegen werden wir weitere Kürzungen in diesem Bereich – so, wie sie von der Opposition gewünscht werden – ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Guter Mann!)

Meine Damen und Herren, ich darf auf das Thema Privatschulfinanzierung zu sprechen kommen. Unsere Privatschulen und Schulen in freier Trägerschaft unterliegen in Baden-Württemberg einer soliden Finanzierung. Das wird durch aktuelle Meldungen unterstrichen: Wenn wir gerade in diesen Tagen Schreckensmeldungen aus anderen Bundesländern erfahren, beispielsweise aus Nordrhein-Westfalen, wo gravierende Streichungen anstehen, und gerade auch, weil die Privatschulverbände in verschiedenen Gesprächen immer wieder betont haben, dass die Förderung in Baden-Württemberg angeblich nicht so gut aussehe wie in anderen Bundesländern, können wir froh sein, dass wir in diesem

Haushaltsentwurf zunächst eine reale Steigerung der Mittel für die Privatschulen um 34 Millionen € vorsehen. Im Bereich des Sozialressorts sehen wir aufgrund eines Fraktionsantrags noch einmal 350 000 € für die beruflichen Schulen vor. Das heißt, dass wir zunächst einmal real einen finanziellen Zuwachs zu verzeichnen haben.

Darüber hinaus ist es uns gelungen, uns durch gute, konstruktive Gespräche mit den Privatschulverbänden auf ein neues Kostenrechnungsmodell zu verständigen. Wir nehmen, Frau Kollegin Rastätter, sehr dankbar ihr Kompliment an, das Sie auch in Ihren Anträgen zum Ausdruck gebracht haben, dass diese Kostenrechnung auch ein zukunftsweisendes Modell beinhaltet.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich sage dem Koalitionspartner danke für diese guten Gespräche. Ich sage in diesem Zusammenhang auch den Privatschulverbänden danke. Deswegen haben wir jetzt auch eine solide Finanzierung vorgenommen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja! Eine bessere!)

bei der alle Privatschulen mindestens mit einem Fördersatz von 70 % zu rechnen haben. Durch Umschichtungen von 3,3 Millionen € kommt dies besonders auch den Hauptschulen und den beruflichen Schulen in privater Trägerschaft zugute.

Ich bin unserer Kultusministerin dankbar für ihre Zusage, die sie im Rahmen der Haushaltsberatungen im Finanzausschuss gegeben hat, dass dem Landtag Ende dieses Jahres ein Bericht vorgelegt wird, in dem die Kosten der Privatschulen parallel nach dem alten und nach dem neuen Kostenrechnungsmodell aufgeschlüsselt werden. Damit, meine Damen und Herren, verfügen wir über eine gute, solide Grundlage, um die Beratungen des nächsten Doppelhaushalts 2005/2006 vorbereiten zu können.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Lassen Sie mich eine weitere Schwerpunktsetzung anführen, das Thema „Ganztagsschulen und Ganztagsbetreuung“. Ich möchte jetzt nicht noch einmal die Argumente wiederholen, die wir bei früheren Debatten hier über die Stärken, aber auch über die Schwächen von Ganztagschulen ausgetauscht haben.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Ich würde alles wiederholen. Herr Zeller, Sie kennen die Argumente.

Ich möchte im Grunde nur festhalten,

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

dass wir bezüglich der Ganztagschulen eine klare Zielsetzung haben. Wir wollen bis zum Ende dieser Legislaturperiode den Ausbau von 171 Ganztagschulen – vorwiegend Ganztags Hauptschulen in so genannten sozialen Brennpunkten – vornehmen. Wir wollen darüber hinaus sukzessive ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsbetreuungsmaßnahmen. Dies stellt sich im Ländervergleich durchaus gut dar.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

(Wacker)

Ich kann mir eine Bemerkung hier nicht verkneifen. Wir haben erst vor wenigen Tagen eine Anhörung zum Komplex Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung durchgeführt. Über 600 Teilnehmer waren dabei hier zugegen – Eltern, kommunale Mandatsträger, Vertreter des Ehrenamts und damit auch Vertreter der Verbände aus den Bereichen Sport und Kultur.

Das Ergebnis dieser Anhörung und der zahlreichen Gespräche war nicht die Forderung, mehr Ressourcen oder mehr Lehrerstellen für diesen Bereich auszubringen. Vielmehr wollen die Verantwortlichen vor Ort eine aktive Einbindung in die Gestaltung von Ganztagsbetreuungsangeboten. Deswegen ist es für uns wichtig, Freiräume dafür zu schaffen, dass die Eltern gemeinsam mit ehrenamtlichen Kräften, mit den Schulträgern und den Schulen eigene Konzepte entwickeln können. Wenn wir dieses Gefühl vor Ort vermitteln können, leisten wir einen entscheidenden Beitrag dazu, dass wir zu einer qualitativ hochwertigen und gleichzeitig vielfältigen Landschaft im Bereich der Halbtags- und der Ganztagsbetreuung kommen. Das ist die Linie, die wir in dieser Legislaturperiode konsequent weiter verfolgen wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Nun zum Stichwort „Restrukturierung der Hauptschulen“. Damit gehe ich auch auf einen Antrag ein, der in diesem Fall wiederum von den Grünen eingebracht wurde.

Zunächst einmal fällt es schwer, den Begriff Restrukturierung nachzuvollziehen. Deswegen würde ich fast vorschlagen, diesen Begriff in die Auswahl zum „Unwort des Jahres“ aufzunehmen.

(Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

Ich glaube, liebe Frau Kollegin Rastätter, meine Damen und Herren, man muss das Kind beim Namen nennen. Was bedeutet eine Restrukturierung? Sie wollen eine Schließung von kleineren Hauptschulstandorten. Nennen Sie das Kind doch beim Namen.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Wir verstehen Bildungspolitik als eine Politik auch für den ländlichen Raum.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg.
Pfister FDP/DVP)

Wir wollen keine Schließung von kleineren Hauptschulen. Vielmehr muss man berücksichtigen, dass wir von insgesamt 1 200 Hauptschulen in der gesamten Fläche in Baden-Württemberg etwa 400 kleinere Hauptschulen haben, auch an isolierten Standorten. Vor diesem Hintergrund wäre es verheerend, wenn wir dort jetzt eine Schließungsdiskussion oder eine Zusammenlegungsdiskussion in die Wege leiten würden. Mit uns ist dieser Prozess nicht zu machen.

Wir dürfen auch einmal gespannt sein, die Auswertung der IGLU-Studie zu verfolgen. Darüber lässt sich heute noch nicht allzu viel sagen. Aber der Verdacht liegt natürlich nahe, dass Baden-Württemberg auch aus dem Grund gut abgeschnitten hat, weil eine besondere Stärke in der Dezentra-

lität unserer Schulstruktur liegt und auch kleinere Schulinheiten eine besondere Leistungsstärke aufweisen.

(Abg. Seimetz CDU: Richtig!)

Diese Leistungsstärke, verbunden mit einer hohen Qualität, wollen wir nicht einem Kürzungsvorschlag opfern.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Mit uns wird es diese Standortdiskussion hier im Landtag von Baden-Württemberg nicht geben.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben, meine Damen und Herren, im Haushalt weitere Schwerpunkte gesetzt. Das ist zum einen ein Schwerpunkt in der Jugendpolitik und zum anderen ein Schwerpunkt in der Sportpolitik. Zum sportpolitischen Bereich wird Kollegin Brunner in der zweiten Runde Ausführungen machen.

In der Jugendpolitik lassen sich in einzelnen Bereichen Kürzungen nicht gänzlich vermeiden. Ich darf aber darauf hinweisen, dass bei der kürzlich abgehaltenen Anhörung im Schulausschuss die Vertreter des Landesjugendrings gesagt haben, sie seien im Großen und Ganzen bereit, zunächst einmal einen Sparbeitrag zu erbringen. Sie haben sich dafür bedankt, dass man sie mit Sparmaßnahmen weitgehend verschont hat.

Wir werden die Stellen der Bildungsreferenten, lieber Kollege Kleinmann, für die wir uns gemeinsam engagiert haben, im Zuge der Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Jugendquotekommission bedarfsgerecht ausbauen. Wir sind froh, dass wir es gemeinsam geschafft haben, hier keine Kürzungen vorzunehmen. Das ist ein besonderer Schwerpunkt der außerschulischen Jugendarbeit. Deswegen konnten wir die zentralen Punkte der außerschulischen Jugendarbeit in diesem Haushaltsplanentwurf berücksichtigen.

Ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg.
Seimetz CDU: Sehr gute Rede!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Um es gleich vorwegzunehmen: Wir sind froh und stolz, dass unsere Grundschüler bei der IGLU-Studie so hervorragend abgeschnitten haben,

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

obwohl, meine Damen und Herren,

(Abg. Hauk CDU: „Obwohl“! Das war doch klar! –
Abg. Seimetz CDU: Jetzt kommt schon „aber“!)

Professor Bos darauf hingewiesen hat – Herr Seimetz, wenn Sie lesen können, kann ich Sie darauf hinweisen: in der „Stuttgarter Zeitung“ ist ein Interview zu lesen –,

(Abg. Seimetz CDU: Ich würde den PISA-Test bestehen!)

(Zeller)

dass die Unterschiede zwischen den meisten Bundesländern relativ gering sind; aber wir sind Spitzenreiter, und darüber sind wir froh.

(Beifall bei der SPD)

Wir bedanken uns, meine Damen und Herren, ausdrücklich für die gute Arbeit der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Wir bedanken uns dafür, dass diese Lehrkräfte es offensichtlich verstehen, mit einer heterogenen Schülerschaft umzugehen. Die entscheidende Frage ist doch: Weshalb endet die Erfolgsstory Grundschule nach der vierten Klasse? Bei PISA liegt Baden-Württemberg international im Mittelfeld. Das ist erschreckend, wie Professor Bos gestern deutlich gemacht hat. Aber dazu nachher mehr.

Der vorliegende Haushaltsentwurf und die Beratungen darüber zeigen, dass weder die CDU noch die FDP/DVP die Notwendigkeit bildungspolitischer Weiterentwicklung unseres Schulwesens wirklich erkannt haben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Blech!)

Bildung ist die Grundvoraussetzung für unser gesellschaftliches und persönliches Wohlergehen. Bildung ist die Voraussetzung für Innovation und wirtschaftliche Entwicklung. Nach wie vor werden aber Erkenntnisse und Erfahrungen anderer Länder ignoriert und Mängel in unserem Bildungssystem nach dem Motto verdrängt: Nichts hören, nichts sehen. Ich sage nur: Schavanismus in Reinkultur.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Seimetz CDU: Dieser arrogante Mensch!)

In der Anhörung des Schulausschusses haben wir von ausgewiesenen Experten gehört, wie Bildung schon in den frühen Jahren gestaltet werden muss, um später erfolgreich zu sein, um vor allem die Ungleichheit der sozialen Herkunft abzufedern; denn leider entscheidet auch in Baden-Württemberg die soziale Herkunft über die weiteren Bildungschancen und nicht die Leistungen. IGLU hat dies erneut bestätigt. Aus dem international bestenfalls mittelmäßigen Abschneiden bei der PISA-Studie wollten Sie nicht die richtigen Konsequenzen ziehen. Umso größer ist jetzt unsere Hoffnung, dass Sie vielleicht aus den guten Ergebnissen der IGLU-Studie lernen. Wenn nämlich die Grundschüler im Lesen deutlich besser abschneiden als die 15-Jährigen bei PISA, so spricht das für die Grundschularbeit und die Lernkultur der Grundschule.

Um es deutlich zu sagen: Die guten Ergebnisse werden gerade deshalb erreicht, weil die Kinder in einer heterogenen Lerngruppe erfolgreicher arbeiten. Dieses Lernprinzip haben offensichtlich sehr viele Fachleute begriffen, auch alle erfolgreichen PISA- und IGLU-Länder, nur nicht Sie in der Koalition. Sie scheinen ohnehin, wenn man so manche Äußerung hört, erkenntnisresistent zu sein. Wenn Sie schon mir nicht glauben, sollten Sie doch Frau Professor Rita Süßmuth glauben. Ich glaube, Sie haben irgendwo einmal Beziehungen zu Ihrer damaligen Frau Ministerin gehabt.

(Heiterkeit)

Sie hat als Mitglied des Kuratoriums der Bertelsmann-Stiftung deutlich gesagt und gefordert: Wir brauchen neue heterogene Lerngruppen.

Im Übrigen gibt es auch eine interessante Presseerklärung des Grundschulverbands, bezogen auf IGLU – ich zitiere –:

Der Ländervergleich darf nicht das deutsche Bildungsdilemma überdecken: Die deutschen Grundschüler stehen in ihren Leistungen insgesamt deutlich besser da als die 15-Jährigen. Das ist auch in Baden-Württemberg und Bayern so.

Die zentrale Frage muss deshalb lauten: Was läuft in den weiterführenden Schulen so falsch, dass das Leistungsniveau in den fünf Jahren der Sekundarschulen so deutlich absinkt? Die Antwort geben die erfolgreicheren Länder – sie trennen die Kinder nicht nach vier Jahren in unterschiedliche Schulen, sondern haben eine gemeinsame Schulzeit von mindestens acht Jahren.

(Abg. Kübler CDU: Jetzt kommt die Leier! – Abg. Wacker CDU: Haben Sie gestern nicht zugehört?)

Sie investieren mehr in die Förderung, zum Beispiel durch zusätzliche Förderlehrer. Sie geben Kindern in der Ganztagschule viel mehr Zeit zum Lernen.

Das alles ist bekannt. Doch die deutsche Schulpolitik

– damit sind Sie von der Koalition gemeint –

verschließt davor die Augen. Lieber feiert sie kleine Erfolge, wie jetzt die südlichen Länder beim Ländervergleich. Doch damit wird sich auf Dauer an der Bildungsmisere in Deutschland nichts ändern.

(Glocke des Präsidenten)

Es hilft nichts: Die Schule ist ein Sanierungsfall, und das überall in den deutschen Landen.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Zeller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wacker?

Abg. Zeller SPD: Gerne.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Wacker.

Abg. Wacker CDU: Herr Kollege Zeller, nachdem Sie gerade aus dem Vortrag von Herrn Professor Bos von gestern Abend zitiert haben: Was sagen Sie denn zu der Aussage von Professor Bos, dass der Zeitpunkt der Selektion nicht entscheidend sei, dass sowohl nach der Klasse 4 als auch später eine Trennung möglich sei; denn eine Trennung müsse früher oder später ohnehin vollzogen werden?

(Beifall des Abg. Hauk CDU – Abg. Seimetz CDU: Das hat er verdrängt!)

Abg. Zeller SPD: Herr Wacker, ich habe sehr genau zugehört und mitgeschrieben. Deshalb ist es gut, dass ich dort war.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich war auch dort!)

(Zeller)

Ich darf Ihnen – Frau Rastätter, Sie können es belegen; Herr Dr. Caroli, Sie waren ebenfalls dort; auch Sie können es belegen – folgendes Zitat vorlesen. Ich habe ja mit solchen Äußerungen gerechnet. Herr Dr. Bos hat gestern gesagt:

Das deutsche gegliederte Schulwesen ist das Ergebnis der Preußischen Schulgesetze aus dem Jahr 1872. Das gegliederte Schulwesen ist weltweit eine Rarität. Nur noch in drei Schweizer Kantonen und in Deutschland gibt es die Trennung nach der vierten Klasse.

(Abg. Seimetz CDU: Raritäten waren schon immer wertvoll!)

– Aus Ihrer Sicht, ja. Ich habe auch von Ihnen nichts anderes erwartet, Herr Seimetz.

(Abg. Seimetz CDU: Und diese Zelleritis habe ich auch schon satt! – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Er hat damit klar und deutlich die Trennung nach der vierten Klasse kritisiert.

Meine Damen und Herren, erfolgreiche Bildungssysteme fördern nicht nur sehr früh, sondern sie sind durch das Prinzip des gemeinsamen Lernens äußerst effektiv, wenn hinter Lernschwierigkeiten nicht die Auslese steht, sondern das Prinzip der individuellen Förderung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, also!)

Davon profitieren gleichermaßen die Leistungsstarken und die Leistungsschwachen. Ich erinnere auch an die vielen Gespräche, die wir in Finnland und Kanada geführt haben.

(Abg. Wacker CDU: Die Antwort fehlt!)

Noch ein Argument für ein gemeinsames Lernen: Die Schulversuche zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in das allgemeine Schulwesen, die wir während der großen Koalition durchgeführt haben, waren allesamt erfolgreich. Leider wurden diese integrativen Schulentwicklungsprozesse, bei denen Kinder unterschiedlicher Leistungsstärke zusammen waren, nicht konsequent fortgesetzt, sondern sie werden zum Teil blockiert.

(Abg. Wacker CDU: Keine Antwort auf die Frage!)

Viele Eltern – Herr Wacker, wenn Sie sich damit beschäftigen würden – könnten Ihnen ihre Leidensgeschichte erzählen. Ich meine, das müsste Ihnen eigentlich zu denken geben.

Wenn Sie eine gute Unterrichtsarbeit wollen, wenn Sie wollen, dass schulisches Lernen effektiv ist, dann dürfen Sie nicht blind sein und nicht den Zusammenhang zwischen der Bildungs- und Erziehungsarbeit und der Strukturfrage leugnen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Kübler CDU)

Wer dies macht, der nimmt entweder die bildungspolitische Realität nicht wahr, oder er sitzt in einem ideologischen Käfig.

(Lachen des Abg. Seimetz CDU – Abg. Wacker CDU: Er hört nur das, was er hören will!)

Längere gemeinsame Lernzeiten bedeuten nicht nur, über die Schuljahre hinweg länger zusammen zu lernen. Deswegen sind wir für die mindestens sechsjährige Grundschule. Der von Ihnen so gescholtene Baden-Württembergische Handwerkstag hat ja immerhin eine neunjährige gemeinsame Schulzeit vorgeschlagen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sehr richtig!)

Gemeinsames Lernen bedeutet auch mehr gemeinsame Lernzeit über den Tag verteilt. Auch hier haben wir Frau Süßmuth an unserer Seite,

(Abg. Seimetz CDU: Das ist doch toll!)

die sich eindeutig für längere gemeinsame Lernzeiten und Ganztagschulen ausspricht.

(Abg. Wacker CDU: Sagen Sie auch etwas zum Haushalt, Herr Kollege?)

Erst kürzlich hat mein Kollege Christoph Bayer hier im Plenum die Wichtigkeit und die Bedeutung der Ganztagsbildung dargelegt. Ich habe den Eindruck, dass das alles an Ihnen abprallt, weil es nicht sein darf. Sie scheinen gar nicht zu registrieren, welche enormen pädagogischen Fortschritte sich inzwischen bei jenen Schulen einstellen, die am Investitionsprogramm der Bundesregierung teilnehmen.

(Abg. Seimetz CDU: Mal gespannt, wann er zum Haushalt kommt!)

Während der Bund für Baden-Württemberg – so möchte ich sagen – großzügig über eine halbe Milliarde Euro für den investiven Ausbau der Ganztagschulen bereitstellt, knausern Sie kleinkariert bei der Bereitstellung von zusätzlichem pädagogischem Personal. Ihre eingeschränkte Sichtweise lässt zusätzliche Lehrerwochenstunden nur für so genannte Brennpunkthauptschulen zu. Alle anderen Schulen sind bei Ihnen außen vor.

(Abg. Wacker CDU: Das haben wir schon oft diskutiert! Nichts Neues!)

Demagogisch wird es dann, wenn CDU-Abgeordnete und selbst ernannte Bildungspolitiker im Zusammenhang mit Ganztagschulen von einer Verstaatlichung der Bildung reden.

(Abg. Seimetz CDU: Der selbst ernannte spricht doch gerade! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Wir haben immer gesagt, hier sei das Prinzip der Freiwilligkeit anzusetzen. Kein Schüler wird verpflichtet, in eine Ganztagschule zu gehen. Aber Eltern benötigen in Baden-Württemberg ein Angebot, ein flächendeckendes Netz an Ganztagschulen, um auf Wunsch ihr Kind in eine Ganztagschule geben zu können. Dieses Angebot besteht eben nicht.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Auf Wunsch!)

– Ja, natürlich auf Wunsch. Das ist doch klar. Das hat doch niemand bestritten. Die Eltern wollen das inzwischen. Sie

(Zeller)

haben es nur nicht registriert. Das ist das Problem an Ihrer Politik.

Auch das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister hat deutlich gemacht, dass immer mehr Ganztagschulen notwendig sind. Auch dies können Sie, wenn Sie sich intensiv damit auseinandersetzen, nachlesen. Ich sage nur: Während Sie in der Koalition mauern – vor allem auch die Kultusministerin –, denkt Herr Oettinger wenigstens schon einmal darüber nach,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Denkt Herr Oettinger?)

die Beschränkung von zusätzlichem Personal für Ganztagschulen auf Hauptschulen in sozialen Brennpunkten aufzugeben. Ich denke, das ist wenigstens ein kleiner Fortschritt.

Ich fordere Sie deshalb auf, unserem Antrag zuzustimmen, mit dem wir zusätzlich 300 neue Stellen ausschließlich für den Ganztagsschulbereich schaffen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Situation an unseren Schulen ist nach wie vor angespannt. Sie ist gekennzeichnet von großen Klassen und fehlenden Lehrerstellen. Ganz extrem ist das an unseren beruflichen Schulen zu beobachten, wie Sie von der CDU erst kürzlich bei Ihrem Schulbesuch an der gewerblichen Berufsschule in Ehingen selbst feststellen konnten.

(Abg. Drexler SPD: Herr Wacker!)

Dort wurde Ihnen übrigens vom Schulleiter vorgehalten, dass die ständigen Änderungen den Lehrern zu schaffen machen und eine Klasse tatsächlich mehr als 37 Schüler hat,

(Abg. Drexler SPD: 37! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

weil eine Teilung nicht möglich sei, da Lehrerstunden fehlten. So ist es in der Zeitung nachzulesen.

(Abg. Wacker CDU: Aufgrund der wirtschaftlichen Situation!)

Dies, meine Damen und Herren, ist die Schulwirklichkeit 2004, und dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Notwendig wäre der Ausbau unserer beruflichen Schulen und damit die Absicherung für eine qualifizierte duale Berufsausbildung. Geradezu absurd ist die Ankündigung von Herrn Oettinger, ab dem Jahr 2008 jährlich 1 000 Stellen zu reduzieren, und dies vor dem Hintergrund neuer pädagogischer Herausforderungen. Bildungsreform wird so zur Farce.

Im Übrigen hat das Statistische Landesamt belegt, dass die Schülerzahlen an den beruflichen Schulen sogar bis zum Schuljahr 2010/11 steigen werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nein! – Gegenruf von der SPD)

– Natürlich. Das ist ein Beleg dafür, wie Sie sich mit solchen Fragen beschäftigen, Herr Kleinmann.

Ich sage Ihnen: Wir wollen auch die Abiturientenquote deutlich in Richtung 50-%-Marke bringen. Dies ist nur möglich, wenn wir das System der beruflichen Gymnasien deutlich ausbauen, wo Sie bisher immer geblockt und gedockelt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Genau! – Unruhe bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Das ist die Zelleritis!)

Überhaupt – das will ich an dieser Stelle deutlich sagen – ist es ein gravierender Fehler, bei der Weiterbildung zu sparen, Kürzungen vorzunehmen und den Weiterbildungsträgern und den Volkshochschulen den Boden unter den Füßen wegzuziehen.

Meine Damen und Herren, wer eine qualifizierte, hochwertige, leistungsfähige, innovative Schule will, braucht nicht nur motivierte Lehrkräfte, sondern auch eine möglichst große Selbstständigkeit der Schulen. Er braucht eine Selbstständigkeit, die diesen Namen verdient, das heißt, auch inhaltliche Gestaltungsmöglichkeiten und personelle Entscheidungskompetenzen. Davon sind wir in Baden-Württemberg trotz Sonntagsreden, Herr Kleinmann, meilenweit entfernt. Selbstständige Schulen müssen sich allerdings auch an den Zielen messen lassen, die sie sich setzen. Voraussetzung für eine selbstständige Schule sind qualifizierte Schulleitungen, die nicht nur eine Lehrbefähigung haben, sondern auch Führungskompetenz besitzen. Auch hier gibt es einen großen Nachholbedarf bei der Umsetzung eines eigenen Berufsbildes Schulleitung. Es ist ein Fehler, dass Sie jetzt versuchen, das Thema „Berufsbild Schulleitung“ in die Kommission Lehrerarbeitszeit hineinzuziehen. Dies zeigt, dass Sie noch immer am alten Bild der Schulleitung festhalten.

Und noch eines: Wir wollen, dass unsere Schulleiter auf Zeit, auf fünf Jahre, gewählt werden. Wir sind überzeugt, dass sich gute Schulleitungen durchsetzen und anschließend wieder gewählt werden.

Selbstverständlich hat eine tatsächlich selbstständige Schule Auswirkungen auf die Schulverwaltung. Beratung muss künftig eindeutig im Vordergrund stehen und von der Schulaufsicht getrennt werden. Aber anstatt eine Aufgabenanalyse im Schulverwaltungsbereich vorzunehmen, zerschlagen Sie die bisherige Verwaltungsstruktur in immer kleinere Einheiten. Hätten Sie auf die Fachleute in Ihrem eigenen Haus gehört, hätten Sie erfahren, dass die Teufel'sche Schulverwaltungsreform rundweg abgelehnt wird, weil sie untauglich ist, um die kommenden Herausforderungen zu bewältigen.

(Beifall bei der SPD)

Erst vor einigen Wochen haben wir uns hier im Haus über die Bedeutung des Singens und Musizierens unterhalten. Herr Kollege Wintruff hat dies eindeutig und eindrucksvoll dargestellt. Auch bei unserer Reise nach Finnland haben wir erkannt, wie wichtig dieser Bereich ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Haben Sie da viel gesungen? – Abg. Kübler CDU: Das wäre uns auch lieber, wenn Sie singen würden!)

(Zeller)

Wir haben nun festgestellt, dass Sie jetzt ausgerechnet im Bereich der Musik, im Bereich der Musikschulen Reduzierungen vornehmen wollen; mich wundert ja, dass Sie, Herr Wacker, das ohne weiteres hinnehmen. Sie haben auch im Schulausschuss gehört, welche Konsequenzen dies hat. Musikschulen müssen geschlossen werden.

(Abg. Wacker CDU: A wa! Es wird keine geschlossen! – Abg. Seimetz CDU: Es tut weh, dem zuzuhören!)

Und da sagen Sie: Das tragen wir alles mit.

Meine Damen und Herren, auch die Kürzungen im Bereich der Jugendbildung sind unverantwortlich. Sie ziehen durch das Land und loben bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit die Jugendarbeit und sagen, wie wichtig sie ist, betonen den präventiven Charakter, und nun kürzen Sie genau in diesem Bereich. Die Folge ist, dass Zuschüsse für Jugendleiterlehrgänge gekürzt werden und die Ehrenamtlichen zur Kasse gebeten werden. Sie können sich nicht auf Unwissenheit berufen; denn auch CDU- und FDP/DVP-Abgeordnete wurden zu Informationsveranstaltungen, beispielsweise von den Kreisjugendringen, eingeladen. Wer Jugendbildungsmaßnahmen gefährdet, handelt unverantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Wir haben deswegen den Antrag gestellt, diese Kürzungen zurückzunehmen. Ich bin gespannt, wie Sie sich entscheiden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Das war die Rede eines arroganten Miesmachers!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

(Abg. Seimetz CDU: Jetzt wird es wieder etwas friedlicher! – Abg. Hauk CDU: Endlich einmal eine gescheite Rede!)

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Musik kommt in der Tat, Herr Kollege Zeller, eine Schlüsselfunktion zu, die bei Jugendlichen gefördert werden muss. Es gibt die verschiedensten Gründe, warum das so ist. Singen hält gesund. Als Vorsitzender des Sängergaus Schwarzwald 1886 e. V. habe ich schon eine Aktion dazu gestartet. Vor allem die Stimmbänder werden durch das Singen geschult. Ich möchte Ihnen aber sagen: Das Singen wird an den Musikschulen am allerwenigsten unterrichtet. Wenn Sie das im Zusammenhang mit irgendwelchen Kürzungen bei den Musikschulen bringen, muss ich Ihnen sagen: Das hat mit dem Singen zunächst einmal nichts zu tun. Außerdem stehen wir, Herr Fischer, wenn wir unsere Musikschulen mit 10 % unterstützen, an der Spitze aller Bundesländer. Wir haben das sogar gesetzlich verankert und uns verpflichtet, diese 10 % zu zahlen. Andere Länder zahlen 1 %.

(Beifall des Abg. Seimetz CDU – Abg. Wintruff SPD: Das ist doch gerade der Ärger mit den 10 %! Das ist doch der Ärger!)

– Herr Kollege Wintruff, der Ärger ist, dass wir freiwillig mehr bezahlt haben und nun auf die gesetzliche Vorgabe zurückgehen. Aber die gesetzliche Grundlage haben wir immer eingehalten. Wir sind das einzige Land, in dem das überhaupt im Gesetz steht. Gehen Sie doch einmal nach Nordrhein-Westfalen,

(Abg. Wintruff SPD: Wir waren schon bei 20 %!)

und gehen Sie einmal nach Schleswig-Holstein, wo die SPD regiert! Da ist doch gar nichts!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wintruff SPD: Wie kann man denn klatschen, wenn man von 20 % auf 10 % herunterkommt? – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Ihr seid doch schon fast bei 20 %!)

Gönnen Sie eigentlich den Kindern im Norden kein Singen und Musizieren?

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, das Thema Ganztagschulen werde ich nachher noch einmal in aller Ruhe angehen. Da sind wir uns weitgehend einig. Bloß, auch ich muss da gebetsmühlenartig wiederholen: Die SPD war hier 1992 in die Regierung gekommen, 1996 verließ sie die Regierung wieder. 1992 gab es 70 Ganztagschulen, und 1996 waren es immer noch 70 Ganztagschulen. Leistung: null. Die FDP/DVP kam 1996 an die Regierung. Da waren es 70 Ganztagschulen, und heute sind wir bei 143.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Kübler CDU)

Also: CDU und FDP/DVP zusammen haben die Zahl verdoppelt, während Sie in vier Jahren nicht eine einzige zusätzliche Ganztagschule hinbekommen haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So einfach ist die Welt!)

– So einfach ist die Welt.

Herr Zeller, wir sind uns völlig einig. PISA lehrt uns im Grunde: Individuelle Förderung ist nötig, und zwar sowohl für Schwache als auch für Begabte. So geschieht es zum Beispiel in Amtzell. Wir können uns da nicht nur für die einen einsetzen. Nur – da sind wir uns nicht einig – kann man aus PISA nicht die Erkenntnis ableiten: Je länger Kinder im Grundschulbereich zusammen sind – und das ist ja Ihre Forderung; Sie können das ganz offen sagen; Sie wollen ja statt vier Jahren sechs Jahre, bevor man trennt –, umso besser sei dies für deren Bildung.

(Abg. Drexler SPD: Wie sind denn überhaupt die vier Jahre zustande gekommen? – Weitere Zurufe)

– Ich sehe überhaupt keinen Zusammenhang zwischen PISA und Ihrer Forderung, hier strukturell etwas dahin gehend zu ändern, dass man die Grundschulzeit auf sechs Jahre erhöht.

(Abg. Drexler SPD: Wie sind denn die vier Jahre zustande gekommen, Herr Kollege?)

(Kleinmann)

Wenn Sie von heterogenen und homogenen Gruppen sprechen, sage ich erstens: Ich sehe überhaupt keine homogene Gruppe in einer Gymnasial- oder einer Realschulklasse. Diese ist vielleicht ein bisschen homogener als eine Grundschulklasse, in der noch alle dabei sind. Aber die Worte Homogenität und Heterogenität passen hier meines Erachtens nicht.

(Abg. Schmid SPD: Dann kann man das ja bleiben lassen! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Kleinmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nein.

(Abg. Ursula Haubmann SPD: Wie kleinmütig!)

Stellv. Präsident Birzele: Sie haben doch noch nicht einmal gehört, von wem!

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Doch, ich habe gesehen, dass Herr Drexler die Hand gehoben hat. Entschuldigung.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Aber Herr Zeller hatte sich auch gemeldet.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ach so, Entschuldigung.

Die soziale Herkunft wurde angesprochen, meine Damen und Herren. IGLU und selbst PISA belegen, dass Baden-Württemberg das Land ist, in dem gerade die soziale Herkunft am wenigsten eine Rolle beim Übergang auf eine weiterführende Schule spielt.

(Abg. Drexler SPD: 20 % können kein Deutsch!)

– Ich sage ja nicht, dass die soziale Herkunft keine Rolle spielt, Herr Drexler. Aber sie spielt im Vergleich zu den anderen Bundesländern am wenigsten eine Rolle.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das stimmt!)

– Das stimmt. Natürlich stimmt das. Das können Sie ja nachlesen.

Herr Drexler, ich will doch nicht behaupten, dass man deshalb nichts tun muss.

(Abg. Drexler SPD: Also, was tun Sie?)

Bloß sollte man grundsätzlich nicht so tun, als ob wir das Schlusslicht wären, am Ende stünden, wenn wir ganz vorne an der Spitze stehen.

(Abg. Drexler SPD: Das hat niemand gesagt! Was tun wir jetzt?)

Meine Damen und Herren, nachdem also der so genannte Schavanismus als Nonsens abgetan ist und die Zelleritis am Horizont aufgetaucht ist, komme ich jetzt zu meiner eigentlichen Rede.

(Lachen bei der SPD – Beifall des Abg. Dr. Birk CDU)

Der Entwurf des Einzelplans 04 sieht für das Jahr 2004 Gesamtausgaben in Höhe von 7,16 Milliarden € vor. Im Jahr 2003 belief sich der Ansatz auf 5,43 Milliarden €. Im Ansatz für das Jahr 2004 sind allerdings rund 1,5 Milliarden € für Versorgungsausgaben und Beihilfen enthalten. Diese werden in jedem Ressort jetzt einzeln ausgewiesen. Vorher waren sie im Einzelplan 12 etatisiert.

Danach ergibt sich – das ist jetzt wiederum spannend –: Der Gesamtansatz des Jahres 2004 liegt um 230 Millionen € über dem des Vorjahres, obwohl wir die Gesamtausgaben des Landes zurückfahren müssen. Das müssen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Wir haben tatsächlich effektiv erhöht.

(Abg. Drexler SPD: Auf der Zunge!)

– Sie können es sich auch auf den Zähnen zergehen lassen, wenn Ihnen das lieber ist. – Dafür gibt es nur einen Grund, nur eine Rechtfertigung. Diese heißt, Bildungsausgaben sind für CDU und FDP/DVP Zukunftsinvestitionen. Wir handeln nach dieser Erkenntnis. Schule, Bildung und Ausbildung haben bei uns Priorität. Auch und gerade der Sparhaushalt 2004 belegt dies konkret und in aller Deutlichkeit.

Wir haben also dem weiteren Anwachsen der Schülerzahlen erneut Rechnung getragen, meine Damen und Herren. Die beängstigende Situation des Gesamthaushalts lässt es allerdings nicht zu, die Unterrichtsversorgung allein dadurch zu sichern, dass wir im Einzelplan 04 immer mehr noch oben drauf packen. Deshalb haben wir einem Teil der Lehrerinnen und Lehrer eine weitere Unterrichtsstunde zugemutet und zugleich dafür gesorgt, dass dieser Deputatsgewinn überwiegend zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung zur Verfügung steht. Konkret werden dafür bei einem Umfang von 700 Deputaten 300 in diesem Jahr bereitgestellt. Wir haben für dieses Jahr aber auch zusätzliche Lehrerstellen geschaffen, nämlich 498. Die zusätzlichen Stellen und Deputate werden bedarfsgerecht für die verschiedenen Schularten eingesetzt.

Herr Zeller, Sie haben es erwähnt: Berufsschulen haben besonderen Bedarf. Die beruflichen Schulen sind einer der Schwerpunkte. Hier ist die Gewinnung geeigneter Bewerber aus meiner und unserer Sicht das noch viel größere Problem. Unter den Maßnahmen, die zur Abdeckung des künftigen Lehrbedarfs beitragen sollen, hebe ich den im Wintersemester 2003/04 eingerichteten Modellstudiengang „Gewerbelehrerin/Gewerbelehrer“ mit Bachelor- und Masterabschluss hervor, bei dem Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen kooperieren.

Aufgrund des auch an Grundschulen und Hauptschulen künftig wachsenden Einstellungsbedarfs sind die Studienanfängerkapazitäten an den Pädagogischen Hochschulen bereits zum vergangenen Wintersemester ausgeweitet worden. In diesem Semester haben rund 5 100 Studienanfänger ein Lehramtsstudium aufgenommen. Im Jahr 2004 wird diese Zahl möglicherweise sogar überschritten.

Ich wiederhole aber auch hier in aller Deutlichkeit: Wir werden nicht umhinkommen, der Frage des möglichen und sinnvollen Ressourceneinsatzes größeres Gewicht beizu-

(Kleinmann)

messen. Ich glaube, in diesem Punkt müssen wir auch die Frage der kleinen Hauptschule noch einmal diskutieren.

(Abg. Teßmer SPD: Was heißt „glauben“?)

Das gilt nicht für die Grundschulen. Wir sind für die Beibehaltung aller Grundschulen auf dem Land. Aber wenn die Hauptschulen zum Teil nur noch acht oder sieben Schüler pro Klasse aufweisen, muss man an die Sache herangehen und sich überlegen, ob das auch aus pädagogischer Sicht sinnvoll ist.

Es sind übrigens nicht nur die aktuellen Haushaltsnöte, die dazu zwingen, sich mit dieser Frage zu befassen. Sie stellt sich vielmehr auch vor dem Hintergrund neuer, zusätzlicher Aufgaben für unsere Schulen selbst. Ich nenne die Einführung einer Fremdsprache in der Grundschule, ich nenne den weiteren Ausbau von Ganztagschulen. Wir haben ihn betrieben und werden dies weiter tun. Natürlich nehmen wir hierfür die Unterstützung durch das Bundesprogramm von SPD und Grünen gern in Anspruch. Ich habe schon einmal gesagt: Wir sind Schwaben; wenn man uns Geld gibt, nehmen wir das Geld gern, so lange uns keine Reglementierungen auferlegt werden. Die sind ja zurückgenommen worden.

Wir alle wissen doch, dass Bauinvestitionen nur das eine sind – wir freuen uns, wenn wir dafür etwas bekommen –, aber die dauerhafte Bereitstellung des erforderlichen pädagogischen Personals ist das andere. Genau das verbleibt bei uns und somit in unserem Haushalt.

Ich nenne die generelle Einführung des G 8, das jedenfalls in der Einführungs- und Umstellungsphase zusätzlichen Ressourcenbedarf mit sich bringt. Ich nenne – durchaus auch vor dem Hintergrund von IGLU mit seinen ansonsten hervorragenden Noten für Baden-Württemberg – auch das Erfordernis weiterer Anstrengungen für eine verbesserte Sprachförderung, insbesondere von Kindern mit Migrationshintergrund.

Ich komme zurück zum Thema „Sparen an der richtigen Stelle“. Ich habe versucht, aufzuzeigen, dass der Haushalt des Kultusministeriums diese Forderung erfüllt, zum Beispiel auch dadurch, dass die Förderung der Schulsozialarbeit fast ungemindert fortgeführt wird. Sie wissen, dass sich die FDP/DVP besonders dafür eingesetzt hat, Schulsozialarbeit brennpunktorientiert weiterzuführen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

An einigen wenigen Stellen haben wir gemeinsame Anträge der Koalitionsfraktionen eingebracht und den Haushaltsentwurf nachgebessert, Herr Kollege Wacker. Hierzu gehört die Verbesserung der Mittelausstattung im Sportbereich um 2,15 Millionen € mit dem Ziel, die Zuschüsse für die nebenberuflichen Übungsleiter nicht anzutasten.

Hierzu gehört auch die Gewährung eines einmaligen Zuschusses in Höhe von 1,6 Millionen € – davon 160 000 € in diesem Haushalt – für die Israelitische Religionsgemeinschaft Baden, der die örtlichen Gemeinden bei der Bewältigung des Zustroms vor allem russischer Juden als Kontingentflüchtlinge unterstützen soll. Die badischen Juden haben uns ein Gesamtkonzept vorgelegt, wobei sie 50 % der

Investitionen selbst übernehmen, 25 % tragen die Kommunen, und 25 % übernimmt das Land, bezogen auf zehn Jahre. Das heißt, wenn wir 1,6 Millionen € – 25 % – auf zehn Jahre hinaus gewähren, handelt es sich um ein Programm mit dem vierfachen Volumen, also um ein Gesamtprogramm im Umfang von 6,4 Millionen €.

Mit dem Haushaltsplan des Kultusministeriums ist ein historischer Durchbruch verbunden – Herr Kollege Wacker ist bereits darauf eingegangen –: Das von der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktionen und der Verbände freier Schulen entwickelte neue Modell zur Berechnung der Höhe der Privatschulförderung ist erstmals im Staatshaushaltsplan verankert. Die Landesregierung wurde verpflichtet, im nächsten Bericht neben der bisherigen Berechnung der Privatschulförderung auch eine Berechnung nach pauschalierten Bruttokosten darzustellen, also nach dem genannten neuen Berechnungsmodell.

(Abg. Zeller SPD: Wie sieht das aus?)

Zugleich verweist der Haushaltsplan ausdrücklich auf die zum Schuljahr 2004/05 geplante Novellierung des Privatschulgesetzes. Diese Novellierung ist unumgänglich, weil nur so die im Haushaltsplan bereits enthaltene Verbesserung der Förderung privater beruflicher Schulen um 3,3 Millionen € umgesetzt werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich wiederhole: Wir wollen diese Novellierung zugleich dazu nutzen, die künftige Förderung auf die Grundlage des neuen Berechnungsmodells zu stellen,

(Abg. Zeller SPD: Wie sieht das aus?)

um sodann schrittweise eine Anhebung des durch die staatliche Förderung zu gewährenden Kostendeckungsgrads auf 80 % für alle Schularten zu erreichen.

(Abg. Zeller SPD: Herr Kleinmann, sagen Sie doch mal, wie das aussieht!)

Die angesprochene Verbesserung für die privaten beruflichen Schulen – übrigens auch ergänzt durch eine Verbesserung für die im Sozialministerium ressortierenden Schulen: Krankenpflegeschulen, Altenpflegeschulen – geht allerdings zulasten derjenigen privaten Schulen, bei denen der Kostendeckungsgrad von 80 % überschritten ist. Das sind grundsätzlich die Gymnasien.

(Abg. Zeller SPD: Können Sie etwas zu dem Modell sagen?)

Das war mit den Verbänden der freien Schulen auch so besprochen. Eine gewisse Unruhe hat freilich ausgelöst, dass die Überschreitung der 80-%-Marke noch nach dem alten Berechnungsmodell festgestellt wurde, bei dem diese Marke etwas eher erreicht wird.

Ich räume ein: Auch für mich ist das nicht ganz befriedigend. Solange das Privatschulgesetz aber nicht entsprechend novelliert ist, ist dies nicht anders möglich. Für uns ist dies ein weiterer Ansporn, das Novellierungsziel zu erreichen.

Herr Zeller, Sie haben eine Frage?

Stellv. Präsident Birzele: Nachdem Herr Kollege Kleinmann nun Zwischenfragen zulässt, erhalten Sie, Herr Abg. Zeller, das Wort zur Formulierung Ihrer Frage.

Abg. Zeller SPD: Herr Kleinmann, Sie sprechen ständig davon, dass Sie ein Berechnungsmodell haben. Wären Sie bereit, uns zu sagen, auf welcher Grundlage dieses Berechnungsmodell basiert – was sind 80 % bzw. 100 % Ihrer Berechnungen? –, damit wir Ihre Gedankengänge nachvollziehen können?

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Zeller, es freut mich, dass Sie meine Gedankengänge nachvollziehen wollen. Sie haben das Problem angesprochen: Was sind 100 %? Das ist die eigentliche Frage; danach kann man auch 80 % davon berechnen.

In der erwähnten Kommission haben wir zusammen mit Vertretern des Kultusministeriums und des Finanzministeriums Kosten berechnet, zum Beispiel was uns ein Schüler an einem staatlichen Gymnasium kostet, auch unter Einschluss der Verwaltungskosten. Damit – mit den Kosten für einen Schüler am staatlichen Gymnasium – haben wir einen Betrag erhalten, der 100 % darstellt. Davon können Sie jetzt 80 % errechnen.

(Abg. Zeller SPD: Wie viel sind das?)

– Ich kann Ihnen die ganze Formel und das Problem gern im Schulausschuss vortragen. Ich habe ja schon einmal angeboten, dies zu tun. Mit Herrn Kollegen Wacker habe ich bereits darüber gesprochen, dass wir das vortragen werden. Dann zeigen wir Ihnen die ganze Aufschlüsselung im Einzelnen.

(Abg. Zeller SPD: Schicken Sie es uns doch zu!)

– Ja, gern, kein Thema. Also, es ist mit den freien Schulen nicht nur besprochen worden, sondern wir konnten Einvernehmen mit den Schulen in freier Trägerschaft erzielen. Wir sind uns in allen Punkten einig geworden.

(Abg. Zeller SPD: Das weiß nur keiner!)

Es geht jetzt nur noch um die Umsetzung. Wir haben bei dem alten Berechnungsmodell ja das Problem gehabt, dass die Zuweisungen von den Lehrergehältern abhingen. Sind diese gestiegen – sie sind ja gestiegen, die Beamten bekamen 2,4 % mehr –, dann sind entsprechend auch die Zuweisungen an die Privatschulen gestiegen. Das wären 10,2 Millionen € gewesen. Davon haben wir zwei Drittel, weil wir bei den Gymnasien sonst über einen Deckungsgrad von 80 % gekommen wären, im Haushalt belassen. Ein Drittel, eben diese 3,3 Millionen €, haben wir zur Finanzierung der beruflichen Schulen in privater Trägerschaft herangezogen, weil diese zum Teil einen Deckungsgrad von lediglich 58 oder 60 % haben, meinerwegen auch etwas über 60 %, jedenfalls aber weit unter 70 % und sich eben am Existenzminimum befinden. Um diese Schulen zu erhalten, kommt es zu dieser Umstrukturierung und Verlagerung.

Meine Damen und Herren, die Autonomie der Schulen ist angesprochen worden. Herr Zeller, diesbezüglich stimme ich Ihnen zu. Wir sind auch der Meinung, dass den Schulen so viel Selbstständigkeit wie möglich gegeben werden soll-

te, auch – das ist von Ihnen nicht angesprochen worden, deshalb füge ich es hinzu – hinsichtlich der Profilbildung. Darüber besteht hier im Hause aber sicherlich Konsens.

Die Zahl der Bildungsreferenten wurde auf 38 erhöht. Herr Kollege Wacker hat dankenswerterweise darauf hingewiesen. Es war ja einmal vorgesehen, ihre Zahl zu reduzieren. Dazu kam es nicht. Es ist gerade auch zur Stärkung des Ehrenamts äußerst wichtig, Bildungsreferenten zu haben; denn sie sind diejenigen, die die Fort- und Weiterbildung überwiegend gestalten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss, nachdem das Bild der Lehrerin und des Lehrers in der Öffentlichkeit nicht immer das beste ist – wenn es auch manchmal besser ist als das des Politikers –

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

– Manchmal! Es gibt auch noch andere Berufe. Der Pfarrer steht etwas besser da; das gebe ich zu, Herr Fischer. Trotzdem möchte ich den Lehrerinnen und Lehrern für ihre Kärnerarbeit, die sie jeden Tag leisten, ausdrücklich danken. Mit diesem Dank möchte ich ausdrücklich auch die Feststellung verbinden, dass wir Liberalen diese Arbeit mehr als schätzen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst zu IGLU: Die Grundschule in Baden-Württemberg ist eine gute Schule. Es ist ein großer Erfolg, dass es den Lehrern und Lehrerinnen an der Grundschule gelingt, differenzierend und individualisierend alle Kinder, von den schwachen bis zu den hoch begabten, gut zu fördern. Im Gegensatz zu den Schülerleistungen der 15-Jährigen gibt es in der Grundschule eine erfreulich geringe Streuung der Schülerleistungen. Da man in der Bildung bekanntlich nie stehen bleiben darf, gilt es natürlich, die Stärken der baden-württembergischen Grundschule weiter auszubauen.

Das war die gute Botschaft.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Oh, jetzt!)

Allerdings besteht beim Übergang in die weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg eine extreme Schieflage. Professor Bos hat gestern Abend bestätigt, dass rund 50 % der Schullaufbahneempfehlungen nicht den tatsächlichen Leistungen der Kinder entsprechen. Rund 50 % der Empfehlungen!

Wir wissen schon lange, dass in Baden-Württemberg und natürlich auch in anderen Bundesländern die soziale Herkunft über die Zuweisung in die weiterführenden Schulen entscheidet. Neu ist aber, dass in Baden-Württemberg die schärfste soziale Auslese aller Bundesländer besteht.

Damit, meine Damen und Herren, haben wir ein massives Gerechtigkeitsproblem in unserem Schulwesen. Wenn

(Renate Rastätter)

IGLU dazu beigetragen hat, dass von Ihnen, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, von Ihnen, Frau Ministerin, endlich akzeptiert wird, dass wir kein begabungsgerechtes gegliedertes Schulwesen haben, sondern ein sozial selektierendes Schulwesen,

(Zurufe von der CDU)

dann ist schon viel gewonnen und ist mit IGLU viel erreicht worden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Denn dann haben wir auch eine neue Ausgangslage zur Weiterentwicklung unseres Bildungswesens.

Natürlich stimmt es, Frau Ministerin und Herr Wacker – das streite ich doch überhaupt nicht ab –, dass die teilweise Entkoppelung von Bildungsgängen und Schulabschlüssen, die übrigens auch in anderen Bundesländern besteht, ein wichtiges Korrektiv für die soziale Auslese nach der vierten Klasse darstellt. Den Migrantenkindern, meine Damen und Herren, nützt dies aber wenig. Die TOSCA-Studie hat bestätigt, dass in die beruflichen Gymnasien im Wesentlichen Realschüler aus günstigen Verhältnissen kommen, aber gerade nicht die Migrantenkinder. Denn diese sind ja zu etwa zwei Dritteln an der Hauptschule und können über diesen Bildungsgang – auch nach der Berufsfachschule oder nach der Werkrealschule – nur schwerlich in die beruflichen Gymnasien gelangen.

Es geht also um Chancengerechtigkeit und um Zugangsgerechtigkeit für die Migrantenkinder, aber auch für Kinder aus sozial benachteiligten Familien. Wir wissen doch: Wir müssen die Begabungspotenziale dieser jungen Menschen erschließen. Gerade aufgrund unserer demographischen Entwicklung brauchen wir hoch qualifizierte junge Menschen. Und unsere größte Ressource ist das Begabungspotenzial aller Kinder – eben auch das der Migrantenkinder – in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Verbesserung der vertikalen Durchlässigkeit, also der Durchlässigkeit nach oben, allein ist zu wenig. Wir fordern deshalb eine Verbesserung der horizontalen Durchlässigkeit. Wir wollen gemeinsame Bildungsgänge in der Sekundarstufe I.

Herr Wacker, nun komme ich zu Ihren kleinen Hauptschulen.

(Abg. Wacker CDU: Das sind auch Ihre Hauptschulen!)

Genau das ist doch die Antwort für die kleinen Hauptschulen. Wir haben doch folgende Situation im ländlichen Raum: Es gibt inzwischen 280 Hauptschulen mit jeweils maximal 60 Schülern. Diese Schulen werden in den nächsten Jahren 40 oder sogar nur 30 Schüler haben, sofern wir die Möglichkeit zu Übergängen in die Realschule und in das Gymnasium

(Zuruf des Abg. Wacker CDU)

noch etwas verbessern. Andererseits haben wir Bildungszentren mit über 1 000 Schülern. Ich war in einem Bil-

dungszentrum – Realschule und Gymnasium – mit 2 000 Schülern. Im Vergleich zu einer solchen Bildungslandschaft sind doch gerade auch die Schüler an kleinen Hauptschulen pädagogisch benachteiligt. Deshalb ist die Antwort für die kleinen Hauptschulen: integrierte Schulen, die alle Schüler fördern. Ich nenne nur das Beispiel Amtzell. Wir haben diese Schule besucht. Es ist eine hervorragende Schule, die im wahrsten Sinne des Wortes in Baden-Württemberg „Schule machen“ kann.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Abg. Rastätter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Wacker?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Selbstverständlich, Herr Wacker.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Wacker, bitte.

Abg. Wacker CDU: Frau Kollegin Rastätter, sind Sie nicht der Auffassung, dass sich die Schüler gerade in den eben von Ihnen beschriebenen kleinen Hauptschulen vorwiegend im ländlichen Raum – gerade weil es dort wenige Kinder sind – auch einer besonderen Förderung erfreuen dürfen? Denn es handelt sich eben gerade um kleine Lerngruppen, und damit ist auch eine individuelle Lernförderung am ehesten möglich.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber dann braucht man sie doch gar nicht! – Abg. Zeller SPD: Warum macht man es dann nicht am Gymnasium?)

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Wacker, der Preis für diese Kleinsthauptschulen ist, dass Sie in den Städten an großen Hauptschulen bis zu 31 Schüler und Schülerinnen pro Klasse haben.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das sind die Probleme!)

Zweitens: An Kleinsthauptschulen gibt es gerade noch vier Lehrer. Damit kann noch nicht einmal das Fächerspektrum abgedeckt werden. Die Schüler haben auch einen Anspruch auf ein qualifiziertes pädagogisches Angebot.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Die Lehrer und Lehrerinnen sagen selbst, sie könnten das an diesen Kleinsthauptschulen nicht leisten.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist eine reine Behauptung! – Abg. Wacker CDU: Das ist unglaublich!)

Es gibt auch keine Profilbildungen an den Kleinsthauptschulen. Von daher ist es sinnvoll und eine pädagogische Qualitätsentwicklung,

(Abg. Seimetz CDU: Dann reden Sie die Hauptschulen schlecht!)

hier vernünftige Schulen zu schaffen. Mit integrativen Schulen können Sie das Angebot im ländlichen Bereich bestehen lassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Seimetz CDU: Eine völlig unhaltbare Behauptung! – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

(Renate Rastätter)

Jetzt zu einem weiteren Hinweis, den Professor Bos gestern gegeben hat: Er hat gesagt, dass für Kinder, die zu Hause kein anregendes Lernmilieu hätten, Ganztagschulen wichtig seien.

Meine Damen und Herren, wir haben trotz der extremen Verschuldungslage des Landes zwei zentrale Ziele in unserer Haushaltspolitik formuliert. Erstens: Wir sparen nicht an Bildung. Zweitens: Wir sparen nicht bei den Kommunen. Im Gegenteil: Wir investieren in die Bildung.

Unser klarer Schwerpunkt im Haushalt liegt auf dem Ausbau von Ganztagschulen in allen Schularten. Wir beantragen 18,6 Millionen € für die Einrichtung von 300 Ganztagschulen. Wir stellen aber keine Erhöhungsanträge, die wir nicht durch strukturelle Einsparungen im Schuletat selbst oder durch Gegenfinanzierungen im Haushalt decken könnten.

Meine Damen und Herren, kein anderer Reformimpuls des Bundes hat einen solchen Entwicklungsschub ausgelöst wie das 4-Milliarden-€-Programm zur Einrichtung von Ganztagschulen.

(Lachen des Abg. Mappus CDU)

Baden-Württemberg erhält davon 528 Millionen €. Der Städtetag erklärt diesen Entwicklungsschub damit, dass die Voraussetzungen für die Investitionsförderung des Bundes moderat sind, aber die Förderquote mit 90 % sehr hoch ist. Ich zitiere jetzt den Städtetag:

Beides in Kombination löst vor dem Hintergrund einer entsprechenden Nachfragesituation Handlungswillen und Handlungsdruck auf kommunaler und schulischer Seite aus.

Wohlgemerkt: auf kommunaler und schulischer Seite. Wo bleibt hier das Land? Ich erkenne keinen Handlungswillen bei der Landesregierung.

(Abg. Zeller SPD: So ist es, jawohl! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist unglaublich!)

Die Kommunen handeln. Stuttgart hat die Einrichtung von zwölf neuen Ganztagschulen beantragt.

(Abg. Zeller SPD: Die haben ein bisschen lange gebraucht, die Stuttgarter!)

In Karlsruhe stellt die CDU den Antrag, alle Gymnasien zu Ganztagschulen auszubauen. Stuttgart will insgesamt sogar 50 Ganztagschulen mit Bundesmitteln einrichten, Ulm 18 Ganztagschulen. Aber bei der Landesregierung ist Sendepause. Da besteht kein Handlungswille.

(Zurufe der Abg. Ursula Lazarus und Rau CDU)

Deshalb sagt der Städtetag natürlich auch zu Recht: „Der Ausbau der Ganztagschulen ruht finanziell und organisatorisch ganz überwiegend auf den Schultern des Bundes und der Kommunen.“ Das darf nicht so bleiben, denn das ist, wie der Städtetag sagt, eine originäre Aufgabe des Landes. Das Land muss sich am Ausbau der Ganztagschulen beteiligen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dies gilt nicht nur für soziale Brennpunkte, sondern generell. Herr Wacker, Sie können unseren Anträgen ja heute zustimmen. Denn dieselbe Anhörung, die wir im Oktober letzten Jahres durchgeführt haben,

(Abg. Wacker CDU: Andere Leute bei Ihnen vielleicht!)

haben Sie vor 14 Tagen durchgeführt. Da werden Sie wohl auch vom Landesverband der Musikschulen, vom Landessportverband, von den Jugendkunstschulen, von den Trägern außerschulischer Jugendbildung gehört haben, dass sie diese Angebote als Kooperationspartner nicht zum Nulltarif machen können. Wir brauchen also – das ist in unseren Anträgen, mit denen wir 18,6 Millionen € für den Ausbau der Ganztagschulen fordern, enthalten – Lehrbeauftragtenmittel.

(Abg. Wacker CDU: Ja, aber wo nehmen Sie es weg?)

– Dazu komme ich gleich. – Wir brauchen Lehrerstunden, damit sich Lehrer und Lehrerinnen im Bereich pädagogischer Ganztagskonzepte fortbilden können. Wir brauchen Mittel für zusätzliche Lehrerstunden. Dabei handelt es sich um zwei Stunden pro Klasse. Das ist also wesentlich weniger als an den Hauptschulen an sozialen Brennpunkten, wo die Schulen sieben Stunden pro Woche bekommen. Das heißt, wir machen genau das, was auch die Eltern und die Landeselternbeiratsvorsitzende, Frau Picker, bei unserer Anhörung gefordert haben, denn wir verfolgen den Grundsatz: Die Schulgeldfreiheit darf auch bei Ganztagschulen grundsätzlich nicht angetastet werden.

Wir sagen: Natürlich können für besondere Angebote, zum Beispiel für Kleininstrumentalgruppen der Jugendmusikschulen, auch Gebühren verlangt werden. Aber die Teilnahme an einer Instrumentalklasse einer Hauptschule darf kein Geld kosten, weil sich viele Eltern der betreffenden Kinder sonst nicht daran beteiligen würden. Deshalb haben wir auch hierfür 1 Million € zusätzlich für die Jugendmusikschulen beantragt.

Meine Damen und Herren, auch die Gesamtelternbeiräte, die über das ganze Land verteilt Schulungen zu diesen Bereichen durchführen, müssen zumindest ihren Aufwand finanziert bekommen. Dafür sind in unserem Antragspaket zu Ganztagschulen 50 000 € enthalten.

Nun kommen wir zu der Frage: Wie finanzieren wir diese 18,6 Millionen €? Ich gebe zu: Wir haben auch kleinere Gegenfinanzierungen aus anderen Einzelplänen. Aber den wesentlichen Teil decken wir über den Schulhaushalt, und zwar durch Einsparungen bei der Schulverwaltung. Wir dürfen nicht länger bürokratische Wasserköpfe finanzieren, sondern wir müssen in die Köpfe unserer Kinder investieren. Mit der von uns beantragten Streichung von 14 Millionen € erzielen wir statt einer Effizienzrendite von 20 %, wie sie Ministerpräsident Teufel vorsieht, bei der Schulverwaltung eine Effizienzrendite von 80 %.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

(Renate Rastätter)

Meine Damen und Herren, lieber Kollege Wacker, Sie sprechen selbst von Selbstständigkeit der Schulen. Selbstständige Schulen sind das zentrale Thema unserer grünen Bildungspolitik. Aber „selbstständige Schulen“ kann doch nicht bedeuten, dass die Bürokratie in vollem Umfang erhalten bleiben kann. Das Gegenteil muss der Fall sein. Hier muss und hier kann man einsparen.

Frau Ministerin, Sie haben im Finanzausschuss gesagt: „Dann habe ich in der Schulverwaltung keine Pädagogen mehr; ich brauche sie aber für die Schulbegleitung und für Unterstützungssysteme.“ Dem muss ich entgegenhalten: Wir sehen die Aufgabe der Schulverwaltung in der Aufsicht, die auf das Notwendige zu konzentrieren ist. Aber für die Begleitung, für die Unterstützung verfügen Sie doch selbst über Einrichtungen. Da sind das Landesinstitut für Erziehung und Unterricht, die didaktischen Zentren und die Landesakademie für Lehrkräftefortbildung und Personalentwicklung zu nennen. Das sind Ihre Qualitätsentwicklungsinstrumente. Von daher kann man die Schulverwaltung in der Tat drastisch reduzieren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Wacker CDU: Purer Populismus!)

Meine Damen und Herren – Herr Kleinmann hat es schon gesagt –: Wir begrüßen natürlich den Zusatz, der jetzt in den Haushaltsentwurf für die freien Schulen aufgenommen wird. Aber das ist für die Schulen in freier Trägerschaft mit Blick auf die Mittel, die ihnen immer noch nicht gewährt werden, ein schwacher Trost. Der nächste Schritt muss in der Tat ein Stufenplan zur Erhöhung der finanziellen Zuschüsse und gleichzeitig eine Novellierung des Schulgesetzes sein.

Meine Fraktion kann auch die massiven Einschnitte im Landesjugendplan nicht mittragen. Wir beantragen, diese Kürzungen zurückzunehmen. Sie gefährden die Substanz der meist ehrenamtlichen Jugendarbeit und treffen insbesondere benachteiligte Jugendliche.

Das Gleiche betrifft die Weiterbildung. Sie betonen zu Recht immer wieder, lebenslanges Lernen sei wichtig. Insofern können Sie nicht gleichzeitig den kleinen Volkshochschulen das Wasser abgraben.

Schließlich zum Sport: Angesichts der dramatischen Haushaltslage ist klar, dass auch der Sport einen Beitrag zu den Einsparungen leisten muss. Aber wenn zusätzlich zu den 7,8 Millionen €, die gestrichen werden, auch noch Wettmittel in Höhe von 4,3 Millionen € gestrichen werden, müssen auch die Übungsleiterzuschüsse gekürzt werden. Dies wäre ein massiver Schlag gegen das Ehrenamt in Baden-Württemberg. Das Ehrenamt muss vielmehr erhalten bleiben und gefördert werden.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, meine Fraktion will angesichts der katastrophalen Haushaltslage den Schwerpunkt Bildung im Einzelplan 04 verstärken. Wir fordern Sie auf, diese kla-

re Ausrichtung auf die Kernaufgabe unseres Landes zu unterstützen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Brunner.

Abg. Elke Brunner CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unsere schwierigen haushaltspolitischen Rahmenbedingungen machen sich auch im Sport bemerkbar. So sehr man das auch bedauern mag: Auch der Sport muss nun seinen Beitrag zur Deckung der gravierenden Lücken im Staatshaushalt leisten.

Allerdings – das sage ich ganz deutlich – hätte die ursprünglich vorgesehene Sparauflage von ca. 12,2 Millionen € eine besondere Härte für den Sport bedeutet und wäre so kaum zu verkraften gewesen. Für die CDU-Fraktion war es daher von allergrößter Wichtigkeit, diesen Sparbetrag im Sinne des Sports abzumildern. Das war notwendig, und das haben wir erreicht. Das bedeutet jetzt eine Reduzierung der Sparauflage um ca. 2,2 Millionen €.

(Abg. Kübler CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Caroli SPD: Das macht die Sache nicht gut!)

Doch bevor jemand von der Opposition auf die Idee kommt, noch mehr zu fordern, muss ich Folgendes feststellen: Der Gesamtetat für den Sport umfasst jetzt 79,5 Millionen € an Landesmitteln. Hinzu kommen 12 Millionen € für den kommunalen Sportstättenbau, die seit 1997 in pauschalierter Form im KIF veranschlagt sind. Ich denke, meine Damen und Herren, das kann sich sehen lassen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Nein!)

Wir, die CDU-Fraktion, haben dazu auch strukturelle Maßnahmen vorgeschlagen, welche geeignet sind, die Mittel noch besser an den Brennpunkt des Bedarfs zu lenken.

(Abg. Drexler SPD: Lauter Latrinenparolen!)

Konkret: Um eine wichtige und notwendige Verbesserung im Sportstättenbau zu erreichen, wollen wir die pauschalisierte Sportstättenbauförderung wieder in eine Projektförderung überführen.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Abg. Christine Rudolf SPD: Wann?)

So fordern wir zusammen mit der FDP/DVP mit einem Entschließungsantrag die Landesregierung auf, mit den kommunalen Landesverbänden und dem Landessportverband Gespräche mit dem Ziel zu führen, ab dem Doppelhaushalt 2005/06 diese Fördermittel umzuschichten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Guten Morgen! – Abg. Dr. Caroli SPD: Das hätte schon längst geschehen können!)

Wir sind nämlich überzeugt: Ein ausreichendes Angebot an modernen Sportstätten, eine weitere gute Entwicklung des Sports und eine noch größere sportliche Betätigung der Be-

(Elke Brunnemer)

völkerung werden einen großen gesellschaftlichen Nutzen zur Folge haben.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig! Jawohl!)

Ganz entscheidende Voraussetzung für einen erfolgreichen Sportbetrieb ist mehr denn je die engagierte Mitarbeit qualifizierter Übungsleiter. Gerade unsere ehrenamtlichen Trainer und Helfer sind es, die ihre wertvolle Freizeit opfern und mit ihrer Begeisterung auch andere mitreißen.

(Abg. Zeller SPD: Genau dort kürzen Sie!)

Sie leisten wertvolle ehrenamtliche Arbeit, die für unser Gemeinwesen und damit für uns alle unersetzbar ist.

(Beifall der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Wir dürfen nie vergessen, welche Sportart unsere Kinder und Jugendlichen bevorzugen. Sie lernen dabei immer eines: Sie lernen das, was wir unter Sozialkompetenz verstehen.

(Abg. Fleischer CDU: Genau!)

Und wir, meine Damen und Herren, die politisch Verantwortung tragen, müssen alles tun, damit dies so bleibt.

(Abg. Schmiedel SPD: Dann macht doch!)

Aus dieser Erwägung heraus hat meine Fraktion erreicht, dass die spezielle globale Minderausgabe um ca. 2,2 Millionen € reduziert wird. Wir verbinden damit die Erwartung, dass gemeinsam mit dem Landessportverband Wege gefunden werden, die Zuschüsse des Landes für nebenberufliche Übungsleiter von Kürzungen auszunehmen. Wir wissen, dass dies eine große Anstrengung bedeutet, doch wir sind davon überzeugt, dass durch die bisherige gute Zusammenarbeit und die enge Abstimmung mit der Sportselbstverwaltung auch diese finanzpolitische Herausforderung so zu bewältigen sein wird, dass der hohe gesellschaftliche Nutzen des Sports weiterhin zum Tragen kommt.

Meine Damen und Herren, im Vergleich mit anderen Ländern haben wir immer noch eine gute Ausgangslage. Baden-Württemberg hat als Sport- und Schulsportland mit der Schulsportoffensive ein vorbildliches Netzwerk mit vielen Partnern geknüpft, das durch nachhaltig wirkende Maßnahmen und Initiativen dem zunehmend bewegungsarmen Alltag von Kindern und Jugendlichen entgegenwirkt. Mit dem Ausbau der sport- und bewegungsfreundlichen Schule werden Bewegung, Sport und Spiel über den Sportunterricht hinaus an den Schulen gefördert. Über 300 Grundschulen haben bereits ein sport- und bewegungserzieherisches Profil. Ziel ist es, dass bis 2006 alle Grundschulen im Land dabei mitmachen.

Wir verstärken auch die Maßnahmen zur Bewegungserziehung im Kindergarten durch eine erweiterte Konzeption „Bewegungsfreundlicher Kindergarten“. Uns ist klar, dass ausreichende Bewegung unabdingbare Voraussetzung für eine positive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist. Wir setzen auf weitere Strukturverbesserungen bei der Förderung des sportlichen Nachwuchses. Denn wir wollen, dass baden-württembergische Sportlerinnen und Sportler auch weiterhin in vielen Sportarten in der Bundes- und der

Weltspitze vertreten sind. Mit der Förderung des Leistungssports und des Nachwuchses wollen wir auch in Zukunft im bundesweiten Vergleich unsere Spitzenposition halten.

Die CDU-Fraktion wird die wachsende gesellschaftliche Bedeutung des Sports fest im Auge behalten. Wir werden dem Sport in seiner Vielfalt weiterhin den notwendigen Stellenwert einräumen und die erforderlichen Entscheidungen treffen – zugunsten der Menschen im Land, die Sport treiben, die sich dadurch gesund und leistungsfähig halten, zugunsten der Tausenden von Sportvereinen,

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

die mit dafür sorgen, dass Baden-Württemberg keine Gesellschaft von Einzelgängern wird.

Im Namen der CDU-Fraktion danke ich allen ehrenamtlichen Trainern und Helfern im Sport für ihr großes Engagement.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie, die vielen Ehrenamtlichen in den Vereinen, sind es, die unseren Sport tragen. Dafür sagen wir ihnen Dank. Wir sprechen ihnen unsere Anerkennung und unsere weitere Unterstützung aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Zurufe von der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Rudolf.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So, jetzt mal zur Sache!)

Abg. Christine Rudolf SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Brunnemer, ich weiß schon gar nicht mehr, was ich zu Ihren Ausführungen sagen soll. Jetzt halten Sie Ihre Sonntagsreden schon hier im Plenum

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Abg. Fleischer CDU: Das war eine hervorragende Rede!)

und zählen auf, was alles im Sport Gutes läuft. Das können wir alle hier im Parlament auch jederzeit mit unterschreiben.

(Abg. Wacker CDU: Warum haben Sie denn nicht geklatscht? Da hätten Sie klatschen können!)

Allein die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Wenn Sie einmal die Landeszuschüsse für den Sport von 1990 mit den heutigen Landeszuschüssen vergleichen, stellen Sie fest, dass sich der inflationsbereinigte Betrag, den die Sportverbände in Baden-Württemberg pro Mitglied bekommen, halbiert hat.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Abg. Schmiedel SPD: Aha! – Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist eine Heuchelei!)

Da kann ich Ihnen nur als Hausaufgabe mitgeben: Wenn die Landesverwaltung und die Ministerien in ihren Häusern so

(Christine Rudolf)

viel Effizienzressourcen freischaufeln würden, wie das die Sportvereine und -verbände in den letzten 15 Jahren hier in Baden-Württemberg getan haben, dann würde der Landshaushalt insgesamt ein bisschen anders aussehen als der, über den wir heute diskutieren müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne Ihnen gerne noch einmal die Zahlen: 1990 haben die Sportverbände in Baden-Württemberg 30,59 € pro Mitglied bekommen. Im Jahr 2003 waren es 16,12 €. Die Sportvereine werden ja jetzt, weil wir im Sport dauernd steigende Mitgliederzahlen haben

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Gott sei Dank!)

und die Sportvereine sehr effektiv und gut arbeiten, pro Mitglied noch weniger vom Land Baden-Württemberg bekommen.

Ich möchte noch einen zweiten Punkt hinzufügen: Seit ich im Landtag bin – das sind bald acht Jahre –,

(Abg. Wacker CDU: Lange Zeit!)

diskutieren wir über die Art, wie die Sportstätten gefördert werden sollen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende, der im Moment leider nicht da ist, fordert im Sport immer wieder, zuletzt im April letzten Jahres, die Pauschalförderung in eine Projektförderung umzuwandeln.

(Abg. Fleischer CDU: Ja!)

Die einzige Antwort, die Sie an dieser Stelle haben, ist, immer wieder die gleichen Anträge zu stellen, die dann verpuffen, statt hier endlich einmal zu handeln,

(Abg. Wacker CDU: Entschließungsantrag!)

den Vereinen und den Kommunen beizuspringen, die richtigen politischen Weichenstellungen vorzunehmen, damit es in Baden-Württemberg beim Sportstättenbau endlich etwas vorangehen kann.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Haben Sie mal mit dem Gemeindegtag gesprochen?)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drexler.

(Abg. Seimetz CDU: Oje, oje! Der erklärt uns jetzt den Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus!)

Abg. Drexler SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin Schavan,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident!)

Herr Präsident! Gestern hat Frau Ministerin Schavan parallel zur Landtagssitzung eine Pressekonferenz abgehalten. Das war schon der x-te Vorfall, bei dem Regierungsmitglieder parallel zur Plenarsitzung eigene Veranstaltungen durchführten.

Ich will Ihnen einmal vorlesen, was im letzten halben Jahr passiert ist: Im Juli 2003 hat Frau Ministerin Schavan während einer Plenarsitzung des Landtags die Veranstaltung

zum 50-Jahr-Jubiläum des Landesschulbeirats Baden-Württemberg durchgeführt und dazu auch Abgeordnete eingeladen. Wir haben uns damals beschwert. Im gesamten Präsidium war klar, dass man so etwas nicht machen sollte.

Dann war eine Weile lang Ruhe. Und dann kam es besonders dick: Am 27. November wollte zunächst die Frau Justizministerin weg. Das haben wir im Präsidium verhindert.

Trotzdem haben am 27. November Herr Teufel und der Herr Wirtschaftsminister parallel zur Landtagssitzung Verhandlungen mit der Stadt Leinfelden-Echterdingen geführt. Das Präsidium hat darüber diskutiert und wiederum gesagt, dass das nicht gehe. Am 10. Dezember gab es eine Einladung zum Symposium von Wirtschaftsminister Döring zu „Frauen in Führungspositionen“, auch parallel zu einer Landtagssitzung.

Dann gab es eine lange Debatte im Präsidium. Alle Fraktionen waren der Auffassung: Das wird jetzt unterbunden. Die CDU-Fraktion hat erklärt, sie werde darauf achten, dass solche Vorgänge nicht mehr eintreten, vor allem nicht solche wie die der Koalitionsgespräche. Darüber hinaus hat die CDU-Fraktion die Regierung gebeten, solche Dinge nicht mehr stattfinden zu lassen. Die FDP/DVP hat Ähnliches im Hinblick auf ihren Wirtschaftsminister erklärt. Wir haben erklärt: Jetzt ist Ende.

Und jetzt fand wieder parallel zur Landtagssitzung eine Veranstaltung statt.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Bei den Haushaltsberatungen!)

– Sogar während der Haushaltsberatungen; es ging um den Haushalt des Innenministeriums. – Die ganze Pressetribüne war abgeräumt, weil dazu extra eine Pressekonferenz stattfand. Wir halten das für eine Missachtung des Parlaments.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen diese Missachtung nicht weiter durchgehen lassen. Wir haben gestern Mittag noch versucht, die Ministerin herbeizuzitieren – das ist ja die schärfste Waffe des Parlaments –, um dies deutlich zu machen. Das haben Sie leider entgegen der Übereinkunft, die wir in der Debatte im Präsidium erzielt hatten, verhindert. Jetzt können wir nicht mehr anders, als die Missachtung des Parlaments durch eine Landesministerin mit der Missachtung des Parlaments gegenüber dieser Ministerin bei ihrer Rede deutlich zu machen. Es fällt uns schwer, aber die Fraktion GRÜNE und die SPD-Fraktion werden während der Rede der Frau Ministerin den Saal verlassen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Lebhaftige Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist ein bisschen übertrieben! – Abg. Seimetz CDU: Herr Wehner sagte damals: „Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen!“ – Die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE verlassen den Plenarsaal. – Abg. Dr. Birk CDU: Das ist ja schwach! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Wir kommen wieder! – Lachen bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Der Präsident bleibt als Aufpasser da!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich vor, zu Beginn meiner Rede etwas zum Verlauf des gestrigen Tages zu sagen, es zu erläutern, für bestimmte Teile des Tages auch mein Bedauern auszudrücken. Da man das aber nicht hören will, kann ich das lassen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Soll ich es draußen mitteilen, Frau Ministerin?)

Ich beginne mit dem Thema, nämlich den Haushaltsberatungen, die immer auch Debatten zur Vergewisserung sind, zur Vergewisserung über Ziele und Perspektiven für die Zukunft, über Weichenstellungen für gute Entwicklungen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jetzt haben wir unsere Ruhe! – Zuruf von der CDU: Endlich mal gemütlich!)

Wer sich Gedanken macht über die Zukunft von Baden-Württemberg, braucht einen klaren Kompass für Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung nach dem Motto: Wenn man das Ziel nicht kennt, ist kein Weg der richtige.

Was also sind unsere Ziele, die sich auch in diesem Haushalt und seinen Schwerpunkten niederschlagen? Was sind die Punkte, die uns bei jeglicher Bewertung bildungspolitischen, jugendpolitischen Handelns leiten? Ich nenne vier Bewertungskriterien, die mir zentral erscheinen.

Erstens: Was wir tun – so muss es sich auch im Haushalt widerspiegeln –, muss in pädagogischer Hinsicht überzeugend und zielführend sein.

Zweitens: Es muss im internationalen Kontext überzeugend und zielführend sein.

Drittens: Es muss in strukturpolitischer Hinsicht zielführend sein.

Viertens: Es muss im Blick auf die Gerechtigkeitsfrage zielführend sein. Das ist eine zentrale Frage eines jeden Bildungswesens, unabhängig davon, welche Grundentscheidungen gefällt werden.

Ich finde, dass das – auch für unsere Beratungen im Schulausschuss – die vier entscheidenden Bewertungskategorien der nächsten Jahre in konzeptioneller Hinsicht, in struktureller Hinsicht und nicht zuletzt im Blick auf den Schwerpunkt von Investitionen sein werden.

Ich gehe die vier Punkte durch und nenne wirklich nur ausgewählte Beispiele, an denen deutlich wird, wie wir diese Bewertungskriterien konsequent einhalten.

Erster Punkt – in pädagogischer Hinsicht –: Spätestens seit PISA ist jedem in Deutschland klar, was vorher umstritten war: dass gute Bildungspolitik lange vor der Schule beginnt, dass frühe Jahre besonders ergiebig für das Lernen sind,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

dass wir Zeitfenster nutzen müssen, wie sie uns von den Entwicklungspsychologen und den Hirnforschern genannt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb halte ich es für einen großen Fortschritt, dass bereits ein Jahr, nachdem das Konzept der Landesstiftung für die Sprachförderung im vorschulischen Bereich verabschiedet wurde, 9 000 Kinder in Baden-Württemberg über Maßnahmen der Landesstiftung im vorschulischen Bereich sprachlich gefördert werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Alle Prognosen der Landesstiftung und alle Weichen, die sie im Moment stellt, deuten darauf hin, dass in den nächsten zwei Jahren die anvisierte Zahl von 20 000 bis 25 000 Kindern, die vor dem Schuleintritt sprachlich gefördert werden, erreicht wird. Das ist eine zentrale Weichenstellung gewesen.

Die zweite folgt: Der Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in den Kindertagesstätten – auch Orientierung für Eltern, Orientierung für eine Verbesserung der Partnerschaft zwischen Kindertagesstätten und den Familien.

Dritter Punkt: Das Transferzentrum in Ulm für Hirnforschung und lebenslanges Lernen – ein einmaliger Akzent in Deutschland. Wir nehmen ernst, was uns Naturwissenschaftler und Mediziner sagen, was wir an Wissen und an Erkenntnis, gerade aus den Neurowissenschaften, für die Lehrerbildung und für die pädagogische Entwicklung in unseren Schulen brauchen.

In pädagogischer Hinsicht ist auch wichtig, was während der Schulzeit nachmittags geboten wird. Wir nehmen in Baden-Württemberg die Forderung nach qualitativ hochstehenden Angeboten außerhalb der Schule ernst. Ich nenne, weil es in den anderen Reden auch genannt wurde, das Beispiel der Musikschulen. Wir sind in unserem Haushalt nicht mehr in der Lage, einzelne Positionen über Jahre und Jahrzehnte von Kürzungen auszunehmen, aber trotz der jetzigen Kürzung bei den Musikschulen gibt Baden-Württemberg für Musikschulen immer noch so viel aus

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: An der Spitze!)

wie alle anderen alten Flächenländer in Deutschland zusammen, nämlich über 16 Millionen €.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir fördern nicht nur die Musikschulen, sondern viele andere außerschulische Bildungswelten. Dazu gehören die Jugendarbeit, die Jugendbildung und die Jugendkunstschulen. Wir wollen nicht den Eindruck erwecken, dass Bildung nur in der Schule stattfindet. Wir wissen aus den internationalen Untersuchungen: Wichtig für den Erfolg von Schule sind auch überzeugende Bildungswelten um die Schule herum. Wichtig für die Arbeit der Schule ist auch, in anderen Räumen dieser Gesellschaft den Bildungs- und Erziehungsauftrag ernst zu nehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Vierter und entscheidender Punkt – und damit sind wir bei einem neuen Kapitel in der Entwicklung unserer Schulen –: der Bildungsplan 2004 für alle Schularten, übrigens erstmalig mit einem gemeinsamen Einführungstext für alle Schularten, den Herr Professor von Hentig im Namen des Bildungsrats geschrieben hat. Das ist ein wichtiges Signal: Wir kultivieren kein Auseinanderdriften von Schularten; wir wollen Öffnung der Schularten füreinander, wir wollen Kooperation, wir bleiben auf dem Kurs, den wir eingeschlagen haben. Durchlässigkeit ist eine Frage der Gerechtigkeit, und sie muss deshalb gefördert werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir verbinden damit das, von dem ich überzeugt bin, dass es einer der beiden Schlüssel oder sogar der zentrale Schlüssel für die Umsteuerung des Bildungswesens im Sinne einer Qualitätsentwicklung in pädagogischer Hinsicht ist: Wir formulieren Standards.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu dem Problembereich, auf den auch die IGLU-Studie aufmerksam macht, gehört, dass wir noch nicht wirklich gerecht sind, wenn es um die Benotung von Schülern geht und um die Frage, wer welche Empfehlung bekommt. Wir justieren später nach. Deshalb ist es umso wichtiger, neue Instrumente zu finden und Standards zu formulieren, mithilfe derer die Ergebnisse des Unterrichts bewertet werden können. Damit wird Unterricht vergleichbarer. Das ist also nicht nur in pädagogischer Hinsicht ein wichtiger Schritt, sondern auch ein wichtiger Schritt im Blick auf Gerechtigkeit und eine bessere Vergleichbarkeit in allen unseren Schulen.

Die Grünen haben gefordert – es ist eben noch einmal gesagt worden –: alle Pädagogen raus aus der Schulverwaltung und dem Ministerium. Ich habe mir überlegt, welche Vorstellung bei den Grünen von der Schulverwaltung in der Zukunft vorherrscht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! – Abg. Wacker CDU: So ist es!)

Es ist doch gerade so und wird auch gesagt: In Zukunft muss Schulverwaltung noch mehr von Pädagogik verstehen als in der Vergangenheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Schmeißen Sie die Juristen raus!)

– Herr Pfister, ich sage jetzt nicht „Juristen raus!“. Das bringt mir wieder neue Gegner.

Wer nur ein bisschen von dem Prozess, in dem wir jetzt stecken, verstanden hat, der weiß, dass wir gute Pädagoginnen und Pädagogen in den Bereichen brauchen, in denen – und das ist Schulverwaltung in Zukunft – die Einhaltung von Standards, die Evaluation und die Selbstständigkeit der Schule gut begleitet und gut gefördert wird.

Deshalb halte ich diesen Antrag für weltfremd. Er zeigt, dass es bei den Antragstellern nicht wirklich ein Verständnis für Selbstständigkeit von Schule gibt. Alle internationa-

len Untersuchungen zeigen: Selbstständigkeit von Schule und gute Unterstützungssysteme außerhalb der Schule sind die zwei Seiten der einen Medaille. Autonomie alleine führt zur Beliebigkeit, wenn die Einhaltung von Standards nicht klar überprüft wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Genau! – Abg. Wacker CDU: Es tritt dann die Chaostheorie ein!)

Bewertungskategorie ist der internationale Kontext.

Es ist klar, dass ich das Beispiel von gestern aufgreife. Ich könnte aber viele andere Beispiele nennen. Was immer wir in der Bildungspolitik tun, es interessiert uns nicht mehr in erster Linie der nationale Vergleich. Es interessiert uns nicht wirklich, ob wir auf Platz 1 oder Platz 2 sind. Das ist keine Neuigkeit mehr.

Uns ist wichtig und uns interessiert, wie unsere Schulen in einem internationalen Kontext stehen, weil die Generation, um die es jetzt geht, und künftige Generationen sich nicht ausschließlich in einem nationalen Kontext aufhalten, sondern in einem internationalen. Deshalb ist die zentrale Botschaft des gestrigen Tages nicht, dass die Grundschulen in Baden-Württemberg im nationalen Ranking auf Platz 1 stehen.

Die zentrale Botschaft des gestrigen Tages ist: Sie haben Anschluss an die internationale Spitzengruppe. Das war die Botschaft!

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo! – Jawohl!)

Ich konkretisiere es an wenigen Beispielen.

Erstes Beispiel: Unter 35 Ländern gibt es kein Land, in dem in der Grundschule zwischen Jungen und Mädchen so wenig Unterschiede im Lernen und in den Lernergebnissen existieren wie hier. Das betrifft die viel zitierte Frage, wie Jungen und wie Mädchen richtig gefördert werden. Hier sind wir auf Platz 1.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zweitens: Bei den Naturwissenschaften am Ende der Klasse 4 sind Grundschulen in Baden-Württemberg zusammen mit Japan auf Platz 2 unter 35 Ländern der Welt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo!)

Bei der Lesekompetenz und bei der Mathematik ist es ähnlich: Wir sind unter den ersten fünf.

Herr Professor Bos hat gestern Morgen in Berlin und gestern Nachmittag bzw. gestern Abend in Stuttgart gesagt, in keinem europäischen Land seien die Grundschulen besser als in Baden-Württemberg – in allen drei Kompetenzbereichen!

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Ich finde, man könnte von einer Opposition

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Zuruf von der CDU: Wo? Wir haben keine! – Weiterer Zuruf von der CDU: Hinter Ihnen, Frau Ministerin! – Abg. Kübler CDU: In Baden-Württemberg gibt es keine Opposition! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die hat sich verabschiedet! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Opposition findet nicht mehr statt!)

wirklich erwarten, dass sie solche Ergebnisse bei den Grundschulen nicht nur mit einem pflichtschuldigen ersten Satz in ihren Reden wahrnimmt, sondern dass sie sich darauf auch einlässt. Das sind doch nicht unsere Leistungen; das haben doch nicht wir vollbracht. Das ist die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer in unseren Grundschulen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wacker CDU: So ist es! – Zurufe von der CDU: Ja-wohl!)

Das ist das Ergebnis der Tatsache, dass sich diese Lehrerinnen und Lehrer an unseren Grundschulen, die übrigens das höchste Deputat aller Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land haben, als Erste – nämlich seit Mitte der Neunzigerjahre – in einen kontinuierlichen Reformprozess begeben haben. Vieles läuft ja schon seit zehn Jahren, worüber andere Länder jetzt, in Reaktion auf IGLU, nachdenken. Deshalb sage ich: Gratulation an unsere Grundschulen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Damit komme ich zur Gerechtigkeitsfrage. Natürlich wissen wir: Wenn zehn Leute auf einer Veranstaltung waren, ist nicht auszuschließen, dass diese zehn Leute zehn verschiedene Dinge gehört haben.

(Abg. Kübler CDU: Das kommt darauf an, wo sie herkommen! – Abg. Seimetz CDU: Nur bei SPD-Leuten!)

– Oder hören wollten. Das ist überhaupt kein Problem; selektive Wahrnehmung beherrscht im Zweifelsfall jeder von uns. Das haben wir alle gelernt.

Nun habe ich zum Ärger mancher – es blieb mir nichts anderes übrig – gestern nicht nur den Vortrag von Professor Bos gehört, sondern auch mit ihm gesprochen. Warum nimmt die Opposition den Satz nicht wahr, den er geäußert hat, dass Baden-Württemberg das Musterland für Durchlässigkeit nach oben ist?

(Beifall bei der CDU)

Sie nehmen nicht wahr, dass unmittelbar anschließend an die Kurve mit den Überlappungen der Schülergruppen, die wir schon von der PISA-Studie kannten, die Tabelle folgt, die besagt, dass genau jenes Drittel der Schüler, die im ersten Anlauf – ich sage es jetzt etwas technokratisch – falsch gesteuert sind, im zweiten Anlauf das Abitur über das berufliche Gymnasium oder ein anderes Angebot der beruflichen Bildung erlangen. Warum werden solche Fakten, die übrigens großes Interesse bei nahezu allen anderen Bundesländern wecken, im baden-württembergischen Landtag von der Opposition konsequent geleugnet?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich kann nur sagen: Wenn die SPD Lust auf das Regieren in Baden-Württemberg hätte, würde sie jetzt langsam anfangen, gut über das Land zu reden.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

So, wie sie darüber redet, kann man nur davon ausgehen, dass sie 0,0 % Lust auf das Regieren hat. Nur dann kann man so reden.

(Beifall bei der CDU)

Die Problembereiche sind völlig klar. Die erste pädagogische Aufgabe lautet: Wie schaffen wir es, in der Grundschule gewecktes Leseinteresse und Spaß am Lernen – und die damit verbundene Qualität der Grundschule – in der Sekundarstufe I fortzusetzen? Wie schaffen wir es, dass es keine Einbrüche gibt? Erste Schritte sind getan: naturwissenschaftlicher Unterricht, naturwissenschaftliches Praktikum, Weiterentwicklung von didaktischen Ansätzen, die sich in der Grundschule bewährt haben und die wir unter neuen Vorzeichen in der Sekundarstufe I fortsetzen.

Zweitens: Migration. Das ist in der Tat eine Frage, die sich jeder von uns immer wieder stellen muss: Was ist unser nächster Schritt, um Kindern, die nicht in Deutschland geboren sind, die mit ihren Eltern spät zu uns gekommen sind und wenig Möglichkeiten zur Vorbereitung auf die Schule haben, die gleiche Chance zu geben wie Kindern ohne Migrationshintergrund? Auch deshalb ist die Sprachförderung wichtig. Auch deshalb ist es wichtig, früh anzusetzen, konsequent zu handeln, unsere Bemühungen zu verstärken. Deshalb ist gestern Abend mein erster Satz gewesen: Nichts ist so gut, als dass es nicht besser werden könnte.

Aber wer Verbesserung will, muss dem, der das wesentlich zu leisten hat, auch die gerechte Beurteilung zukommen lassen, dass er schon Wesentliches erreicht hat. Ansonsten wird im Bildungswesen nicht die Entwicklung möglich werden, die wir alle wollen.

Schließlich der vierte und letzte Bereich, die Strukturpolitik: Es ist mir schleierhaft, wie die Grünen fordern können, in einem Flächenland wie Baden-Württemberg, das in jeder Erfolgsanalyse die gleichmäßige Entwicklung aller Regionen bescheinigt bekommt, 260 Hauptschulen zu schließen.

(Zuruf von der CDU: Skandalös!)

Meine Damen und Herren, es ist doch völlig klar: In Zeiten des Schülerrückgangs werden Bürgermeister kommen und sagen: Jetzt ist es so weit, diese Schule können wir nicht mehr halten.

(Zuruf von der CDU: Den möchte ich mal sehen!)

Dann werden wir auf Wunsch der Gemeinde – das ist eine der notwendigen Voraussetzungen – diese Schule auch schließen. Aber ich sage Ihnen auch: Gute Versorgung aller Regionen mit Schulen ist der Wettbewerbsfaktor und der strukturpolitische Faktor Nummer 1.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Wir wollen nicht, dass nur die Familien, die in den großen Städten leben, alle Angebote haben, und die Familien, die im ländlichen Raum leben, ihren Kindern immer weitere Schulwege zumuten müssen. Das ist kein strukturpolitisches Konzept für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Zur gleichmäßigen Entwicklung aller Regionen gehört als ganz wesentlicher und innovativer Faktor unsere differenzierte Landschaft der beruflichen Bildung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, das ist richtig!)

Wenn ein Land wie Baden-Württemberg in einer so ungewöhnlich schwierigen wirtschaftspolitischen Lage – –

(Abg. Knapp SPD geht durch den hinteren Teil des
Plenarsaals.)

– Sie haben sich verirrt, Sie dürfen gar nicht im Saal sein!

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Der hat das noch nicht mitgekriegt! – So, jetzt sind wir wieder klar. Tür zu!

(Unruhe – Abg. Seimetz CDU: Das ist doch sehr
angenehm, eine störungsfreie Verhandlung!)

Nicht aufregen! Es gibt Dinge, da muss man durch. Es gibt auch Tage, an denen man gar nichts richtig machen kann. Das war gestern so.

Wer in einer so schwierigen wirtschaftspolitischen Situation, wie wir sie derzeit in Deutschland haben, das Niveau der Beschäftigung, der Ausbildungsplätze, der Einstiegschancen für junge Leute in eine berufliche Existenz so hoch hält wie wir in Baden-Württemberg, der hat in vielerlei Hinsicht vorgesorgt, auch in einer guten Kooperation zwischen unseren Unternehmen in Baden-Württemberg und den Schulen, der hat vorgesorgt im Blick auf Innovationen im Bereich unserer beruflichen Bildung. Es gibt keinen Stillstand, sondern immer wieder neue Möglichkeiten. Wenn dann geklagt wird, aufgrund dieser Innovation sei hin und wieder eine Klasse größer als gedacht, kann ich nur sagen: Lieber in einer großen Klasse gute Bildung erhalten, als ohne Arbeitsplatz weiter in einer Schule zu sein. Das nämlich ist die Alternative für viele junge Leute.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, dass wir in den nächsten Jahren nicht nur an Länderberichten interessiert sein werden, sondern in der nächsten Phase wissen wollen: Wie ist die Entwicklung unseres Bildungswesens? Wie entwickeln sich bestimmte Weichenstellungen in den unterschiedlichen Regionen Baden-Württembergs? Wie ist es, wenn wir einen Vergleich zwischen Stuttgart und Düsseldorf machen, also zwischen Städten mit im Zweifelsfall ähnlichen Strukturen und Funktionen, aber unterschiedlichen Traditionen und Innovationen im Bildungswesen?

Bildungspolitik lebt nicht von Schlagzeilen, Bildungspolitik lebt nicht von der globalen Perspektive, sondern sie lebt auch und ganz wesentlich vom Blick fürs Detail.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wie alles!)

Bildungspolitik lebt von der Vielfalt der Wege, die notwendig sind. Bildungspolitik muss immer mehr Verschiedenheit zulassen. In immer weniger Bereichen gibt es die eine Lösung für alle.

Wer sich diesen Haushalt des Kultusministeriums ansieht, wer sich ansieht, was zum Beispiel hinter Etatposten wie „Bildungsreform“ steckt, der weiß, dass sich viele unserer Schulen seit vielen Jahren auf einen guten Weg der Selbstständigkeit gemacht haben. In keinem Land wird von den Schulen selbst ein so großer Prozentsatz an Lehrern und Lehrerinnen eingestellt; in keinem Land gibt es eine so hohe Selbstständigkeit bei vielen Grundentscheidungen. Wir wollen das kontinuierlich weiterentwickeln. Nirgends gibt es den Knopf, den man einfach herumdrehen muss, um eine neue Welt zu entdecken. Immer braucht Bildungspolitik Geduld, langen Atem und langfristige Entwicklungen. Es geht darum, heute zu säen, damit morgen geerntet werden kann. Es geht nicht darum, heute hinter der Schlagzeile her zu sein, sondern darum, zu wissen, was das, was wir heute tun, für die nächsten 5, 10 und 15 Jahre bedeutet.

In diesem Sinne möchte ich den Kolleginnen und Kollegen aus den beiden Regierungsfractionen für eine nun schon über viele, viele Jahre währende, außerordentlich gute Zusammenarbeit im gesamten Bereich der Bildungs-, Jugend- und Sportpolitik sehr danken. Ich möchte Ihnen dafür danken, dass wir es in schwieriger Zeit durchhalten, 5 500 neue Lehrerstellen zu schaffen. Das ist für den Finanzminister wie für uns alle kein Pappenstiel.

(Abg. Rückert CDU: Stimmt!)

Aber es ist ein Ausdruck der Glaubwürdigkeit von Politik: Was wir sagen, das tun wir auch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Auch das unterscheidet uns von denen auf der linken Seite.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe
von der CDU und der FDP/DVP)

Ich danke für alle Unterstützung. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kultusministerium und in der Schulverwaltung für das, was im Detail hinter dem steckt, was in diesem Haushaltsplan steht – an Kontinuität der Arbeit, an Fortführung guter Tradition, an der Bereitschaft zur Innovation. Das ist ein Beitrag dazu, dass die Perspektiven in Baden-Württemberg für Kinder und Jugendliche heute, in einer so komplizierten Zeit des Umbruchs, gut sind. Bildung, Ausbildung und Erziehung haben in Baden-Württemberg auch in den kommenden Monaten und Jahren Priorität.

Ich bin davon überzeugt: Wir haben die richtigen Weichen gestellt. Die IGLU-Studie war ein erster öffentlicher Schritt der Bestätigung der Arbeit unserer Schulen. Diese IGLU-Generation ist die kommende PISA-Generation. Und dann

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

werden wir sehen, dass sich unerschrockenes Handeln und großes Engagement unserer Schulen im internationalen Kontext außerordentlich positiv auswirken.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU – Abg. Wacker CDU: Abstimmung! – Abgeordnete der SPD-Fraktion und der Fraktion GRÜNE betreten wieder den Saal. – Abg. Dr. Lasotta CDU: Wollen wir sie reinlassen?)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache wird das Wort nicht mehr gewünscht.

(Oh-Rufe von der CDU)

Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2804 Abschnitt I. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich jeweils bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0401
Ministerium

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2844-7. Mit diesem Änderungsantrag werden Kürzungen der Bezüge und Nebenleistungen beim Ministerium, bei den Oberschulämtern und den Staatlichen Schulämtern gefordert. Sind Sie damit einverstanden, dass ich den Antrag insgesamt zur Abstimmung stelle? –

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Darüber können Sie komplett abstimmen lassen!)

Gut.

Wir stimmen also über den Änderungsantrag Drucksache 13/2844-7 bezüglich Kapitel 0401 und der weiteren aufgeführten Kapitel insgesamt ab. Wer für die Annahme dieses Änderungsantrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über Kapitel 0401 – Ministerium – in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0402
Allgemeine Bewilligungen

und dazu die Änderungsanträge, über die ich gleich abstimmen lasse:

Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2844-8: Wer diesem Änderungsantrag zum Ausbau von

Ganztagsschulen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer großen Zahl von Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2844-9, nochmals zum Ausbau von Ganztagsschulen: Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer großen Zahl von Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Förderung des Schulhausbaus –, Drucksache 13/2844-1: Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Anzahl von Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über das Kapitel 0402 – Allgemeine Bewilligungen. Wer dem Kapitel in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0403
Oberschulämter

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0404
Staatliche Schulämter

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Kapitel 0405 – Grund- und Hauptschulen – bis Kapitel 0435 – Förderung von Schulen in freier Trägerschaft – zusammen aufrufe?

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Nein!)

Dazu gibt es keine Änderungsanträge. – Nein?

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Nein, bitte über Kapitel 0405 und 0406 getrennt von den übrigen Kapiteln! Über die Kapitel 0405 und 0406 können Sie aber zusammen abstimmen lassen! Dann ab Kapitel 0407 weiter!)

Ich rufe also auf

Kapitel 0405 und 0406

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Kapitel 0407

Staatliche Sonderschulen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

(Stellv. Präsident Birzele)

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie können bis Kapitel 0429 zusammen abstimmen lassen! – Gegenruf des Abg. Schmid SPD: Nein, nein! – Gegenruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE: Ach so, habt ihr da etwas?)

Kapitel 0408

Staatliche Heimsonderschulen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Kapitel 0410

Realschulen

Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Kapitel 0415

Gymnasien

Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Kapitel 0416

Staatliche Aufbaugymnasien mit Heim

Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0417

Staatliches Kolleg Mannheim (Institut zur Erlangung der Hochschulreife)

Wer stimmt zu? –

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Alle!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0420

Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen)

Wer möchte zustimmen? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 0428

Staatliche Feintechnikschule Villingen-Schwenningen

(Abg. Fischer SPD: Bis Kapitel 0435! – Gegenruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE: Nur bis Kapitel 0429!)

– Sind Sie damit einverstanden, dass wir über die Kapitel 0428, 0429 und 0435 – –

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Nein, nur bis 0429!)

– Ich gebe den Versuch, zusammenzufassen, auf.

Zum Kapitel 0428 – Staatliche Feintechnikschule Villingen-Schwenningen –: Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0429

Staatliche Berufsfachschule mit Berufsaufbauschule Furtwangen

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0435

Förderung von Schulen in freier Trägerschaft

Wer möchte diesem Kapitel zustimmen? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0436

Allgemeine Schulangelegenheiten

und die dazu vorliegenden Änderungsanträge.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Ausbau von Ganztagschulen –, Drucksache 13/2844-10, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer großen Zahl von Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Ausbau von Ganztagschulen und -betreuung –, Drucksache 13/2844-2, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Ausbau von Ganztagschulen –, Drucksache 13/2844-11, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer großen Anzahl von Enthaltungen abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Fortbildung für Eltern durch den AK Gesamtelternbeiräte zur Entwicklung von Ganztagschulen –, Drucksache 13/2844-12, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0436 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Kapitel 0440

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich kann die

Kapitel 0441 bis 0448

zusammen aufrufen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Ja!)

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0449

Staatliche Seminare für Didaktik und Lehrerbildung (Grund- und Hauptschulen)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer großen Zahl von Enthaltungen so beschlossen.

Kapitel 0450

Staatliche Seminare für Didaktik und Lehrerbildung (Realschulen)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer großen Zahl von Enthaltungen so beschlossen.

Kapitel 0451

Staatliche Akademie für Lehrerfortbildung (Wirtschaft und Technik)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0453

Weiterbildung

Dazu liegen zwei Änderungsanträge vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2844-3, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2844-13, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0453 – Weiterbildung – in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 0455

Pauschalleistungen an die Kirchen und Aufwendungen für andere Religionsgemeinschaften und sonstige kirchliche Zwecke

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0456

Evangelische Seminare und Katholische Konvikte in Württemberg

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zu

Kapitel 0460

Sportförderung

Dazu liegen wiederum zwei Änderungsanträge vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Rücknahme von Kürzungen bei der Sportförderung –, Drucksache 13/2844-4, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das – –

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Ich bitte um getrennte Abstimmung über die Ziffern 1 und 2!)

Die Antragsteller akzeptieren dies? –

(Abg. Schmid SPD: Ja!)

Dann stimmen wir zunächst über Ziffer 1 des Änderungsantrags Drucksache 13/2844-4 ab. Wer Ziffer 1 dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ziffer 2 – Zuschüsse zum Bau von Vereinssportanlagen und zur Beschaffung von Sportgeräten –: Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Wieser CDU hat dem Antrag zugestimmt.)

– Ich nehme an, dass dies eine irrtümliche – –

(Abg. Zimmermann CDU: Nein!)

– Das war eine bewusste Zustimmung.

(Abg. Zeller SPD: Herr Wieser hat bewusst zugestimmt! – Abg. Schmiedel SPD: Guter Wieser! Der Wieser wird nichts mehr in der CDU!)

– Ich stelle fest, das war eine bewusste Zustimmung zu diesem Antrag.

(Anhaltende Unruhe)

Wenn sich die Freude über diese eine Zustimmung aus dem Regierungslager gelegt hat, fahren wir fort.

Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2844-14: Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer großen Zahl von Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr abstimmen über das Kapitel 0460 – Sportförderung – in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen so beschlossen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe nunmehr auf

Kapitel 0465

Jugend und kulturelle Angelegenheiten

und die dazu vorliegenden Anträge.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Rücknahme von Kürzungen bei der Jugendbildung –, Drucksache 13/2844-5, und über den inhaltsgleichen Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2844-15, abstimmen. Wer diesen beiden Anträgen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2844-6 Ziffer 1.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Unser Antrag ist der weiter gehende! – Gegenruf des Abg. Schmid SPD: Nein! – Gegenruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE: Doch!)

– Nein, der Antrag der Fraktion der SPD begehrt etwas mehr.

Wer Ziffer 1 des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2844-6, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2844-16, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Nunmehr lasse ich noch abstimmen über Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2844-6. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0465 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen nun zu Abschnitt II der Beschlussempfehlung Drucksache 13/2804.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Bitte einzeln abstimmen!)

– Getrennte Abstimmung über Ziffer 1 und Ziffer 2.

Ich lasse zunächst abstimmen über Abschnitt II Ziffer 1:

gemeinsam mit dem Landessportverband Wege zu finden, die Herabsetzung der globalen Minderausgabe um 2,15 Millionen € dazu zu nutzen, dass die Verminderung der Wettmittel im Bereich des Sports zu keiner Kürzung der Zuschüsse für nebenberufliche Übungsleiter führt

Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Ein Teil der CDU-Fraktion stimmt nicht mit. – Abg. Heike Dederer GRÜNE zur CDU: Das ist euer eigener Antrag!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei Verunsicherung eines Teils der Abgeordneten

(Heiterkeit – Abg. Wacker CDU: Aber die Mehrheit steht!)

ist die Beschlussempfehlung Abschnitt II Ziffer 1 angenommen.

(Abg. Zeller SPD: Die sind es gewohnt, immer dagegen zu sein!)

Ich rufe Abschnitt II Ziffer 2 der Beschlussempfehlung auf:

mit den kommunalen Landesverbänden und dem Landessportverband Gespräche zu führen mit dem Ziel, ab dem Doppelhaushalt 2005/2006 die pauschalisierte Sportstättenbauförderung im Rahmen des KIF einvernehmlich wieder in eine Projektförderung zu überführen

Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe Abschnitt III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses – Kenntnisnahme – auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Haus hat einstimmig Kenntnis genommen.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport.

(Abg. Wacker CDU: Sehr schön! Wieder was geschafft!)

Ich rufe **Buchstabe d** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2807

Berichterstatterin: Abg. Veronika Netzhammer

Berichterstatter zur Denkmalpflege und zum Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen: Abg. Schmiedel

(Unruhe)

Wünschen die Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 07 – Wirtschaftsministerium – eine Gesamtredzeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Die Änderungsanträge zu Einzelplan 07 werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Birk.

(Anhaltende Unruhe)

Abg. Dr. Birk CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir befinden uns im dritten Jahr der Wirtschaftstagnation und müssen uns einmal mehr in dieser Haushaltsrunde mit einem erheblichen Haushaltsdefizit und wegbrechenden Steuereinnahmen beschäftigen. Dies hat natürlich auch unmittelbare Auswirkungen auf den Einzeletat des Wirtschaftsministeriums. Deshalb hat die CDU-Fraktion bislang in den Beratungen darauf Wert gelegt – und wir werden das auch weiterhin tun –, dass im Rahmen dieses Sparhaushalts die notwendigen struktur- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die für das Land wichtig sind, einen Schwerpunkt bilden und dass wir uns auch in der weiteren Beratung und Entscheidungsfindung daran orientieren.

Lassen Sie mich zunächst einmal die politischen Schwerpunkte, die aus unserer Sicht wichtig sind und die sich auch im Landeshaushalt widerspiegeln, nennen.

Das ist zum einen die Landesmesse. Wir stehen hinter der Landesmesse und bedauern außerordentlich, dass das mehr als akzeptable Verhandlungsangebot an die Stadt Leinfelden-Echterdingen seitens des Gemeinderats ausgeschlagen wurde. Ich denke, dies ist kein Rückschlag für das Messeprojekt. Aber es wäre uns lieber gewesen, man hätte hier einen gemeinsamen Weg gefunden. Wir bedauern dies. Nun muss wohl doch der Rechtsweg gegangen werden.

Ich hoffe, dass das hohe Haus, mit Ausnahme von Teilen der SPD und mit Ausnahme der Grünen – die Grünen haben hierzu einen Streichungsantrag in der Größenordnung von 24,8 Millionen € zur Schuldendiensthilfe gestellt –, weiterhin hinter diesem Landesmesseprojekt steht. Uns ist wichtig, dass nun rasch in die weitere Planung und Realisierung eingestiegen wird, dass die Verträge mit verkaufswilligen Grundstückseigentümern abgeschlossen werden und, wenn dies nicht möglich ist, auch entsprechend die Anträge auf Enteignung eingeleitet und rasch vorangebracht werden.

Lassen Sie mich einen zweiten Schwerpunkt in diesem Zusammenhang nennen: Das ist die Regionalmesseförderung. Wir, die CDU-Fraktion, stehen zu der Zusage gegenüber den Städten, die diese Förderung bislang beantragt haben, und wollen auch im kommenden Haushalt 1,5 Millionen € für die Regionalmesseförderung verankern. Im Zeitraum von 1997 bis 2003 belief sich die Förderung immerhin auf einen Gesamtbetrag von 52,2 Millionen €. Dieser Betrag wird noch auf 64 Millionen € anwachsen. Die Regionalmesen sind ein wichtiger Bestandteil der dezentralen Wirtschaftsstruktur dieses Landes und sollen vor allem den Messeausstellern, der mittelständischen Wirtschaft in diesen Städten und Regionen – ich spreche von Freiburg, Mannheim, Offenburg, Ulm, Villingen-Schwenningen – weitere Impulse geben. Deshalb war es uns wichtig, diese Förderung zu halten und auch in diesem Punkt Wort zu halten. Wir werden deshalb den Antrag der Grünen hierzu ganz klar ablehnen.

Ein weiterer wichtiger Bereich ist der Wohnungsbau.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Zunächst einmal haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Zuständigkeit für den Bereich Wohnungsbau und Baurecht an das Innenministerium übergeht. Wir hoffen, dass

dies kein Ausdruck des Desinteresses des Wirtschaftsministers an diesem wichtigen Politikfeld ist.

(Abg. Capezzuto SPD: Na!)

Denn es ist auch weiterhin ein wichtiges Anliegen des Landes, dass die Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum versorgt wird und die zukunftsgerichtete Gestaltung des Baurechts vorangebracht wird.

Natürlich müssen wir auch feststellen, dass in den letzten Jahren aufgrund der schwierigen konjunkturellen und finanziellen Situation im Bereich der Wohnraumförderung Einschnitte vorgenommen werden mussten. In früheren Jahren wurde uns von der SPD immer vorgehalten, dass der Bund bei der Wohnraumförderung weiterhin die Stange hält. Mittlerweile hat aber auch der Bund seine Förderung von 230 Millionen € im Jahr 2003 auf 110 Millionen € für das Jahr 2004 abgesenkt. Das bedeutet, dass Baden-Württemberg in Zukunft statt 27 Millionen € nur noch 13 Millionen € erhält. Das ist für den Wohnungsbau zu wenig.

(Abg. Schmiedel SPD: Das war der Vermittlungsausschuss! Das war die CDU! Wer hat denn das beantragt? Die CDU!)

Wir können nur appellieren, dass der Bund im Wohnungsbau wieder mehr tut. Dazu gehört im Übrigen auch, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen – siehe Mietrecht, siehe Steuerrecht – entsprechend geändert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dazu gibt es einen Antrag der SPD-Fraktion: Forderungsverkauf von Wohnungsbaudarlehen. Wir stehen diesem Vorhaben weiterhin kritisch gegenüber. Wir sind gespannt auf den Prüfungsbericht, den uns der Wirtschaftsminister in dieser Angelegenheit in den nächsten Monaten vorlegen will.

(Abg. Schmiedel SPD: Der ist doch gar nicht mehr zuständig!)

Warum stehen wir dem kritisch gegenüber? Ein heutiger Forderungsverkauf bedeutet, dass künftige Rückflussmittel, die wieder unmittelbar in die Wohnungsbauförderung hineingehen, eben nicht mehr verausgabt werden können. Dann entsteht eine entsprechende Lücke, und die muss wiederum mit neuen Haushaltsmitteln gefüllt werden.

Der zweite Punkt ist: Wenn wir heute Forderungen verkaufen, dann werden diese auf den heutigen Zeitpunkt abgezinst. Das heißt, es würden in der Gesamtsumme künftig sogar weniger Mittel für den Wohnungsbau in Baden-Württemberg zur Verfügung stehen.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Deswegen ist Ihr Antrag, Herr Kollege Schmiedel, die Mittel für die Wohnungsbauförderung um 200 Millionen € zu erhöhen, den Sie hier eingebracht haben, zumindest derzeit nicht entscheidungsreif. Wir werden ihn ablehnen

(Heiterkeit des Ministers Dr. Döring)

(Dr. Birk)

und wollen zunächst einmal die rechtliche Zulässigkeit prüfen. Danach werden wir uns erneut mit Ihrem Vorschlag befassen.

Lassen Sie mich zum Thema „Neuordnung der Wirtschaftsförderung“ auch einige Punkte anmerken. Die Neuordnung der Wirtschaftsförderung ist für die CDU-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Wir wollen dieses im Jahr 2004 zu einem möglichst raschen Abschluss bringen. Für uns ist klar: Es muss klare Zuständigkeiten geben. Es müssen eindeutig bezeichnete Ansprechpartner da sein. Der Leitgedanke einer zentralen Auskunft-, Service- und Anlaufstelle muss gegeben sein. Wir möchten eine stärkere Verknüpfung landesweiter und regionaler Träger der Wirtschaftsförderung. Deshalb sagen wir, in diesem Sinne müssen Kräfte auch angesichts schmalerer finanzieller Spielräume besser gebündelt werden.

Das, was jetzt auf den Weg gebracht wurde – ich nenne die Stichworte GWZ und Steinbeis und verweise auf die Überlegungen, wie künftig die Themen „Wirtschaftsförderung“, „Gewerbeförderung“, „berufliche Bildung“ im Wirtschaftsministerium organisatorisch strukturiert werden sollten –, findet unsere Zustimmung.

Wir haben kein Interesse daran, dass das Landesgewerbeamt zerschlagen oder aufgelöst wird, aber wir wollen eine sinnvolle Weiterentwicklung, die der besonderen Tradition und natürlich den Mitarbeitern des LGA gerecht wird in Bezug auf die Verantwortung, die wir dafür haben. Deshalb appellieren wir an das Wirtschaftsministerium, möglichst rasch eine Lösung vorzulegen. Wir wollen das LGA weiterentwickeln zu einem Haus der Wirtschaft, wo Dienstleistung und Servicefunktion in Zukunft gewährleistet sind. Wir wollen, dass Mittelstand und Handwerk dieses reiche Dienstleistungsangebot weiterhin in Anspruch nehmen können, und haben dafür im Haushalt entsprechend Vorsorge getragen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, der aus Sicht der CDU-Fraktion wichtig ist: das Energieeinsparprogramm Altbau, das wir fortführen wollen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Immerhin ein Lichtblick!)

Es wäre Ende des Jahres 2003 geschlossen worden. Wir wollen immerhin 750 000 € zusätzlich zur Verfügung stellen und aus diesem notwendigen Programm nicht aussteigen.

(Abg. Schmiedel SPD: Brosamen!)

Uns ist klar, es ist ein wichtiger Impuls für private Investoren, auch für die Bauwirtschaft. Es ist eine beachtliche private und öffentliche Investitionsaufgabe, die in den nächsten Jahren ansteht.

Würden wir heute komplett aussteigen, wäre es in den nächsten Jahren schwieriger, den Wiedereinstieg zu finden. Uns geht es darum, dass KfW-Förderung und Landesförderung sinnvoll aufeinander abgestimmt werden, dass die Förderkriterien überprüft werden, dass wir für dieses Programm eine Neukonzeption bekommen und dass mit diesem Impuls des Landes möglichst viele Förderanträge bedient

werden können. Ich weiß, die Grünen und Teile der SPD wollen darüber hinausgehen. Wir sagen, das ist in der jetzigen Haushaltssituation nicht machbar. Wir wollen aber diesen Schwerpunkt weiterhin setzen und zeigen, dass wir das Energieeinsparprogramm Altbau fortführen wollen.

Lassen Sie mich darüber hinaus sagen: Es gibt ja auch einige Wünsche seitens des Wirtschaftsministeriums, in einzelnen Titeln Mittel aufzustocken. Ich greife den Bereich Tourismus heraus. Die Bedeutung des Tourismus ist groß, und, Herr Minister Döring, wir stimmen mit Ihnen darin überein und unterstützen auch, dass die Zuschüsse für Werbemaßnahmen und für die Absatzförderung im Tourismus ausgebaut werden, und zwar um 0,5 Millionen €. Bedenken wir, dass die gesamte Tourismuswirtschaft in Baden-Württemberg mittlerweile 200 000 Arbeitsplätze hat und dass Baden-Württemberg bei der Anzahl der Übernachtungen mit 38,2 Millionen pro Jahr auf Platz 2 hinter Bayern liegt, dann müssen wir in den nächsten Jahren hier unbedingt einen weiteren Schwerpunkt setzen. Das heißt, wir müssen mehr tun, um im Ausland, aber auch im Inland für Tourismus im Land Baden-Württemberg zu werben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Ministers Dr. Döring)

Zweiter Punkt: Förderung der wirtschaftsnahen Forschungsinstitute. Auch hier sollen zusätzlich 1 Million € in die strukturelle Förderung dieser Forschungsinstitute fließen. Sie sind ein wichtiger Partner für die Wirtschaft, vor allem für die kleineren und mittleren Unternehmen, und sind für den Dialog und den Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft wichtig. Wenn man das Wort Innovation, das ja so ein Modewort geworden ist, ernst nimmt, dann muss man eine Stärkung im Bereich der Forschungsinfrastruktur insbesondere als Bindeglied zwischen Forschung und rascher Produktentwicklung sicherlich vorantreiben. Deshalb begrüßen wir es, wenn die institutionelle Förderung dieser Forschungsinstitute abgesichert wird.

Auch im Bereich der Außenwirtschaftsförderung stimmen wir überein: In einem Land mit einer Exportquote von über 43 % – jeder dritte Arbeitsplatz in Baden-Württemberg ist mittelbar oder unmittelbar vom Export abhängig –, in einem Hochtechnologieland wie Baden-Württemberg müssen wir eine kompetente, eine zielgenaue Außenwirtschaftsförderung betreiben, die auf Wertschöpfungsmöglichkeiten aus Baden-Württemberg aufmerksam macht und die Handels- und Kooperationskontakte verstärkt und verbessert.

Deshalb wollen wir, obwohl Baden-Württemberg in diesem Punkt bislang schon Spitze ist, weiterhin einen Schwerpunkt setzen, um über die GWZ und andere Institutionen den Marktzutritt, die Kontaktfindung und die Kooperationsbörsen weiterhin für unsere baden-württembergische Wirtschaft zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, das Thema „Kompetenzzentren des Handwerks“ ist ein wichtiges Thema. Überbetriebliche Ausbildungsstätten müssen weiterentwickelt werden. Wir wollen dies über Mittel der Zukunftsoffensive tun und sind noch immer daran interessiert und hoffen, dass möglichst rasch mit den Verbänden und Kammern des baden-württembergischen Handwerks entsprechende Einigungen zustande gebracht werden, damit diese Mittel auch abgerufen werden können.

(Dr. Birk)

Darüber hinaus gibt es aber mittlerweile auch über den Bund ein entsprechendes Programm, das wir von Baden-Württemberg aus abgreifen wollen, und in diesem Zusammenhang sollen 2 Millionen € für diese Kompetenzzentren des Handwerks fließen. Wir halten dies für eine wichtige Aufgabe im Interesse der Innovationsfähigkeit kleinerer und mittlerer Betriebe insbesondere des Handwerks und des Mittelstands, auch um den Technologietransfer in diesen Branchen zu verbessern. Deshalb werden wir auch diesem zustimmen.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt nennen. Das ist die Städtebauförderung. Die Städtebauförderung wollen wir auch in diesem Jahr verstetigen. Dies hängt damit zusammen, dass in diesem Bereich erhebliche Investitionen ausgelöst werden. Im Haushaltsplan sind 130,3 Millionen € enthalten. Durch das Landessanierungsprogramm, durch das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ sowie das allgemeine Bund-Länder-Programm ermöglichen wir auch weiterhin, dass unsere Städte und Gemeinden in kommunale Infrastruktur investieren können.

Wir machen dies, um Kaufkraft in den Städten zu halten, um unsere Städte als Wohn- und Einkaufsstandorte attraktiv zu halten, aber auch für den Einzelhandel, für das Gewerbe wollen wir weiterhin Attraktivität in unseren Städten haben. Wir sind froh über diesen Impuls auch für die Bauwirtschaft in Baden-Württemberg, die sonst noch viel schlechter dastehen würde. Immerhin wird jeder Euro Fördermittel mit bis zu 8 € aus privaten Investitionsmitteln komplementiert. Insofern denken wir, dass diese Mittel gut angelegt sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen.

(Zuruf von der SPD: Gern!)

Frau Kollegin Netzhammer wird in der zweiten Runde noch auf einzelne Punkte eingehen.

Ich denke, wir stehen in diesem Jahr vor wichtigen Weichenstellungen im Bereich der Wirtschaftsförderung und der Wirtschaftspolitik des Landes. Wir wollen uns auf unsere wesentlichen Möglichkeiten und Kräfte konzentrieren, sie dort bündeln, wo wir das können, und bei einigen Instrumenten noch zielgenauer werden.

Deshalb denken wir, dass wir im kommenden Jahr auch mit weniger Mitteln einiges im Bereich der Wirtschaftsstruktur des Landes erreichen können. Wir müssen dies tun, denn unsere baden-württembergischen Unternehmen haben drei schwierige Jahre hinter sich. Wir können nur hoffen, dass das Jahr 2004 ein Jahr des Aufschwungs wird. Die Landespolitik kann zu diesem Aufschwung über entsprechende Regionalförderung, aber auch über Landesförderung einen wichtigen Beitrag leisten.

In diesem Sinne bitten wir Sie herzlich um Zustimmung zu dem Einzelplan 07 – Wirtschaftsministerium – und auch um Zustimmung zu unseren Anträgen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich auf einzelne Themen des Haushalts eingehe, möchte ich mich zunächst einmal mit der Rolle des Wirtschaftsministers beschäftigen. Da wir einen sehr quirligen Wirtschaftsminister haben, haben wir nach dem Prinzip des Zufallsgenerators ein paar Aktivitäten des letzten Jahres herausgezogen.

Es geht im Januar mit der Bekräftigung der Forderung nach vollständiger Privatisierung der Universitätskliniken los. Im Februar folgt die Forderung nach Nullverschuldung als Staatsziel für Baden-Württemberg. Im März kommt dann der Aufruf, in Kindergärten und Grundschulen für ein ausgewogenes Verhältnis von deutschen und ausländischen Kindern zu sorgen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist auch eine clevere Idee!)

Im März geht es mit der Forderung nach einer rigorosen Sanierung der gesetzlichen Rente und der Ankündigung eines Subventionsabbaugesetzes für Baden-Württemberg weiter, das beginnend im nächsten Jahr – also jetzt – bis 2011 alle Subventionen vollständig abbaut. Im Juli kommt eine interessante Sache dazwischen: die Einladung an den Kanzler, Urlaub in Baden-Württemberg zu machen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das hat der Drexler auch gemacht! Das ist doch in Ordnung! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das hat Zeller auch schon gemacht!)

Im November kommt er mit dem Vorschlag, den Stuttgarter Flughafen „Theodor-Heuss-Flughafen“ zu nennen. Im Dezember hat er dann die Abschaffung des Landeserziehungsgelds im Jahr 2004 angekündigt.

Das waren jetzt neun Forderungen nach dem Zufallsprinzip. Wenn man alle genommen hätte, käme man etwa auf 99,99 Luftballons!

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Das sind alles Forderungen, Ankündigungen und Projekte, die nur bedingt etwas mit dem Wirtschaftsministerium zu tun haben, und sie sind alle mehr oder weniger verpufft.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Jetzt könnte man ja sagen: Okay, er ist gleichzeitig Parteimensch. Hauptsache, dass wenigstens das Ministerium kräftig dasteht und die Arbeit im Ministerium gestärkt wird.

Jetzt schauen wir einmal auf das Ministerium und vergleichen, was sich getan hat, seit Herr Döring das Ministerium übernommen hat. Das beginnt gleich damit, dass im ersten Zug der Staatsminister Palmer den wichtigen Bereich der Medienwirtschaft in Baden-Württemberg zu sich ins Staatsministerium geholt hat. Dann gab es einen Weckruf von Menno Harms, der heute wieder Vorstandschef von Hewlett-Packard ist, in Sachen IT-Aktivitäten der Landesregierung. Der Wirtschaftsminister hat gesagt, das sei alles Quatsch. Er verstehe überhaupt nicht, dass da ein Weckruf

(Schmiedel)

komme. Herr Palmer hat gesagt: Wir tun etwas. Und flopp war der ganze Informations- und Kommunikationsbereich ins Staatsministerium gewandert.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wegen Herrn Palmer!)

In der Zwischenzeit gibt es auch einen Staatsrat, von dem wir gelesen haben, dass er in der CDU gern der Apfelstaatsrat genannt wird. Er hat sich inzwischen des Bereichs der Biotechnologie bemächtigt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Was haben Sie gegen Äpfel?)

Dann kommt, was Sie gerade angekündigt haben: Die Regierung hat beschlossen, den Denkmalschutz, das Baurecht und den gesamten Bereich der Wohnbauförderung vom Wirtschaftsministerium ins Innenministerium zu verlagern.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Da war es ja auch einmal!)

Jetzt wird es ganz interessant, denn diesen Vorgang hat das Staatsministerium selbst kommentiert. Da heißt es also in der amtlichen Mitteilung des Staatsministeriums zu dieser Kompetenzverlagerung eines wirklich bedeutsamen Bereichs der Wirtschaftsförderung in Baden-Württemberg:

Durch die Fokussierung wird die Schlagkraft des Wirtschaftsressorts erhöht.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Übersetzt heißt das: Durch die Abschmelzung und Verringerung der Aufgaben im Wirtschaftsministerium kann man sich jetzt stärker um Dinge kümmern, um die man sich kümmern sollte.

Das wirft nun verschiedene Fragen auf, zunächst einmal die Frage: Weiß man überhaupt, dass es im Wirtschaftsministerium neben dem Wirtschaftsminister auch noch einen Staatssekretär gibt?

(Zuruf von der CDU: Guter Mann! – Abg. Pfister FDP/DVP: Was will uns der Dichter damit sagen?)

Bei all den Aufgaben, die in der Zwischenzeit aus dem Wirtschaftsministerium abgewandert sind – ins Staatsministerium und, wie jetzt noch beabsichtigt ist, ins Innenministerium –: Herr Mehrländer, was machen Sie eigentlich den ganzen Tag?

(Heiterkeit des Staatssekretärs Dr. Mehrländer – Zuruf von der CDU: Er ist fleißig und anständig! – Weitere Zurufe)

– Fleißig und anständig, natürlich. Aber mit dem ganzen Apparat, den er hat, ist er ein teurer Grüß-Gott-Onkel für das Land. Aufgaben gibt es zu erledigen!

(Abg. Dr. Birk CDU: Er ist immer fürs Land unterwegs! – Abg. Mack CDU: Er hält vor allen Dingen nicht so dumme Reden! – Abg. Pfister FDP/DVP: Wenn sie jemand beleidigen wollen, dann kündigen Sie das an! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Das ist schön, jetzt sind Sie alle aufgewacht. Jetzt kommen wir mal zur Sache.

„Fokussierung der Schlagkraft“: Dann schauen wir doch einmal, was in der Zwischenzeit mit den anderen Bereichen, die noch im Wirtschaftsministerium verblieben sind, geschehen ist.

Sie haben es angesprochen, Herr Dr. Birk: Ein ganz wichtiges Projekt für die Landesregierung und die Koalition ist die Neuordnung der Wirtschaftsförderung im Land. Dieses Ziel können wir in der Koalitionsvereinbarung lesen. Dann erleben wir das ganze letzte Jahr über: Anträge von der CDU eingebracht – noch nicht behandlungsfähig, man ist noch nicht so weit; der Minister macht eine Kabinettsvorlage – wird wieder zurückgezogen, ist noch nicht entscheidungsreif.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wir sind auf einem guten Weg! – Gegenruf der Abg. Carla Bregenzer SPD: Einem langen Weg!)

Dann wird endlich gesagt: Es gibt jetzt Schwerpunkte. Man will Ansprechpartner sein für Personen von innen – Haus der Wirtschaft – und von außen – GWZ. Da denkt man: „Na gut, das ist noch nicht das Richtige, aber Schritte in die richtige Richtung. Wann passiert denn etwas, wann wird umgesetzt?“ Man wird ungeduldig und stellt einen Antrag. Dann bekommt man am 27. Januar 2004 die Antwort:

Die Entscheidung über die Neuordnung und Neustrukturierung des Landesgewerbeamts ist noch offen und bleibt einer künftigen Kabinettsentscheidung vorbehalten.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Damit sind wir wieder beim Stand der Koalitionsvereinbarung.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wir machen halt überlegte Politik und kündigen nicht nur an und setzen dann nicht um! – Abg. Dr. Birk CDU: Keine Schnellschüsse!)

Ich frage mich, warum man nicht wenigstens im Kernbereich der Aufgaben des Wirtschaftsministeriums endlich die Schlagkraft erhöhen und zu Entscheidungen kommen kann.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und des Abg. Drexler SPD)

Ich komme zu einem ganz wichtigen Bereich: Baden-Württemberg als Energiewirtschaftsstandort. Wir haben darüber schon Debatten geführt und darauf hingewiesen, dass sich die Grundlagen geändert haben, dass der Schwerpunkt der Stromproduktion in Baden-Württemberg nicht zukunftsfähig ist und dass man neue

(Abg. Drautz FDP/DVP: Atomkraftwerke baut?)

Kraftwerkskapazitäten schaffen muss. Wir hören seit eh und je die alte Leier: „Wir verlängern die Laufzeit;

(Abg. Dr. Birk CDU: Aber nicht Ihre, Herr Kollege!)

wir drücken und tun, weil wir wissen, dass Obrigheim und Philippsburg abgeschaltet werden.“ Nichts passiert, kein Konzept.

(Schmiedel)

Gestern sagt der Fraktionsvorsitzende der CDU zu unserer Überraschung: „Obrigheim wird abgeschaltet, Philippsburg wird abgeschaltet. Wir brauchen neue Kraftwerkskapazitäten, Gas, Kohle. Wir brauchen regenerative Energien.“ Die CDU-Fraktion, so kündigt er an, werde im Laufe dieses Jahres ein Konzept vorlegen.

(Abg. Pfisterer CDU: Wir gehen es wenigstens an!
Ihr macht ja nichts! Ihr schaltet nur ab! – Zurufe
von der SPD)

Ich frage mich, Herr Minister: Was machen Sie? Sie haben die Gutachten im Haus; Sie haben die Fachleute im Haus. Warum kommt kein Konzept des Wirtschaftsministeriums zur Stärkung des Energiewirtschaftsstandorts Baden-Württemberg und zur Zukunftsfähigkeit der Energieversorgung in Baden-Württemberg?

(Beifall bei der SPD)

Ein ganz trauriges Kapitel ist das Thema Wohnbauförderung.

(Abg. Drexler SPD zu den Regierungsfractionen:
Da macht ihr gar nichts!)

Es ist völlig jenseits von gut und böse, was wir hier erleben. Der Verweis auf den Bund trägt überhaupt nicht. Das ist eine Landesaufgabe. Das können wir in Bayern und in Nordrhein-Westfalen sehen, in Ländern, die sich eben nicht nur darauf konzentrieren, die Bundesförderung komplementär zu finanzieren.

(Abg. Dr. Birk CDU: Da wurde massiv gestrichen!)

Darauf wird Herr Kollege Gaßmann in der nächsten Runde eingehen.

Ich weiß schon, was Sie antworten werden, Herr Minister. Sie kommen wieder mit der alten Leier, bringen Statistiken und Bundesvergleiche und fragen: Stehen wir nicht blendend da? Haben wir nicht Großartiges geleistet? Sind wir nicht Spitze hier, und sind wir nicht Spitze dort?

Darauf antworten wir: Natürlich, Baden-Württemberg ist ein wirtschaftsstarkes Land. Die Wirtschaftsstruktur, die in Jahrzehnten hier gewachsen ist, die verantwortliche Tätigkeit von wichtigen Unternehmensführern, die nicht an kurzfristigen Renditen interessiert waren, sondern an der nachhaltigen Entwicklung ihrer Unternehmen, die gute Qualifikation der Facharbeiter und Ingenieure und die verantwortungsvolle Arbeit der Gewerkschaften haben dazu beigetragen. Die Forschungslandschaft in Baden-Württemberg ist über Jahrzehnte gewachsen und hat die Stärke bekommen, die sie heute hat.

Das ist natürlich alles richtig. Aber ist das ein Grund, nichts zu tun? Darf man das? Muss man nicht gerade vor diesem Hintergrund der Stärke diese Stärke weiterentwickeln und Vorsorge treffen für die Zukunft, damit man auch künftig an der Spitze ist?

Wir haben Vorschläge, konkrete Vorschläge, und wir würden uns wünschen, dass Sie darauf eingehen, und zwar rechtzeitig darauf eingehen. Sie haben jetzt angedeutet, im Bereich der Finanzierung der Wohnbauförderung etwas tun

zu wollen. Es ist das x-te Mal, dass wir damit kommen, aber jetzt wollen Sie wenigstens einmal ernsthaft darüber nachdenken.

Wir haben Vorschläge unterbreitet für eine Wirtschaftsförderung aus einem Guss. Wir haben vorgeschlagen, die Kräfte, die wir in diesem Bereich haben, zu bündeln, um die Schlagkraft zu erhöhen und wichtige Themen voranzubringen. Wir haben Konzeptionen vorgeschlagen, um den Hochtechnologiestandort zu sichern. Es geht uns um die Qualifizierung von Arbeit. Wir haben vorgeschlagen, mit Mitteln des ESF ein Qualifizierungsprogramm aufzulegen.

Wir haben vorgeschlagen, vor allem dem Handwerk bei der Finanzierung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten als aktiver Partner gegenüberzutreten. Sie alle haben noch einmal ein Schreiben bekommen, in dem wir dringend darum gebeten werden, das Notwendige zu tun. Wir wissen, dass gerade im Handwerk die Ausbildungsbereitschaft zurückgeht. Es geht also darum, als aktiver Partner aufzutreten. Wir müssen etwas tun.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Gegenrufe der
Abg. Dr. Birk und Veronika Netzhammer CDU)

Wir würden uns wünschen, dass sich auch der Wirtschaftsminister in die Bildungsdebatte einschaltet, denn Bildung ist die Voraussetzung für qualifizierte Arbeitskräfte von morgen. Wir haben von Ihnen noch nichts gehört zum Vorschlag des Handwerks für eine Bildungsreform in Baden-Württemberg. Wir müssen Mittelstand und Handwerk stärken. Wir müssen die L-Bank stärker positionieren, damit sie die Sparkassen und die Volksbanken stärker unterstützt. Wir müssen Betriebsübergaben stärker unterstützen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist ja ein ganzes Vergangenheitsprogramm!)

Wir müssen das Dienstleistungsprofil des Landes stärken, Herr Minister, den Messestandort, das Messeland Baden-Württemberg voranbringen.

(Zurufe von der CDU und der SPD)

Wir müssen mit alternativen Energien neue Arbeitsplätze schaffen, und wir müssen mehr tun, um aus dem großen Potenzial der Grundlagenforschung in diesem Land mehr in die Anwendung zu bekommen und Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu sichern.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Deshalb haben wir noch einmal den Antrag gestellt, die wichtigen Demonstrationsprojekte im Bereich der Energieversorgung weiter zu fördern.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr nervös!)

Herr Minister, gestern gab es einen Neujahrsempfang bei der IHK in Ludwigsburg. Dort hat Herr Wiedeking die Festrede gehalten, und dabei hat er etwas an die Adresse der Unternehmer im Land gesagt. Ich glaube, man kann das auch an die Adresse der Regierung insgesamt, aber auch an die Adresse des Wirtschaftsministers richten. Herr Wiedeking sagte, die Kritik am Standort Deutschland, mit der viele Unternehmen die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins

(Schmiedel)

Ausland begründen, werde nicht selten als Vorwand benutzt, um von eigenen Managementfehlern abzulenken.

Ich möchte Sie wirklich dringend bitten, die alte Leier, den Standort Deutschland schlechtzureden, aufzugeben,

(Zuruf von der CDU: Das machen doch Sie!)

sich Ihren Aufgaben zu stellen, diese tatkräftig zu erfüllen und nicht länger von Versäumnissen und Fehlern abzulenken.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

(Abg. Dr. Birk CDU: Es wird immer besser! –
Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt kommt endlich einmal eine gescheite Rede!)

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schmiedel hat sich verwundert darüber gezeigt, dass Herr Dr. Döring sich über wirtschaftspolitische Themen hinaus auch zu anderen Themen äußert. Ich denke, als Landesvorsitzender der FDP/DVP und als stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP

(Abg. Dr. Birk CDU: Und stellvertretender Ministerpräsident!)

wird er sich wohl auch nicht nur auf Wirtschaftsthemen beschränken können. Lieber Herr Schmiedel, da geht seine Bandbreite über die Ihrige als wirtschaftspolitischer Sprecher

(Abg. Pfister FDP/DVP: Weit hinaus!)

und auch über meine eigene Bandbreite als wirtschaftspolitischer Sprecher hinaus. Ich bin allerdings – das muss ich sagen – sehr froh, dass bei dieser wirren, polemischen Rede Ihre Bandbreite nicht noch weiter ging.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Ministers Dr. Döring – Abg. Capezzuto SPD: Können Sie das wiederholen? Das hat keiner verstanden!)

Ich möchte auf den Haushalt zu sprechen kommen, der mir in Ihrer Rede ein bisschen zu kurz kam. Dass wir versuchen müssen, mit der Neuverschuldung die verfassungsmäßige Grenze einzuhalten, wissen wir, und dass das ein ehrgeiziges Ziel ist, wissen wir auch. Es ist eigentlich bemerkenswert, dass in der Bundesrepublik die Einhaltung der Verfassungsmäßigkeit schon als ehrgeiziges Ziel formuliert werden muss.

Auf dem Etat des Wirtschaftsministeriums hat eine Einsparauflage von 66,4 Millionen € gelastet. Man hat einschließlich der Mehranforderungen eine Nettoeinsparung von 35 Millionen € erzielt. Das hat man in erster Linie durch Subventionskürzungen erreicht. Genau das, was der Minister von anderen und vom Bund fordert, hat er im eigenen Wirtschaftsministerium gemacht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Im Übrigen bin ich als wirtschaftspolitischer Sprecher, ebenso wie wahrscheinlich auch Sie, recht froh, dass die Landesregierung davon abgesehen hat, die volle Einsparung zu verlangen. Das ist eigentlich auch ein Erfolg des Wirtschaftsministers.

Dennoch zwingt diese Haushaltssituation, Prioritäten zu setzen. Das ist eigentlich etwas sehr Leichtes. Denn den Leuten zu sagen, wo es langgeht, was wichtig ist und was noch wichtiger ist, ist ja eigentlich etwas sehr Schönes.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das beherrscht man gern!)

Das tut man auch sehr gerne. Viel schwieriger ist es, das Gegenteil zu formulieren, nämlich die so genannten Posterioritäten,

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Was heißt denn das?)

also das, was durch den Rost fällt und was nicht mehr geht. Leider – das sage ich gleich zu Beginn – ist das eine ganze Menge. Da ist zum einen das C1-Programm; da ist das Aussetzen der Energieförderung nun auch bei Demonstrationsvorhaben. Da ist zum anderen die Reduzierung der Entwicklungszusammenarbeit auf ein Minimalniveau, da ist die Einstellung der Förderung von Gewerbe- und Industrieerschließungen – wenn man einmal von Mannheim absieht.

So bedauerlich das ist – und jetzt kommt die Kehrseite; denn es gibt nichts ohne Kehrseite, man kann das Wasser nicht auf allen Schultern tragen –, so erfreulich ist, dass an dieser konkreten Prioritätensetzung die eigentlichen und wichtigsten Bereiche der Wirtschaftspolitik in ihrer Substanz erhalten, ja sogar leicht ausgebaut werden konnten. Das ist Wirtschaftsstrukturpolitik, die Sie ja immer fordern.

(Beifall des Ministers Dr. Döring)

Und die macht der Minister.

Noch eine Vorbemerkung, weil Sie das auch angesprochen haben: Die anstehenden Organisationsveränderungen und Zuständigkeitsverlagerungen im Bereich des Wirtschaftsministeriums dienen genau dieser Prioritäten- und Schwerpunktsetzung. Die Zuständigkeit für die LBO kommt zum Innenministerium, der Denkmalschutz auch, ebenso die Wohnraumförderung. Ich kann nur sagen: Hier wächst wieder zusammen, was schon einmal zusammengehörte. Ich habe meine berufliche Laufbahn beim Innenministerium in der Baurechtsabteilung begonnen

(Abg. Mack CDU: Und das hat nichts geschadet!)

und habe mich da sehr wohl gefühlt. Der kurze Ausflug – so kurz war er gar nicht –, weil man damals in der großen Koalition Herrn Minister Spöri ein einigermaßen gleichwertiges Wirtschaftsministerium zimmern musste, hat übrigens dem Denkmalschutz und auch der LBO hinsichtlich der wirtschaftlichen Überlegungen nicht geschadet. Aber eine Bündelung zum jetzigen Zeitpunkt ist gut.

Und wenn wir – sehen Sie einmal den Zusammenhang; da sind wir uns nicht immer einig – sagen, dass wir bei der Verwaltungsreform nicht nur ein Kurieren auf den unteren

(Hofer)

Ebenen, sondern auch Veränderungen bei den Häuptlingen wollen, dann muss man da einmal mit einer Bündelung vorgehen, auch bei den Häuptlingen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das ist lobenswert. Ich freue mich, dass Sie da mitklatzen. Nur wenn wir das tun, wenn wir die Zuständigkeiten bündeln, werden wir vielleicht – wenn auch noch nicht in dieser Legislaturperiode – ganz normal als „Abfallprodukt“ auch eine Verringerung der Zahl der Ministerien bekommen.

(Abg. Knapp SPD: Ich wollte gerade sagen: Bisher ist es ein Umverteilen, kein Bündeln!)

Im Übrigen gehört die Städtebauförderung – weil Sie das ansprechen – natürlich weiter zum Wirtschaftsministerium, und zwar nicht nur, weil man da über Land reisen kann und sagen kann: „Da haben wir etwas gemacht“, sondern weil das die Strukturförderung, die Projektauswahl betrifft, die hier im Gegensatz zur Wohnraumförderung stattfindet. Hierzu gibt es ja auch einen Entschließungsantrag, den wir von der Fraktion der FDP/DVP zusammen mit unserem Koalitionspartner eingebracht haben, der in erster Linie zum Ziel hat, die Förderkriterien für die energetische Sanierung von Gebäuden weiterzuentwickeln. Dies gilt übrigens auch für das Parallelprogramm des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum. Auch hier sieht man: Das ist an sich eine Doppelstruktur. Die Programme gehören ganz eindeutig zusammen. Ich kenne nämlich Kommunen, die sich aus beiden Programmen bedienen. Das kann auf Dauer nicht so bleiben.

Das sind die Ansätze. Die haben Sie in Ihrer polemischen Wut einfach nicht verstanden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Was? – Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! – Abg. Knapp SPD: Das nennt sich Umverteilung! 6. Januar Dreikönigsrede, 9. Januar weg! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Die Kehrseite einer solchen Schwerpunktsetzung ist natürlich die Fokussierung auf die Kernbereiche. Dazu haben Sie, Herr Birk, alles gesagt. Ich kann mich kurz fassen und mir noch etwas für die zweite Runde vorbehalten.

Zunächst zu dieser 1 Million € für die Forschungseinrichtungen, die institutionelle Förderung: Natürlich hat die Wirtschaft in vermehrtem Maß Ergänzungen zu Drittmitteln eingefordert. Natürlich hat man hier eine Zweidrittelfinanzierung über die Wirtschaft. Aber diese Positionen sind jahrelang eingefroren worden. Wenn wir jetzt nicht etwas dazugeben, dann riskieren wir, dass einige Institute einfach nicht überleben können. Forschung und Entwicklung sowie Bildung sind die Ressourcen, die dieses Land in der Zukunft haben wird, und nichts anderes.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Daran zu sparen ist der größte Blödsinn, den es überhaupt gibt.

Sie von den Grünen wollen das um die Hälfte reduzieren. À la bonne heure!

(Abg. Capezzuto SPD: Wie bitte?)

– Wir können alles, außer Hochdeutsch. Wir können auch Französisch. – Also: À la bonne heure!

(Abg. Capezzuto SPD: Schon wieder! Ist das etwas Unanständiges? Ist das ein Schimpfwort? – Gegenruf des Abg. Dr. Birk CDU: Das versteht der Italiener nicht! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das war eine Liebeserklärung!)

Es ist gar kein Fehler, dass Sie das einmal angehen. Aber eines muss ich sagen: Sie können hier nicht um die Hälfte kürzen wollen, aber draußen Besichtigungsreisen machen und jedes Institut über den Schellenkönig loben. Dann müssen Sie schon sagen, welches Sie schließen wollen. Wir wollen das nicht.

Nächster Punkt: Kernaufgabe Außenwirtschaft. Natürlich sind Gruppenbeteiligungen bei Messen im Ausland eminent wichtig. Das hat man im letzten Jahr leider einstellen müssen. Wir wollen das mit 500 000 € wieder ermöglichen.

Es ist auch notwendig, dass wir über den Bankbeitrag 1 Million € mehr ausgeben, um die Entwicklung der Markterschließung in Asien, in Osteuropa, im Nahen und Mittleren Osten und, und, und anzustreben. Das müssen wir doch machen; denn jeder dritte Euro in diesem Land Baden-Württemberg wird über Auslandsgeschäfte verdient. Da hängen die Arbeitsplätze und unsere Wirtschaftsentwicklung dran, an nichts anderem.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Deshalb wollen wir auch keine Kürzung, wenn es um Unternehmensansiedlungen geht. Das ist zwar eine kleine Position, aber immerhin: Die GWZ hat in den letzten fünf Jahren 94 Unternehmen mit immerhin 4 000 Arbeitsplätzen angesiedelt. Das ist kein Kruscht.

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist ihre Aufgabe!)

Letzter Punkt: Kernbereich Mittelstandspolitik. Mittelstand und Handwerk, Existenzgründungsinitiative, Unternehmensnachfolge, Dienstleistungsoffensive, Chancengleichheit für Frauen und Männer sowie berufliche Bildung sind auch weiterhin die Schwerpunkte dieser Wirtschaftspolitik und in diesem Haushalt. Der Fonds für überbetriebliche Mittelstandsförderung, eine Forderung der Mittelstandsenquete, kann in seiner Größenordnung erhalten bleiben. Die Förderung der beruflichen Bildung wird voll erhalten. Die Lehrgänge können erhalten bleiben. Das ist ganz wichtig. Darauf legt das Handwerk Wert.

Ich weiß natürlich, dass die 15 Millionen € in der Zukunftsoffensive III für gemeinnützige Zwecke zu verwenden sind und ihr Einsatz bei den Bildungszentren Schwierigkeiten bereitet. Gerade deshalb hat man 2 Millionen € für die Kompetenzzentren bereitgestellt, die natürlich nicht gemeinnützig sind, die man extra fördern muss. Wenn Sie den Brief vom Handwerkstag lesen, sehen Sie: Das wird anerkannt. Das ist zwar die Untergrenze, aber immerhin. Was

(Hofer)

wollen Sie denn bei den heute verfügbaren Mitteln noch mehr als die Untergrenze und ein Dankeschön für eine Untergrenze erwarten?

Schließlich werden die Kontaktstellen „Frau und Beruf“ wie bisher gefördert. Da wird man nicht einschneiden. Ich freue mich, dass es gelingt, 1 Million € zusätzlich über die Landesstiftung einzuspeisen.

Zum Thema Dienstleistung, Wachstum, Beschäftigungsmotor: Die Produktion bestimmt natürlich unser Land. Aber da wird rationalisiert. Wir brauchen auch Dienstleistung. Deshalb brauchen wir die neue Messe.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Ich schließe mich dem an. 2006 oder 2007 wollen wir diese Messe im Interesse unseres Landes eröffnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Restfinanzierungen für die Regionalmessen müssen sein. Pacta sunt servanda – Verträge sind einzuhalten. Aber dann, meine ich, muss auch Schluss sein.

Wir wollen eine halbe Million Euro zusätzlich für Marketingmaßnahmen im Tourismusbereich. Dort werden ja auch Dienstleistungen erbracht. Wir wollen die zusätzlichen Mittel deshalb, weil es notwendig ist, gerade für kleinere lokale und regionale Messen auch eine zusätzliche kleine, gezielte Förderung leisten zu können. Das ist übrigens sehr bürger-nah. Wirtschaftspolitik kann auch bürgernah sein. Das ist sie an dieser Stelle.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Letzter Punkt: Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung: Gestern hat es der Ministerpräsident gesagt: Nicht nur von Bertelsmann, sondern auch von Cap Gemini Ernst & Young und Roland Berger gibt es die Bestnote 1 für das Land Baden-Württemberg, was Wirtschaftspolitik anbelangt.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Ute Vogt sagt: „Das Land hat versagt.“ Nun will ich hier nicht groß über den Fachverstand der Beteiligten diskutieren.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Aber ich stelle zunächst einmal fest, dass die renommierten Prüfungsgesellschaften weniger Grund haben, das Land schönzureden, als die Opposition, es schlecht zu machen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist wahr!)

Ich frage mich auch, warum Sie Roland Berger nicht glauben, nachdem Sie ihm ja auf Bundesebene in inflationärer Weise ständig Aufträge erteilen.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Deshalb sage ich an dieser Stelle nur: Die Spitzenposition unseres Landes beruht in erster Linie sicherlich nicht nur auf seiner guten Wirtschaftspolitik, aber sie wurde sicher-

lich mithilfe dieser Politik erzielt. Die wollen und die werden wir fortsetzen.

Wenn Sie in Berlin uns da bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen helfen wollen – mir würde da vieles einfallen; die Zeit reicht nicht dafür, dies alles darzustellen –, dann sind Sie herzlich eingeladen. Machen Sie unser Land und den Wirtschaftsminister nicht schlecht – so, wie Sie es getan haben –, sondern helfen Sie mit,

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

soweit Sie dies mit Ihrem oppositionellen Gebaren vereinbaren können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen, meine Herren! Der von der Landesregierung vorgelegte Haushaltsplan zeigt eine dramatische Situation der Finanzen des Landes auf. Wir werden in diesem Jahr voraussichtlich 2 Milliarden € Schulden machen müssen, und dies bei einem Gesamtvolumen des Haushalts von 30 Milliarden €. Jeder, der nur etwas rechnen kann, weiß, dass dies zu Problemen führen wird und auf Dauer deutliche Einschnitte erfordern wird. Andernfalls droht die Gefahr, dass die Schulden sowie die Zinsaufwendungen jeglichen politischen Spielraum erdrücken.

Daher kommen wir um Einschnitte nicht herum. Herr Schmiedel, so wünschenswert vieles ist, was Sie hier genannt haben: Wenn wir uns die Frage stellen, was wir finanzieren können, werden wir manches nicht realisieren können, was wir für sinnvoll halten.

(Beifall des Abg. Dr. Birk CDU – Abg. Schmiedel SPD: Alles ist finanzierbar!)

– Nein, Herr Schmiedel. – Unsere Antwort auf diese Frage ist: Das Land muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und andere Aufgaben zurückgeben:

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Birk CDU: So ist es!)

an die Gesellschaft oder im Bereich des Wirtschaftsministeriums an die Wirtschaft.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Wir Grünen haben in zahlreichen Anträgen versucht, Beispiele zu benennen und deutlich zu machen, was möglich ist. Wir sind dabei nicht auf Zustimmung der Koalition gestoßen. Aber ich möchte trotzdem einige Beispiele vortragen.

Erstes Beispiel: Die Förderung von Messen ist nach unserer Ansicht keine Kernaufgabe des Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Dr. Witzel)

Wir fordern daher, die Unterstützung des Landes dafür einzustellen.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Derzeit haben wir doch folgende Situation, Frau Netzhammer: Weil der Staat meint, er müsse Messen fördern, sind wir bundesweit in einen Subventionswettbewerb geraten, der für die öffentliche Hand nur ruinös enden kann. Das Volumen der überregionalen Messen ist seit einigen Jahren konstant. Die Messeflächen sind aber deutlich gestiegen – seit 1998 um über 10 %. Das führt dann zu Subventionskriegen um bestehende Veranstaltungen. Das beste Beispiel dafür ist die Messe Popkomm, die von Köln nach Berlin umzieht. Die Ursache dafür sind jedoch nicht Standortfragen, sondern ist das Geld des Steuerzahlers, das Geld, das das Land Berlin dieser Messe zahlt, damit sie nach Berlin kommt.

Das zeigt doch: Der Staat soll nur das machen, wofür er im Kern zuständig ist. Bei allem anderen neigt er zu wenig effizienten Entscheidungen, die am Ende den Steuerzahler unnötiges Geld kosten und die auch im ökologischen Sinn zur Verschwendung von Ressourcen führen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Deshalb soll das Land auf Subventionen für die Messe Stuttgart verzichten. Wenn die Wirtschaft wirklich sagt: „Wir brauchen die Messe“, dann soll die Wirtschaft die Messe auch finanzieren. Dem Land würde das dann 24,8 Millionen € sparen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Neben der Messe Stuttgart geht es auch um das Thema Regionalmessen. Herr Birk hat es angesprochen. Ich gestehe zu: Ich habe mich an dieser Stelle auch hingestellt und gesagt: Regionalmessen sind eine wichtige Sache; wir brauchen sie als Schaufenster für die Regionen des Landes. Aber angesichts der prekären Haushaltslage, in der wir derzeit sind, haben wir Grünen auch diesen Posten noch einmal auf den Prüfstand gestellt. Wir haben dann gefragt, ob es Zusagen oder Verpflichtungen des Wirtschaftsministeriums gibt, dieses Geld zu zahlen. Die Antwort, die darauf Ende letzten Jahres aus dem Wirtschaftsministerium kam, lautete klar und eindeutig: Es gibt noch keine definitiven Verpflichtungen. Daraufhin kam unsere Fraktion zu dem Schluss, zu sagen: Angesichts der derzeitigen Haushaltssituation müssen wir die Förderung der Regionalmessen einstellen.

Der Wirtschaftsminister hat zudem gesagt, es gebe drei Runden zur Regionalmesseförderung und danach sei sowieso Schluss. Wir sagen: Wir holen diesen Schluss, den der Wirtschaftsminister sowieso feststellt, eine Runde vor und sagen: Es tut uns Leid, auch die Regionen müssen ihren Beitrag zu den notwendigen Einsparungen leisten. Das bringt uns über die Jahre 11,2 Millionen € Einsparungen bei den Regionalmessen.

Ich darf wiederholen: Der Bau von Messen ist keine Kernaufgabe des Landes. Deshalb haben wir beantragt, dass sich das Land aus diesem Geschäft zurückzieht.

(Beifall bei den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Birk?

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Bitte.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Dr. Birk.

Abg. Dr. Birk CDU: Herr Kollege Witzel, stimmen Sie mir zu, dass es aber doch einen Wortbruch seitens des Landes bedeutete, wenn wir jetzt auf die Kommunen, die seinerzeit ihre Planung und auch ihre Anträge beim Land eingereicht haben, um an diese Mittel zu kommen,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Es gibt viele Wortbrüche des Landes! – Abg. Schmiedel SPD: Freiburg!)

zukämen und die Anträge nicht mehr bewilligen würden?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das macht ihr überall!)

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Birk, es ist natürlich so: Wir haben die Kommunen gebeten, Anträge vorzulegen, und wir haben gesagt, die würden dann geprüft. Aber die Auskunft aus dem Wirtschaftsministerium war klar und eindeutig: Es gibt noch keine verpflichtenden Zusagen. In dieser Situation, in der die Haushaltslage dramatisch ist, wird man wirklich prüfen müssen, ob es Verträge gibt, die wir einhalten müssen, oder ob es lediglich Andeutungen oder Ähnliches waren. Wir sehen, dass Letzteres zutrifft, und deshalb haben wir uns zu diesem Schritt entschlossen. Das fiel auch uns nicht leicht, Herr Birk, aber in dieser Situation müssen wir irgendwo einmal zu Einschnitten bereit sein. Deshalb sind wir zu dieser Entscheidung gekommen.

Meine Damen und Herren, es gibt im Bereich des Wirtschaftsministeriums auch andere Beispiele, wo sich der Staat zurückziehen und etwas an die Wirtschaft zurückgeben muss. Ich nenne dafür nur noch ein kleines Beispiel, das wir auch in Haushaltsanträgen behandelt haben. Das ist der Dienstleisterwettbewerb. Dafür will der Wirtschaftsminister 150 000 € ausgeben. Das ermöglicht dann zwar zwei schöne Pressetermine, bei denen der Minister glänzen kann, aber, meine Damen und Herren, wir müssen uns doch wirklich fragen, ob eine solche Preisverleihung irgendeinen messbaren Einfluss auf die Modernisierung der Wirtschaftsstruktur dieses Landes hat. Wir jedenfalls wollen diese 150 000 € einsparen. Wenn die Wirtschaft einen solchen Wettbewerb für wichtig befindet, dann kann und soll sie ihn auch selbst finanzieren.

Neben diesem ersten Ziel, dem Rückzug des Staats auf Kernaufgaben, wird es auch darauf ankommen, die verbleibenden Aufgaben effizient zu erledigen. Auch in dieser Hinsicht gibt es im Bereich des Wirtschaftsministeriums einiges zu tun. Ich möchte auch das an zwei Beispielen erläutern.

Da ist zum Ersten die Wirtschaftsförderung. Sie ist schon verschiedentlich angesprochen worden. Es gibt hier im Land ineffiziente Doppelstrukturen. Es gibt das Landesgewerbeamt, die GWZ, das Tourismus-Marketing, die Steinbeis-Stiftung und die L-Bank. Deren Aufgaben überschnei-

(Dr. Witzel)

den sich vielfältig. Da wird Doppelarbeit gemacht, und wir Grünen haben dies schon in der Mittelstandsenquetekommission moniert und gefordert, eine übersichtliche und schlanke Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Form einer GmbH zu gründen, damit Existenzgründer und Mittelständler nicht mehr von Pontius zu Pilatus hetzen müssen, sondern dort eine klare Anlaufstelle für Anliegen vorfinden.

Von Ihrer Seite wird jetzt angekündigt, das sei in Arbeit und solle kommen. Es werde alles besser gebündelt, wie Herr Birk sagte. Aber, Herr Birk, wenn Sie es im laufenden Jahr besser bündeln wollen, muss sich das auch irgendwie im Haushalt niederschlagen. Wir haben daher Haushaltsanträge vorgelegt, die Mittel für das Landesgewerbeamt zu kürzen, damit vom Haushalt her ein Zwang entsteht, dass diese Bündelung tatsächlich in diesem Jahr erfolgt. Sie haben das abgelehnt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Wir haben doch globale Minderausgaben!)

Ich komme zum zweiten Beispiel, zum Landesbetrieb Vermessung. Der Zuschuss für den Landesbetrieb Vermessung beträgt laut Haushaltsentwurf 84 Millionen €. Meine Damen und Herren, wir meinen, dass man hier viel sparen kann; denn zum Beispiel gibt es viele Überschneidungen zwischen der Verwaltung für Flurneuordnung und Landentwicklung sowie der Vermessungsverwaltung, und zudem sind die großen Aufgaben der Flurneuordnung aus den vergangenen Jahren bereits bewältigt. Das heißt, man könnte diese beiden Institutionen fusionieren und damit Effizienzgewinne erzielen. Leider ist es so, dass dies zwar vom MLR und vom Wirtschaftsministerium geprüft wurde, die Prüfung aber zu keinem Ergebnis geführt hat. Jetzt will der Ministerpräsident im Rahmen der Verwaltungsreform die guten Ansätze, die es hier gibt – bei der Vermessungsverwaltung wurde ja die kameralistische Buchführung schon abgeschafft, dort ist die Einführung der kaufmännischen Buchführung ja schon erfolgt; die Vermessungsverwaltung soll jetzt in die Landratsämter eingegliedert werden und damit zur Kameralistik zurückkehren –, zerstören.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Der Landesbetrieb Vermessung wird zerschlagen, und die Chance für eine höhere Effizienz ist damit vertan.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Fischer SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen einige von unseren Vorschlägen vorgestellt, wie das Land durch mehr Effizienz und durch Beschränkung auf seine Kernaufgaben Geld einsparen könnte. Das bedeutet aber nicht, dass wir uns nur als Sparkommissare betätigen und nur kürzen wollten. Die Beschränkung auf Kernaufgaben macht es möglich, diese Kernaufgaben von Kürzungen auszunehmen und ihre Finanzierung zumindest perspektivisch auch zu erhöhen. Im aktuellen Haushalt haben wir uns aber angesichts der Dramatik der Haushaltslage dazu entschlossen, lediglich die Kürzungen der Landesregierung in diesen Bereichen abzulehnen. Ich will drei Beispiele nennen.

Das erste Beispiel sind die überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Bildung ist ohne Zweifel eine Kernaufgabe des Landes. Das Engagement des Landes darf sich aber nicht nur

auf das allgemeine Schulwesen beschränken. Auch die berufliche Ausbildung im dualen System gehört dazu. Angesichts der Spezialisierung vieler Betriebe kommt dabei den überbetrieblichen Ausbildungsstätten große Bedeutung zu. Obwohl die Landesregierung einen mittelfristigen Investitionsbedarf zur Modernisierung der Ausbildungsstätten von über 100 Millionen € konstatieren muss, hat sie die Mittel dafür gegenüber 2003 gekürzt. Das, meine Damen und Herren, lehnen wir ab. Wir fordern, diese Kürzung zurückzunehmen.

(Beifall bei den Grünen)

Ich komme zum zweiten Beispiel: Das sind die erneuerbaren Energien. Herr Schmiedel hat schon einiges zum Energiestandort Baden-Württemberg gesagt. Offiziell verfolgt die Landesregierung das Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010 gegenüber dem Niveau vom Jahr 2000 zu verdoppeln.

(Abg. Schmiedel SPD: Sie tut aber nichts dafür!)

In der Praxis tut sie aber genau das Gegenteil.

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es!)

Dort, wo Windkraftanlagen gebaut werden sollen, wo Leute bereit sind, Geld zu investieren, tut sie bei der Genehmigung alles, um das zu verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Döpfer CDU: Stimmt doch gar nicht! – Abg. Dr. Birk CDU: Schlechte Standorte!)

– Herr Döpfer, ich spreche da auch aus Erfahrung. Ich habe die Papiere alle auf dem Schreibtisch liegen gehabt.

(Abg. Döpfer CDU: Es werden viel mehr genehmigt als abgelehnt!)

Früher gab es auch einmal für die Solarenergie ein Breitenförderprogramm. Dieses wurde aber eingestellt. Jetzt wird ausgerechnet das Demonstrationsanlagenprogramm, also die Förderung von Pilotprojekten, eingestellt, obwohl sonst von Ihrer Seite immer die Forderung kam: „Wir wollen neue Technologien an den Markt bringen. Das ist unser Schwerpunkt.“ Jetzt kürzen Sie das Demonstrationsanlagenprogramm praktisch zur Unkenntlichkeit zusammen. Meine Damen und Herren, das kann man nur ablehnen.

Ich darf einen nächsten Punkt nennen: Das ist das Thema Entwicklungszusammenarbeit. Dieses Thema ist von meinen Vorrednern in keiner Weise angesprochen worden.

(Abg. Dr. Birk CDU: Richtig, ja!)

Trotzdem: Das Thema Entwicklungszusammenarbeit ist meines Erachtens das am meisten unterschätzte Thema unserer Zeit. Entsprechendes hat neulich auch unser Kollege Glück in der Zeitschrift „SüdZeit“ festgestellt. Er führte in dieser Zeitschrift aus:

Wenn wir nicht bereit sind, anderen Menschen in den Entwicklungsländern die Chance zur eigenen Entwicklung zu geben, dann werden wir das noch ganz gewaltig büßen müssen.

Dem kann man nur zustimmen.

(Dr. Witzel)

Deshalb kritisieren wir Grünen, dass die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit, die schon mehrfach stark gekürzt wurden, jetzt nochmals um 30 % zusammengestrichen werden. Betroffen von diesen Kürzungen sind besonders die sehr gute Arbeit der Nichtregierungsorganisationen und der Kirchen sowie die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. Meine Damen und Herren, wenn Sie diesen Gedanken der „einen Welt“ für wichtig halten, dann nehmen Sie bitte auch den Gedanken auf, dass wir auch die Entwicklungszusammenarbeit brauchen, zumindest in dem Maße, wie sie mit den im letzten Haushalt veranschlagten Mitteln noch möglich war. Stimmen Sie deshalb unseren Anträgen zu, die Kürzungen hier zurückzunehmen!

(Beifall bei den Grünen)

Zum Thema Wohnungsbau werde ich in der zweiten Runde etwas sagen.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Netzhammer.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Schmiedel hat zwar eine Rede gehalten, aber mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf hatte diese Rede relativ wenig zu tun.

(Abg. Capezzuto SPD: Das stimmt nicht!)

Der heutigen Zeitung ist zu entnehmen, dass der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung wie im letzten Jahr auch für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von rund 1,5 bis 2 % vorsieht. Wir sind natürlich nach den Erfahrungen des Jahres 2003 etwas gebrannte Kinder. Denn das angekündigte Wachstum von 2 % hat letztendlich mit einer Rezession, mit einem „Minuswachstum“ von 0,1 %, geendet.

Allerdings kann man jetzt feststellen, dass es doch Indikatoren dafür gibt, dass auch für unsere Wirtschaft, für die baden-württembergische Wirtschaft, ein gewisses Wachstum erwartet werden kann. Die Auftragsbücher beim Maschinenbau und bei der Elektroindustrie werden dicker. Die Konjunkturlokomotiven USA und Japan sorgen für eine Beschleunigung der konjunkturellen Entwicklung. Da Baden-Württemberg speziell mit diesen Ländern sehr gute Außenhandelsbeziehungen hat, können wir, glaube ich, bei aller Vorsicht doch erwarten, dass sich die Situation in Baden-Württemberg 2004 verbessern wird, sodass doch ein gewisses Wachstum, wenn auch nicht unbedingt 1,5 bis 2 %, zu erwarten ist.

(Zurufe der Abg. Knapp, Fischer und Schmiedel SPD)

– Ich rede nicht wie Sie ständig dieses Land schlecht.

(Unruhe bei der SPD)

Wir hoffen, dass von dieser Erholung mittelfristig auch das Handwerk profitiert. Wir haben gestern gelesen, dass die Stimmung im Handwerk schlecht ist. Wir hatten im letzten Jahr 4 % Umsatzrückgang, einen Verlust von 25 000 Arbeitsplätzen und 1 000 Unternehmensschließungen. Dies war das Ergebnis der katastrophalen rot-grünen Bundesregierung mit ihrer Rezessionspolitik im letzten Jahr.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Zurufe der Abg. Schmiedel SPD und Boris Palmer GRÜNE)

– Was wahr ist, muss wahr bleiben; ich kann nichts dafür.

(Abg. Fischer SPD: In vier Wochen ist Fasching, Frau Netzhammer!)

Trotz Haushaltskonsolidierung konnten aber im vorliegenden Haushaltsplanentwurf die wichtigsten Bereiche der Wirtschaftspolitik in ihrer Substanz erhalten werden:

(Abg. Schmiedel SPD: Das hat doch der Birk schon erzählt!)

berufliche Bildung, Technologieförderung. Neue Akzente wurden gesetzt:

(Abg. Capezzuto SPD: Sie wiederholen, was Birk schon gesagt hat!)

die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen bei der Anpassung an den strukturellen Wandel, die Förderung der BIOPRO Baden-Württemberg GmbH.

Viele Haushaltsansätze – darüber freue ich mich besonders – gehen auf Empfehlungen der Mittelstandsenquetekommission zurück.

Zentrales Problem des Mittelstands ist die Kreditfinanzierung. Schlechte Eigenkapitalausstattung und Anwendung der Basel-II-Kriterien der Banken machen eine Kreditfinanzierung schon heute schwierig. Deshalb begrüßen wir es, dass die Mittel zur Verbilligung von Kapitalbeteiligungen der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft im Wesentlichen gehalten wurden und die Darlehensprogramme mit dem Schwerpunkt auf dem Gründungs- und Wachstumsfinanzierungsprogramm beibehalten wurden.

Technologieförderung, Eliteförderung und Spitzenforschung sind inzwischen auch Schlagworte der Bundesregierung. Allerdings folgen diesen Worten keine Taten.

(Abg. Schmiedel SPD: Na, na!)

Deshalb, Herr Schmiedel, kann man es nicht oft genug betonen: Baden-Württemberg ist führend mit einem Haushaltsanteil von 3,9 % für Investitionen in Forschung und Entwicklung.

(Abg. Schmiedel SPD: Drei Viertel, 75 %, kommen aus der Wirtschaft! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Es ist auch völlig unbekannt, dass Baden-Württemberg – wir hatten dies im Ausschuss diskutiert – eines der führenden Bundesländer auf dem Gebiet der Luft- und Raumfahrt ist. Auch wenn die Branche nur knapp 10 000 Arbeitsplätze stellt, so ist sie aufgrund ihrer Funktionstechnologie doch Schrittmacher mit Ausstrahlung auf andere Wirtschaftszweige. Sie hat eine Vorreiterrolle auf dem Gebiet neuer Werkstoffe und auf dem Gebiet der Mikroelektronik, Kommunikations- und Messtechnik.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

(Veronika Netzhammer)

Mit der Offensive Biotechnologie mit 29 Millionen € bringen wir das Land Baden-Württemberg im Bereich Biotechnologie noch weiter nach vorne. Die hinzugekommene Förderung der Dienstleistungsgesellschaft BIOPRO als zentrale Anlaufstelle wird selbstverständlich national und international den Biotechnologiestandort Baden-Württemberg stärken.

Berufliche Bildung: Der Handwerkstag, das Handwerk hat immer die Befürchtung, dass es zu Einschnitten kommt. Wir behalten die finanzielle Förderung bei den überbetrieblichen Ausbildungslehrgängen und bei mit ESF-Mitteln geförderten Maßnahmen im Wesentlichen bei,

(Abg. Knapp SPD: Im Wesentlichen! – Abg. Capezzuto SPD: Sagen Sie doch, wie viel Sie kürzen!)

und wir haben jetzt neu ein Programm für die Weiterqualifizierung von Frauen, die aufgrund von Kindererziehungszeiten oft benachteiligt sind, gestartet, sodass mit ganz gezielten Qualifizierungsprogrammen nach der Erziehungspause der Wiedereinstieg in das Berufsleben gelingen kann. Dafür stehen immerhin 1 Million € zur Verfügung; das ist wirklich eine innovative Sache.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Neuordnung der Handwerksordnung – Abschaffung des Meistertitels als Voraussetzung für das Führen eines Handwerksbetriebs – war im letzten Jahr ein großes Thema. Die CDU/CSU-Bundtagsfraktion konnte im Vermittlungsausschuss das Schlimmste verhindern.

(Oh-Rufe von der SPD)

Trotzdem wurde die Verpflichtung von 94 auf 29 Berufe reduziert.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Sie haben immer gesagt, die Qualifikation im Handwerk werde sich dadurch nicht verschlechtern. Wir haben aus diesem Grund den Mittelansatz beim Meister-BAföG – darauf sind Sie noch gar nicht eingegangen – auch in diesem Jahr beibehalten, und zwar bei 17,2 Millionen €. Der Mittelverbrauch ist im letzten Jahr gestiegen, weil das Meister-BAföG ja auf Initiative des Landes Baden-Württemberg deutlich besser ausgestattet wurde. Wir hoffen, dass die jungen Menschen weiterhin in diese Ausbildung gehen und sich weiterhin der Ausbildung zum Meister unterziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Knapp SPD: Das dürfen sie doch!)

Der Ansatz ist gleich geblieben; das halte ich für ganz wesentlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor wenigen Wochen wurde europaweit ein neues Projekt lanciert, nämlich die Einsetzung von brennstoffzellenangetriebenen Bussen im ÖPNV, so auch in Stuttgart. Das geschah vorneweg mit baden-württembergischen Firmen wie Daimler-Chrysler.

Der Wettbewerb um den Einsatz der Brennstoffzellen in unseren Autos läuft weltweit, worüber wir vom Wirtschafts-

ausschuss uns auch in den USA informieren konnten. Die Entwicklung auch hier in unserem Land voranzutreiben hat für uns eine hohe Priorität, und deshalb unterstützen wir ausdrücklich die Errichtung eines Brennstoffzellenkompetenzzentrums beim Zentrum für Solar- und Wasserstoffforschung in Ulm mit einem Landeszuschuss von 3,3 Millionen DM.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Birk CDU zur SPD: Klatscht doch mal! Die Brennstoffzelle ist doch unser Thema! – Abg. Knapp SPD: D-Mark?)

– Euro. Sorry.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun zum Wirtschaftsministerium als Verwaltung: Bei der Verschlingung der Landesverwaltung, die ja in diesen finanziell schwierigen Zeiten dringend erforderlich ist, leistet auch das Wirtschaftsministerium seinen Beitrag. Das Ministerium hat im Bereich seines Ressorts zwischen 1997 und 2003 insgesamt 610 Stellen abgebaut.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Das ist eine ganze Menge.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Jawohl!)

In Zukunft müssen im Zuge der Verwaltungsstrukturreform 20 % erbracht werden. Die übrigen Bereiche haben noch einmal eine jährliche Einsparauflage von 1 %, die aber erst im Nachtragshaushalt etatisiert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz der Konsolidierungszwänge haben wir es beim vorliegenden Einzelplan 07 mit einem ausgewogenen Haushaltsplan zu tun, der nicht nur die wichtigsten Bereiche der Wirtschaftspolitik in ihrer Substanz erhält – Sie hatten es vorhin permanent von den Kernbereichen –, sondern darüber hinaus auch wichtige Impulse für zukunftsorientierte Entwicklungen setzt.

Ich möchte an dieser Stelle sowohl dem Wirtschaftsminister als auch seiner Verwaltung sowie Herrn Stephan von der Landtagsverwaltung und seinen Mitarbeiterinnen für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit herzlich danken.

Die CDU-Fraktion stimmt dem vorliegenden Einzelplan 07 zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Knapp SPD: Das hätten wir nicht gedacht!)

– Höflichkeit ist ein Wert an sich.

(Abg. Knapp SPD: Nicht wegen dem Dank! Wegen dem Zustimmung!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich bei Frau Netzhammer, Herrn Birk und Herrn Hofer für die Unterstützung in den zurückliegenden Jahren. Ich bedanke mich auch für die Unterstützung bei den gegenwärtigen Haushaltsberatungen und für wichtige Hinweise, gerade auch in

(Minister Dr. Döring)

den letzten Tagen im Zusammenhang mit der Neugestaltung an unterschiedlichen Stellen, sowohl was das Wirtschaftsministerium selbst betrifft als auch was das Landesgewerbeamt angeht. Ich werde dazu anschließend einige Ausführungen machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich halte es für außerordentlich erwähnenswert: Wenn wir den Wirtschaftshaushalt und das Ministerium anschauen – es ist ja danach gefragt worden, was eigentlich von 1996 bis 2003 geschehen ist, was gemacht worden ist –, können wir feststellen, dass wir mit Abstand den größten Personalabbau gehabt haben, dass wir eine Personalreduzierung um 17 % hatten und dass wir bezüglich des Haushalts – früher hieß es „in Mark und Pfennig“ – in Euro und Cent von 1996 bis 2003 einen Abbau um 27,5 % hatten.

Wenn dann einer fragt, was hinsichtlich des geforderten Subventionsabbaus eigentlich passiert, dann sind 27,5 % Reduzierung bezüglich der Haushaltsmittel für das Wirtschaftsministerium der beste Beweis dafür, dass hier nicht nur gesprochen und gefordert wird, sondern konkret umgesetzt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Wenn wir an einer anderen Stelle mit Forderungen der Fraktionen und des Landtags kontinuierlich darüber sprechen, dass Personalabbau stattfinden soll – wir können einen Personalabbau um 17 % feststellen –, dann ist auch das ein Beleg dafür, dass es nicht darum geht, den Eindruck zu erwecken – wie Sie versucht haben –, dass ständig etwas gefordert, aber nichts konkret umgesetzt werde. Wir haben das konkret umgesetzt.

Sie haben das Thema der Nullverschuldung angesprochen. In den Zeitungen lese ich heute die Überschrift „CDU und FDP halten am Ziel der Nullverschuldung fest“. Auch da behalten wir kontinuierlich bei, was gefordert worden ist und was umgesetzt wird.

(Zuruf von der SPD)

Herr Schmiedel, Ihre Inhaltsleere war heute schon abenteuerlich. Vorhin bei der Rede der Kultusministerin Schavan waren Sie körperlich nicht anwesend, bei Ihrer Rede waren Sie intellektuell und inhaltlich nicht da.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/
DVP)

Das haben wir bei Ihnen erlebt. Wenn Sie sich in einer solchen Situation nur noch dadurch zu helfen wissen, dass Sie persönliche Beleidigungen und Verunglimpfungen von sich geben, dann sollten Sie es bleiben lassen.

Ausgerechnet der Vertreter einer Partei, die in Berlin 50 Staatssekretäre hat, fragt hier danach, was Herr Staatssekretär Mehrländer macht. Das halte ich für erbärmlich, Herr Schmiedel.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Birk CDU: Wie viele? Gleichzeitig oder nacheinander? – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wie viele? 50?)

Da wird an einem Tag mehr geleistet, als Sie in vier Wochen versuchen zustande zu bringen und jedes Mal damit scheitern.

(Zuruf von der SPD: Rechnen Sie das einmal auf die Bevölkerung und die Aufgaben um!)

Ich halte einen weiteren Punkt für entscheidend. Sie greifen den Minister an – dafür sind Sie zu einem Teil da. Aber wenn Sie sich anschauen, dass das Wirtschaftsministerium mit einer Personalreduzierung um 17 % und einer Etatreduzierung um 27,5 % im Jahr 2002 von unabhängigen Gutachtern bezüglich der Bemühungen um die Standortattraktivität als hervorragend bewertet wurde, wenn wir im Jahr 2003 bezüglich des Technologietransfers, der Innovation und der Forschungsinstitute als hervorragend bewertet und auf Platz 1 gesetzt und auch bezüglich Ausbildung und beruflicher Bildung auf Platz 1 in der Bundesrepublik Deutschland gesetzt wurden, dann beleidigen Sie vor allen Dingen und in erster Linie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium, die mit deutlich schlechteren Bedingungen eine hervorragende Leistung erbringen und mit dafür sorgen, dass das Land in zentralen Wirtschaftsdaten Platz 1 in der Bundesrepublik Deutschland einnimmt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist eine Leistung. Ich stehe vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und lasse dieses Geholze von Ihnen, das inhaltsleer war, nicht zu.

(Zurufe der Abg. Boris Palmer und Oelmayer
GRÜNE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben zum Thema Messe einen Pharisäer, wie es fabelhafter nicht geht: den Herrn Schmiedel.

(Abg. Schmiedel SPD: Was?)

Herr Schmiedel stellt sich hin, Holz in die Landschaft hinein und behauptet, der Döring habe verzögert und man könnte mit der Messe schon viel weiter sein. Einen größeren Unfug habe ich auch von Ihnen noch nicht gehört, obwohl ich schon viel Unfug von Ihnen gehört habe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Döpper CDU: Das ist schon unver-
schämt!)

Das ist schon wirklich abenteuerlich. Wir gehen Schritt für Schritt vor, indem wir jedes Gerichtsurteil ganz selbstverständlich abwarten. Dann gehen wir etappenweise vor. Wir haben uns durch persönliche Präsenz dort oben bemüht, das, was jetzt seit dem 23. Januar unvermeidlich geworden ist, möglichst zu verhindern. Müssten wir nun nicht den Weg der Enteignung gehen, wäre das der größte Zeitgewinn gewesen. Es wäre der größte Zeitgewinn gewesen, wenn ein paar mehr zugestimmt hätten, als das jetzt der Fall ist. Dies ist der entscheidende Punkt.

(Abg. Schmiedel SPD: Wer hat denn vor zwei Jahren 300 Millionen DM versprochen? Das waren doch Sie!)

(Minister Dr. Döring)

Wir haben von unserer Seite aus alles im Zeitplan. Sie in Ihrer Fraktion in der Region und vor allem dort oben sind die Bremsen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! – Abg. Schmiedel SPD: Das ist aber gelogen!)

Sie müssen sich vorhalten lassen, dass es nicht vorangeht. Aber wir in der Landesregierung müssen uns nicht vorhalten lassen, dass wir bezüglich der Landesmesse nicht im Zeitplan wären.

Unterm Strich können wir jetzt gar nicht anders. Selbstverständlich müssen wir Enteignungen auf den Weg bringen. Ich hätte mir einen anderen Weg gewünscht. Er war nicht zu begehren. Wir haben außerdem die Hoffnung, dass wir in diesem Jahr mit dem Bau beginnen können und dass wir dann – das sollte man realistisch ins Auge fassen – wohl 2007 mit der Eröffnung rechnen können.

Regionalmessen: Verehrte Kollegen von den Grünen, Sie wissen, dass ich auch einmal gesagt habe, das sei angesichts dieser Haushaltssituation kaum mehr darstellbar. Dann kam aber von allen Seiten: „Aber wir müssen uns schon daran orientieren können, dass wir mit den Bauabschnitten fortfahren und unsere Pläne umsetzen können, weil ihr uns gesagt habt, das gehe stufenweise voran.“ Genau deswegen haben wir das eingehalten, auch in schwieriger Haushaltssituation, und haben die Beteiligten vor Ort bezüglich der Regionalmessen nicht alleine gelassen.

Klar ist aber auch: Damit ist jetzt Schluss. Jetzt wird das abgearbeitet und umgesetzt. Übrigens höre ich in Freiburg immer noch: „Es dürfte noch mehr sein.“ Aber wenn wir diesen dritten Abschnitt umgesetzt haben, ist es auch vorbei.

Klar ist aber doch – Herr Kollege Hofer hat es ausgeführt, Herr Kollege Birk auch –: Das Land Baden-Württemberg, exportorientiert wie kein anderes, braucht die Landesmesse als Schaufenster in die Welt. Es braucht für den heimischen Mittelstand auch die Regionalmessen, um im Wettbewerb mithalten zu können.

Wenn Sie sich in den letzten 14 Tagen die Mühe gemacht hätten, einmal die CMT zu besuchen, hätten Sie gesehen, welche dringende Notwendigkeit eine neue Messe für uns darstellt.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist teilweise unzumutbar, unter welchen Bedingungen die Aussteller auf dem Killesberg untergebracht sind. Ich habe überhaupt kein Interesse daran, dass wir Messen verlieren, sondern wir müssen uns dem Wettbewerb stellen, indem wir bei der neuen Landesmesse in Baden-Württemberg, in Stuttgart, tatsächlich die bestmöglichen Angebote machen. Deswegen brauchen wir die Messe und brauchen auf regionaler Ebene auch Regionalmessen. Das setzen wir konsequent um.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Reihe nach zu Ihren Stichworten: Beim Wohnungsbau, verehrter Herr Dr. Birk, brauchen Sie keine Sorge zu haben. Daran verlie-

re ich nicht das Interesse. Aber jetzt kommt Herr Schmiedel in seiner Ahnungslosigkeit und erzählt –

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Gaßmann SPD: Eine Frechheit! Eine Beleidigung!)

– Nein. Ich belege Ihnen, dass es sich tatsächlich um Ahnungslosigkeit handelt; das ist überhaupt keine Frechheit. Sie kommen nachher noch dran – und sind ja der Allergrößte in diesem Fach. Wir sind alle schon gespannt darauf.

(Heiterkeit bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie pumpen ja schon wie ein Maikäfer, damit Sie nachher endlich loslegen können. Sie sollten einmal vorsichtig sein und noch ein Stück weit abwarten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Jetzt kommen wir zum Stichwort Ahnungslosigkeit. Weil es Ihnen politisch in den Kram passen würde, konstruieren Sie einfach in die Landschaft hinein, das Staatsministerium oder die CDU sei auf das Wirtschaftsministerium losgegangen und habe dort einzelne Referate herausgegriffen, um zu einer weiteren Schwächung beizutragen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Dafür haben Sie ja 500 000 € für den Tourismus bekommen! – Abg. Schmiedel SPD: Das ganze Land denkt so! – Abg. Knapp SPD: Dreikönigsrede am 6. Januar, und am 9. Januar das Bauernopfer!)

– Das ist schlichtweg falsch.

(Abg. Knapp SPD: Dreikönigsrede! Vom 6. bis 9. Januar hat es gedauert, dann war das Bauen weg! Zack! – Unruhe)

– Wenn Sie fertig sind, kann ich weitermachen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Im Juli 2003 habe ich dem Ministerpräsidenten geschrieben, dass wir uns sinnvollerweise tatsächlich auf einige Schwerpunkte konzentrieren müssten und sollten.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Tourismus!)

– Sie kommen gleich dran, Frau Dederer.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Nicht so viele auf einmal!)

In diesem Zusammenhang kann man ganz selbstverständlich Überlegungen anstellen, ob man nicht Zusammengehöriges wieder dort eingliedert, wo es bis 1992 gewesen ist. Die Initiative ging vom Wirtschaftsministerium, vom Wirtschaftsminister aus. Dass das für Sie überraschend ist –

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

Vermutlich würden Sie ein Gutachten von Roland Berger brauchen, bis Sie zu so einem Ergebnis kämen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

(Minister Dr. Döring)

In einem solchen Zusammenhang haben wir diesen Weg beschritten und sinnvolle Vorschläge gemacht. Diese sinnvollen Vorschläge sind aufgegriffen worden. Deswegen bleibt der Wohnungsbau natürlich nach wie vor ein Thema.

(Zurufe der Abg. Schmiedel SPD und Walter GRÜNE)

Aber auch Sie wissen, dass Sie mit keinem öffentlichen Geld der Welt den Wohnungsbau so absichern können, wie es notwendig wäre. Die Aufgabe liegt darin – das müssen Sie sich anhören –, die Rahmenbedingungen zu verändern, damit der private Investor wieder in den Wohnungsbau investiert. Das ist der entscheidende Punkt, aber nicht das ständige Rufen nach weiteren Millionen hier oder dort.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zum Forderungsverkauf: Herr Schmiedel, das ist im Ausschuss zugesagt worden. Solange das noch in der Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums ist, werden wir die Auskünfte dazu einholen. Wir werden sie Ihnen dann vortragen. Ich hoffe, dass wir das in vier, fünf Wochen tatsächlich machen können, um das hinzubekommen.

Neuordnung der Wirtschaftsförderung: Meine Damen und Herren, ich weiß gar nicht, wie man auch da wieder herumröngeln wollen kann.

(Abg. Schmiedel SPD: Bringen Sie doch Ergebnisse!)

Schauen wir uns an, Herr Schmiedel, wie wir das Thema der Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung angehen: Wir haben sinnvollerweise gesagt, dass wir all das, was mit Außenwirtschaft zu tun hat, bei der Gesellschaft für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, GWZ, konzentrieren und bündeln. Was ist daran auszusetzen? Das machen wir. Das ist eine großartige Leistung. Es gab ein rasches Entgegenkommen auch seitens des Kollegen Frankenberg, also des Hochschulbereichs. Auch dort hat man erkannt, dass es sinnvoll ist, das mit der GWZ zu machen. Erledigt, wird gemacht!

Herr Professor Beyreuther, BIOPRO: Alles, was im Außenbereich zu machen ist – GWZ –, wird gemacht! Wir haben keine zwei Tage gebraucht, um das zu vereinbaren.

Jetzt haben wir bei der GWZ die neue Konstruktion, dass wir neue Gesellschafter aufnehmen. Das sind neue Gesellschafter, die auch Geld mitbringen. Natürlich haben sie auch einige Vorstellungen, wie sie dort konkret mitwirken wollen. Dass die nicht alle nur warten, bis sie eingeladen werden, und dann sagen: „Wunderbar. Wir haben sowieso frei und wussten gar nicht, was wir tun sollten. Wir kommen.“, sondern dass das ein paar Tage erfordert, ist das Normalste auf der Welt.

Die Außenwirtschaftsförderung in allen Bereichen wird bei der GWZ konzentriert – Reform richtig umgesetzt!

Der zweite Bereich betrifft alles, was innen sein soll. Herr Kollege Birk, Sie haben sich zu Recht anerkennend über das Landesgewerbeamt geäußert. Das Landesgewerbeamt wird nicht zerschlagen oder liquidiert, sondern es wird das gemacht, was Sie an allen Ecken und Enden quer durchs

Land fordern: Es wird eine Anlaufstelle geschaffen, damit in einer Anlaufstelle alle Fragen, die im Zusammenhang mit Wirtschaftsförderung etc. anstehen, abgearbeitet und umgesetzt werden können. Genau das tun wir. Sie haben es selber gesagt, Herr Dr. Birk: Das Haus der Wirtschaft wird die erste Adresse für alle im Zusammenhang mit Wirtschaftsfragen anstehenden Ratsuchenden sein. Genau dieses Konzept werden wir umsetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das ist genau die richtige Lösung. Das ist das, was Sie an vielen Stellen seit langem fordern, und da stellen Sie sich hierhin und fragen: Wann endlich machen Sie das, und was passiert eigentlich?

(Abg. Schmiedel SPD: Das erzählen Sie schon seit einem Jahr!)

Es passiert. Dass Sie es nicht merken, muss nicht an mir liegen, meine Damen und Herren.

Dann zur Forderung, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Es gibt in der jetzigen Situation eine ganze Reihe von Punkten, an denen wir konkret mehr umsetzen können, weil es notwendig ist. Wenn man nicht völlig blind ist, muss man doch reagieren, wenn man feststellt, dass Außenwirtschaftsmaßnahmen, Aktivitäten, Kooperationsbörsen nicht mehr in dem Maße begleitet und unterstützt werden können, weil das Geld nicht da ist. Dass man sich dann Gedanken darüber macht, wie man Mittel bekommen kann, damit die Wirtschaft die Unterstützung erhält, die sie gerne haben möchte und die sie in vielen Ländern der Welt braucht, weil eine regierungsseitige Unterstützung und Begleitung erforderlich ist, ist auch klar. Wenn wir dem Mittelstand helfen können, neue Märkte zu finden und zu erschließen, ist das doch eine gute Aufgabe. Wenn wir dafür in der jetzigen Zeit mehr Mittel zur Verfügung stellen können, ist das ein sehr gutes Ergebnis, über das ich mich freue, wobei ich auch dafür dankbar bin, dass das umgesetzt wird.

Dazu gehört dann, Herr Witzel, dass wir jetzt auch einige sinnvolle Außenwirtschaftsmaßnahmen in Entwicklungsländern machen können.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Das ist auch ein Punkt, der uns wichtig ist und den wir umsetzen werden.

Forschung und Entwicklung: Ich habe kürzlich eine Pressekonferenz miterlebt, bei der auch eine Ihrer Staatssekretärinnen anwesend war. Donnerwetter! Auch dort die blanke Ahnungslosigkeit bezüglich Forschung und Entwicklung in Baden-Württemberg und was Forschungsinstitute angeht. Ich dachte, ich lese nicht richtig.

Es ist doch für uns eine harte, mit vielen Schwierigkeiten verbundene Aufgabe gewesen – was das Normalste von der Welt ist –, dass wir in Ulm ein Institut mit anerkannten Ergebnissen an der einen oder anderen Stelle schließen mussten bzw. schließen müssen. Aber wenn wir einen Wettbewerb untereinander haben, wenn wir Evaluierungen vornehmen und dabei als Ergebnis herauskommt, bei wem es nicht optimal läuft, dann muss man die Konsequenzen ziehen. Al-

(Minister Dr. Döring)

lerdings will ich nicht haben, dass wir womöglich weitere Institute in größerem Ausmaß noch stärker zurückfahren oder gar schließen müssen. Deswegen ist es eine tolle Leistung, dass wir in dieser Situation 1 Million € im Jahr für die nächsten drei Jahre zusätzlich in Aussicht gestellt haben, damit wir das zur Zukunftssicherung des Landes Baden-Württemberg halten können. Das ist eine tolle Leistung in dieser Situation, und da brauchen wir uns nicht anzuhören, es geschehe nichts.

(Beifall bei der CDU)

Handwerk und berufliche Bildung: Meine sehr geehrten Damen und Herren, was ist eigentlich von 1996 bis zum Jahr 2002/03 passiert? Wissen Sie, was passiert ist? Entgegen all Ihren Aussagen haben wir es im sechsten Jahr hintereinander geschafft – mit all denen, die da Verantwortung tragen: Handwerk, Mittelstand, Gewerkschaften, Verbände –, dass statistisch gesehen alle jugendlichen Ausbildungsfähigen und Ausbildungswilligen eine Lehrstelle bekommen haben. Das ist eine tolle Leistung, und zwar ohne diese bescheuerte Ausbildungsabgabe. Das ist das Ergebnis, auf das wir stolz sind, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Blenke CDU: Sehr gut!)

und woran wir auch in den nächsten Jahren weiter arbeiten werden.

Und es wird weitergehen mit der beruflichen Bildung: 2 Millionen € für Kompetenzzentren, weil wir in diesem Zusammenhang deutlich machen: Ausbildung ist für uns ein ganz zentrales Thema, und wir lassen da weder das Handwerk noch die Jugendlichen – und um die geht es; sie stehen im Mittelpunkt – alleine.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Weckenmann?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Ja, von Frau Weckenmann immer.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das war ja Anmache!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Frau Weckenmann.

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Herr Minister Döring, wie Sie bin ich froh, dass die rechnerische Relation zwischen Ausbildungsplatzsuchenden und Ausbildungsstellen aufgegangen ist. Aber interpretiere ich Ihre Aussage richtig, dass die ca. 20 000 Jugendlichen, die wir auch in diesem Jahr wieder in Maßnahmen der Arbeitsverwaltung und in BVJ-Maßnahmen haben, alle nicht ausbildungsfähig und nicht ausbildungswillig sind?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Verehrte Frau Weckenmann, ich schätze Sie aus vielen Diskussionen. Deswegen wissen Sie umgekehrt auch, dass wir genau in dem Bereich dieser 20 000 Jugendlichen, die wir bedauerlicherweise immer wieder in irgendwelche Warteschleifen schicken, mit

Sicherheit einen ganz gewaltigen Schritt weiter wären, wenn wir endlich nicht nur fünf Modellprojekte für Theorieschwache mit zweijährigen Ausbildungswegen hätten, sondern wenn wir flächendeckend für Theorieschwache endlich diese zweijährigen Ausbildungswege

(Abg. Schmiedel SPD: Die Modellprojekte sind dreijährig!)

zulassen würden, damit diese Leistungsschwächeren auch eine Chance haben. Ich bitte Sie darum, dass Sie in ihren Bereichen noch mehr Bewegung mit hineinbringen,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr gut! – Abg. Schmiedel SPD: Tun Sie doch etwas für die Modellprojekte!)

damit wir da nicht jahrelang um einzelne Modelle kämpfen müssen, sondern die zweijährigen Ausbildungswege flächendeckend durchführen können. Das wäre die beste Unterstützung für diese jungen Menschen, um die wir uns bemühen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Damit ergibt sich auch die Antwort auf Ihre Frage: Nein, denen unterstelle ich nicht, dass sie nicht willig sind. Aber ihnen wird ja häufig genug gesagt: „Mit dem Hauptschulabschluss oder mit gar keinem Schulabschluss nehmen wir dich nicht.“ Die werden doch aussortiert. Ich halte es für völlig falsch, wenn wir 16-, 17-jährigen jungen Menschen sagen: „Dich brauchen wir nicht.“ Vielmehr muss der Ausbildungsgang genau auf diese Theorieschwächeren, um die es sich in den meisten Fällen handelt, zugeschnitten und so gestaltet werden, wie ich es angedeutet habe. Ich bitte Sie noch einmal: Wir brauchen nicht nur fünf Modelle im Land, sondern wir brauchen diese Ausbildungswege flächendeckend in Baden-Württemberg und darüber hinaus. Dann wären wir einen gewaltigen Schritt weiter.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zusatzfrage von Frau Abg. Weckenmann?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Jawohl, Frau Präsidentin.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte, Frau Weckenmann.

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Ich muss diese Frage stellen, Herr Minister, denn diese fünf Ausbildungsgänge, auf die Sie sich beziehen, haben ja schließlich eine dreijährige Ausbildung zum Ziel. Teilen Sie die Auffassung Ihres Hauses, die auch schriftlich vorliegt, dass es gelungen ist, in diesen fünf Modellen, die wir ja ausweiten wollen, fast 90 % der Jugendlichen zu einem qualifizierten dreijährigen Abschluss zu bringen?

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das widerspricht sich doch nicht! – Abg. Hofer FDP/DVP: Deswegen unterstützen wir es ja! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Wo ist da die Frage?)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Wenn ich es richtig verstanden habe, war die Frage, ob ich die Meinung meines Hauses teile. Ja, ich teile die Meinung meines Hauses.

(Zurufe der Abg. Ruth Weckenmann und Schmiedel SPD)

Natürlich muss dort hingeführt werden.

Herr Witzel hat zwei Punkte angesprochen, auf die ich gerne noch eingehen möchte. Herr Witzel, Sie würden offensichtlich gern anders an das Thema Vermessung herangehen. Schauen Sie es sich aber einmal an: Der größte Teil der Personaleinsparungen – das wissen Sie – kommt über den Vermessungsbereich. Aber in dem Zusammenhang ist doch auch vollkommen klar, dass wir nur entlang den Altersstrukturen weitere Veränderungen vornehmen können. Bei der Vermessung jetzt, in dieser Situation, nachdem sie sich in den letzten Jahren zu einem der modernsten Verwaltungsbetriebe überhaupt entwickelt hat, die Schrauben noch weiter anziehen zu wollen geht gar nicht. Sie ist absolut modern. Sie ist hervorragend, und sie ist leistungsfähig. Aber wir müssen dort auch auf die Altersstruktur des Personals Rücksicht nehmen. Und wir haben ja die Zielvorgabe, wie wir sukzessive weiter vorgehen werden. Es ist nicht möglich, dort weitere Gelder herauszuziehen, wie Sie sich das vorstellen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ist es denn auch modern, sie jetzt zu zerschlagen, wie es mit der Verwaltungsreform kommen soll?)

Der letzte Punkt ist nur eine Kleinigkeit. Aber weil Sie, Herr Witzel, das angesprochen haben, gehe ich in einem Nebensatz darauf ein: Dienstleisterwettbewerb. Das Preisgeld für den Dienstleisterwettbewerb in der Größenordnung von 56 000 € wird komplett von der Wirtschaft finanziert.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Im Haushalt stehen 150 000 €!)

– Ja. Aber ich spreche jetzt von dem Preisgeld dafür. – Das ist doch eine sinnvolle Sache, wenn wir auch in diesem Zusammenhang Public Private Partnership haben.

Deswegen ein Strich darunter. Das wichtigste Ergebnis, für das ich allen in der Wirtschaft Tätigen an den unterschiedlichen Stellen dankbar bin, ist: Baden-Württemberg hat die niedrigste Arbeitslosigkeit. Wir haben ein sehr vorzeigbares Ergebnis bei den Lehrstellen. Wir sind im Zusammenhang mit Forschung und Entwicklung in der Spitzengruppe in der Bundesrepublik Deutschland. Das werden wir auch bleiben, weil die die Regierung tragenden Fraktionen vernünftige Haushalte beschließen, wofür ich mich bedanke.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Altruismus!)

Wir werden auch in den nächsten Jahren die Nummer 1 in Deutschland sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Gaßmann.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt kommt der Höhepunkt! Jetzt bleibe ich doch noch da!)

Abg. Gaßmann SPD: Ich verstehe ja den Herrn Wirtschaftsminister, dass er keine Lust mehr auf den Wohnungsbau hat und dass er den Wohnungsbau abgeben will, weil die Bilanz, die er da vorzuweisen hat, nicht besonders erfolgreich ist. Als Herr Döring dieses Ministerium übernommen hat, sind in Baden-Württemberg noch 100 000 Wohnungen im Jahr gebaut worden. In diesem Jahr werden es gerade noch knapp 30 000 werden.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: In der Zwischenzeit hat auch die Bundesregierung gewechselt!)

Nun können Sie sagen, das liege an den Rahmenbedingungen. Es liegt sicher teilweise an den Rahmenbedingungen, aber diese Rahmenbedingungen werden auch von Ihnen mitgestaltet, zum Beispiel als – wie jetzt im Vermittlungsverfahren – die degressive Abschreibung von 5 % auf 4 % heruntergesetzt worden ist.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: 1998! – Zuruf des Abg. Knapp SPD)

Wirklich originäre Verantwortung tragen Sie aber im öffentlich geförderten Wohnungsbau. Da ist die Bilanz noch katastrophaler: Die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen ist von dem Zeitpunkt, als Sie angetreten sind, bis jetzt, wenn Sie diesen Bereich an ein anderes Ministerium abgeben, von 22 000 auf 2 000 gesunken.

Nun kann man, wie Herr Birk es vorhin getan hat, in diesem Pawlow'schen Reflex, den wir hier immer hören – „schlecht“ und „Probleme“ ist gleich Berlin –, sagen:

(Abg. Dr. Birk CDU: Ich habe auch über die Landesregierung gesprochen!)

„Die Wohnungsbauprobleme kommen dadurch, dass die Wohnungsbaumittel in Berlin gekürzt worden sind.“ Aber, Herr Birk, Sie haben nicht gesagt, dass diese Mittel auf Ihr Betreiben hin gekürzt worden sind, dass es die B-Länder waren, die massiv versucht haben, das Wohnraumförderungsgesetz zu ändern

(Abg. Dr. Birk CDU: Das stimmt auch nicht! Das ist eine Legende!)

und die Förderung von 230 Millionen € auf 110 Millionen € herunterzufahren. Dies lässt sich so im Vermittlungsverfahren nachlesen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wo denn?)

Ich sage Ihnen: Aus der Sicht der meisten Bundesländer und des Bundes macht das auch Sinn, weil es in den meisten Bundesländern kaum noch Wohnungsprobleme gibt. Wieso soll der Bund dann Geld dafür ausgeben? Aber das müsste zur Konsequenz haben, dass sich die Länder, in denen es wirklich noch Wohnungsprobleme gibt, engagieren, und zwar verstärkt engagieren.

(Abg. Knapp SPD: Genau!)

Sie tun in Baden-Württemberg aber wiederum genau das Gegenteil. Statt wie im letzten Jahr 40 Millionen € an originären Landesmitteln für den öffentlich geförderten Woh-

(Gaßmann)

nungsbau einzusetzen, werden Sie in diesem Jahr gerade noch 27 Millionen € dafür zur Verfügung stellen. Davon sind 9 Millionen € schon für Bewilligungen aus dem letzten Jahr vergeben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Gaßmann SPD: Es bleiben dann also gerade einmal 18 Millionen € im Landeswohnungsbauprogramm an originären Landesmitteln. Gemeinsam mit den Bundesmitteln wird dies eine Halbierung des Umfangs des Wohnungsbaus und eine Katastrophe für das Bauhandwerk bedeuten.

Um dies nicht eintreten zu lassen, haben wir wiederum unseren Antrag gestellt, die Wohnungsbaumittel um 200 Millionen € zu erhöhen. Nun ist uns immer gesagt worden, das gehe nicht, das sei rechtlich nicht möglich. Nachdem das nun auch der Herr Landwirtschaftsminister vorgeschlagen hat, wird es plötzlich geprüft. Ich wundere mich nur, wieso Sie erst so spät zum Prüfungsauftrag kommen. Diese Prüfung hätten Sie schon vor drei Jahren durchführen können. Da haben wir diesen Antrag nämlich zum ersten Mal gestellt.

Im Übrigen ist es dafür ein bisschen spät. Ich vermute, es geht nicht darum, dass Sie rechtliche Bedenken bei diesem 200-Millionen-€-Programm haben, sondern darum, dass der Wohnungsbau Ihnen schlichtweg nicht am Herzen liegt und Ihnen egal ist und Sie deswegen nie auf diesen Programmteil eingegangen sind.

Lassen Sie mich noch einige Anmerkungen zur Förderung der Wohnungsmodernisierung machen. Dieser Punkt ist ja nun auch schon fast eine Lachnummer. Zunächst hat das Wirtschaftsministerium angekündigt, es werde die Förderung der Wohnungsmodernisierung zum 31. Dezember völlig einstellen. Nun wird verkündet, sie werde wieder aufgenommen. Ich habe ausgerechnet: Für die Wohnungsmodernisierung werden dieses Jahr 0,7 Millionen € zur Verfügung stehen. Diese Mittel reichen für ungefähr 300 Maßnahmen. Nach den Angaben Ihres Ministeriums zum Umfang modernisierungsbedürftiger Wohnungen und zu der Frage der Beseitigung von Dreckschleudern in Baden-Württemberg würde es, wenn Sie in der bisherigen Geschwindigkeit fortfahren, 5 000 Jahre dauern, um den Wohnungsbestand in Baden-Württemberg zu modernisieren.

Sie wissen, dass sich gerade die Wohnungsmodernisierung teilweise selbst finanziert. Jeder Fördereuro – das haben nicht wir erfunden, sondern das hat Ihr Ministerium uns immer dargelegt – mobilisiert das Acht- bis Fünfzehnfache an Investitionen für Handwerk, Beschäftigung und Umwelt. Wir haben ausgerechnet, dass die von uns beantragten 20 Millionen € zu einer Investitionssumme von bis zu 300 Millionen € führen würden.

„Verlassen Sie sich nicht auf die Politik, sonst sind Sie verlassen.“

(Lachen der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Herr Minister, das hat Frau Vizepräsidentin Fauser auf dem Neujahrsempfang in Calw vor Handwerkern geäußert. Die

„Stuttgarter Nachrichten“ fragen süffisant: „Wen hat sie damit gemeint?“ Möglicherweise die Wohnungsbaupolitik der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD – Minister Dr. Döring: Das war ja gar nichts! Das war nicht einmal polemisch! – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Lieber Herr Kollege Gaßmann, wenn Sie dem Minister vorhalten, wie sich in seiner Amtszeit die Welt verändert hat, könnte ich Ihnen vorhalten, dass sich in Ihrer Amtszeit als Vorsitzender des Mietervereins in Stuttgart die Zahl der geförderten Wohnungen ständig verringert hat. Dafür sind Sie möglicherweise mitverantwortlich.

(Zuruf von der SPD)

– Daran erkennt man die Unsinnigkeit solcher Vorwürfe.

(Abg. Schmiedel SPD: Was? Der Minister ist doch politisch verantwortlich! Das ist ja unglaublich! – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

– Er auch.

Der nächste Punkt: Ich gehöre nicht zu denen, die immer alles dem Bund in die Schuhe schieben.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Aber ich bin schon der Meinung, dass man den Bund ja wohl auch nicht ganz ausklammern kann. In der vergangenen Zeit hat der Bund seine Wohnraumfördermittel auf das gesetzliche Mindestmaß von 27 Millionen € gekürzt. Weniger ging nicht. Im Zuge des Vermittlungsverfahrens im Bund hat man nun ein neues Artikelgesetz gemacht, nach dem die bisherige Mindestgrenze auf 12,5 Millionen € reduziert wird. Das sind also noch einmal 50 % weniger.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das darf man nicht verschweigen, auch wenn es einem nicht richtig passt.

Der Kollege Schmiedel, der ja nicht zum Loben neigt – jedenfalls nicht, was die Regierung anbelangt –, hat als Berichterstatter zum Einzelplan 07 immerhin gesagt, es sei anzuerkennen – das steht im schriftlichen Bericht über die Beratung im Finanzausschuss –, dass das Land diese Parallelkürzung nicht vorgenommen habe, sondern bei 26 Millionen € bleibe.

(Minister Dr. Döring: War in Ordnung!)

Jetzt möchte ich Ihnen an dieser Stelle nur sagen

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt muss ich noch einmal ans Rednerpult! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

– das geht nicht mehr; meinetwegen könnten Sie gerne noch einmal sprechen –: Wir bedauern zutiefst, dass damit das Volumen des Wohnraumförderungsprogramms auf einen

(Hofer)

absoluten Tiefpunkt von 38,5 Millionen € fällt. Das bedeutet, dass statt 2 300 nur noch 1 600 Eigentumswohnungen und statt 900 nur noch 500 Mietwohnungen gefördert werden können.

Alle Sonderprogramme – alle! – sind übrigens vom Bund gestrichen worden, ob sie nun die Förderung von innovativem Wohnen oder von attraktivem Wohnen in der Innenstadt betreffen.

(Zurufe der Abg. Knapp und Ursula Haußmann
SPD)

Ich weiß, dass Sie nach dem lateinischen Spruch – Herr Ca-pezzuto wird sich wieder wehren – „Quod licet Iovi, non licet bovi“ vorgehen: Was dem Herrn gebührt und dem Herrn ziemlich ist, ist dem Knecht noch lange nicht billig. So verfahren Sie mit Baden-Württemberg.

Jetzt möchte ich nur noch auf die 200 Millionen € an zusätzli-chen Mitteln – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Hofer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

Abg. Hofer FDP/DVP: Ja, natürlich.

Abg. Birzele SPD: Herr Kollege Hofer, handelt es sich dabei um eine Bundesaufgabe, um eine Landesaufgabe oder um einen der Mischfinanzierungstatbestände, die in eine eindeutige Zuweisung – Bund oder Land – getrennt werden sollten?

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Birzele, wir können das gerne so finanzieren, dass nur noch das Land zuständig ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nichts dagegen!)

Aber wir wissen doch alle, dass alle gemeinsam unter Finanzierungproblemen leiden. Das Land ist nicht stinkreich und der Bund nicht bettelarm, sondern wir haben alle unse-re Finanzierungsprobleme. Da werden Sie doch sicherlich zugeben, dass man, wenn einer, der bisher immer kofinanziiert hat, seine Kofinanzierung dramatisch verändert, das nicht einfach negieren kann.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch klar! – Bei-fall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Da braucht man keine semantische oder sonstige Erklärung. Das ist doch einfach für jeden, der kalkulieren muss, eine Binsenwahrheit.

Das war meine Antwort auf die Zwischenfrage.

Jetzt wollte ich nur noch auf diese 200 Millionen € zusätzli-che Mittel eingehen, die in jeder Haushaltsdebatte erwähnt werden. Diese wundersame Geldvermehrung von 200 Milli-onen € bringt Herr Schmiedel in jeder Haushaltsdebatte wie Aladin mit der Wunderlampe. Der Vergleich passt übrigens ganz gut auf Sie. Das wollen wir klären, damit endlich ein-mal Ruhe ist. Wenn Sie, Herr Gaßmann, dazu im Grunde genommen noch den fliegenden Teppich gebracht haben, klären wir das auch noch. Da gibt es eine ganze Reihe von

Schwierigkeiten. Ich möchte annehmen, dass der Bund uns sagen wird, dass das in dieser Totalität nicht mit dem Wohnraumförderungsprogramm vereinbar ist. Aber wir klä-ren es. Die Anfrage ist gestellt worden. Deshalb kann ich nur sagen: Wenn wir im Nachtragshaushalt Einsparungen erzielen, Herr Witzel, etwa auch bei der Wirtschaftsförde-rung – ich freue mich, dass der Wirtschaftsminister eigent-lich alles dazu gesagt hat –, können wir diese Mittel im Nachtragshaushalt noch gut gebrauchen.

Jetzt möchte ich mich zum Schluss auch noch mit einem Satz bedanken. Beim Wirtschaftsminister tue ich das nicht, weil er selber auftreten kann. Aber ich möchte mich bei al-len Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken. Herr Schmiedel, ich finde, Sie haben in einer recht unfairen Wei-se den Herrn Staatssekretär angegangen. Daher möchte ich als Erstes sagen: Nach meiner Meinung hat er hervorragende Arbeit geleistet.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU – Zurufe von der CDU: Bravo!)

Und wenn er in absehbarer Zeit in den Ruhestand treten wird, werden wir alle Hände voll zu tun haben

(Zurufe von der CDU: Oh! – Abg. Dr. Reinhart
CDU: Aber nicht in den vorzeitigen!)

– so ist es; wir werden alle einmal etwas älter –, einen Nachfolger zu finden, der dieses Amt so gut verwaltet, wie er es verwaltet hat.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU – Abg. Fischer SPD: Herr Hofer, Sie haben doch gehört, was Herr Schmiedel gesagt hat! Er hat das doch gar nicht gesagt! Er hat gesagt: Wenn die Arbeit abnimmt! – Abg. Birzele SPD: Herr Hofer, gar keinen Nachfolger! Bürokratieabbau!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kollegin-nen und Kollegen! Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Thema Wohnungsbau sagen. Wie ich in vergangenen Debatten schon dargestellt habe, geht es uns in diesem Be-reich nicht vorrangig um den Neubau, sondern für uns ist die entscheidende Aufgabe die Modernisierung des Woh-nungsbestands, und zwar auch deshalb, weil dies ein Mus-terbeispiel ökologischen Wirtschaftens ist. Wer Wohnun-gen modernisiert, trägt letztlich dazu bei, dass nicht nur Energie eingespart und weniger CO₂ ausgestoßen wird, er sichert nicht nur Arbeitsplätze im darbenden Baugewerbe, sondern er schafft auch eine neue Qualität der Wohnun-gen, und das Ganze wird weitgehend finanziert durch eingespar-te Energie. Deshalb liegt da für uns ein großer Schwer-punkt. Es war absolut unverständlich, dass die Landesregie-rung hier konzeptionslos gekürzt und das Förderprogramm zum Jahresende eingestellt hat. Ich möchte den Regierungs-fraktionen zumindest einen gewissen Respekt dafür ausdrü-cken,

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Oh!)

(Dr. Witzel)

dass sie diesen Unsinn, der aus dem Wirtschaftsministerium kam, verhindert haben. Der größte Unsinn, Herr Birk, wurde von Ihrer Seite verhindert. Es ist jetzt wieder ein Altbaumodernisierungsprogramm da. Die Mittel dafür sind leider nur in homöopathischen Dosen ausgebracht,

(Abg. Dr. Birk CDU: Aber immerhin! Der gute Wille zählt!)

aber als Schritt in die richtige Richtung will ich das einmal der Ehrlichkeit halber hier auch würdigen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich darf auch sagen: Der Beschluss, den Sie dann eingebracht haben, dass ein entsprechender Fördervorrang in die Förderrichtlinien des Entwicklungsprogramms „Städtebauliche Erneuerung und ländlicher Raum“ aufgenommen werden soll, geht auch in die richtige Richtung. Es ist nicht viel, aber das wenige Gute soll man, da wir von Ihnen nicht viel Gutes erwarten oder bekommen, wenigstens loben.

Lassen Sie mich nach diesen Äußerungen noch ein paar Worte zu dem von der SPD vorgeschlagenen Forderungsverkauf, diesen 200 Millionen € für den sozialen Wohnungsbau, sagen. Ich kann mich hier meinem Vorredner inhaltlich weitgehend anschließen. Auch wir sehen diese Möglichkeiten nicht. Bestenfalls würde es einen Stroheffekt geben, dass wir kurzfristig einmal etwas haben. Aber das Geld, das aus diesen Wohnungsbaudarlehen zurückfließt, brauchen wir ja in Zukunft zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus. Wir würden jetzt praktisch etwas verversperren, was uns dann in Zukunft nicht mehr zur Verfügung steht. Das ist unseres Erachtens kein Beitrag zu einer sinnvollen, nachhaltigen Finanzpolitik. Deshalb werden wir dem nicht zustimmen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

(Oh-Rufe von der CDU – Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Reinhart CDU: Eine Minute!)

Abg. Schmiedel SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn der Kollege Hofer meint, ich hätte die Regierung gelobt, dann muss ich das natürlich richtig stellen, sonst steht es so im Protokoll.

Sie verwechseln da etwas. Sie verwechseln meine Äußerung mit dem, was ich nach dem Wunsch der Herrschaften im Ministerium hätte sagen sollen. Im schriftlichen Bericht steht aber nicht „Bemerkenswert sei“, sondern „Zu vermerken sei“.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Jetzt könnt ihr schon nicht mehr lesen! – Zurufe von der SPD: PISA!)

Weiter steht im Bericht, dass man natürlich auch zu dem Ergebnis kommen könne, dass das Land seinen Anteil erhöhen müsste, wenn der Bund als Ergebnis des Vermittlungsverfahrens kürzt.

Der Herr Wirtschaftsminister hat gesagt, er wolle gern noch ein bisschen Polemik zum Schluss. Das kann er haben. Ich prophezeie Folgendes:

(Abg. Dr. Birk CDU: Ein bisschen!)

Wenn bei den nächsten Haushaltsberatungen Herr Schäuble von der CDU für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständig ist, dann werden wir zum ersten Mal seit 1996 erleben, dass es mit den Wohnungsbaumitteln wieder in die andere Richtung geht, nämlich nach oben. Weshalb kommt denn die CDU ausgerechnet jetzt, nachdem wir zum dritten Mal einen solchen Antrag einbringen, auf die Idee: „Einen Forderungsverkauf könnten wir schon einmal prüfen,

(Abg. Drexler SPD: Plötzlich!)

da könnte ja etwas Sinnvolles dran sein“?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Schauen wir mal!)

Deshalb sage ich Ihnen, Herr Minister: Das Handwerk in Baden-Württemberg und insbesondere die Bauwirtschaft leiden darunter, dass Sie in dieser Regierungskoalition nicht durchsetzungsfähig sind. Das ist der Punkt.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Deshalb muss man am Ende vielleicht sogar noch froh sein, wenn für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen ein CDU-geführtes Ressort zuständig ist, damit es wieder mehr Wohnungsbauinstrumente gibt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Jesses, Jesses! Oh Gott, oh Gott!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 07 – Wirtschaftsministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2807 Abschnitt I. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0701

Ministerium

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0702

Allgemeine Bewilligungen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2847-7, den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2847-8, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2847-1, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2847-2, den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

13/2847-9, und den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2847-10.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2847-7, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2847-8, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2847-1, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2847-2, zustimmt, der hebe bitte die Hand. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2847-9, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2847-10, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Auch dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Kapitel 0702 – Allgemeine Bewilligungen – in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0703

Landesgewerbeamt

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0704

Denkmalpflege

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0705

Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen

und dazu die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 13/2847-3, 13/2847-4 und 13/2847-5.

Zunächst lasse ich über den Antrag Drucksache 13/2847-3 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag Drucksache 13/2847-4 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag Drucksache 13/2847-5 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über Kapitel 0705 – Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen – in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0706

Vermessungswesen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2847-6. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Kapitel 0706 – Vermessungswesen – in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0709

Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir müssen nun noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer dem Abschnitt II zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen ist Abschnitt II mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 07 gelangt.

Ich rufe **Buchstabe e** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 05: Justizministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2805

Berichterstatter: Abg. Herrmann

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 05 – Justizministerium – eine Gesamt-

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Reinhart das Wort.

Abg. Dr. Reinhart CDU: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Radbruch sagt in Anlehnung an Jesaja: „Der Gerechtigkeit Frucht soll Friede sein.“

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Fischer SPD: Was? Sie nehmen Herrn Kleinmann alles weg!)

Zu diesem Ziel, Rechtsfrieden in einem Land zu erreichen, hat die Justiz in Baden-Württemberg sehr viel beigetragen. Wir haben eine leistungsfähige Justiz in diesem Land. Deshalb können wir heute einen Haushalt beraten, der die Grundlage dafür ist, dass die Justiz auch im Jahr 2004 handlungsfähig bleibt. Wir achten darauf, dass damit auch die Justiz eine gute Zukunft hat. Und das Haushaltsgesetz ist dafür die Grundlage.

Wenn wir uns einmal die Zahlen vor Augen halten, dann sehen wir, dass auch im Justizhaushalt an Einsparungen kein Weg vorbeiführt. Auf der anderen Seite gilt das, was bei den anderen Ressorts gesagt wurde: Wir können nicht alles über neue Schulden lösen, denn wir würden damit zukünftige Generationen belasten. Gerade vor dem Hintergrund knapper Kassen möchte ich deshalb vorweg den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Justizministerium, in der Justiz des Landes und der Ministerin für ihre Arbeit herzlich danken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich denke, es war ein sehr arbeitsintensives Jahr unter dem Stichwort der Justizreform. Es war Ihr erstes Amtsjahr, Frau Ministerin, und Sie haben diese Arbeit sehr gut bewältigt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn wir die Justizpolitik im Land betrachten, so sehen wir, dass wir gerade bundesweit die kürzesten Verfahrenslaufzeiten haben. Die Bürgerinnen und Bürger bekommen zeitnah Rechtsklarheit und eine verbindliche Entscheidung bei Rechtsstreitigkeiten. Aufgrund der genannten Struktur des Haushalts im Jahr 2004 beschränken sich die Beiträge zur Konsolidierung im Bereich der Justiz in Höhe von 7,7 Millionen € zu einem großen Teil auf eine globale Minderausgabe in Höhe von 6 Millionen €; weitere 1,7 Millionen € werden im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik erbracht.

Wir haben – das sehen wir, wenn wir uns die Zahlen einmal vor Augen halten – im Bereich der Justiz natürlich sehr wenig Spielraum. Bei der Beratung des zuvor aufgerufenen Einzelplans hat man darüber diskutiert, wie stark die Subventionen gekürzt werden. Im Gegensatz dazu sind solche Maßnahmen im Bereich der Justiz nicht möglich. Wir haben dort im Grunde genommen eine fest gefügte Zahl von Rechtsfällen, auf die der Staat keinen Einfluss hat, und damit fehlt es auch am Spielraum, auf die Investitionen bzw. auf die Kosten oder Einnahmen wesentlich Einfluss zu nehmen.

Der Justizhaushalt mit 1,291 Milliarden € weist im Jahr 2004 einen Zuschussbedarf von 610 Millionen € auf und verfügt damit noch über eine Deckungsquote von 52,7 %. Die Veränderung hierbei beruht vor allem darauf, dass die Ansätze für die Versorgungsbezüge in die Ressorthaushalte übergeleitet wurden. Aber wir haben auch steigende Kosten. Es wird zwar auf der Einnahmeseite mit einer Erhöhung um 2,1 % gerechnet – bei den Gebühreneinnahmen –, aber wir haben auch erhöhte Ausgaben, selbst bei den sächlichen Ausgaben, dort gerade bei Auslagen in Rechtssachen wie Prozesskostenhilfe.

Herr Kollege Oelmayer, ich habe den Antrag der Grünen gesehen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Und abgelehnt!)

Also, ich denke, das Anliegen ist Makulatur. Ob wir für Auslagen in Rechtssachen 30 Millionen oder 27 Millionen € mehr ansetzen, ist ja nur etwas für die Optik. Denn gerade die PKH-Bewilligung erscheint zwar jetzt im Haushalt, aber häufig gibt es, wie Sie wissen, PKH auf Raten. Es gibt auch die Möglichkeit der Rückforderung. Das heißt, das ist ohnehin eine bewegliche Größe, die man in den nächsten Jahren auch wieder umgekehrt korrigieren kann. Von denjenigen, denen Raten bewilligt wurden, kann man zurückfordern, aber insgesamt wird man sicherlich diese Position auch kritisch betrachten müssen.

Das vergangene Jahr war vor allem vom Thema Justizreform geprägt. Dazu wurde sehr rasch eine Vorlage eingebracht – das muss man lobend erwähnen –, die, Herr Kollege Stichelberger, unstrittig nicht in allen Punkten umgesetzt wurde, aber dafür war es eben auch eine Diskussionsgrundlage.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Warum ist sie noch nicht umgesetzt?)

– Ich komme gleich darauf. – Die Koalition hat sich sehr wohl auf einen Kompromiss verständigt und dazu auch Beschlüsse gefasst. Diese werden nun im Jahr 2004 umgesetzt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Kern der Reform war aber eine stringente Vorstellung, nämlich die, die Justiz dort, wo es unabdingbar ist, auf ihre Kernaufgaben zu beschränken und in den Bereichen, in denen eine Privatisierung möglich ist, entsprechende Überlegungen anzustellen. Damit komme ich zu den vier Bereichen – wenn ich diese Privatisierungssäule betrachte –, in denen Sie, meine Herren Kollegen von Rot und Grün, mitwirken können.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich!)

Ich beginne mit dem Thema Privatisierung der Handels- und Genossenschaftsregister. Wir sind dafür, diese Aufgabe zu privatisieren. Nur, liebe Frau Kollegin Haußmann, Sie müssen sich da einmal informieren. Momentan scheidet das an Rot-Grün in Berlin.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Richtig!)

(Dr. Reinhart)

Deshalb fordern wir Sie auf, daran mitzuwirken, dass wir dieses Anliegen recht bald umsetzen können.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Das wäre hilfreich! – Weitere Zurufe)

– Bitte?

(Abg. Fischer SPD: Sie haben nur die Herren aufgefordert!)

– Wenn ich richtig informiert bin, sprechen bei Ihnen zu diesen schwierigen Rechtsfragen bisher Herren. Aber vielleicht ändert sich das auch noch bei Ihnen, was die Quote angeht.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Vielleicht bei Ihnen auch! Wie ist denn Ihre Quote?)

Lieber Kollege Oelmayer, bei diesem Thema sollten Sie sich dafür einsetzen, dass auf Ebene des Bundes auch die Bundesregierung und der Bundestag mehrheitlich Unterstützung leisten.

Ich will ein Zweites ansprechen, die Privatisierung der Bewährungs- und Gerichtshilfe. Wir haben dem mehrheitlich zugestimmt, und im Ministerium wurde jetzt auch mit dem Justizreformgesetz die Grundlage dafür in Aussicht gestellt. Dabei erhoffen wir uns auch Effizienz. Ich zitiere aus den Diskussionsgrundlagen: „Durch ehrenamtliche Arbeit erhofft man sich eine Effizienzrendite.“ Der Versuch der Privatisierung ist übrigens auch unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität sinnvoll. Hierbei unterstützen wir das Ministerium und die Regierung.

Drittens: Die Gerichtsvollzieher hatten in Stuttgart ihre Bundestagung. Sie haben mit überwältigender Mehrheit, mit nahezu 100 % einer Privatisierung zugestimmt. Wir waren alle bei der Tagung der Gerichtsvollzieher. Sie wünschen die Privatisierung.

Wir halten die Privatisierung auch ordnungspolitisch für richtig und stehen zu diesem Privatisierungsvorschlag. Die Koalition hat dies mit ihrem gemeinsamen Beschluss unterstützt, als damals der Koalitionsausschuss getagt hat.

Wir unterstützen auch weitere Punkte in diesem Bereich. Ich komme zum Thema Notariate. Nachher werden Sie sich bei dem Thema Justizreform auf diesen Punkt wesentlich einlassen; davon gehe ich aus.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das sollten Sie machen!)

– Angesichts dessen, was ich von Ihren Beiträgen im vergangenen Jahr kenne, will ich in weiter Voraussicht die Antwort geben, weil wir nur eine Runde machen wollen.

(Abg. Stichelberger SPD: Da gab es mich ja noch gar nicht!)

– Herr Stichelberger, jetzt hören Sie einmal zu! – Sie müssen uns zu der Privatisierung der Notariate nur eines erklären: Wie würden Sie den Einnahmeausfall von 60 Millionen € bei den knappen Kassen derzeit decken?

(Abg. Drexler SPD: Das wollen wir doch gar nicht!)

– Dann betrifft es nur diejenigen, die das kritisieren. Dann ist es in Ordnung. Dann sind wir uns ja einig.

(Abg. Drexler SPD: Die Gerichtsvollzieher kritisieren die Privatisierung!)

– Herr Kollege Drexler, ganz langsam! Bei den Gerichtsvollziehern, Herr Amtsanwalt a. D. – –

(Zuruf von der SPD: Oberamtsanwalt!)

– Oberamtsanwalt, ich bitte um Nachsicht. Herr Oberamtsanwalt a. D., ich sage Ihnen Folgendes: Zur Privatisierung des Gerichtsvollzieherdienstes haben wir eine ganz klare Meinung.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

Wir vertreten das, was die Gerichtsvollzieher selbst wollen.

(Abg. Drexler SPD: Und was wollen die? – Abg. Schmiedel und Abg. Schmid SPD: Die wollen mehr Geld!)

– Die wollen die Privatisierung. Selbstverständlich.

(Abg. Drexler SPD: Sie können doch staatliche Gewalt nicht privatisieren!)

Ich empfehle Ihnen, sich die Beschlüsse der Gerichtsvollzieherkongresse selbst anzuhören. Im Gegensatz zu Ihnen war ich dort; das ist der Hintergrund.

(Abg. Stichelberger SPD: Ich auch! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Dr. Reinhart!

(Abg. Drexler SPD: Ja, aber er muss es richtig führen! Gerichtsvollzieher sind staatliche Gewalt, die kann man nicht privatisieren!)

Abg. Dr. Reinhart CDU: Lieber Herr Kollege Drexler, dazu gibt es Verfassungsgutachten, die auch dem Juristen Drexler zugänglich sein können, indem er sie liest. Ich darf Ihnen gleich sagen: Es gibt sehr wohl Auffassungen, nach denen im Wege der Beleihung eine Privatisierung möglich ist.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Selbstverständlich!)

Das sagen renommierte Verfassungsrechtler.

(Abg. Drexler SPD: Ob Sie das wollen, ist eine politische Frage!)

– Jetzt haben Sie natürlich fein differenziert. Jetzt haben wir uns verstanden. Herr Kollege Drexler, Sie wollen die Privatisierung also politisch nicht. Ich sage Ihnen dazu: Wir wollen sie!

(Beifall der Abg. Hauk CDU und Theurer FDP/DVP– Abg. Drexler SPD: Wo hören Sie auf bei der Verstaatlichung?)

– Lieber Herr Kollege Drexler, ich kann Ihnen eines sagen: Es wird dem Wirtschaftsstandort gut tun, wenn nicht nur

(Dr. Reinhart)

das Erkenntnisverfahren, sondern auch das Vollstreckungsverfahren zeitnah mit Effizienz durchgeführt wird.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Ich bin überzeugt davon, wenn auch andere Rechtspflegeorgane wie Rechtsanwälte gegen Gebührenerstattung privat Aufgaben der Rechtspflege erledigen, dann können auch Gerichtsvollzieher erfolgreich zeitnah die Vollstreckungen vornehmen. Wir stehen hinter diesem Vorschlag.

(Beifall der Abg. Seimetz und Hauk CDU sowie Theurer FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wo ist die Grenze bei Ihnen?)

– Ich will es Ihnen gerade erklären. Wenn Sie in Ruhe zuhören, werden Sie begeistert darüber sein, was bei der Justizreform alles umgesetzt wird.

(Abg. Drexler SPD: Wo ist die Grenze bei der Privatisierung der staatlichen Gewalt?)

– Darüber können wir gern einmal in Ruhe ein verfassungsrechtliches Gespräch führen, denn das betrifft nicht nur die Gerichtsvollzieher. Das betrifft auch viele andere Bereiche. Diese Fragen habe ich auch gestellt. Es betrifft auch die Rechtspfleger und das gesamte Buch 8 der ZPO. Dies wird Fragen der Praktikabilität und der Umsetzung betreffen. Aber es würde meine Redezeit von zehn Minuten sicherlich sprengen, wenn ich Ihnen das alles erklären würde. Ich lade Sie aber gerne einmal dazu ein.

Meine Damen, meine Herren, des Weiteren haben wir auch für das Notariat in Baden 25 freie Notare bewilligt. Wir haben die bei der Justiz vorgesehene Stellenkürzung von 5 % auf 2,5 % reduziert. Ab 1. April 2004 wird die Arbeitsgerichtsbarkeit ebenfalls beim Justizministerium angesiedelt sein.

Warum sage ich das? Ich bin davon überzeugt, dass wir bei einer Entlastung der Arbeitsgerichtsbarkeit schnellere Verfahren bekommen. Wir, FDP/DVP und CDU, haben gemeinsam – ich will hier bewusst sagen: auch mit Unterstützung meiner Fraktion – dafür gekämpft, dass wir zehn neue Arbeitsrichterstellen und zusätzlich fünf Stellen von der Verwaltungsgerichtsbarkeit bekommen. Mit 15 neuen Arbeitsrichtern, ergänzend zu den jetzt tätigen 86, wird, so hoffen wir, auch eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts eintreten, da Verfahren schneller durchgeführt werden können – Stichwort Annahmeverzugsrisiko –, auch für den Arbeitgeber bei Beendigungsprozessen. Wir sind überzeugt davon, dass das sinnvoll zusammenpasst und auch zusammengehört.

Bei der anderen Säule der dezentralen Versorgung haben wir uns für den Erhalt der Amtsgerichte eingesetzt. Dazu stand auch mein Arbeitskreis; das will ich hier bewusst einführen.

(Abg. Drexler SPD: Da kann ich Sie nur beglückwünschen!)

Wir haben es im Sinne der Bürgernähe, der Versorgung in der Fläche und der dezentralen Struktur dieses Landes als richtig empfunden, dass die Gerichtsstandorte breit und dezentral erhalten bleiben.

Mit der Einführung des elektronischen Grundbuchs und dem Ausbau der Kommunikationstechnik haben wir ebenfalls eine Entwicklung auf Gebieten, wo wir eine moderne, technisch gut ausgestattete und damit leistungsfähige Justiz brauchen. Ich möchte an dieser Stelle unsere Ministerin auch zu weiteren Aktivitäten im Bereich der Justiz beglückwünschen. Auch auf Bundesebene hat das Land Baden-Württemberg mit manchen Themen von sich reden gemacht, von denen ich denke, sie sind erwähnenswert.

Im Bereich des Jugendstrafrechts hat die Landesregierung Neuerungen in die Debatte eingeführt. Die Höchststrafen bei Heranwachsenden wurden erhöht, um die Jugendkriminalität zu bekämpfen.

Als Wahlkreisabgeordneter will ich ein weiteres Beispiel erwähnen: das „Projekt Chance“, das in meinem Wahlkreis, in Creglingen, durchgeführt wird. Ich halte das für gut und für richtig. Nachdem in diesem Land früher sehr viele Standortdebatten geführt wurden, ist das eine sehr zukunftsbedeutende Einrichtung, von der ich glaube, dass sie in die richtige Richtung führt, da damit Kriminalität auch präventiv bekämpft wird.

Wir haben dieser Tage in den Medien gesehen, dass auch die Graffiti-Bekämpfung vom Land unterstützt wird. Dies will auch die CDU auf Bundesebene. Wir dürfen die Kollegen von Rot-Grün ermuntern, uns auch hier zu unterstützen, damit der Schutz vor Sachbeschädigung weiter ausgedehnt wird.

Meine Damen, meine Herren, ich glaube, wir haben in einer Zeit, in der wir die geringste Richterichte haben, aber kurze Verfahrenszeiten vorweisen können, eine gute und leistungsfähige Justiz. Mein Dank gilt deshalb dem Ministerium, der Ministerin sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich der Justiz im Land Baden-Württemberg.

Wir stimmen diesem Haushaltsentwurf zu.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Bravo! Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger.

Abg. Stickelberger SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde jetzt keine Anleihen aus der Bibel machen, aber es hat sich gezeigt, zu welcher Bandbreite Juristen fähig sind.

(Abg. Drexler SPD: Von der roten Krawatte bis zur Bibel!)

Da möchte ich natürlich nicht nachstehen und als Thema meiner Ausführungen wählen: „Justitia, quo vadis?“ oder, Frau Justizministerin: Wohin führt der Weg der Justiz in Baden-Württemberg?

Wenn wir uns den Haushaltsentwurf dieses Jahres betrachten, stellen wir fest, dass das ein sehr nüchternes, wenig spektakuläres Zahlenwerk ist. Herr Kollege Reinhart, Sie haben verdienstvollerweise die Zahlen genannt; deshalb kann ich mir das sparen. Dieser Haushalt ist im Wesentlichen ausgereizt. Die Justiz hat über Jahre hinweg ihre Sparbeiträge geleistet, insbesondere im personellen Bereich,

(Stickelberger)

und der Justizetat ist ja in erster Linie ein Personalhaushalt. Da ist also nicht mehr viel Luft drin. Darüber sind wir uns einig.

Umso wichtiger ist die Frage: Wohin geht die Justiz, wie wird sie mit den künftigen Aufgaben unter den veränderten Bedingungen fertig, die wir nun einmal haben?

Die Frau Justizministerin hat zu ihrem Neujahrsempfang eine Pressemitteilung veröffentlicht. Ich darf daraus zitieren:

Unsere Bürger haben auch in Zeiten knapper Kassen einen verfassungsrechtlich garantierten Anspruch auf eine verlässlich und gut funktionierende Justiz. Wer jetzt die Sparschraube bei der Justiz noch weiter anzieht, bringt die Erfüllung des Verfassungsauftrages in Gefahr.

(Beifall bei der SPD)

Das können wir zu 100 % unterschreiben. Nur, der Weg, den Sie wählen, um dieser Gefahr zu begegnen, ist aus unserer Sicht der falsche. Das ist auch der Grund, warum wir Ihrem Haushalt nicht zustimmen können. Heute besteht Anlass, ein bisschen Bilanz für das Jahr 2003 zu ziehen – Herr Kollege Reinhart, Sie haben das auch getan – und zu fragen, wie der Weg im Jahr 2004 weitergeht.

Sie hatten für das Jahr 2003 Strukturreformen in großem Stil angekündigt. Das hat zu großer Verunsicherung in der Bevölkerung und insbesondere bei den Bediensteten der Justiz geführt. Sie haben leider den gleichen Fehler gemacht wie der Herr Ministerpräsident mit seiner Verwaltungsreform. Sie haben nämlich die Bediensteten nicht mitgenommen, und Sie haben auch den Sachverstand aus der Justiz nicht mitgenommen. Deshalb war die Empörung, der Schrecken bei vielen sehr groß. Ich glaube, da ist viel Porzellan zerschlagen worden. Ich denke etwa an die Zusammenlegung von Sozialgerichten – Mannheim nach Karlsruhe –, an die Auflösung von Außenstellen von Staatsanwaltschaften und andere Maßnahmen, die Sie vorgehabt haben.

Lassen Sie mich kurz auf die Punkte eingehen, die immer noch auf der Tagesordnung stehen und die Sie erklärtermaßen weiterführen wollen.

Herr Kollege Reinhart, wir sind keine Anhänger der Privatisierung der Notariate, im Gegenteil. Die badischen Notare wollen die Privatisierung zu 100 %, die württembergischen wollen sie sicherlich nicht so und vor allem nicht in einem zeitlichen Hinterherhinken. Mit dieser Miniprivatisierung erhalten wir unterschiedliche Rechtszustände. Wir haben dann freie und staatliche Notare in Baden sowie Amtsnotare und freie Notare in Württemberg, also ein Kuddelmuddel an Rechtszuständen im Notarbereich. Das ist für den Bürger sicherlich keine Erleichterung.

(Zuruf des Ministers Dr. Christoph Palmer)

– Bitte?

(Minister Dr. Christoph Palmer: Modellvielfalt! – Zuruf von der CDU: Pluralität! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Modellvielfalt, Musterland Baden-Württemberg, vielen Dank!

(Abg. Mack CDU: Was juckt es denn den Bürger in Baden, was in Württemberg los ist!)

– Ach, Herr Mack, wissen Sie, für uns ist Württemberg nicht so weit weg wie für Sie vielleicht Baden.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Wir haben die Zusammenfügung der früher getrennten Landesteile zu einem einheitlichen Baden-Württemberg gut verkraftet und auch immer unterstützt, und wir sind deshalb auch für einheitliche Rechtszustände in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Theurer FDP/DVP: Da müssten Sie die Reform aber anders machen!)

– Jetzt machen Sie einmal langsam, Herr Theurer. Es kommt ja noch toller.

Frau Ministerin, wir tragen den Modellversuch zur Bewährungshilfe mit. Davon erhoffen wir uns Ergebnisse. Inwiefern sich dabei ausländische, österreichische Modelle auf unsere Situation übertragen lassen, ist eine andere Frage. Das wird man sehen. Wir prüfen das. Alles okay!

Kritisch und ganz schwierig wird es bei den Gerichtsvollziehern. Hier ist eine Privatisierung mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Herr Kollege Reinhart, wir waren ja beide sowohl beim Deutschen Gerichtsvollzieherbund als auch bei dessen baden-württembergischem Landesverband. Im Bund scheint die Privatisierung favorisiert zu werden. Im Land habe ich dazu keine einheitliche Meinung verspürt. Wenn Sie mit den Verbandsoberen in Baden-Württemberg und mit den Gerichtsvollziehern selbst reden, bekommen Sie ein uneinheitliches oder sogar ein ablehnendes Bild.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Da sprechen Sie anscheinend mit anderen!)

Aber das sind Fragen, die noch zu klären sind. Wichtig scheint uns vor allem zu sein, ob eine Privatisierung verfassungsrechtlich möglich und politisch gewollt ist. Wir meinen, dass dies nicht geht. Die Landesregierung, die Koalition möchte, dass Bier unter staatlicher Aufsicht gebraut wird, aber die Wegnahme von Kindern und Eingriffe in Eigentumsrechte sollen nach ihrem Willen in private Hand gegeben werden. Das geht nicht mit uns!

(Beifall bei der SPD)

Gerichtsvollzieher greifen wie kaum eine andere staatliche Institution in Grundrechte ein, in Freiheit und Eigentum. Sie dürfen Kinder wegnehmen. All dies sehen wir bei unseren Gerichtsvollziehern in guten Händen, und wir danken den Gerichtsvollziehern für ihre Arbeit.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Die bleiben doch die Gleichen!)

(Stickelberger)

Ich darf mich auch dem Dank anschließen, den Sie den Bediensteten der Justiz gegenüber insgesamt zum Ausdruck gebracht haben. Sie haben gerade in diesen schwierigen Zeiten unseren Dank und unsere Anerkennung verdient. Sie müssen sich dem Umbruch stellen, und das ist ja auch keine leichte Aufgabe, Frau Ministerin. Es ist ja nicht so, dass das aus Jux und Tollerei passiert, sondern Sie machen sich ja ernsthafte Gedanken darüber, Strukturprobleme anzugehen, weil auch die Bedingungen für die Justiz schwieriger werden. Aber bei den Gerichtsvollziehern ist für uns die Grenze erreicht. Wir wollen keine mafiosen Strukturen im Bereich staatlicher Kerntätigkeit. Und Gerichtsvollzieher nehmen eine staatliche Kerntätigkeit wahr.

(Beifall bei der SPD – Abg. Theurer FDP/DVP:
Jetzt geht es aber los! Was hat die Privatisierung mit einer kriminellen Organisation wie der Mafia zu tun? – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Herr Theurer, hören Sie sich doch einmal in anderen Ländern um, und schauen Sie nicht immer betriebsblind und mit Scheuklappen nur auf unser Ländle. Fragen Sie doch einmal nach Erfahrungen anderer Länder in Europa.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Da werden Sie ganz andere Erfahrungen vermittelt bekommen. Mit uns ist jedenfalls eine Privatisierung der Gerichtsvollzieher nicht zu machen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir haben allerdings, Frau Ministerin, auch Schwerpunkte, denen Sie sich in Zukunft stellen werden. Das betrifft nach wie vor die Ausstattung der Gerichtsbarkeit. Zur Ausstattung der Arbeitsgerichte haben wir ja einen Antrag eingebracht. Die Koalition hat dann einen modifizierten Antrag nachgeschoben. Die Arbeitsgerichte werden gestärkt; das ist gut so. Wir begrüßen auch, dass Sie das in Ihr Haus übernehmen; das hat auch Vorteile. Dem können wir zustimmen.

Wir hätten uns – aber gut, das ging nicht – allerdings auch eine noch größere Verstärkung des Unterbaus gewünscht.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Wir haben Stellen geschaffen. Im Ergebnis heißen wir es natürlich nicht gut, dass man die Verwaltungsgerichtsbarkeit sozusagen anzapft und dort Richter abzieht.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Es sind doch weniger Aufgaben da!)

Aber immerhin, es ist eine Möglichkeit, um der Flut von Prozessen zu begegnen. Die Aufgaben zu erfüllen und die Prozesse zeitnah abzuwickeln, das ist wichtig für den Wirtschaftsstandort, aber auch für die Beteiligteninteressen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die im Arbeitsgerichtsprozess ja als Kontrahenten auftreten.

Wir wünschen allerdings – und das fordere ich von Ihnen heute ein, Frau Ministerin – die Zusage, dass diese neu geschaffenen Stellen nicht einer irgendwie gearteten Stellen Sperre unterliegen werden. Ich hoffe, Sie können diese Zusage heute geben.

Lassen Sie mich vielleicht kritisch einwenden, dass wir natürlich eine Zusammenlegung von Fachgerichtsbarkeiten schon genau prüfen müssen. Wir befürchten – das haben wir an anderer Stelle schon diskutiert –, dass wir zwar auf der einen Seite eine immer größere Spezialisierung in der Anwaltschaft haben – das Fachanwaltswesen nimmt zu, die Spezialisierung auf Themenbereiche nimmt zu –,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Mini-Amtsgerichte sollen bleiben!)

dass auf der anderen Seite aber der Weg, den Sie gehen wollen, zum Universalrichter, zu einem oberflächlichen Alleskönner und damit für uns zu keiner befriedigenden Entwicklung der Justiz in der Zukunft führt. Da bitte ich Sie, mit uns gemeinsam zu überlegen, wie wir diese Spezialisierung und damit auch die Qualität der Fachgerichtsbarkeiten, wie sie sich bisher darstellt, erhalten können.

Im Strafvollzug sind Sie weiter gefordert. Das heißt, der innere Reformbedarf in der Justiz ist nach wie vor vorhanden. Wir brauchen mehr Haftplätze; da sind wir uns einig. Wir haben das im Finanzausschuss und im zuständigen Ausschuss lange diskutiert. Die Stellensituation beim Gefängnispersonal muss weiter verbessert werden. Und Sie wissen, dass das Bundesverfassungsgericht ja bestimmte Anforderungen an die Unterbringung von Strafgefangenen stellt. Diesen Anforderungen der Rechtsprechung werden wir in diesem Land künftig genügen müssen. Sie müssen uns dazu Ihre Vorschläge unterbreiten; das erwarten wir von Ihnen.

Ein weiterer Punkt betrifft die Wirtschaftskriminalität. Wir haben das auch im Finanzausschuss schon angesprochen, und Sie haben ja in Ihrem Bericht zum Haushalt darauf hingewiesen, dass 2 % aller Straftaten 60 % des wirtschaftlichen Schadens ausmachen. So steht es in Ihrem eigenen Bericht. Deshalb ist es umso wichtiger, diesen Bereich auch von der Justiz her zu stärken und über diese Taskforces, die es bisher schon gibt, hinaus entsprechende Verstärkung zu schaffen. Ich kann Sie nur ermuntern, hier auch den Herrn Innenminister mit ins Boot zu nehmen, der nämlich mit den Kürzungen im Polizeibereich gerade die gegenteilige Strategie zu verfolgen scheint. Dazu erwarten wir von Ihnen liberale Profilierung, auch gegenüber dem Innenminister. Die Unterstützung der SPD-Fraktion kann ich Ihnen hier und heute zusichern.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Reinhart CDU:
Donnerwetter! Sollen wir konvertieren?)

Lassen Sie mich neben vielen Maßnahmen, die wir mittragen – wir haben das ja im Finanzausschuss durch unser Abstimmungsverhalten gezeigt; ich will das jetzt gar nicht im Einzelnen aufzählen –, auch noch auf Ihre Funktion als Ausländerbeauftragte der Landesregierung eingehen. Auch da vermittelt der Haushalt ein solides Wirken, teilweise im Stillen. Aber wir wünschen uns, dass Sie in dieser Funktion gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber den Betroffenen klares liberales Profil zeigen. Ich denke da an den Bereich der Zuwanderung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Zeller SPD: So ist es!
Sehr gut!)

(Stickelberger)

Machen Sie sich stark für die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes. Überlassen Sie das Thema Ausländerpolitik nicht allein dem Herrn Innenminister, der sich auf diesem Feld in der letzten Zeit verstärkt als Hardliner zu profilieren scheint.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Welcher? Schily? – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Schäuble! – Abg. Schmiedel SPD: Schäuble ist der Täter!)

Ich kann Sie ermuntern, dieses wirklich liberale Profil auch zu beweisen, wenn es um die Kopftuchdiskussion geht. Ich weiß, Sie haben sich da schon eingeschaltet. Es geht zwar vordergründig nur um die Änderung des Schulgesetzes, aber hier stehen verfassungsrechtliche Fragen von elementarer Bedeutung auf der Tagesordnung.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Es ist die vornehmste Pflicht einer Justizministerin, sich hier aktiv in die Diskussion einzuschalten und das Terrain nicht allein Frau Schavan zu überlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Zeller SPD: So ist es! Richtig! – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Wir appellieren an Sie: Bekennen Sie Farbe, und lassen Sie auf diesem Feld den vollmundigen Ankündigungen Ihres Parteivorsitzenden mit der entsprechenden Bandbreite, wie wir es heute auch schon angesprochen haben, Taten folgen. Wir erwarten dazu Ihren Beitrag als Justizministerin.

Ein Letztes, nochmals zum Thema Privatisierung: Wir stellen uns jeder Diskussion. Aber wir machen diese blinde Privatisierungseuphorie nicht mit, wie sie vielleicht noch in den Neunzigerjahren geherrscht hat,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Rothaus!)

sondern wir sollten bei jedem einzelnen Komplex prüfen, ob eine Privatisierung sinnvoll ist.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wie war das mit Rothaus?)

Die Justiz als dritte Gewalt darf nicht allein unter Renditegesichtspunkten gesehen werden. Im Sinne der Gewaltenteilung sind wir als zweite Gewalt und die Ministerialbürokratie als Teil der ersten Gewalt verpflichtet, die dritte Gewalt nicht durch unsere Gesetze zu schwächen. In diesem Sinne mein Appell an Sie – –

(Abg. Dr. Reinhart CDU und Abg. Oelmayer GRÜNE: Wir sind die erste Gewalt!)

– Sorry! Ja, ja, klar.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Bitte! Darauf legen wir größten Wert! – Abg. Junginger SPD zur CDU: Da sind Sie aufgewacht!)

Herr Oelmayer, iudex non calculat. Deswegen habe ich mich verzählt.

Helfen Sie mit, dass wir auch künftig eine starke und leistungsfähige Justiz in unserem Land haben werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Jetzt kommt die vierte Gewalt! – Gegenruf des Abg. Junginger SPD: Keine Gewalt! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Jetzt wird es „theurer“!)

Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Justizhaushalt für das Jahr 2004 ist geprägt von der Umsetzung der Justizreform. Kollege Professor Dr. Reinhart hat das bereits angesprochen.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der SPD)

Wir haben in der Koalition miteinander um die Frage gerungen

(Abg. Junginger SPD: Gerungen habt ihr? Wer hat gewonnen? – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das war aber nicht sehr effektiv! – Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

– inhaltlich gerungen –, was der richtige Weg für die Weiterentwicklung unserer Justiz ist, meine Damen und Herren. Ich denke, wir sind zu einem guten Kompromiss gekommen, der deutlich auch die Handschrift der liberalen Fraktion trägt. Es war mit Sicherheit beim einen oder anderen Punkt auch für die CDU-Fraktion schwer, mitzugehen. Natürlich mussten auch wir im Gegenzug im einen oder anderen Punkt auf einen Kompromiss eingehen. So ist das in einer Koalition.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das stellt sie auf den Kopf!)

Ich denke aber, dass sich der Grundansatz, der von der liberalen Grundüberzeugung getragen wird, dass der Staat auf seine Kernaufgaben zurückgeschnitten werden muss, langsam durchsetzt. Derjenige, der sich einmal anschaut, was es für eine Bürgerin oder für einen Bürger in der Praxis bedeutet, den Rechtsweg in Anspruch nehmen zu müssen und eben nicht schnell Recht zu bekommen, der erkennt sofort, dass die Justiz der Kernbereich, die Kernaufgabe des Staates schlechthin ist.

Insofern, meine Damen und Herren, bin ich sowohl mit dem Kollegen Reinhart als auch mit dem Kollegen Stickelberger darin einig, dass der Justizhaushalt hier auch an Grenzen stößt, was weitere Einsparmöglichkeiten betrifft. Wir können in diesem Bereich nicht einfach die Wirtschaftlichkeit steigern. Man kann nicht einfach die Zahl der Justizangestellten in den Vollzugsanstalten nach unten fahren. Dort geht es auch um die Sicherheit und um eine menschenwürdige Betreuung der Inhaftierten.

Wenn wir eine effektive Strafverfolgung wollen, reicht es eben nicht aus, dass wir, wie wir es in der Koalitionsvereinbarung für die 13. Legislaturperiode gemeinsam festgelegt haben, beim Schwerpunkt der inneren Sicherheit – dem zweiten Schwerpunkt neben dem Bildungsbereich – zusätzliche Stellen im Bereich der Polizei schaffen. Vielmehr

(Theurer)

müssen wir auch dafür sorgen, dass die Tatverdächtigen, die durch die sehr gute Arbeit der Polizei in unserem Land ermittelt werden,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Es werden zunächst einmal Stellen abgebaut, Herr Kollege Theurer!)

auch von leistungsfähigen Staatsanwaltschaften schnell angeklagt werden, damit sie schließlich in einem fairen Gerichtsverfahren ihr Urteil erhalten, sodass sich in der Justiz erweist, ob sie schuldig zu sprechen sind. Deshalb sind wir auch der Meinung, dass über die in der Koalitionsvereinbarung enthaltene Festlegung, die Justiz vom Personalabbau auszunehmen, gemeinsam mit der Frage der Personalentwicklung im Geschäftsbereich des Innenministeriums erneut diskutiert werden muss. Deshalb begrüße ich auch, dass es uns gelungen ist, in diesem Justizhaushalt Schwerpunkte zu setzen, die dazu führen werden, dass die Leistungsfähigkeit unserer Justiz noch erhöht wird.

Kollege Reinhart hat es bereits angesprochen: Es lässt sich ja nachweisen, dass wir in Baden-Württemberg die leistungsfähigste, jedenfalls mit die beste Justiz in ganz Deutschland haben, meine Damen und Herren. Wir haben die kürzesten Verfahrenszeiten,

(Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

und dies bei der geringsten Zahl an Richterstellen. Genau das ist Effizienz. Im Hinblick auf die Effizienz belegt die baden-württembergische Justiz in allen Bereichen, bei allen Gerichten Spitzenplätze – meistens Platz 1, manchmal zusammen mit einem anderen Bundesland, manchmal Platz 2. Aber auf jeden Fall ist die baden-württembergische Justiz immer vorn dabei, was auch auf den hohen Leistungswillen, die hohe Einsatzbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz zurückzuführen ist. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle im Namen der FDP/DVP-Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Stickelberger SPD)

Der Anteil des Justizhaushalts am Gesamthaushalt beträgt gerade einmal 4,2 %. Der Justizhaushalt ist außerdem zu 52,7 % durch Gebühren gedeckt. Wenn wir auch in den anderen Haushaltsplänen eine solche Deckung durch Gebühren hätten, meine Damen und Herren, hätten wir mit Sicherheit keine Probleme, die Nettonullneuerschuldung und anderes zu erreichen.

Ich denke, man muss auch berücksichtigen: Wer hier Einschnitte vornimmt, gefährdet die Leistungsfähigkeit der Justiz. Ich bin der Meinung, dass wir im Gegenteil unsere Anstrengungen auch auf Bundesebene weiterhin darauf konzentrieren müssen, durch Rechtsänderungen Verfahrensbeschleunigungen zu ermöglichen. Ich bin ferner der Meinung, dass immer wieder darüber nachgedacht werden sollte, die Gebühren, die von denjenigen verlangt werden, die Leistungen der Justiz in Anspruch nehmen, an die tatsächlichen Kosten anzupassen und über die Prozesskostenhilfe zu ermöglichen, dass bei demjenigen, der die entsprechenden Beträge nicht aufbringen kann, die Kosten übernommen werden. Derjenige, der es sich aber leisten kann, sollte auch

für die Kosten, die durch ein solches Verfahren entstehen, aufkommen.

Ich möchte einige Säulen der Justizreform ansprechen. Die alte Forderung der FDP/DVP-Fraktion nach Eingliederung der Arbeitsgerichte in die allgemeine Gerichtsbarkeit wird nun im Zuge der Justizreform erfüllt. Wir erleben gegenwärtig einen Run auf die Arbeitsgerichte. Das hängt mit der Arbeitsmarktlage, aber auch mit einer immer komplizierter werdenden Paragraphenflut im Arbeitsrecht zusammen. Die entstandenen Engpässe sollen nun beseitigt werden,

(Zurufe der Abg. Stickelberger SPD und Oelmayer GRÜNE)

und dies, Herr Kollege Stickelberger, nicht nur im Interesse eines schnelleren Verfahrens für die Arbeitgeber,

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

sondern vor allem auch für die Arbeitnehmer, die darauf angewiesen sind, dass sich Arbeitsgerichtsverfahren nicht lange hinziehen, sondern schnell zum Abschluss kommen.

Während das Sozialministerium noch vor wenigen Monaten davon ausging, dass zum Abbau dieser Engpässe 30 zusätzliche Richterstellen erforderlich seien, war das Justizministerium der Auffassung, dass durch Synergien mit 15 zusätzlichen Richterstellen die Engpässe in der Arbeitsgerichtsbarkeit abgebaut werden können. Diese 15 Stellen können nun im Justizhaushalt ausgebracht und geschaffen werden – zehn Arbeitsrichterstellen sind neu, bei den fünf übrigen handelt es sich um Abordnungen von Rechtsassessoren aus den Verwaltungsgerichten. Damit setzen wir in der Koalition aus FDP/DVP und CDU einen Schwerpunkt in diesem wichtigen Justizbereich der Arbeitsgerichtsbarkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Gleichzeitig muss aber zur Verfahrensbeschleunigung – das sage ich auch in aller Deutlichkeit und Klarheit; das haben auch unsere Anhörungen in der Fraktion ergeben – die Reform des Arbeitsrechts vorangetrieben werden. Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist überreguliert. Die Paragraphenflut sorgt dafür, dass Arbeitgeber davor abgeschreckt werden, Mitarbeiter einzustellen, meine Damen und Herren. Deshalb ist die FDP/DVP für eine zügige Entrümpelung des Arbeitsrechts. Wir fordern Sie auf, sich auch bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass diese überfällige Reform des Arbeitsrechts vorangetrieben wird.

Meine Damen und Herren, die zweite Säule ist die Reform des Notariatswesens. Auch hierzu ist einiges gesagt worden. Wir als FDP/DVP haben uns, weil wir als Baden-Württemberg-Partei immer dafür eingetreten sind, dass die früheren Länder Baden und Württemberg bzw. Südwürttemberg-Hohenzollern zusammengeführt werden, auch im rechtlichen Sinn – nicht nur beim Rundfunk und bei den Verbänden, sondern auch in diesem Bereich –, dafür stark gemacht, ein einheitliches Notariat in Baden-Württemberg einzuführen. Wir werden uns auch in Zukunft für dieses einheitliche Notariat einsetzen. Dass dies nicht in einem Schritt geht, haben wir gesehen; dass hier auch fiskalpolitische Argumente – Stichwort „Gebührenauffälle beim Wegfall des württember-

(Theurer)

gischen Amtsnotariats“ – eine wichtige Rolle spielen, ist in der heutigen Zeit der Haushaltskrise auch klar.

Wir wollen jetzt in einem ersten Schritt den Engpass bei den Notaren in Baden beseitigen. Deshalb war es richtig, dass sich die Koalition nach langem Ringen auf die Zulassung von 25 freien Notaren im badischen Landesteil verständigt hat. Ich bin auch zuversichtlich, und zwar entgegen anders lautenden Meldungen, dass es gelingen wird, auf Bundesebene diese Öffnung in Richtung Einführung eines freien Notariats durchzusetzen. Auch hier bitten wir Sie, diese Bemühungen mit zu unterstützen, meine Damen und Herren.

Ich denke, am Ende wird das freie Notariat stehen. Ich habe Verständnis dafür, dass dies nicht in einem Schritt realisiert werden kann, aber ich gebe auch zu bedenken, dass wir aufpassen müssen, dass wir den richtigen Zeitpunkt für den Übergang zu einem freien Notariat nicht verpassen. Im Moment bieten die badischen Notare noch an, mit erheblichen finanziellen Ablösesummen und Einzahlungen in eine Notarkasse den Staat von Pensionsleistungen zu entlasten. Wenn wir zu lange warten, wird dieses Angebot irgendwann weg sein. Damit hätten wir auch aus haushaltspolitischer Sicht den richtigen Zeitpunkt verpasst.

(Abg. Fischer SPD: Alles, was gut ist, wird privatisiert!)

Deshalb sollten wir spätestens in zwei oder drei Jahren noch einmal darüber sprechen, ob wir nicht eine vollständige Reform der Notariate anpacken können.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich noch kurz auf die Frage der Privatisierung der Gerichtsvollzieher und der Bewährungshilfe eingehen. Wir setzen in diesem Haushalt einen Schwerpunkt bei den Bewährungshilfevereinen, weil wir wollen, dass diese Privatisierungsoption auch in die Tat umgesetzt werden kann. Bei den Gerichtsvollziehern, Herr Kollege Stickelberger, sollten Sie sich, denke ich, Ihre billige Polemik sparen.

(Abg. Fischer SPD: Jetzt also, bitte!)

Es ist doch nichts als billige Polemik, ein Schreckensbild von Gerichtsvollziehern zu zeichnen, die Kinder wegnehmen, als ob bei uns Kindesentführung und Menschenraub keine Straftatbestände wären,

(Abg. Fischer SPD: Das ist ungeheuerlich, so wie Sie das verdrehen!)

als ob Gerichtsvollzieher, die privatisiert wären, keiner gesetzlichen, keiner rechtlichen Aufsicht unterlägen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Sie merken schon, Ihre Argumente entbehren jeglicher Grundlage und sind nichts anderes als billige Polemik.

(Abg. Fischer SPD: Also das hat er doch nie gesagt! – Gegenruf des Abg. Dr. Reinhart CDU: Dann hat er es anders gemeint!)

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP ist und bleibt dafür, die Überbelegung in den Justizvollzugsanstalten durch

die rasche Realisierung des Haftraum-Schnellbauprogramms abzubauen.

(Abg. Fischer SPD: Wie lange schon?)

Deshalb muss Offenburg oder ein anderer Standort kommen. Die Verzögerung liegt ja nicht an der Finanzierung – die ist sichergestellt –, sondern beruht auf rechtlichen Problemen.

Ich weise nur darauf hin, dass auch der Neubau eines Justizkrankenhauses erforderlich werden wird. Das ist in diesem Haushaltsplan noch nicht enthalten, aber wir müssen uns Gedanken machen, wie wir in künftigen Haushalten die medizinische Versorgung von Häftlingen sicherstellen.

Abschließend und ganz zum Schluss, meine Damen und Herren – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Theurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stickelberger?

Abg. Theurer FDP/DVP: Dann kann ich meine Ausführungen nicht zu Ende bringen.

(Abg. Junginger SPD: Sie kriegen noch eine Minute! – Weitere Zurufe: Doch!)

– Also, Herr Kollege Stickelberger.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Stickelberger.

Abg. Stickelberger SPD: Herr Kollege Theurer, kann es sein, dass Sie im Hinblick auf den Begriff „mafiose Strukturen“ den Straftatbestand der Kindesentziehung einerseits und die Wegnahme von Kindern aufgrund von familienrechtlichen Urteilen und anderen Titeln andererseits verwechseln?

Abg. Theurer FDP/DVP: Der Einzige, der etwas verwechselt hat, waren Sie, als Sie in billiger Polemik davon gesprochen haben, man könne das Gerichtsvollzieherwesen nicht privatisieren, weil die Gerichtsvollzieher dann keiner rechtlichen Aufsicht mehr unterlägen, und hier so getan haben, als ob Gerichtsvollzieher ohne Rechtsgrundlage irgendjemandem Kinder wegnehmen könnten.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das wird nicht der Fall sein, Herr Stickelberger.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Genau! – Beifall des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

Daran sehen Sie, dass Ihre Argumentation nicht schlüssig ist.

Abschließend möchte ich zum Bereich der Ausländerbeauftragten sagen, dass ich sehr dankbar dafür bin, dass unsere Justizministerin Corinna Werwigk-Hertneck diese Aufgabe engagiert wahrnimmt. Wir sehen eine steigende Zahl von Eingaben ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger und werden der Ausländerbeauftragten zur Unterstützung ihrer

(Theurer)

Arbeitsfähigkeit etwas unter die Arme greifen, indem zur Entlastung eine BAT-Stelle geschaffen wird. Wir halten die Aufgabe der Ausländerbeauftragten für sehr, sehr wichtig.

Ich möchte mit einem Appell schließen: Ja, wir brauchen ein Zuwanderungssteuerungs- und -begrenzungsgesetz.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja! Sehr gut!)

Der Kompromissvorschlag der FDP-Bundestagsfraktion liegt vor. Ich appelliere an CDU und SPD: Schluss mit der gegenseitigen Blockade! Stimmen Sie für den FDP-Entwurf als einen gangbaren Kompromiss!

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stelly. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Thomas, alles ist gesagt!
– Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Aber wir freuen uns trotzdem!)

Abg. Oelmayer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist halt nicht alles gesagt, lieber Kollege Reinhart.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Reinhart CDU – Abg. Döpfer CDU: Vor allem nicht von jedem! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Nur noch nicht von dir!)

Sonst könnte ich mir tatsächlich meine Rede sparen, vor allem zu dieser fortgeschrittenen Stunde.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Es ist erst 18 Uhr!)

Ich möchte im Prinzip zu zwei Schwerpunkten für meine Fraktion Stellung nehmen, weil wir uns dort, glaube ich, anders als die Landesregierung, insbesondere das Justizministerium, und die Fraktionen dieses Hauses, die das Justizministerium tragen, positioniert haben.

Das beginnt natürlich bei der Justizreform. Sie haben dazu diverse Ausführungen gemacht. Ich darf noch etwas zu den Kernbereichen dieser angedachten Reform sagen, die im Übrigen in dem Etat – den wir natürlich ablehnen werden, weil sich darin keine Reformanzeichen niederschlagen – gar nicht vorkommt. Im Kern hat die Justizministerin unter dem Druck des Ministerpräsidenten – so darf man das durchaus formulieren; zumindest einmal zeitlich gesehen – eine Reform vorgelegt, die vorsieht, dass alle nur denkbaren Bereiche aus der Justiz herausgenommen werden, die man herausnehmen kann. Das hat begonnen – Kollege Reinhart, da sind wir gar nicht so weit auseinander –

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Sind wir ja nie!)

– doch, schon –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wir sind weit auseinander!)

mit der Frage der Privatisierung des Notariatswesens. Dazu muss man natürlich als freiberuflich tätiger Anwalt und als Jurist sagen: Im Kern muss dies keine Staatsaufgabe sein.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: Sie hatten viele Jahrzehnte die Gelegenheit zur Privatisierung. Ich gehöre dem Landtag jetzt siebeneinhalb Jahre lang an. In diesen siebeneinhalb Jahren wird an der Reform herumgedoktert, und Sie können sich einfach nicht auf eine Konzeption einigen. Der Grund, warum Sie sich nicht einigen können, liegt ja auf der Hand: Eine vollständige Privatisierung zum jetzigen Zeitpunkt würde für den Landesetat einen Einnahmeausfall bedeuten, zu dem vonseiten des Justizministeriums auch auf mehrfache Nachfrage – sei es mündlich, sei es schriftlich – noch nicht dargelegt werden konnte, wie man ihn kompensieren will.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Der Unterschied zwischen Opposition und Regierung ist der Unterschied zwischen Theorie und Praxis!)

– Kollege Theurer, jetzt lassen Sie einmal jemanden reden, der Ahnung von der Sache hat.

(Beifall bei den Grünen)

Da waren schon manche Ausführungen dabei, die knapp neben der Sache lagen.

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Theurer FDP/DVP: Wie bitte?)

Ich meine aber doch: Wenn wir das in absehbarer Zeit angehen und die europäische Argumentation vielleicht noch an Bedeutung gewinnt, muss man eine solche Notariatsreform anders vorbereiten, als Sie das bisher getan haben. Sie müssen eine Kompensation für den Einnahmeausfall suchen; dann lassen wir über eine Notariatsreform gerne mit uns reden.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Wir sind auf alles vorbereitet! Stündlich sind wir vorbereitet!)

Es gibt aber weitere Punkte.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Was ist denn Ihr Vorschlag?)

– Ich habe ihn Ihnen genannt. Im Moment gibt es keine Privatisierung, weil wir den Einnahmeausfall nicht kompensieren können. Das ist der Vorschlag, Kollege Theurer. Ich glaube, Sie haben mir nicht zugehört.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Das ist auch kein Vorschlag!)

Wir haben aber weitere Punkte. Das Thema Gerichtsvollzieher haben wir gerade schon andiskutiert. Man kann nun Gutachten bestellen. Es werden viele Gutachten auf Bundesebene bestellt – wir haben das in den letzten Tagen gehört –, im Übrigen nicht viel weniger auf Landesebene. Da sind sie vielleicht nicht ganz so teuer, weil vielleicht nicht ganz so umfassend und nicht ganz so tief greifend. Das mag ja so sein. Aber zur Privatisierung der Gerichtsvollzieher: Wer in der täglichen Praxis mit der Vollstreckung von Urteilen befasst ist – nicht nur im familienrechtlichen Bereich; ich will nichts dramatisieren, es geht einfach um die Vollstreckung von Titeln, nach denen der Gerichtsvollzieher befugt ist, Wohnungen zu öffnen, Schränke aufzumachen etc. pp. –, weiß, dass das nie und nimmer auf Private delegiert werden kann.

(Oelmayer)

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Diese Gutachten, die Sie da haben erstellen lassen, würde ich gerne erst einmal sehen. Dazu kommt natürlich, dass auch hier erst über lange Sicht hinweg – bisher haben Sie das nie präzise dargetan – eine Einsparung für den Landesetat in nennenswertem Umfang entstehen würde. Deshalb glaube ich, auch aus diesem Grund ist diese Privatisierungsmaßnahme, die Sie vorschlagen, nicht sinnvoll und auch verfassungsrechtlich nicht möglich.

Ein weiterer Privatisierungsvorschlag – das ist das Einzige, was von Ihrer großen Justizreform letztendlich übrig geblieben ist – ist die Privatisierung der Bewährungshilfe. Ich weiß, dass es im Justizministerium, nicht nur bei der jetzt amtierenden Ministerin, sondern auch bei anderen im Justizministerium tätigen Menschen, diese Idee schon seit längerem gibt. Wenn man über die Grenze nach Österreich schaut, kann man dort die privatisierte Bewährungshilfe betrachten. Aber einen entscheidenden Unterschied gibt es natürlich zu dem Vorschlag, den Sie gemacht haben. Wenn man nach Österreich schaut, muss man auch sehen, dass dort durch Gesetz die Zahl der Probanden begrenzt ist. Mir sind hierzulande Bewährungshelfer bekannt, die 120 Probanden haben. Das kann nicht mehr heißen, als Strichlisten zu führen. Mit regulärer, tief greifender, erfolgreicher Bewährungshilfearbeit kann man das nicht vergleichen. Da müsste man die Zahl der Probanden vielleicht wie in Österreich auf 30 beschränken. Wenn Sie das tun, liebe Justizministerin

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Liebe! – Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

und meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, dann würde der Einspareffekt gegen null gehen. Das wäre die nächste Argumentation, die gegen diese Privatisierung spricht, dass Sie nämlich, wenn Sie privatisieren, darlegen müssen, wo die Effizienzrendite sein soll. Würde das bedeuten, dass ein Träger mit privater Rechtsform, der die Bewährungshilfe übernimmt, dann 10 oder 20 % weniger aus dem Landesetat für die Tätigkeit der Bewährungshilfe bekommen würde?

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, das ist ein falscher Weg, weil die Bewährungshilfe ein Standbein der Resozialisierung von straffällig gewordenen Menschen in unserer Republik darstellt. Deshalb müssen wir die Bewährungshilfe stärken und nicht durch Privatisierungsmaßnahmen schwächen.

Ein weiterer von Ihnen favorisierter Punkt, den ich zum Bereich Justizreform ansprechen möchte, ist die Übertragung der Register: des Handelsregisters, des Genossenschaftsregisters etc. Ja klar, da zeigt der Finger gleich wieder auf mich. Ich sitze nicht im Bundestag, sondern hier im Landtag. Es gibt vielfache Initiativen verschiedenster Fraktionen oder Minister dieses Hauses. Insbesondere die Ministerin tut sich ja mit zahlreichen Bundesratsinitiativen

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Hervor!)

geradezu überschwänglich hervor. Aber auch hierzu kann ich Ihnen sagen: Solange die Einnahmesituation im Landes-

etat so ist wie derzeit, wäre es nicht logisch und nicht sinnvoll, wenn wir ausgerechnet die Bereiche der Justiz privatisierten, die einen nennenswerten Deckungsbeitrag für den Einnahmehereich des Justizetats leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Reinhart CDU zu den Grünen: Da liegt ihr falsch! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Spärlicher Beifall! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das Protokoll verzeichnet lebhaften Beifall!)

Ein weiterer Punkt, den ich nennen möchte, ist das Schnellbauprogramm für die Justizvollzugsanstalten. Wer sich hier noch hinstellt – Herr Kollege Theurer, das gilt für Sie – und von einem „Schnellbauprogramm“ spricht – ich weiß nicht, was bei Ihnen schnell ist, jedenfalls nicht die Realisierung der neuen Justizvollzugsanstalt in Offenburg –, wer da noch von „schnell“ spricht, der lebt in einer anderen Welt. Es wäre schön, wenn die Ministerin einmal einen konkreten Zeitplan für die Umsetzung dartin würde, weil wir diese sozialtherapeutische Anstalt brauchen. Wir brauchen sie insbesondere deswegen, weil wir auch die Menschen therapieren müssen, die in diesem Land Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung begangen haben. Deswegen wäre es wirklich längst an der Zeit, dass hier konkrete Vorschläge zur Umsetzung auf den Tisch des Hauses kommen.

(Beifall bei den Grünen)

Zum Schluss: Als Oppositionsabgeordneter habe ich – und da macht Opposition richtig Spaß –

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

wirklich viel Mühe und viel Zeit für das Thema „Auslagen in Rechtssachen“ aufgewendet. Das mache ich seit vielen Jahren. Worum es dabei geht, möchte ich Ihnen anhand der Zahlen des Etats darstellen. Der Etat umfasst 1,29 Milliarden €, davon sind 70 % Personalausgaben und 25 % sächliche Verwaltungsausgaben; davon wiederum – ich hoffe, Sie können mir so schnell folgen – sind 60 % Auslagen in Rechtssachen. Das macht etwas über 200 Millionen € aus.

Im Jahr 1997 habe ich zum ersten Mal nachgefragt, ob es nicht möglich ist, diesen Auslagen in Rechtssachen, die ja als Auslagen im Etat auftauchen, auch die Einnahmeseite gegenüberzustellen. Denn wenn prozessiert wird, werden von den Parteien natürlich Gebühren bezahlt; wenn Sachverständigengutachten bestellt werden, werden diese in der Regel in Zivilverfahren auch von den Parteien bezahlt. Ihr Amtsvorgänger, Frau Ministerin, hat mir damals mitgeteilt: Ja, das haben wir dann alles im Griff; ab dem 1. Januar gibt es eine Kosten- und Leistungsrechnung, und dann können wir ganz genau sagen, an welcher Stelle was ausgegeben wird und wo es einen Rückfluss gibt.

Was höre ich jetzt im Jahr 2004 nach viel NSI und vielen anderen Themen? Die genaue und konkrete Zuordnung für diese Ausgaben- und Einnahmepositionen sei bis heute nicht möglich.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich komme bald zum Schluss, Frau Präsidentin.

(Oelmayer)

(Abg. Kübler CDU: Ah ja! – Abg. Röhm CDU: Versprechen!)

Was sehe ich jetzt im Etat? Ich sehe im Etat bei den Auslagen in Rechtssachen – ich nenne nur einmal eine Position; das zieht sich ja durch den ganzen Etat hindurch –: Bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit und den Staatsanwaltschaften betrug das Ist im Jahr 2001 auf der Ausgabenseite 136 Millionen €. Das Ist 2002 betrug 136 Millionen €, das Soll 2003 betrug 142 Millionen €, und das Ist 2003 betrug 149 Millionen €; das waren dann Mehrausgaben. Das Soll 2004 soll jetzt bei 166,7 Millionen € liegen. Ich kann in Teilen nachvollziehen, warum man diese Position erhöht. Warum man sie aber um nahezu 20 Millionen € erhöht, kann ich mir nur so erklären, dass man hier keine globale Minderausgabe, sondern eine globale Mehrausgabe zum Ansatz bringt. Eine Aufstockung um 10 Millionen € oder vielleicht noch um 15 Millionen € hätte ich mir gefallen lassen.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Deshalb haben wir unseren Antrag noch einmal zur Abstimmung gestellt. Die von uns beantragte Kürzung um 3 Millionen €, Kollege Reinhart, hätte zumindest den psychologischen Effekt, klar zu machen, dass auch in diesem Bereich die Kosten- und Leistungsrechnung und das Abchecken und das Controlling umgesetzt werden müssen. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt und bitten Sie um Zustimmung zur Kürzung um 3 Millionen €, was im Justizetat nicht wenig ausmacht.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Genauso wenig begründet!)

Ansonsten, meine Damen und Herren – das darf ich zum Schluss noch sagen, Frau Präsidentin, wenn Sie mir nicht böse sind –:

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Auch wir sind natürlich wie allen Menschen, die in diesem Land arbeiten, auch den Menschen, die im Bereich der Justiz arbeiten, dankbar. Von den Justizvollzugsbeamten in den Strafvollzugsanstalten bis hin zur Frau Ministerin wollen wir allen, die ihre tägliche Arbeit, wie ich denke, umfangreich und gut verrichten, natürlich auch unseren Dank aussprechen, wenn wir auch in vielen Punkten nicht einer Meinung sind, wie wir ja gerade anhand meines kurzen Redebeitrags gesehen haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Werwig-Hertneck.

Justizministerin Corinna Werwig-Hertneck: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wir haben das Kant-Jahr, und deswegen zitiere ich zu Beginn meiner Rede Kant:

Das Recht muss nie der Politik, wohl aber die Politik jederzeit dem Recht angepasst werden.

(Abg. Seltenreich SPD: Donnerwetter! – Vereinzelt Beifall und Heiterkeit)

Dieser Satz wurde von ihm geprägt, und er könnte auch Programm für die Aufstellung unseres Justizhaushalts sein. Hier werden die Grundlagen dafür gelegt, dass unsere Gerichte, Staatsanwaltschaften, Vollzugsanstalten und Notariate dem Recht tatsächlich Geltung verschaffen können. Denn nur eine gut ausgestattete, gut ausgebildete Justiz kann auch wirkliche Rechtsstaatlichkeit garantieren.

Die CDU-FDP/DVP-Landesregierung hat einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der der wichtigen Bedeutung der dritten Gewalt wirklich gerecht wird. Auch im Jahr 2004 werden unsere Gerichte und Vollzugsanstalten, die Staatsanwaltschaften und die Notariate die Mittel zur Verfügung haben, die sie brauchen, um ihre gesetzlich festgelegten Aufgaben weiterhin auf hohem Qualitätsniveau zu erbringen.

Auch im Jahr 2004 wird unsere Justiz in Sachen Leistungsfähigkeit wieder Vorbild für andere Länder sein. Es wurde schon gesagt, dass wir in den meisten Fällen die Spitzenstellung einnehmen, und das bei einer dezentralen Gerichtsstruktur und so bürgernah wie möglich.

Wir haben die kürzesten Verfahrenslaufzeiten. Ich will sie Ihnen nennen: Eine zivilrechtliche Auseinandersetzung vor dem Amtsgericht dauert bei uns gerade einmal 3,7 Monate. Das ist bundesweit Spitze. Zum Beispiel im rot-grün regierten Schleswig-Holstein müssen die Bürgerinnen und Bürger 4,5 Monate auf ihr Urteil warten. Im rot-rot geführten Mecklenburg-Vorpommern sind es 5,9 Monate.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Hört, hört!)

Ähnliches gilt für die Landgerichte. Eine baden-württembergische Zivilkammer braucht im Schnitt 5,4 Monate für ein erstinstanzliches Verfahren. Der Bundesdurchschnitt liegt bei sieben Monaten. In Mecklenburg-Vorpommern sind es 10,6 Monate.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Wir arbeiten aber nicht nur schnell, sondern wir arbeiten auch gut. Schon die alten Römer wussten: Den guten Richter zeichnet aus, dass er Streitigkeiten endgültig beilegt. Zum Einmaleins der Juristen gehört auch: Der beste Weg zur endgültigen Streitbeilegung ist und bleibt die einvernehmliche Streitbeilegung. Über ein Viertel aller erstinstanzlichen zivilrechtlichen Streitigkeiten an den Landgerichten werden bei uns durch Vergleich abgeschlossen, so viel wie in keinem anderen Bundesland. Bei den Amtsgerichten sind es über 17 %. Da liegen nur noch die Bayern vor uns. Schlusslicht ist Berlin.

Meine Damen und Herren, diese Erfolge haben wir nicht deswegen erreicht, weil unsere Justiz personell im Vergleich zu den übrigen Ländern überbesetzt wäre. Sie wissen alle, dass das Gegenteil der Fall ist. In keinem anderen Land kommen weniger Richterinnen und Richter auf 1 000 Einwohner als bei uns. Bei unserer Justiz haben wir also ein Musterbeispiel einer schlanken Justiz und einer Justiz, die sehr effektiv und gut arbeitet.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Jawohl! Sehr gut! – Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

(Ministerin Corinna Werwigg-Hertneck)

Erreicht haben wir das natürlich mit dem schon seit Jahren eingeschlagenen Modernisierungskurs. Die Ausstattungsoffensive ist alsbald abgeschlossen. Wir haben wirklich aus Amtsstuben sehr gute, zeitgemäße Büroarbeitsplätze gemacht. Dafür bin ich sehr, sehr dankbar. Gerade in Zeiten knapper Kassen wie jetzt können wir darauf aufbauen.

Wir haben die neuen Steuerungssysteme – natürlich in einer Form, wie es der Justiz angemessen ist – eingeführt, die uns sehr hilfreich sind.

Wir verfügen über ein modernes Personalmanagement, das wir zurzeit bundesweit erklären, weil andere es noch nicht haben.

Ich bin ausgesprochen dankbar dafür, dass wir es trotz all dieser und der bevorstehenden Umwälzungen mit sehr, sehr leistungsorientierten, gut motivierten, sehr arbeitsamen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu tun haben. Ich danke Ihnen, dass Sie das parteiübergreifend alle so sehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Stickelberger SPD und Brigitte Lösch GRÜNE)

Wir haben auch nicht die angesprochenen Schwierigkeiten mit der Motivation und in der Stimmung. Natürlich haben wir kritische Nachfragen, aber wir sind in sehr gutem Gespräch. Ich selbst halte sehr viele Personalversammlungen ab. Meine Leute aus dem Justizministerium sind in ständigem Kontakt mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich glaube, von vielen Seiten wurde auch schon besonders herausgestellt, dass wir in gutem Miteinander mit den Mitarbeitern arbeiten.

Meine Damen und Herren, auf diesen Lorbeeren dürfen wir uns natürlich nicht ausruhen. Sie haben neue Herausforderungen mit skizziert. Als Landesregierung haben wir das ehrgeizige Ziel, die Nettoneuverschuldung im Land bis 2008 möglichst auf null zu drücken.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ah, 2008!)

Für mich als liberale Ministerin ist natürlich auch ein wesentliches Anliegen, der nächsten Generation einen Haushalt zu hinterlassen, der noch zu bewältigen ist. Das erfordert harte Einschnitte. Auch die Justiz kann sich hier nicht gänzlich heraushalten.

Die Justizgewährung ist Kernaufgabe des Staates. Es hätte fatale Folgen, wenn wir dieser Aufgabe nicht nachgingen. Die Entlassung gefährlicher Straftäter aus der Untersuchungshaft wegen überlanger Verfahrensdauer sowie unsichere Gefängnisse sind nur zwei deutliche Beispiele für Gefahren, die keineswegs „aus der Welt“ sind, wenn wir unseren Personalkörper noch weiter verknappten müssten. Die Landtagsfraktionen der CDU und der FDP/DVP wollen es dazu aber nicht kommen lassen.

Mit den Beschlüssen zur Justizreform sind im letzten Jahr Weichen gestellt worden. Die Schließung kleiner und unrentabler Außenstellen von Amtsgerichten und Justizvollzugsanstalten, die teilweise sogar schon vollzogen ist, gehört genauso zur Justizreform wie die Schaffung eines einheitlichen Rechtspflegeministeriums.

Bereiche, die nicht notwendigerweise von staatlichen Institutionen wahrgenommen werden müssen, können wir verstärkt Privaten übergeben. Ich will zwei Punkte aus der vorangegangenen Diskussion aufgreifen.

Wie sieht es mit der Bewährungshilfe aus? Können wir uns dabei an Österreich orientieren? Wie viele Probanden wären dann zu betreuen? Wir könnten hier viel lernen, denn in Österreich wird sehr viel mehr mit Ehrenamtlichen und auch in einer anderen Form gearbeitet, die trotzdem gute Qualität bietet. Auch unsere Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer würde es sehr entlasten, wenn wir Ähnliches bei uns hinbekämen. Außerdem wird dort billiger gearbeitet.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Als Nächstes haben die Gerichtsvollzieher hier die Herzen höher schlagen lassen.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Herr Stickelberger, es ist nicht so, dass Kinder ihren Eltern heute noch von Gerichtsvollziehern weggenommen werden – zum Glück nicht. Das ist rechtlich zwar noch möglich, wird aber nicht mehr praktiziert.

Die andere Frage ist, wie wir dies gut absichten und was verfassungsrechtlich zulässig ist. Wie können wir bestimmte Aufgaben auf beliebige Dritte übertragen? Ich will Sie nur daran erinnern – gerade Rot-Grün, wenn ich hier nach links schaue –, dass das Bundesjustizministerium mit uns an dieser Prüfung arbeitet. Wir werden sicherlich gute Formen finden. Der Zustand der Zwangsvollstreckung ist derzeit einfach schlecht; das ist länderübergreifend erkannt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es wäre wirklich schön, wenn die Bundestagsfraktionen der SPD und der Grünen nunmehr alsbald ihren Widerstand gegen die Übertragung des Handelsregisters auf Dritte, auch auf die Kammern, aufgeben würden. Das würde uns sehr freuen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das wäre ein wirklicher Beitrag! – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Im Jahr 2003 haben wir diese Reform beschlossen und können sie jetzt umsetzen. Wie Sie wissen, wird die Arbeitsgerichtsbarkeit am 1. April 2004 in einem kleinen Festakt feierlich vom Sozialministerium auf das Justizministerium übergehen.

Ich bin auch sehr froh, dass wir bei der Justizreform durchsetzen konnten, dass der geplante Stellenabbau im Umfang von 5 % auf 2,5 % halbiert wurde. Ansonsten hätten wir erhebliche Qualitätseinbußen. Wie von uns signalisiert wurde, geht die Belastung auch jetzt schon an die Grenze des Zumutbaren. Trotz der 41-Stunden-Woche – die bei uns meist sowieso schon Realität ist – wird das eine große Herausforderung. Wir müssen schauen, dass wir diese Schritte ohne Qualitätseinbußen gehen können. Ich danke Ihnen, wenn Sie mich dabei unterstützen.

(Ministerin Corinna Werwig-Hertneck)

Ich habe gemerkt, dass auch die Aufstockung der Richterstellen an den Arbeitsgerichten hier Unterstützung findet. Sie – ob Regierungs- oder Oppositionsfraktionen – haben mitgeholfen, dort 15 zusätzliche Richterstellen mit dem entsprechenden Unterbau zu schaffen. Damit kann die Arbeitsflut in Zukunft hoffentlich besser bewältigt werden. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Moser?

Justizministerin Corinna Werwig-Hertneck: Ja, gerne.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Moser.

Justizministerin Corinna Werwig-Hertneck: Ich sage es auch gleich!

Abg. Moser SPD: Würden Sie das bitte sagen, damit das geklärt ist und es dann jeder im Protokoll nachlesen kann? – Danke.

(Abg. Herrmann CDU: Habt ihr etwas vorbesprochen?)

Justizministerin Corinna Werwig-Hertneck: Ja. – Ich wollte aber noch einen Satz zuvor sagen: Ich habe die neuen Stellen nicht nur gefordert und bekommen, sondern habe auch selbst durch eine Umschichtung aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit in die Arbeitsgerichtsbarkeit Stellen realisiert.

Daher ist es für Sie auch wichtig, zu erfahren, wann diese neuen Stellen realisiert werden. Der Notstand besteht ja heute. Ich bin sehr dankbar dafür, dass es für diese neuen Stellen keine Stellensperre gibt. Herr Abg. Moser, herzlichen Dank auch für Ihr Zutun in diesem Punkt.

(Oh-Rufe von der CDU – Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Reinhart CDU: Er moderiert! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, im Jahr 2004 ist auch das Thema Justizvollzug wichtig. Die Gefangenzahlen sind weiter gestiegen: von 8 200 im Jahr 2001 auf 8 600 im Durchschnitt des letzten Jahres. Dazu kommt – es ist mir wichtig, Ihnen das heute nochmals zu sagen –, dass die Rechtsprechung die Anforderungen an eine rechtmäßige Unterbringung der Gefangenen deutlich verschärft hat – Stichwort Einzelunterbringung. Wie andere Länder auch werden wir deswegen in den nächsten Jahren nicht umhinkommen, neue Hafträume zu schaffen, und zwar zusätzlich zu den neuen Haftgebäuden, die wir im Jahr 2004 in den Justizvollzugsanstalten Mannheim, Stuttgart und Schwäbisch Gmünd fertig stellen werden. Ich habe größtes Interesse daran, dass nunmehr alsbald mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt in Offenburg begonnen wird. Wir müssen auch darauf achten, dass dies kein weiteres Sicherheitsthema wird. Die Überbelegung ist krass.

Baden-württembergische Rechts- und Justizpolitik beschränkt sich aber nicht ausschließlich auf unser Land. Es

wurde schon gesagt, dass wir auch auf Bundesebene unsere Möglichkeiten über den Bundesrat nutzten, damit der rechtliche Rahmen auch für die Dinge stimmt, die wir in Baden-Württemberg durchsetzen wollen.

Das Jugendstrafrecht wurde schon genannt. Es ist wichtig, dass wir auch sagen können, dass das „Projekt Chance“ erfolgreich ist.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Im Seehaus in Leonberg – ich habe es gerade gestern gehört – sind schon die ersten drei Jugendlichen. Wir werden auch mit dem Gedanken des Hauses des Jugendrechts, mit der Betreuung jugendlicher Intensivtäter sowie mit der Prävention im Jugendbereich weitermachen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es freut mich außerordentlich, dass unsere Initiative „Schutz der Intimsphäre“ jetzt wohl auch im Bundestag koalitionsübergreifend Zustimmung findet und alsbald im Gesetzblatt stehen wird. Dann werden wir alle miteinander sehr erfolgreich gewesen sein. Seitens der Union hatten wir im Bundesrat große Unterstützung.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Anders leider in Sachen Graffiti. Die Graffitibekämpfung hakt noch an den Grünen. Herr Oelmayer, dort können Sie sich gern noch etwas einsetzen, wenn Sie wollen. Es wäre sehr sinnvoll, diesbezüglich noch einmal auf Ihre Parteifreunde in Berlin einzuwirken.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dafür verspreche ich Ihnen auch, Herr Oelmayer, dass ich Ihnen, wie schon im Finanzausschuss angekündigt, bis zum 1. Oktober 2004 – vorher sind wir technisch dazu nicht in der Lage; wir sollten wenigstens einen Zeitraum von einem Jahr haben – zu den Auslagen in Rechtssachen auch die Zahlen der Rückflüsse im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung vorlegen werde.

Meine Damen und Herren, dass die Auslagen in Rechtssachen so gestiegen sind und weiter steigen werden, hat hauptsächlich zwei Gründe. Der eine ist die Prozesskostenhilfe. In Zeiten einer schlechten finanziellen Lage und geringer werdender Einkünfte nehmen die Menschen diese Hilfe stärker in Anspruch, wenn sie prozessieren.

Der andere Grund ist das Betreuungsrecht – ein großes Thema, das wir auch bei der letzten Konferenz der Justizminister der Länder erörtert haben. Wir gehen dies an und hoffen, dass das auch im Bundestag mitgetragen wird, damit wir hierbei wieder eine deutliche Kostenreduzierung erreichen. Denn es wird eines verwechselt: Rechtliche Betreuung darf nicht auch soziale Begleitung werden. Das vermischte sich natürlich vor Ort bei den einzelnen Menschen außerordentlich. Außerdem muss der Staat nicht alles durch Betreuer regeln, sondern da können auch Verwandte, Ehegatten, Partner usw. mehr tun, als bisher getan wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Ministerin Corinna Werwigg-Hertneck)

Zum Thema Ausländerbeauftragte will ich Ihnen sagen: Das „Kopftuch“ liegt in den Händen der Fraktionen. Die Regierungsfractionen werden eine Anhörung zum Schulgesetz durchführen. Der Gesetzentwurf wird seinen Gang durch das Parlament nehmen.

Zum Thema Zuwanderungsgesetz: Ich habe gerade gestern noch am Rande des Mittagessens mit Herrn Innenminister Dr. Schäuble gesprochen. Ich werde nicht nachlassen, auf einen Kompromiss hinzuwirken. Auch die Arbeitsmigration ist ein wesentlicher Teil. Ich würde mich freuen, wenn wir dieses Gesetz noch in diesem Jahr hinbekämen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD sowie der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Am Schluss möchte ich Ihnen herzlich dafür danken, dass Sie mich in meinem ersten Amtsjahr, in dem ich die Gelegenheit hatte, gleichzeitig auf allen Feldern alles kennen zu lernen, so unterstützt haben. Das hat mich sehr gestärkt, und es macht mir Freude, nunmehr das zweite Amtsjahr zusammen mit Ihnen zu gestalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 05 – Justizministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2805. Den vorliegenden Änderungsantrag werde ich bei dem entsprechenden Kapitel aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0501
Ministerium

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei insgesamt zögerlicher Abstimmung ist diesem Kapitel zugestimmt.

(Heiterkeit)

Ich rufe auf

Kapitel 0502
Allgemeine Bewilligungen

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0503
Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2845. Wer diesem Änderungsantrag zustim-

men möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE zu Abg. Capezzuto SPD: Mario, was ist los? – Heiterkeit)

Ich stelle nun das Kapitel 0503 in der Fassung der Beschlussempfehlung zur Abstimmung. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0504

Fachhochschule Schwetzingen – Hochschule für Rechtspflege

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0505

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0506

Sozialgerichtsbarkeit

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0507

Finanzgericht

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0508

Justizvollzugsanstalten

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0510

Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe auf

Kapitel 0511

Notariate und Grundbuchämter des badischen
Rechtsgebiets

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Muss man dem zu-
stimmen?)

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um
das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem
Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0512

Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um
das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch
diesem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist die Zweite Beratung des Einzelplans 05 abge-
schlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen
Tagesordnung angelangt. Die Mitglieder des Präsidiums
treffen sich bitte unmittelbar im Anschluss in der Landtags-
gaststätte „Plenum“.

Die nächste Sitzung findet morgen, Freitag, 30. Januar
2004 um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 18:33 Uhr